

Untersuchung von Konzeption, Inhalt und Methoden der

ATTITÜDEN-FORSCHUNG

unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte des
Einstellungsverhältnisses im Bereich politischer
Einstellungen und politischer Bildung

Inaugural-Dissertation zur Erlangung
des Doktorgrades der
Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster/Westfalen

vorgelegt von Mechthild Peise-Seithe aus Hildesheim

1975



Digitized by the Internet Archive
in 2026

UNTERSUCHUNG VON KONZEPTION, INHALT UND METHODEN

DER

ATTITÜDEN - FORSCHUNG

UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER ASPEKTE DES
EINSTELLUNGSVERHÄLTNISSES IM BEREICH POLITISCHER
EINSTELLUNGEN UND POLITISCHER BILDUNG

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophischen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu

Münster (Westf.)

vorgelegt von

Mechthild Peise-Seithe

aus Hildesheim

1975

Tag der mündlichen Prüfung: ..10..Juli.1975.....
Dekan:..Prof..Dr..Büdde.....
Referent:..Prof..Dr..Stadler.....
Korreferent:..Priv..Doz..Dr..A..Schmidt-Mummendey.....



INHALT

A.	Einleitung: Überlegungen zum wissenschaftstheoretisch möglichen und gesellschaftlich notwendigen Beitrag der Einzelwissenschaft Psychologie zur Realisation von Demokratie in unserer Gesellschaft	4
I	Explizites und implizites Selbstverständnis "politischer Psychologie" in der BRD und den USA	4
a.	Tendenzen und Zielsetzung "politischer Psychologie" in der BRD	4
b.	Das Auftreten und die Erscheinungsform politischer Fragestellung in der amerikanischen Psychologie	8
c.	Das Verständnis vom Gegenstand der Psychologie: Kontroversen und Diskussion	13
II	Politische Bildung als relevanter Praxisbereich "politischer Psychologie"	21
a.	Eingrenzung und Skizzierung der psychologischen Fragestellung im Bereich politischer Bildung als Abhängige der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bildungssituationen	22
b.	Der politische Bildungsprozeß als Gegenstand der "politischen Psychologie": einige inhaltliche Aspekte	35
III	Politische Bildung und Demokratisierung; die Bedeutung der Zielsetzung politischer Bildung für die psychologische Fragestellung	49

B.	Analyse und kritische Weiterentwicklung der Ansätze zur 'Politischen Einstellung' in der Attitüden-Forschung amerikanischer Tradition	60
I	Entwicklung der Untersuchungsfragestellung und Erläuterungen zum theoretischen Konzept politischer Einstellungen	60
a.	Betrachtung des Einstellungskonzeptes unter dem Aspekt der Problematik politischer Bildung	61
b.	Überlegungen zum erkenntnistheoretischen Aspekt politischer Einstellungen im Hinblick auf die zu leistende Analyse der Attitüden-Forschung	66
II	Analyse, Kritik und Weiterführung der Attitüden-Forschung unter dem Aspekt der "subjektiven und objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses"	75
a.	Einleitung	76
1.	Aspekte und Verfahrensweise	76
2.	Abklärung der Untersuchungsvoraussetzungen	79
2.1	Das 'subjektive Einstellungsverhältnis' in den einzelnen Einstellungsäußerungen (Items)	79
2.2	Das 'subjektive Einstellungsverhältnis' in den Einstellungskonstrukten	81
b.	Objekt und Objektbereich in den Ansätzen der Attitüden-Forschung zur 'politischen Einstellung'	83
1.	Die inhaltlichen Bereichsschwerpunkte der Attitüden-Forschung zur 'politischen Einstellung'	83
1.1	Überblick über die Gegenstandsbereiche	83
1.2	Zusammenfassende Einschätzung der politischen Objektbereiche der Attitüden-Forschung	93
2.	Die Operationalisierung der politischen Objekte in den Ansätzen der Attitüden-Forschung	93
2.1	Die Berücksichtigung der objektiven Sachstruktur des Einstellungsobjektes bei der Operationalisierung	99

2.2 Subjektivistische Strukturierungsansätze	102
2.3 'Abstraktion' und 'Konkretheit' des Objektes als Ausgangsbedingungen einer Erfassung der objektiven Sachstruktur	106
2.4 Die Rolle des Inhaltes und die rein formale Betrachtung des Einstellungsobjektes	110
2.5 Die objektive Sachstruktur und das Wesen des Gegenstandes	120
3. Die Rolle des Einstellungsgegenstandes in den Ansätzen zur Erforschung der Bedingungen der Einstellungsänderung	128
3.1 Die verschiedenen Ansätze der amerikanischen Psychologie zum Problem der Einstellungsbeeinflussung bzw. -Veränderung und die jeweilige Bedeutung des Einstellungsobjektes innerhalb dieser Ansätze	129
3.2 Das Einstellungsobjekt in den lerntheoretischen Ansätzen zur Veränderung von Einstellungen	134
3.3 Das Einstellungsobjekt und seine formale Berücksichtigung in der "Message Variable"	136
3.4 Darstellung und Diskussion eines alternativen Ansatzes	141
c. Das Subjekt der politischen Einstellung; die Rolle, Bedeutung und Berücksichtigung des Einstellungssubjektes der politischen Einstellung innerhalb der Attitüden-Forschung	145
1. Die Bedeutung und Spezifik des politischen Subjektes für die Einstellungsmessung	145
2. Soziale Gruppenvariablen als Kontrollvariablen in den Ansätzen zur politischen Einstellung	152
3. Persönlichkeitsvariablen als Kontrollvariablen zur Differenzierung des politischen Subjektes	163
4. Das Subjekt in den Ansätzen zur Veränderung von Einstellungen	168
4.1 Die Beeinflußbarkeit als generelles Persönlichkeitsmerkmal	169
4.2 Ansätze zur Erhöhung des Widerstandes gegen Beeinflussung hinsichtlich spezifischer Einstellungsobjekte	172
4.3 Die vorhandenen Einstellungen des Subjektes und ihre Bedeutung für eine mögliche Einstellungsänderung durch eine entsprechende Kommunikation	178

d. Die Rolle und Bedeutung des politischen Wissens in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen zur politischen Einstellung	182
1. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zum Problem des politischen Wissens bzw. zum politischen Bildungsniveau	183
2. Der Begriff des 'politischen Wissens' beziehungsweise des 'politischen Informationsniveaus' in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen	190
3. Die Rolle des Wissens in den Ansätzen zur Einstellungsänderung bzw. Beeinflussung	197
4. Die Bedeutung der kognitiven Einstellungskomponente in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung	202
5. Die Frage nach der inhaltlichen Begründbarkeit bzw. Rationalität politischer Einstellungen in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen der Attitüden-Forschung	214
6. Die Konzeption der "potentiellen Adäquatheit politischer Einstellungen"	225
e. Die Strukturiertheit politischer Einstellungen in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung	234
1. Operationalisierungen, Ergebnisse und Interpretationen in den Untersuchungen zur Strukturiertheit politischer Einstellungen	235
2. Das Verhältnis der Einstellungsstruktur zur objektiven Realität in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung	244
2.1 Die Sicht der objektiven Realität in den oben dargestellten Ansätzen	244
2.2 Die Einstellungsstruktur und ihre psychologische Funktion	247
2.3 Die psychologische Funktion der Konsonanztendenz	253

3. Das Verhältnis von Interesse und Ideologie	257
f. Das politische Interesse und die Emotion in den Ansätzen der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung	263
1. Zusammenfassung der bereits entwickelten Thesen zum objektiven und subjektiven Interesse	263
2. Die 'objektive Betroffenheit' und ihre kognitive Widerspiegelung in den Ansätzen der Attitüden-Forschung	266
3. Das politische Interesse als Gegenstand empirischer Ansätze der Attitüden-Forschung	272
4. Die Bedeutung des emotionalen Einstellungsaspektes in den Ansätzen zur Veränderung politischer Einstellungen und zur Einstellungsfunktion	280
5. Das Verhältnis von Kognition und Motivation in der politischen Einstellung : ein Ausblick	291
g. Politische Einstellungen und politisches Handeln in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen der Attitüden-Forschung	294
1. Zusammenfassende Darstellung der theoretischen Konzeption zur Rolle der politischen Handlung in Verhältnis zur politischen Einstellung	294
2. Das politische Handeln in den Laborexperimenten der Attitüden-Forschung	298
3. Das Verhältnis von politischer Einstellung und 'politischem Verhalten' in der Sicht der Attitüden-Forschung	301
4. Politisches Handeln in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Psychologie	305
5. Die inhaltliche Begrenztheit des politischen Handlungsraumes in den Ansätzen der amerikanischen Psychologie	312
h. Systemzufriedenheit und Systemkritik in der Sicht der Attitüden-Forschung	319

III Zusammenfassung und Kritik der erkenntnistheoretischen, wissenschaftstheoretischen und gesellschaftswissenschaftlichen Implikationen der amerikanischen und westdeutschen Attitüdenforschung zur politischen Einstellung	324
a. Das Verhältnis von Theorie und Empirie in der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung	325
b. Das Verhältnis von objektiver Realität und subjektiver Widerspiegelung in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung	331
c. Das Verhältnis zwischen Politik und Individuum in der Sicht der Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung	336
d. Demokratie und politisches Bewußtsein in der Sicht der Attitüden-Forschung und der bürgerlichen Ideologie	340
e. Die Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung als Ausdruck ihrer Verwertungsinteressen	346

C.	Schlußbemerkungen:	
	Thesen zu einer alternativen Einstellungskonzeption unter dem Aspekt ihrer Relevanz für das praktische Problem der politischen Bildung	349
I	Thesen zu einem alternativen wissenschaftlichen Vorgehen in der Attitüden-Forschung	349
II	Thesen zu einer alternativen Konzeption politischer Einstellungen	356
III	Thesen zur Veränderbarkeit politischer Einstellungen im Sinne eines politischen Bildungsprozesses	360
	Anmerkungen	370
	Literaturverzeichnis	380

A. Einleitung:

Überlegungen zum wissenschaftstheoretisch möglichen und gesellschaftlich notwendigen Beitrag der Einzelwissenschaft Psychologie zur Realisation von Demokratie in unserer Gesellschaft

I Explizites und implizites Selbstverständnis "politischer Psychologie" in der BRD und den USA

a. Tendenzen und Zielsetzung "politischer Psychologie" in der BRD

Vor 10 Jahren fand eine Tagung statt, die gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Sektion Politische Psychologie im Bundesverband deutscher Psychologen und mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt wurde. Ihr Thema war die "politische Erziehung als psychologisches Problem". Die Tagung war von der Sorge um die Erhöhung des politischen Bildungsstandes in der BRD getragen. Sie verabschiedete eine Resolution, in der sie der allgemeinen Auffassung Ausdruck verlieh, daß es zur besseren Fundierung und damit einer höheren Wirkung der politischen Erziehung und Bildung in der BRD dringend umfassender allgemein- und sozialpsychologischer Forschung zu diesem Problemkreis bedarf, ..." (Schriftenreihe "politische Psychologie", Band 4, 1966). Es war nicht das erste

Mal, daß die Psychologie in der BRD sich ihrer möglichen Bedeutung als "politische Psychologie" bewußt wurde.

So datieren die ersten Bemühungen, z. B. Walter JACOBSEN's um die "Mitwirkung des Psychologen am Demokratisierungsprozeß"

(Kongreßbericht 26, Tübingen 68) bereits in den ersten Nachkriegsjahren. Wesentliche manifeste Schritte im Zusammenhang

dieser Bemühungen waren zum einen die Gründung der Sektion

"politische Psychologie" im Berufsverband deutscher Psychologen

sowie die Herausgabe der laufenden Schriftenreihe "Politische

Psychologie" (herausgegeben seit 1963 von W. JACOBSEN) und auch

das Symposium "Politische Psychologie" 1968 in Tübingen.

All diesen Bemühungen lag der zumindest verbal geäußerte Wunsch

zu Grunde, dem Demokratisierungsprozeß in der BRD wissenschaftliche

Schützenhilfe zu geben. Dieser Wunsch war dabei oftmals ver-

knüpft mit der Befürchtung, daß die faschistische Vergangenheit

für die Demokratie der BRD eine Art politisches Trauma darstellen

könnte. Wolfgang METZGER formulierte im ersten Band der Schriften-

reihe "politische Psychologie" seine Absichten und Motivationen

wie folgt: (Seine Aussage kann beispielhaft für viele ähnliche

Bemerkungen aus dieser Zeit stehen.) "Möge es der neu gegründeten

Schriftenreihe gelingen, nicht nur politisch-psychologische Er-

kenntnis zur erarbeiten und zu verarbeiten, sondern vor allem an

der Formung demokratischer Bürger und Leiter unseres jungen und

seiner Sache noch so ungewissen Staatswesens und an der Schärfung

ihres politischen Gewissens mitzuwirken", (METZGER, 63, S. 5).

Aber neben diesem sehr bewußt demokratisch engagierten Anliegen

"politischer Psychologen", wurden von anderen Vertretern dieser Teil-

disziplin bereits zu Beginn der westdeutschen Tradition

"politischer Psychologie" andere Aspekte genannt, die ihrer Meinung

nach eine gezielte und vermehrt wissenschaftliche "politische

Psychologie" erforderlich machten: So bezeichnete W. JACOBSEN als

"politische Psychologie" jenes Arbeitsgebiet der Psychologie,

das ausgewählte Erscheinungen in der Politik zum Gegenstand seiner

Forschung macht (W. JACOBSEN, 63). Die "politische Psychologie"

habe demnach, so JACOBSEN, als Ziel nur die Erkenntnis, ihre Nutzbar-

machung erfolgt nur vermittelt (W. JACOBSEN, 63, S. 12 f). Die Erkenntnisse werden der "Polis" zur Verfügung gestellt und dienen - ganz allgemein - zur "gesunden Entfaltung des öffentlichen Lebens" (W. JACOBSEN, 1963). JACOBSEN rühmt seinen Ansatz einer restlos wertneutralen "Verwendung des Politikbegriffes" (JACOBSEN, 1963, siehe oben).

Daß das politische Engagement der Psychologie, einen realen wissenschaftlichen Beitrag zur demokratischen Praxis zu liefern, zunehmend hinter eine angeblich wertfreie (aber real gesehen doch sehr wohl politisch wirksame) Beschäftigung mit politischen Sachverhalten mit den Methoden der Psychologie zurücktrat, zeigt sich auf dem Tübinger Symposium. Die hier durch die Konfrontation mit den antiautoritären Studententhesen ausgelöste Auseinandersetzung mit der möglichen bevölkerungsfeindlichen Verwertbarkeit dieser "wertfreien psychologischen Erkenntnisse", zeigt recht deutlich die inneren Widersprüche "politischer Psychologie" auf: Geht es um Erkenntnisse für die politische Praxis, und wenn ja, dann um wessen Praxis? Oder geht es um politisches Engagement und Verantwortung der Psychologie und der Psychologen selbst? Geht es um die Verständlichmachung der "Phänomene der politischen Welt" (Kongreßbericht 26, Tübingen, 1968) oder geht es um eine gesellschaftliche Aufgabe der Psychologie (Kongreßbericht 26, Tübingen, 68, vergleiche z. B. S. 109)?

Daß man sich höchstens auf ein individuelles moralisches Verpflichtetsein und den guten Willen des einzelnen Forschers einigte, löste diese Widersprüche keineswegs.

In den darauffolgenden Jahren zeigte sich die "politische Psychologie" z. T. sehr deutlich ohne ein "demokratisches Mäntelchen". So interpretiert HARTMANN (1969) den Artikel 21 des Grundgesetzes in seinem Aufsatz zur "psychologischen Analyse der politischen Werbung" wie folgt: "So soll sich ... der Bürger seine Meinung über politische Fragen bilden, indem er die verschiedenen Ansichten, die es darüber gibt, zur Kenntnis nimmt und sich von den besseren Argumenten - und das werden praktisch die besser vorgebrachten sein - Überzeugen läßt". (K. D. HARTMANN, 1969, S. 5). Hier geht es eindeutig nicht mehr um irgendein demokratisches An-

liegen, sondern um Bereitstellung von psychologischen Ergebnissen zur Verbesserung bereits bestehender politischer Praxis: der Überzeugung an sich, ohne Berücksichtigung der Inhalte. HARTMANN wendet sich gegen eine Verteufelung dieser Gleichsetzung von politischer Überzeugungsarbeit mit Werbungstätigkeit und verweist auf die zweifellos richtige Tatsache, daß politische Überzeugungsarbeit, die auf die "verfeinerte Methodologie" z. B. amerikanischer Attitüden-Forschung zurückgreifen, sicherlich wirksamer, aber prinzipiell nicht anders sei, als die früher üblichen Methoden politischer Beeinflussungsstrategie.

In dem Maße, wie die ursprünglich vorangestellte antifaschistische und demokratisch engagierte "politische Psychologie" zur psychologischen Wissenschaft der herrschenden Politik wurde, in dem Maße übernimmt sie amerikanische Ansätze, Theorien, Fragestellungen und Methoden. Dies läßt sich beispielsweise sehr deutlich an Hand der Entwicklung der Schriftenreihe "politische Psychologie" nachweisen, deren erste Bände noch vornehmlich in der Tradition deutscher Psychologie und deutscher Vergangenheit standen. Etwa seit 1964 war eine verstärkte Aufnahme und Verarbeitung amerikanischer Psychologie in den Problembereich "politischer Psychologie" unverkennbar. Besonders die Bereiche der Attitüden-Forschung, der Gruppendynamik, der Friedensforschung usw. wurden übernommen und innerhalb der westdeutschen Forschung fortgeführt. - Freilich kombiniert (und das gilt nach wie vor z. B. auch für jüngere Einstellungsuntersuchungen in der "Zeitschrift für Sozialpsychologie") weit häufiger mit gleichzeitig geäußertem politischen Engagement, als in vergleichbaren amerikanischen Veröffentlichungen. Diese z. T. fortschrittliche Motivation der Forscher äußert sich dabei etwa in der Fragestellung, dem angestrebten Verwertungszusammenhang, dem praktischen Problem, dessen noch ausstehende Bewältigung Anstoß zu der entsprechenden Untersuchung war etc. Ein gutes Beispiel ist hier etwa die Untersuchung von JAIDE (1971), die eine politische Einstellungsuntersuchung vergleichbar mit dem Ansatz, Stil und den Methoden der amerikanischen Attitüden-Forschung (mit allen entsprechenden theoretischen, inhaltlichen und methodischen Mängeln; vergleiche Kapitel II) dar-

stellt. Gleichzeitig geht es hier dem Wissenschaftler aber darum, Ergebnisse zu liefern, die es ermöglichen, besser gegen politische Verdummung, Unwissenheit und Gleichgültigkeit der westdeutschen Jugend mit wissenschaftlichen Ergebnissen angehen zu können. Wie weit ihm dies tatsächlich gelingt, wird zu zeigen sein, ebenso wie es vorläufig noch als offene Frage hingestellt werden muß, ob das demokratische Engagement "politischer Psychologie" und die inhaltsfreie von einer pluralistischen, sprich beliebigen politischen Vorstellung unserer Gesellschaft (vergleiche z. B. W. JACOBSEN, 1963, S. 12) ausgehende "politische Psychologie" zu vereinbarende widerspruchsfreie Elemente psychologischer Forschung und Praxis sein können.

D. Das Auftreten und die Erscheinungsform politischer Fragestellung in der amerikanischen Psychologie

Das Auftreten politischer Fragestellungen in der amerikanischen Psychologie fällt mit zwei Wissenschaftsrichtungen zusammen, die sich in den USA beide etwa im Verlauf des 2. Jahrzehnts dieses Jahrhunderts herausbildeten. Zum einen entstand als Zweig der Psychologie die Sozialpsychologie. Sie entledigte sich der rein individuell ausgerichteten Psychologie des 19. Jahrhunderts und stellte die Frage nach dem Einfluß der sozialen Umwelt (vergleiche z. B. CH. COOLEY und G. H. MEAD). Gleichzeitig bediente sich die Sozialpsychologie von vornherein empirischer Methoden und de

behavioristischen Psychologiekonzeption: Es ging ihr um genaue, meßbare Beschreibung und um Prognose sozialen Verhaltens. Um etwa die gleiche Zeit entstand in den USA als neue wissenschaftliche Disziplin die Politologie (political science). Nach MÜHLHAUSEN und BEULE (1973) stellte sich die neue Wissenschaft Politologie zunächst 2 Ziele: "Erstens die möglichst genaue Erfassung sowohl des Verhaltens als auch des Bewußtseins - als ein zentraler Aspekt des Verhaltens - der Bevölkerung und einzelner ihrer Teile. Zweitens eine Ermittlung der dem Verhalten sowie dem dieses bestimmende Bewußtsein zu Grunde liegenden Faktoren, um somit die Möglichkeit einer Steuerung des Bewußtseins und eine Steuerung des Verhaltens zu erreichen." (MÜHLHAUSEN und BEULE, 1973, S. 105).

Wie an dieser Stelle bereits absehbar, waren beide neuen Wissenschaften sehr bald aufs engste miteinander verbunden und aufeinander angewiesen. Die oben erwähnten Fragestellungen der Politologie greifen weit auf sozialpsychologische Problematik über. (Als erster verfocht dies der amerikanische Politologe Dr. MERRIAM (1965).) Dieser Zusammenhang ist kein zufälliger. Vielmehr steht die Entwicklung beider wissenschaftlicher Disziplinen im Zusammenhang mit den gleichen gesellschaftlichen Prozessen und Bedingungen. So bemerkten die Autoren KALENSKI, MOCEK und LÖWE (1971, S. 16/17): "Ende des 19. Jahrhunderts stand die amerikanische Gesellschaft vor völlig neuen, ernststen Problemen. In Amerika gab es keine freien Landstriche mehr, es standen große Städte, die Schwerindustrie entwickelte sich, der Strom der Einwanderer wurde stärker, die ökonomischen Krisen nahmen immer heftigeren Charakter an. Korruption und Kriminalität im Staatsapparat nahmen zu, das Problem der sozialen Unsicherheit der Volksmassen verschärfte sich und die Streikämpfe des Proletariats nahmen an Intensität zu. ... viele amerikanischen Sozialwissenschaftler begannen von der notwendigen aktiven Rolle der Wissenschaft bei der Lösung der vor der Gesellschaft bestehenden Probleme zu sprechen. Von ihrer Umwandlung in Social Engineering, welches analog zu den Naturwissenschaften mit exakten Methoden operieren soll."

Angesichts der Wirtschaftskrisen, der Verschärfung der Negerfrage, der Zunahme der Einwanderungsquote und angesichts der zunehmenden politischen und ökonomischen Macht der USA bei gleichzeitigem Entstehen der neuen gesellschaftlichen Realität Sozialismus, begann der Kampf um das Bewußtsein der Bevölkerung zu einem gesellschaftlichen Hauptproblem zu werden. Als ein zentraler Gegenstand politischer Wissenschaft tauchten somit die Fragen nach dem menschlichen politischen Bewußtsein, seinen Einstellungen und deren Beeinflußbarkeit zum ersten Mal 1916, in der Arbeit von THOMAS und ZNANIECK auf. MUHLHAUSEN und BEULE (1973) bemerkten zu dieser Entwicklung: "auf Grund der Erkenntnis, daß das Verhalten eines Individuums mit seinem Bewußtsein, seinen Meinungen, Einstellungen und Wertvorstellungen korrespondiert sowie der Tatsache, daß der Entwicklung der Technik Möglichkeiten zur Beeinflussung einer großen Anzahl von Menschen durch die sogenannten Massenkommunikationsmittel geschaffen worden sind, rückte anfangs der 20-iger Jahre das Problem der genauen Erfassung von Meinungen und Einstellungen von Individuen und ganzen Bevölkerungsteilen in den Vordergrund gesellschaftswissenschaftlichen Interesses" (S. 106/107). In den 30-iger Jahren lag der amerikanische Forschungsschwerpunkt der Meinungsforschung auf der Konstruktion und Erprobung von Meßverfahren. Die Attitüden-Forschung löste im weiteren Verlauf die weit verbreitete Meinungsforschung ab, da sie versuchte, allgemeinere und tiefliegendere Zusammenhänge zu erkennen und prognostisch anwenden zu können.

In den 40-iger Jahren lag der Forschungsschwerpunkt somit mehr auf der Untersuchung und Theoriebildung zum Problem der Einstellungsveränderung, z. B. durch Massenmedien. Der praktische Einsatz entwickelter Instrumente und Ergebnisse der Einstellungsforschung, begann ab Anfang der 40-iger Jahre in der amerikanischen Armee, besonders unter C. J. HOVLAND.

Es ging bei diesen ersten praktischen Fragestellungen um die Problematik der Neger in der Armee, um die Kampfmoral der Soldaten sowie besonders um das Problem der Wirkung von Propaganda und Gegenpropaganda. Ab Mitte der 40-iger Jahre folgten gezielte Einstellungsänderungsuntersuchungen mit der Absicht, wissenschaftlich fundiert

auf den Meinungsbildungsprozeß einwirken zu können (vergleiche MOHLHAUSEN und BEULE, 1974).

Noch heute nimmt innerhalb der amerikanischen Sozialpsychologie die Attitüden-Forschung einen großen Raum ein. MOHLHAUSEN und BEULE (1974) kommen zu dem Ergebnis, daß rund 1/4 der wissenschaftlichen Artikel in amerikanischen psychologischen Fachzeitschriften dem Gebiet der Attitüden-Forschung zuzurechnen sind. Mc GUIRE stellt fest: "Attitude research has in the past decade returned to the dominant status within social psychology that it had thirty years ago, after passing through an era in the 1950's when it was overshadowed by work in the group-dynamics area" (Mc GUIRE, 1968, S. 136). Auch er gibt an, daß etwa 1/4 aller amerikanischen sozialpsychologischen Arbeiten dem Gebiet der Attitüden-Forschung entstammen (vergleiche S. 138).

Es muß festgehalten werden, daß es - im Unterschied zur BRD - in den USA keine explizite "politische Psychologie" gibt. Vielmehr entwickelte sich ein wesentlicher Bereich der Sozialpsychologie, nämlich die Attitüden-Forschung aus der Politologie. Ähnliches läßt sich für die meisten anderen sozialpsychologischen Gebiete in etwa herleiten.

Nun ist Attitüden-Forschung jedoch nicht mit Forschung zur 'politischen Einstellung' und ähnlichem gleichzusetzen. Die explizit als politische Einstellungsskalen entwickelten oder bezeichneten Meßinstrumente beispielsweise machen höchstens knapp 1/3 der gesamten Menge solcher Skalen aus, (vergleiche ROBINSON et al., 1969).

Ein historischer Trend in der Thematik speziell dieser politischen Einstellungsforschung läßt sich nur sehr vage und nur an Hand sehr allgemeiner Kategorisierungen der einzelnen Skalen rekonstruieren.

Insgesamt scheint die amerikanische Forschung zum Problem politische Einstellungen relativ gleichmäßig verlaufen zu sein, d. h. die Anzahl der insgesamt erstellten Skalen schwankt zwar, ohne daß sich ein eindeutiger Zunahme- oder Abnahmetrend feststellen ließe (bis 1970). Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg fällt die relativ hohe Anzahl von Skalen im Bereich "Liberalismus -

Konservatismus" sowie im Bereich "hostility-related national affairs" auf, (22 Skalen insgesamt vor 1950).

In jüngster Zeit (1965 bis 1970) zeichnet sich eine verstärkte Beschäftigung mit dem Rassenproblem sowie mit der Frage nach der politischen Informiertheit der Bürger ab.

Die Thematik "internationale Fragen und Krieg" hatte ihren Schwerpunkt in der Zeit von 1956 bis 1966.

Einen z. T. größeren Raum als spezifischen politische Einstellungen nahmen besonders zwischen 1960 und 1970 die Einstellungen zum ökonomischen berufsbezogenen gesellschaftlichen Bereich ein. Bis zur Gegenwart steht der spezifischen politischen Einstellungsforschung - rein an der bei ROBINSON et al angeführten Skalenumenge gemessen - ein mindestens ebenso umfangreicher Bereich sogenannter "social attitudes" gegenüber.

Wenn weiten Teilen der amerikanischen Attitüden-Forschung müssen auch andere Bereiche der amerikanischen Sozialpsychologie als für politische Fragestellungen relevante Forschungsgebiete der Psychologie angesehen werden. Dazu gehören vor allem die Gruppendynamik und die damit zusammenhängende Friedensforschung und - oder Konfliktforschung. Diese Themen und Forschungsansätze sind von der westdeutschen politischen Psychologie heute ebenfalls weitgehend übernommen worden. Es soll weiter unten näher auf die hier anstehende Frage eingegangen werden, ob solche psychologischen Problembereiche wie Gruppendynamik tatsächlich als Erklärungsmodelle für politisch gesellschaftliche Phänomene, wie etwa Kriege, tragbar sind. Wie wir zu zeigen versuchen werden, handelt es sich bei solchen Ansätzen um eine gefährliche Verkürzung politischer und damit gesellschaftlicher Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten, die zur "Psychologisierung von Politik" führen muß. Das Einstellungskonzept als solches braucht dieser Tendenz, Politik durch Psychologie, d. h. letztlich, Gesellschaft durch Individuen, zu ersetzen, nicht zu unterliegen. Von da aus erscheint uns, wie wir unten noch eingehender begründen werden, die Attitüden-Forschung als brauchbarstes Gebiet "politischer Psychologie".

c. Das Verständnis vom Gegenstand der Psychologie: Kontroversen und Diskussion

Wie bereits in den obigen Darstellungen angedeutet, gibt es in der "politischen Psychologie" bzw. der Psychologie, die sich mit politischen Fragestellungen auseinandersetzt, keine besondere explizite Auseinandersetzung mit der Frage, welches der Gegenstand "politischer Psychologie" sei, bzw. welchen Aspekten politischen, gesellschaftlichen Lebens psychologische Bedeutung zukommt und in welchem Zusammenhang die psychologischen Aspekte der Politik zu sehen sind.

Zu der oben bereits angedeuteten Frage nach dem möglichen oder gar unvermeidbaren politischen Engagement des psychologischen Forschers, der sich mit den Fragen "politischer Psychologie" auseinandersetzt, tritt hier also die Frage nach dem inhaltlichen Selbstverständnis "politischer Psychologie" hinzu.

In einer so allgemeinen Bereichsbestimmung, wie sie W. JACOBSEN gibt, der "politische Psychologie" definiert als "jenes Arbeitsgebiet der Psychologie, das ausgewählte Erscheinungen in der Politik zum Gegenstand seiner Forschung macht" (JACOBSEN, 1963, S. 11), bleibt nach wie vor offen, wie der wissenschaftliche Gegenstand der "politischen Psychologie" tatsächlich gesehen wird. Hier werden einfach die Aspekte der Politik zum Gegenstand psychologischer Forschung erklärt, die als psychologische Probleme angesehen werden. Es muß also zunächst festgehalten werden, daß an die Frage, welches im Zusammenhang mit Politik tatsächlich psychologische Fragestellungen seien, nicht theoretisch herangegangen wird, sondern daß dieses Vorgehen einem bestimmten individuell ausgerichteten Vorverständnis gesellschaftlich-politischer Probleme entspricht: Sowohl in den USA als auch in den Ansätzen westdeutscher "politischer Psychologie", lag der Schwerpunkt der Beschäftigung von Anfang an auf individuellen oder gruppenspezifischen Problemen des politischen Verhaltens und Bewußtseins. Eine Problematisierung von Einheit und Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Bedingungen, den gesellschaft-

lichen, politischen Verhältnissen einerseits, und den politischen Verhaltens- und Bewußtseinsaspekten der einzelnen Menschen, fand nicht statt. Vielmehr wurde zunehmend - gerade umgekehrt - das jeweilige Bewußtsein oder Verhalten der Menschen als Ursache und Bedingung politischer Verhältnisse angesehen.

Dies zeigt sich z.B. deutlich in der thematischen Entwicklung der Schriftenreihe "politische Psychologie".

Die 1963 erstmals erschienene Schriftenreihe trat mit dem Anspruch an sich selber auf, durch Bereitstellung entsprechender psychologischer Kenntnisse einen Beitrag zu leisten zur Demokratisierung unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft (vergleiche z. B. das Geleitwort W. METZGER's im ersten Band). Das demokratische Engagement der "politischen Psychologie" an den westdeutschen Universitäten schlägt sich nieder in Problemwahl der einzelnen Aufsätze sowie in den Themen der einzelnen Hefte der Schriftenreihe. "Politische Psychologie als Aufgabe unserer Zeit" ist der Titel des 1. Bandes, der inhaltlich zunächst versucht, eine Standortbestimmung "politischer Psychologie" und ihrer Aufgaben zu leisten und ein Anknüpfen an die eigene deutsche Tradition "politischer Psychologie" sowie einen kurzen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu vermitteln.

Der noch im gleichen Jahr erschienene 2. Band "Autoritarismus und Nationalismus - ein deutsches Problem" sowie der 1964 veröffentlichte Band "Vorurteile und ihre Erforschung und Bekämpfung" machen deutlich, vor welchem Hintergrund das demokratische Engagement der sich neu konstituierenden "politischen Psychologie" in der BRD entstand und arbeitete: Es ging zunächst um die Vergangenheitsbewältigung des faschistischen Deutschland. Wobei die Fragen im Vordergrund standen, 'welche psychologische Prädispositionen haben den Faschismus gefördert? Sind sie 'typisch' für die deutsche Bevölkerung? Wie weit sind sie heute, also ca. 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes noch oder wieder vorhanden?

Bereits in den ersten beiden Bänden zeigte sich deutlich, daß hier versucht werden soll, politische Phänomene, wie z. B. den

Faschismus, zumindest in seinen wesentlichen Aspekten als psychologisches Problem zu erfassen. Gesellschaftliche Realitäten im ökonomischen, internationalen und innenpolitischen Bereich, die am 'Ausbruch' sowie an der Konstituierung und Stabilisierung faschistischer Politik und faschistischen Massenbewußtseins wesentlich mitbeteiligt waren, bleiben hier weitgehend unerwähnt. Vor allem aber wird die Verbindung zwischen gesellschaftspolitischen Verhältnissen und psychologisch-politischen Phänomenen nicht gesehen.

Wie anders eine Auseinandersetzung mit den Bewußtseinsaspekten des Faschismus und seines "Unterliegens" in Deutschland aussehen kann, wenn Bewußtsein und Psychologie nicht den gesellschaftlichen Bedingungen vorausgesetzt werden oder losgelöst von diesen betrachtet werden, zeigt z. B. der Aufsatz DEPPE's: "Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaft nach 1945" (F. DEPPE, das Bewußtsein der Arbeiter, 1971).

Der 3. Band der Schriftenreihe versucht bereits, das Problem insgesamt distanzierter und verallgemeinerter zu behandeln: Als allgemeine Fragen des Vorurteils, des Rassenhasses etc. Hier klingt die Problematik des Antisemitismus noch stark durch, jedoch ist die Tendenz, darin ein spezifisch deutsches Problem zu sehen, weniger deutlich. Besonders durch die Mitautorenschaft von amerikanischen Psychologen bekommt das 3. Heft der Schriftenreihe allgemeineren Charakter und verliert die etwas beklemmte Vergangenheitsbezogenheit.

Mit der amerikanischen Forschung taucht auch gleichzeitig die scheinbare Selbstverständlichkeit allgemeinpsychologischer Fragestellungen im Bereich der Politik auf. Es zeigt sich zunehmend eine 'Psychologisierungstendenz' politischer Sachverhalte, die weniger dadurch gekennzeichnet ist, daß explizit versucht wird, gesellschaftliche Phänomene als psychologische auszugeben, sondern zunächst einfach dadurch, daß die Reflektion gesellschaftlicher Bedingungen für psychologisch-politische Phänomene fehlt.

2 Jahre später, 1966, erschien der 4. Band der Schriftenreihe:

"Politische Erziehung als psychologisches Problem", in dem sich eine stärkere Konzentration auf aktuell anstehende und zukunftsrelevante Themen durchgesetzt hatte. Der Band ist getragen von der "Sorge um die Erhöhung des politischen Bildungsstandes in der BRD" (vergleiche Vorwort S. 7) und stellt einen Bericht über die gleichnamige, bereits oben erwähnte Tagung dar.

Die Resolution, die auf der Tagung verabschiedet wurde, enthält Empfehlungen an die psychologische Forschung und eine neue Bestimmung von Aufgabe und Bedeutung der Wissenschaft **Psychologie** für die anstehenden Aufgaben der politischen Bildung. Als wichtigste Probleme werden dabei genannt: Die Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen, von Gruppenspannungen, die Erforschung der Bedingungen politischen Wissens und politischer Interessiertheit, die Erforschung der Hintergründe und Erscheinungsformen von Konformismus und Gehorsam, der Bildungs- und Erziehungsfaktoren in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, besonders im pädagogischen Gruppen- und Interaktionsprozeß in der Schule.

Der 5. Band der Schriftenreihe, ebenfalls 1966 erschienen, beschäftigt sich seinerseits mit den "internationalen Beziehungen" als "ein Gegenstand der Sozialwissenschaft". Die Beiträge in diesem Band kommen aus dem Bereich der Konfliktforschung, der Friedensforschung, der Vorurteilsforschung, der Minoritätenforschung, der Kultur-Kontakt-Forschung sowie der Austauschforschung. Hier wird der 1. Versuch westdeutscher "politischer Psychologie" unternommen, sich im internationalen Feld der Politik für Frieden und Völkerverständigung zu engagieren. Wie weit das gelungen ist und überhaupt gelingen kann, bei einer rein psychologischen Betrachtung internationaler Politik - was natürlich auch für Politik an sich gilt - ist äußerst fraglich. Wie wir noch im einzelnen zeigen werden, versucht die "politische Psychologie" z. B. mit Hilfe psychologischer Phänomene, wie politisches Verhalten und politisches Bewußtsein, die politischen Realitäten selbst zu erklären. (nicht anders kann man den Versuch bezeichnen, Frieden aus Friedfertigkeit, Krieg aus Gruppenkon-

flikten, Entwicklungshilfe aus humanitären Einstellungen abzuleiten). Hier verläßt die "politische Psychologie" unseres Erachtens den tatsächlichen Erklärungs- und Wirkungsbereich ihrer eigenen wissenschaftlichen Disziplin, und das ist genau das, was wir oben bereits als "Psychologisierung politischer Phänomene" bezeichnet haben.

Der 6. Band der Schriftenreihe: "Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst" geht ebenfalls über die unseres Erachtens sinnvolle Aufgabe hinaus, Angst im psychologischen, politischen Feld des Bewußtseins der Bevölkerung zu beschreiben und zu erklären. Denn auch hier wird nicht die Angst aus den gesellschaftlichen Bedingungen, sondern es werden gesellschaftliche Phänomene aus der Angst zu erklären versucht.

Der vorläufig letzte Band der Schriftenreihe: "Politische Beeinflussung, Voraussetzungen, Ablauf und Wirkung" (1968), greift wieder mehr an den psychologischen-pädagogischen Problemen des politischen Lebensbereiches an. Die Frage der politischen Beeinflussung wird diskutiert auf dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse der Studentenbewegung, der Auseinandersetzung mit faschistischen Beeinflussungsmethoden, sowie der Frage nach manipulativer versus nicht-manipulativer Beeinflussung. Der hier gewählte Ansatz zur Problemwahl "politischer Psychologie" zielt wieder mehr auf die psychologischen Aspekte politischen Verhaltens und politischen Bewußtseins bei den einzelnen Menschen oder gesellschaftlichen Gruppen ab. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen mit eben diesen psychologischen Aspekten politisch-gesellschaftlichen Lebens wird jedoch auch hier nicht weiter beachtet.

Diese Nichtbeachtung des Zusammenhanges zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und psychologischen Phänomenen, muß als allgemein durchgehendes Merkmal amerikanischer und westdeutscher "politischer Psychologie" angesehen werden. Jedoch erscheint es als ein recht bedeutungsvoller Unterschied, ob "politische Psychologie" sich mit psychologischen Phänomenen politischen Lebens im Sinne von

politischem Bewußtsein und politischem Verhalten Einzelner und gesellschaftlicher Gruppen beschäftigt, oder aber, ob psychologische Erkenntnisse eben dieser individuellen oder gruppenspezifischen politischen Verhaltens- und Bewußtseinsaspekte auf gesellschaftliche, politische Phänomene als Erklärungsmodelle ausgeweitet werden. In beiden Fällen fehlt sicherlich in gleichem Maße die adäquate Berücksichtigung und Reflektion der gesellschaftlichen Bedingungen der Politik sowie die Einsicht in ihre wesentliche Vorausgesetztheit vor den psychologischen, politischen Phänomenen, wie z. B. politisches Bewußtsein. Jedoch handelt es sich im ersten Ansatz zur Gegenstandsbestimmung "politischer Psychologie" nur um den Versuch, individuelles Verhalten oder Bewußtsein zu erklären und seine psychologischen Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, ohne daß die eigentlichen gesellschaftlichen Hintergründe einbezogen würden. Dieser Ansatz muß also als ein verkürzter Ansatz bezeichnet werden, der den psychologischen Gegenstand von den gesellschaftlichen Bedingungen löst. Andererseits muß gesehen werden, daß in diesem Ansatz über den psychologischen Gegenstand selbst hinaus keine Aussagen über Politik gemacht werden. Hierhin gehören unseres Erachtens sämtliche Ansätze "politischer Psychologie" zu Fragen politischen Bewußtseins, zu Einstellungen, zu politischer Erziehung und Bildung usw.

Sehr viel kritischer als dieser nur verkürzte, 'psychologistische' Ansatz, erscheint uns der Versuch, gesellschaftlich-politische Phänomene selbst aus psychologischen Phänomenen und deren Erkenntnis heraus erklären zu wollen. Hier - und darin liegt eine gewisse 'Gefährlichkeit' - findet unseres Erachtens eine wissenschaftlich unzulässige 'Grenzüberschreitung' psychologischer Wissenschaft statt.

Wenn wir uns in der vorliegenden Arbeit auf solche Bereiche "politischer Psychologie" beschränken, die nicht in einem so expliziten Maße 'psychologisierend' vorgehen, wie es in dem 2. dargestellten Ansatz der Fall ist, so deshalb, weil wir eben diese psychologisierenden Ansätze nicht für ernsthaft diskutabel

halten. Wir möchten hier - ohne dies an dieser Stelle eingehend diskutieren zu können - ausdrücklich auf unser Verständnis vom wissenschaftlichen Gegenstand¹ "politischer Psychologie" hinweisen:

Psychologie als Wissenschaft vom menschlichen Individuum ist undenkbar ohne die gesellschaftliche Daseinsform eben dieser Individuen. Aus der vereinzelt bloßen Individualität alleine können unseres Erachtens weder wesentliche² Inhalte noch wesentliche Strukturmerkmale des Psychologischen erklärt werden. Dies gilt in verstärktem Maße in den Bereichen der Psychologie, wo es um explizit gesellschaftlich-relevante und gesellschaftlich-vermittelte psychologische Phänomene, wie z. B. in der 'politischen Psychologie' geht. Von unserem wissenschaftstheoretischen Standpunkt aus³ wäre es mehr als verkürzt und in großem Maße idealistisch verzerrt gedacht, wollte man Gesellschaft aus den Individuen erklären und nicht Individuen aus den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Andererseits - und diese Gefahr verkürzter Sichtweise des Verhältnisses 'Politik - Psychologie' muß ebenfalls genannt werden, wäre es sehr undialektisch⁴ gedacht, hielte man die psychologische Wissenschaft im Bereich der Politik für zweitrangig, unwichtig oder gar überflüssig. Mit einer solchen 'soziologistischen', psychologiefeindlichen Position setzt sich z. B. auch L. SÈVE am Beginn seiner Arbeit "Marxismus und Theorie der Persönlichkeit" auseinander. Eine solche mißtrauische Haltung gegenüber der Psychologie überhaupt und dem Bereich der Politik im besonderen, wird von SÈVE als Gegenreaktion auf die oben kritisierte 'Psychologisierungstendenz' eingeschätzt, (vergleiche SÈVE, 1973, S. 12 ff). Aus einer solchen Haltung heraus müßte der Versuch, "politische Psychologie" überhaupt ernsthaft zu betreiben, und ihr als Wissenschaft, die von der gesellschaftlichen Bedingtheit des menschlichen Wesens ausgeht (vergleiche SÈVE, 1972, S. 12 ff), eine echte Funktion zuzuschreiben, strikt abgelehnt werden.

Die tatsächlich dialektische Sicht des Verhältnisses von gesell-

schaflichem Wesen des Menschen und menschlichem Individuum⁵, macht jedoch eine ganz andere Wahrnehmung des Verhältnisses von Politik und Psychologie notwendig: Zwar ist "politische Psychologie" nicht ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Zusammenhänge sinnvoll, und ganz sicher kann "politische Psychologie" als solche nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse erklären. Aber ebenso sicher realisieren sich eben jene gesellschaftlichen Verhältnisse nur über die Individuen. So stellt z. B. auch SEVE fest: "Mehr als ein politisches Problem ist mindestens i. d. ein psychologisches Problem, das Millionen Menschen berührt. Für solche Fälle muß bei aller marxistischen Strenge anerkannt werden, daß der politische Kampf nur dann zum Ziel geführt und bisweilen ganz einfach nur dann geführt werden kann, wenn er sich auf eine wirklich wissenschaftliche Psychologie stützen kann." (SEVE, 1972, S. 12).

Es geht hier also um die Erforschung der psychologischen Phänomene gesellschaftlich-politischen Lebens, die nicht ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse denkbar, verstehbar oder erklärbar sind, die jedoch als Gegenstände der Wissenschaft Psychologie wesentliche Bedeutung für die Erklärung und Erforschung der Realisation des politischen Lebens durch die Individuen erlangen. Politik soll nicht durch Psychologie ersetzt werden, und ebenso wenig soll der Psychologie die Relevanz für den politischen Lebensbereich der Gesellschaft abgesprochen werden. Vielmehr geht es - wie SEVE bemerkt - um die "Frage der Vermittlung zwischen dem allgemein-gesellschaftlichen Prozeß, ... und dem Leben der Individuen" (SEVE, 1972, S. 18). Insofern - um auf den Ausgangspunkt der hier kurz skizzierten Diskussion des Verhältnisses Politik-Psychologie zurückzukommen - halte ich eben jene Ansätze "politischer Psychologie", die sich mit den individuellen psychologischen Aspekten politischen Bewusstseins und politischen Verhaltens auseinandersetzen, sehr wohl für diskutabel und für einen gesellschaftlich notwendigen, wie auch wissenschaftstheoretisch möglichen Beitrag der Einzelwissenschaft Psychologie zur Realisation von Demokratie in unserer Gesellschaft.

Politische Bildung als relevanter Praxisbereich "politischer Psychologie"

Wenn wir, wie oben dargelegt, davon ausgehen, daß Politik zunächst eine Existenzform gesellschaftlicher Praxis und gesellschaftlichen Bewußtseins ist, und nur insofern zum realen Gegenstand psychologischer Forschung wird, als sie im Bewußtsein und Handeln der gesellschaftlichen Individuen abgebildet und realisiert wird, können wir grob die Politik selbst als einen Gegenstand der Gesellschaftswissenschaften kennzeichnen, ihre psychologischen Erscheinungsformen jedoch als Gegenstand der "politischen Psychologie".⁶

Wie sieht politisches Bewußtsein aus, wie entsteht es, wie entwickelt es sich, wodurch verändert es sich, wie wird es verankert, stabilisiert und aktiviert? Welche Funktion hat es für das menschliche Individuum? Welche Rolle spielt es für das Handeln allgemein und das politische Handeln im besonderen? Wie und wann handelt ein Individuum politisch im Sinne von bewußt politisch? Wie entwickelt sich beim Individuum die Fähigkeit und das Bedürfnis zu politischem Handeln, zu politischen Verhaltensweisen, wie z. B. zu Verantwortung, Solidarität, Interessenvertretung ... ?

All das könnten also Fragen "politischer Psychologie" sein. Sie unterscheiden sich wenig von dem Problemkatalog, der auf der Tagung "Politische Erziehung als Problem" 1964 in Bergneustadt in der Resolution aufgeführt wurde und als Vorschläge an die Forschung genannt wurde .

Wenn wir im weiteren die "politische Psychologie" mit der psychologischen politischen Bildungsproblematik in Zusammenhang bringen, soll damit nicht etwa eine Identität beider Aspekte oder eine erschöpfende Umschreibung des möglichen Gegenstandsbezugs "politischer Psychologie" behauptet werden. Andererseits sind wir zur Überzeugung gelangt, daß die politische Bildung einen

- 11 -

Praxisbereich "politischer Psychologie" darstellt, der zum einen als solcher von den meisten Praktikern und Psychologen anerkannt wird, und der zum zweiten im Sinne unserer oben angedeuteten Gegenstandsbestimmung "politischer Psychologie" zweifellos als ein Problembereich gekennzeichnet werden muß, in dem psychologische Forschung keine Bereichüberschreitung darstellt, sondern einen wesentlichen und durch keine andere wissenschaftliche Disziplin zu ersetzenden Beitrag zum gesellschaftlich politischen Leben leisten kann und leistet.

a. Eingrenzung und Skizzierung der psychologischen Fragestellung im Bereich politischer Bildung als Abhängige der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bildungssituationen

Wenn wir uns also mit der spezifisch psychologischen Fragestellung im Zusammenhang mit der politischen Bildung, der politischen Bildungsarbeit beschäftigen wollen, stellt sich als erstes die Aufgabe, politische Bildung bzw. politische Bildungsarbeit zu definieren und ggf. einzugrenzen.

Es ist denkbar, daß die psychologische Problematik je nach Art und Rahmen, d. h. konkret, je nach der spezifisch gesellschaftlichen Bildungssituation, sehr unterschiedlich aussehen kann. Es stellt sich somit auch die Frage, ob es allgemeine psychologische Aspekte politischer Bildung gibt, die in jeder der möglichen Bildungssituationen vorhanden sind und wie diese konkret aussehen.

Es erscheint selbstverständlich, daß diese Probleme im Rahmen des hier zur Verfügung stehenden Raumes einer Einleitung im günstigsten Fall nur angerissen werden können. Eine ausführliche Diskussion oder gar eine wissenschaftlich fundierte Entscheidung der Fragestellungen kann nicht erwartet werden. Dennoch erscheint uns auch eine bloße Skizzierung dieser allgemeinen Problematik psychologischer Fragestellungen im Zusammenhang mit politischer Bildungsarbeit als durchaus nützlich, da so der größere praktische

Rahmen der im Hauptteil vorgestellten Analyse und Diskussion der Forschungsarbeit zur politischen Einstellung deutlicher werden kann.

Wir schlagen vor, unter politischer Bildung bzw. dem Prozeß politischer Bildung im weiteren die Herausbildung und - oder Veränderung von politischem Bewußtsein und von Handlungsinhalten bzw. Handlungsstrukturen zu verstehen.

Gehen wir von solch einer allgemeinen Begriffsbestimmung aus, so ließen sich die verschiedensten Unterscheidungsmerkmale von gesellschaftlich gegebenen und psychologisch wirksamen Situationen finden, in denen politische Bildung bzw. ein politischer Bildungsprozeß stattfinden kann. Um die Bandbreite dieser angesprochenen Problematik zu verdeutlichen, möchten wir hier einige, unseres Erachtens sinnvolle Unterscheidungen, zur Diskussion stellen und deren jeweilige Bedeutung für die psychologische Seite des Problems beleuchten. Dabei sei noch einmal hervorgehoben, daß die folgende Aufzählung von gesellschaftlichen Bildungssituationen keine systematische Analyse darstellen soll. Insofern ergibt sich auch die Reihenfolge der einzelnen Unterscheidungsmerkmale mehr oder weniger aus dem dargestellten Zusammenhang. Zum anderen ist selbstverständlich keines der Unterscheidungsmerkmale umfassend, d. h. die jeweilige Situation hinreichend bestimmend. Vielmehr handelt es sich um Unterscheidungskriterien, die bei ein und derselben Situation gleichzeitig zu beobachten sind, so daß jede der spezifischen Situationen, die einen psychologischen politischen Bildungsprozeß im oben definierten Sinne bewirken kann, durch verschiedene Kriterien bzw. Ausprägungen der beschriebenen Unterscheidungsmerkmale definiert werden könnte.

Als erstes Unterscheidungskriterium politischen Bildungsgeschehens bzw. gesellschaftlicher Situationen, die ein solches Bildungsgeschehen auslösen können, möchten wir differenzieren zwischen solchen Situationen, in denen das betreffende Individuum

mit dem politischen Problem, Sachverhalt etc. unmittelbar konfrontiert wird, d. h. in denen diese Sachverhalte nicht durch zwischenmenschliche Kommunikation gleich welcher Art vermittelt werden.

Zu nennen wären hier die unmittelbaren Erfahrungen im gesellschaftlich-politischen Lebensbereich, die ein Einzelner in seinem individuellen Leben machen kann: Sei es im Arbeitsprozeß, sei es in Konfrontation mit Gesetzen, gesellschaftlichen Regeln oder materiellen Verhältnissen. Es scheint selbstverständlich, daß diese unmittelbaren politischen Erfahrungen sehr konkret und in jeder Hinsicht begrenzt bleiben. Es sei denn, sie werden per Kommunikation verallgemeinert in Zusammenhänge gebracht und bekommen somit allgemeinen Erfahrungscharakter im Sinne gesellschaftlicher Erfahrung.

Der unmittelbaren konkreten Konfrontation mit politischen Sachverhalten steht, wie gesagt, allgemein die Kommunikation über politische Sachverhalte gegenüber. Diese kommunikativen politischen Bildungssituationen lassen sich ihrerseits unterteilen, je nachdem, ob es sich z. B. um eher einseitige oder zweiseitige Kommunikation handelt, oder ob es sich um diadysche oder aber um Massenkommunikation handelt. Im Unterschied zu den eben erwähnten Situationen konkreter politischer Erfahrung eröffnet die Kommunikationssituation die Möglichkeit zu vermittelter politischer Erfahrung und damit zu größerer Allgemeinheit der vermittelten Inhalte. In dem Maße jedoch, wie solche politischen Erfahrungen allgemeiner Natur und insofern vom einzelnen nicht in dieser Weise erfahrbar sind, beinhalten sie die Gefahr der Unüberschaubarkeit und vor allen Dingen der Unüberprüfbarkeit der vermittelten Inhalte.

Zum zweiten ließen sich gesellschaftliche Situationen durch die ggf. ein politischer Bildungsprozeß bewirkt werden kann, dahingehend unterscheiden, wie explizit die politische Intension, der politische Inhalt in dieser Situation vorhanden ist. Explizitheit der politischen Intension kann zum einen bedeuten, daß die Bildungs-

situation explizit als politische Bildungssituation definiert ist. Hier ständen sich als krasseste Alternativen etwa auf der einen Seite politischer Unterricht, politischer Kommentar und auf der einen Seite z. B. die Vorführung eines Unterhaltungsfilmes oder auch ein allgemeines Gespräch zwischen alten Bekannten gegenüber.

Die politische Explizitheit einer solchen Situation könnte über die Definition der Gesamtsituation hinaus außerdem an den Intensionen der Kommunikationspartner festgemacht werden. So kann z. B. ein Individuum in eine Situation mit explizit politischer Intension hineingehen (etwa der Besuch einer Parteiveranstaltung, die Meinungsäußerung in der Betriebsversammlung etc.) oder aber ohne jegliche politische Intension in eine Situation hineingeraten (etwa das Mithören von politischen Kommentaren, wenn man eigentlich auf den Beginn des Kriminalfilmes wartet, das Hineingezogenwerden in eine politische Diskussion etc.).

Als dritte Art der Explizitheit politischer Intensionen, nach der eine gesellschaftliche politische Bildungssituation differenziert werden kann, ergibt sich die Explizitheit der politischen Intensionen des jeweiligen Kommunikationspartners, mit dem das Individuum in einer Gesellschaft konfrontiert wird. Hier stehen z. B. explizit politische Argumente, politische Kommentare, politische Agitation solchen Situationen gegenüber, in denen politische Inhalte und Intensionen vielleicht vorhanden, jedoch nicht als solche explizit vermittelt werden. Man denke hier etwa an den 'neutralen' Zeitungsbericht oder auch an Unterhaltungsfilme.

Welche Konsequenzen unter gesellschaftlichen und auch psychologischen Aspekten die jeweilige Explizitheit der politischen Intension gesellschaftlich-politischer Bildungssituationen hat, läßt sich unschwer vermuten: Sowohl die Wahrscheinlichkeit, daß überhaupt ein politischer Bildungsprozeß in Gang kommt, als auch das Ausmaß oder die Intensität dieses Prozesses, dürfte u.a. vom Grad der Explizitheit politischer Intension abhängen. Ferner schließt sich

die Frage nach der Effektivität explizit-politischer Bildungsarbeit an, die eng im Zusammenhang gesehen werden muß mit dem psychologischen Aspekt der Motivation. Es ließe sich vermuten, daß bei expliziter Intension - bei vorhandener positiver Motivationslage - eher ein solcher Prozeß in die Wege geleitet werden kann, daß jedoch bei nicht vorhandener Motivation die Wahrscheinlichkeit eines politischen Bildungsprozesses bei nicht expliziter Intension größer sein dürfte.

Ein weiteres, unseres Erachtens sehr wichtiges, Unterscheidungsmerkmal politischer Bildungssituationen, das mit dem zuletzt erwähnten eng zusammenhängt, stellt sich mit den Fragen dar, ob und wie weit dem Individuum zum einen die politische Intension bewußt wird (wir gehen hier davon aus, sie sei vorhanden und mehr oder weniger explizit geäußert). Und ob, und wie weit dem Individuum ein ggf. in Gang gekommener politischer Bildungsprozeß bei ihm selbst bewußt wird, d. h. erkannt, wahrgenommen und erlebt wird. Dies wird umso eher der Fall sein, als die politische Intension der Situation oder Kommunikation explizit geäußert wird und damit prinzipiell relativ leicht erkennbar ist. Zwar kann auch ein politischer Bildungsprozeß unbewußt bleiben, wenn die politische Intension der Situation explizit vermittelt wurde. Es ist jedoch am wahrscheinlichsten, daß ein solch unbewußter politischer Bildungsprozeß dann eintritt, wenn das Individuum die politische Intension nicht erkennt, weil sie nicht geäußert und vermittelt wurde. Bleibt ein politischer Bildungsprozeß unbewußt, so bleibt dieser Prozeß - zumindest was seine politischen Aspekte angeht - für den Betroffenen unkontrollierbar und verläuft relativ spontan. Wie wir sehen, schließt sich im Zusammenhang mit der Frage der Bewußtheit des politischen Bildungsprozesses das Problem der "Manipulation" an. Wobei unter "Manipulation" hier eine Beeinflussung verstanden werden soll, die stattfindet ohne Einschaltung der aktiven, verstandesmäßigen Orientierungshandlung und Verarbeitung der Kommunikationsinhalte durch denjenigen, auf den die Beeinflussung gezielt war. (Zum Manipulationsbegriff siehe Kapitel C).

Ein anderer, unseres Erachtens wesentlicher Unterscheidungs-
gesichtspunkt politischer Bildungssituationen, betrifft die
Frage, ob der entsprechende politische Bildungsprozeß durch
institutionalisierte politische Bildungsarbeit bzw. gezielte
Kommunikation in Gang gesetzt wurde (etwa in der Schule, auf
einem Parteilehrgang oder durch bestimmte politische Medien)
oder aber, ob eher nicht - institutionalisierte Formen
politischer Bildungsarbeit politischer Beeinflussung oder all-
gemein ausgedrückt, politischer Kommunikation abgelaufen sind
(etwa im politischen Agitationsgespräch auf der Straße, in der
politischen Auseinandersetzung zwischen Diskussionspartnern etc.).

Institutionalisierte Formen bieten bedeutend größere Mög-
lichkeiten zur Steuerung und Kontrolle politischer Bildungs-
prozesse sowie die Möglichkeit zur größeren Verallgemeinerung
politischer Bildungsinhalte und des politischen Bildungsniveaus.
Nicht institutionalisierte Formen dagegen stellen den Bereich
persönlicher Erfahrungen und persönlicher Auseinandersetzung
eines jeden einzelnen dar, der weder nachprüfbar noch gesell-
schaftlich allgemein gezielt beeinflufßbar und planbar ist. Hier
hängt die Qualität und Quantität eines in Gang gesetzten Bildungs-
prozesses ab von den kommunikativen und intellektuellen Möglic-
keiten des einzelnen und mit der vorhandenen Motivationslage be-
züglich politischer Sachverhalte. Institutionalisierte politische
Bildungsarbeit dagegen bietet die Möglichkeit, die vorhandene
Motivationslage zumindest zum Teil weiter zu entwickeln. (Daß dies
nur gelingen dürfte, wenn die Bildungsarbeit am vorhandenen
Motivationslevel anknüpft, ist dabei eine andere Sache).

Eng im Zusammenhang mit diesem motivationalen Problem und auch
mit der Frage nach der Institutionalisierung politischer Bildungs-
situationen, steht ein anderes Unterscheidungsmerkmal: Es gibt
Situationen politischer Bildung, die auf das Individuum mit ge-
wisser Notwendigkeit oder Zwangsläufigkeit zukommen (wie z. B.
der Schulunterricht, der Politikunterricht der Bundeswehr, die
elterliche politische Erziehung etc.) und es gibt Situationen, in

die sich das jeweilige Individuum freiwillig, bewußt und gezielt hineinbegeben kann (etwa der Besuch politischer Veranstaltungen, das Lesen bestimmter politischer Artikel oder eine von vornherein gezielte Auseinandersetzung mit Diskussionspartnern). Der Grad der Freiwilligkeit und Eigeninitiative in solchen politischen Auseinandersetzungen spielt im Sinne einer Ausgangsmotivationslage des Betroffenen für einen möglichen politischen Bildungsprozeß eine bedeutende Rolle: Sowohl was die mögliche Intensität dieses Prozesses angeht, als auch was die mögliche inhaltliche Entwicklung betrifft. Man kann sicherlich die Hypothese aufstellen, daß politische Bildung, die als zwangsläufiges Bildungsangebot, z. B. auf alle Schüler zukommt, zwar mehr Individuen erreicht, als später freiwillig und eigeninitiativ politische Bildung und politische Auseinandersetzung suchen werden, daß gleichzeitig aber auch diese 'selbstverordnete' politische Bildung sehr viel mehr in der Lage ist, politische Bildungsprozesse in Bewegung zu setzen, als eben dieser aufgezwungene Schulunterricht.

Wenn wir uns einmal mit den dargestellten Untersuchungskriterien begnügen wollen, stellt sich im Zusammenhang mit den psychologischen Aspekten politischer Bildung und politischer Bildungsarbeit zunächst einmal hier die Frage, gibt es allgemeine psychologische Aspekte oder Bereiche politischer Bildung, die unabhängig davon relevant sind, welche gesellschaftliche Bildungssituation jeweils betrachtet wird.

Bevor wir versuchen, erste Beantwortungsmöglichkeiten dieser Frage ins Auge zu fassen, möchten wir noch einmal zusammenfassend die psychologischen Aspekte des politischen Bildungsprozesses herausheben, die - unseren Annahmen entsprechend - mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bildungssituationen variieren. Soweit wir in obiger Unterscheidung herausstellen konnten, liegen die psychologischen Unterschiede solcher gesellschaftlicher Situationen im Hinblick auf die psychologischen Aspekte des ggf. jeweils in Gang gesetzten Bildungsprozesses auf etwa fünf, sicherlich nicht voneinander unabhängigen Ebenen:

1. Es hängt zunächst von dieser Situation ab, wie effektiv

politische Bildungsarbeit ist, oder anders ausgedrückt: In welchem Maße sich politische Bildungsprozesse bei den Individuen überhaupt ergeben. Das bezieht sich zum einen auf die absolute Effektivität, nämlich darauf, wieviele Personen überhaupt erreicht werden und bei wievielen jeweils ein politischer Bildungsprozeß in Gang gesetzt werden kann. Hier sind institutionalisierte und gleichzeitig zwangsläufige Bildungseinrichtungen sicherlich von den explizit politischen Situationen an erster Stelle zu nennen. Bei nicht zwangsläufigen politischen Bildungs- und Kommunikationsangeboten scheint unseres Erachtens die relativ wenig explizite, dem Individuum kaum bewußte, politische Intensionalität einer solchen Situation im oben beschriebenen Sinne am effektivsten zu sein (wie etwa die politisch gefärbte, aber sich nur unterhaltend gebende Tageszeitung oder die entsprechende Fernsehserie). Effektivität kann sich darüber hinaus beziehen auf die Intensität oder Quantität des individuellen jeweiligen Bildungsprozesses. Dies dürfte jedoch kein Faktor sein, der mit den oben beschriebenen Unterscheidungskriterien politischer Bildungssituationen direkt zusammenhängt (siehe später).

2. Zum weiteren hängt es sicherlich von der gesellschaftlich-politischen Bildungssituation ab, ob die so möglicherweise in Bewegung gesetzten politischen Bildungsprozesse von der einen Seite der Kommunikationspartner aus geplant kontrolliert und gesellschaftlich verallgemeinert werden können. Dies ist zweifellos in erster Linie ein soziologisches Problem, bei dem es um die Frage der Steuerung gesellschaftlichen Bewußtseins und Handelns geht. Daß institutionalisierte und explizite Bildungssituationen (die unter Umständen übrigens trotzdem dem Individuum nicht bewußt zu werden brauchen), wie Schulunterricht, Medienprogramme, Wahlpropaganda etc. in dieser Hinsicht am geeignetsten sind, liegt auf der Hand.

Die psychologische Seite dieses soziologischen Problems liegt in den möglichen Folgen solcher allgemeingesellschaftlicher Steuerung, wie z. B.: Die Möglichkeit zum Ausblenden bestimmter Inhalte und

Aspekte; die Möglichkeit zur gesamtgesellschaftlichen Manipulation (siehe oben); die Möglichkeit zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und Förderung des politischen Bewußtseins und Handelns (die, blieben sie der Eigeninitiative der einzelnen Überlassen, sicherlich zum Teil nicht weiter entwickelt werden würden).

3. Im deutlichen Zusammenhang mit der psychologischen Wirkung von kontrollierbarer, planbarer und effektiver Bildungsarbeit steht die Rolle und Bedeutung der Motivation, die ihrerseits in einigen Aspekten stark abhängig erscheint von der jeweiligen gesellschaftlichen, politischen Bildungssituation.

Dabei ist grob zu unterscheiden zwischen der Bedeutung für und von einer Ausgangsmotivationslage (diese ist sicherlich in den Situationen am stärksten, die durch eigene Initiative herbeigeführt werden) und andererseits der Bedeutung der Entwicklungsmöglichkeiten dieser Motivationslage je nach der gegebenen gesellschaftlichen Situation. Zum einen bietet hier die freiwillige Auseinandersetzung mit politischen Inhalten optimale Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Motivationslage, da bereits Verstärker vorhanden und handhabbar sind. Auf der anderen Seite stellt die zwangsläufige Bildungssituation unter Umständen (unter den 'richtigen' pädagogischen und didaktischen Umständen), dann die beste Möglichkeit für eine Weiterentwicklung der Motivationslage zur politischen Aktivität beliebiger Art dar, wenn die vorhandene Ausgangsmotivationslage alleine zur Eigeninitiative nicht ausgereicht hätte.

4. Ein weiterer, psychologisch unseres Erachtens äußerst zentraler Aspekt, erscheint ebenfalls als Funktion der gesellschaftlichen, politischen Bildungssituation: Das Ausmaß des Bewußtwerdens des politischen Bildungsprozesses, d. h. ob und inwieweit ein solcher in die Wege geleiteter Prozeß als politisch erkannt bzw. wahrgenommen wird.

Explizite politische Kommunikation, die diese Explizitheit der Intensionalität mit vermittelt, dürfte hier zum größten Bewußtseinsgrad in diesem Sinne führen. Dagegen ist die maximale Unbe-

wußtheit des eigenen politischen Bildungsprozesses beim Individuum höchstwahrscheinlich in solchen Situationen zu erwarten, in denen die Intensionalität entweder nicht explizit vorhanden ist oder als solche nicht mit vermittelt wird.

5. Ein letzter, unseres Erachtens wesentlicher psychologischer Aspekt des politischen Bildungsprozesses, der von der gesellschaftlichen, politischen Bildungssituation abhängt, ist der, wie weit im politischen Bildungsprozeß die politischen Inhalte psychologisch verallgemeinert werden, d. h. wie weit sie als Teile des politischen Bewußtseins geeignet sind, für das politische Handeln als Orientierungsgrundlage zu dienen. Hier stoßen wir vor der Abhängigkeit von bestimmten gesellschaftlichen, politischen Bildungssituationen zunächst auf die Abhängigkeit von individuellen Kapazitäten, wie intellektuellen Fähigkeiten (Fähigkeiten zum Verallgemeinern, zum Urteilen, zum Schließen, zum Strukturieren) und z. B. auch Kommunikationsfähigkeiten (Fähigkeiten, einen Medieninhalt adäquat zu rezipieren und zu verarbeiten, Fähigkeit, mit anderen Urteile, Wissen, Erfahrungen und Meinungen auszutauschen). Die gesellschaftlich-politische Bildungssituation scheint hier nur insofern eine psychologische Bedeutung zu haben, als es sich eben um politische Erfahrungssituationen oder verschiedene zwischenmenschliche Kommunikationssituationen handelt, bei denen eben diese verschiedenen Fähigkeiten vom Individuum in unterschiedlichem Maße verlangt werden.

Tatsächlich aber hängt die Entwicklung eben dieser Fähigkeiten für das einzelne Individuum davon ab, ob und wie es gelernt hat, in den verschiedenen gesellschaftlichen, politischen Bildungssituationen mit den politischen Inhalten umzugehen; z. B. davon, in welcher Weise das Individuum durch Kommunikation mit anderen Menschen lernt, konkrete Erfahrungen zu bewerten und zu beurteilen, allgemeine Aussagen für das eigene Leben zu konkretisieren und kommunizierte Inhalte an gewonnenen allgemeinen Kriterien zu überprüfen.

Dadurch, daß wir nun versucht haben, die unterschiedlichen politischen Bildungssituationen in ihren möglichen Unterscheidungsmerkmalen gegeneinander zu stellen und deren jeweilige spezifisch psychologische Aspekte in Ansätzen herzuleiten, haben wir deswegen noch nicht die anfangs und zwischendurch wiederholt aufgeworfene Frage beantwortet: Gibt es allgemeine psychologische Aspekte und Fragestellungen im Zusammenhang mit politischer Bildung, die unabhängig von der jeweiligen politischen Bildungssituation existieren?

Allgemeiner psychologischer Gegenstand der "politischen Psychologie" bei noch so unterschiedlichen politischen Bildungssituationen, ist unseres Erachtens der p o l i t i s c h e B i l d u n g s p r o z e ß selbst. Akzeptiert man diese Antwort auf die aufgeworfene Frage, so besteht immer noch die Notwendigkeit, eben diese Antwort mit Inhalt zu füllen:

Unabhängig davon, ob ein politischer Bildungsprozeß geplant, kontrolliert effektiv vom Standpunkt des Initiators aus abläuft, ob er bewußt wird, ob er auf Grund einer entsprechenden Motivationslage entstanden ist oder zu einer veränderten Motivationslage führt: Immer ist das, was abläuft, ein und derselbe psychologische Sachverhalt, nämlich eine mehr oder weniger wesentliche qualitative oder quantitative Entwicklung und/oder Veränderung der politischen Bewußtseinsinhalte und - Strukturen sowie der politischen Handlungskonzeptionen und Handlungsmöglichkeiten.

In einer Analyse eben dieses, von uns so vorläufig definierten psychologischen Prozesses, seiner Struktur und seiner Zusammenhänge mit gesellschaftlichen und psychologischen Bedingungen, kann unseres Erachtens ein zentrales Problem "politischer Psychologie" gesehen werden. Auch die vorliegende Arbeit geht auf Teilaspekte eben dieser Problematik ein.

Dennoch - und das möchten wir betont wissen - spielen unseres Erachtens die jeweiligen psychologischen Unterschiede des politischen Bildungsprozesses, die durch die jeweilige gesell-

schaftliche politische Bildungssituation bedingt sind, über ihre unmittelbare Wirkung auf Inhalte und Strukturen dieses Prozesses selbst hinaus (siehe das folgende Kapitel) als psychologische Grundvoraussetzungen für den Prozeß überhaupt eine bedeutende Rolle. Es ist eine zentrale Frage, ob eine politische Bildungsarbeit und die politische Bildungsmöglichkeit effektiv, planbar, für das Individuum als solche explizit und bewußt, motivational ansprechend und persönlich bewältigbar gestaltet ist, oder aber, ob sie entweder in ihren Intensionen undurchschaubar bleibt oder aber als explizite politische Arbeit nur bei entsprechend hohen, gegebenen, motivationalen und kapazitätsmäßigen Vorgaben realisiert werden kann.

Es ist somit auch eine nicht unwichtige Frage, mit welchen dieser gesellschaftlichen Bildungssituationen sich die wissenschaftliche Forschung zur politischen Bildung schwerpunktmäßig auseinandersetzt. Wir stellen fest, daß zwischen dem allgemeinen politischen Bildungsprozeß einerseits und den jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen Bildungssituationen in der einschlägigen Literatur nicht in dem Maße unterschieden wird, wie wir es hier vorge schlagen haben. Vielmehr wird politische Bildung bzw. der politische Bildungsprozeß in der pädagogischen Literatur, aber zum großen Teil auch in der einschlägigen psychologischen Fachliteratur mit den Bereichen identifiziert, die wir oben als 'institutionalisierte Bereiche' bezeichnet haben. Wir möchten hier nur auf die Flut von wissenschaftlichen Arbeiten, Beiträgen und Diskussionen und die heftigen Kontroversen in der bildungspolitischen Auseinandersetzung zum Thema 'politischer Unterricht in der Schule' hinweisen⁷. Weniger umfangreich, aber doch deutlich vorhanden, ist eine wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der politischen Bildung in anderen Bildungsbereichen mit ebenfalls institutionalisiertem, aber mehr oder weniger freiwilligem Charakter, (siehe oben). Zu nennen wären hier beispielsweise Arbeiten und Aufsätze zu gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, Erwachsenenbildung und Jugend-

arbeit.

Es stellt sich die Frage, ob politische Bildungsprozesse, die durch nicht entsprechende institutionalisierte Bildungsbereiche und Situationen ausgelöst werden, von der einschlägigen psychologischen Forschung unberücksichtigt und unbedacht bleiben. Finden sich z. B. Untersuchungen zur politischen Bildung, zur Entwicklung bzw. Veränderung politischen Bewußtseins oder Verhaltens im Zusammenhang mit Unterhaltungssendungen oder im Zusammenhang mit der Verarbeitung konkreter politischer Erfahrungen im Kommunikationsprozeß? Wir sind zu der Einsicht gekommen, daß sehr wohl gerade die psychologische Wissenschaft an diesen Fragen stark interessiert ist und hier aktive Forschung betreibt. Jedoch läuft die hierzu relevante Forschung weniger unter der Thematik 'politische Bildung', als vielmehr unter den Schlagworten "Wirkungsforschung", "Attitüden-Forschung", "Vorurteilsforschung", "Kommunikationsforschung" und ähnliches. Dies muß als Anzeichen dafür gesehen werden, daß hier der politische Bildungsprozeß nicht als eine psychologische Entwicklung im Sinne einer 'zunehmenden Bildung über einen Gegenstand' begriffen wird - etwa 'als zielgerichtete psychologische Entwicklung' - sondern als etwas in jede beliebige Richtung Veränderbares, d. h. als 'nicht zielgerichtete psychologische Entwicklung'. Geht es also nicht explizit um "politische Erziehung", wie z. B. in der Attitüden-Forschung, so beschränkt man sich auf eine Beschreibung und eine Analyse des durch äußere Bedingungen veränderbaren und beeinflussbaren Prozesses selbst.

Wenn wir aber davon ausgehen, daß sowohl im typischen expliziten politischen Bildungsprozeß als auch im psychologischen Prozeß der Veränderung und Entwicklung politischen Bewußtseins und/oder politischer Handlungsstrukturen und -inhalte ein- und derselbe psychologische Prozeß als solcher stattfindet, könnte man sich die Frage stellen, ob z. B. nicht die Einstellungsforschung eine große Bedeutung für den politischen Bildungsprozeß (gerade auch im expliziten und institutionalisierten Sinne) hat, und ob andererseits eben diese Veränderungsprozesse politischer Einstellungen

z. B. in Massenkommunikationssituationen nicht ebenso unter dem Aspekt politischer Bildung, d. h. unter dem Aspekt einer zielgerichteten psychologischen Entwicklung zu sehen ist. Wenn wir uns in der vorliegenden Arbeit mit der Attitüden-Forschung auseinandersetzen, so möchten wir in diesem Sinne dabei zweierlei zu bedenken geben: Zum einen, daß politische Einstellungen ggf. als Modell des gesamten, allgemeinen, von den spezifischen, gesellschaftlichen politischen Bildungssituationen abstrahierten politischen Bildungsprozesses aufgefaßt werden könnten. Und zum zweiten, daß Einstellungsänderung und die entsprechende Forschung in erster Linie den Teil "politischer Psychologie" repräsentiert, der sich mit dem für das Gesamtniveau politischer Bildung in der Bevölkerung sicherlich nicht unwichtigeren und durchaus repräsentativen gesellschaftlichen Bereich politischer Bildung auseinandersetzt, der eben nicht institutionalisierte und explizite politische Bildungsangebote macht, sondern in dem politische Bildungsprozesse ausgelöst werden, ohne daß sie notwendig intendiert, geplant und bewußt gemacht werden.

b. Der politische Bildungsprozeß als Gegenstand der 'politischen Psychologie': einige inhaltliche Aspekte

Wenn wir also - wie bereits angekündigt - die möglichen unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen politischer Bildung

innerhalb derer oder durch die ein psychologischer politischer Bildungsprozeß stattfindet, außerhalb der Betrachtung lassen, verdichtet sich die psychologische Fragestellung um eben diesen Prozeß selbst, um seine psychologische Struktur, seine Entwicklungs- und Bewegungsgesetze und Determinanten und um seine unmittelbaren, gesellschaftlichen Bedingungen. Wir haben selbst weiter oben diesen psychologischen Prozeß andeutungsweise definiert als einen Prozeß der Veränderung qualitativer und/oder quantitativer Art im Hinblick auf die bei einem Individuum vorhandenen Bewußtseins- und Verhaltensinhalte und -strukturen bezüglich politischer Sachverhalte, d. h. bezüglich gesellschaftlicher Realitäten, denen politische Relevanz und Bedeutung zukommen. Die Veränderung, durch die dieser Prozeß konstituiert ist, ist in unserer hypothetisch formulierten Auffassung ein Lernergebnis bzw. ein Lernprozeß, der sich als Resultante eines Kommunikationsprozesses beim jeweiligen Individuum einstellt. Unter Kommunikationsprozeß möchten wir hier verstanden wissen, jede Art psychologischer Konfrontation mit dem entsprechenden Gegenstand, sei es als unmittelbare Konfrontation in der eigenen Handlung und gesellschaftlichen Tätigkeit, sei es in der zwischenmenschlichen Kommunikation oder der Kommunikation per Medium. Von dem Inhalt und der Art dieser Kommunikation und damit von der Art der sich ergebenden Lernsituation, hängt u. Ä. weitgehend ab, welche Richtung, Intensität, Qualität etc. dem besagten Prozeß zukommen werden. Selbstverständlich hängt das Lernergebnis darüber hinaus von der vorhandenen Ausgangsbasis ab, dem letzten Resultat vorausgegangener Lernprozesse mit seinen spezifischen Inhalten und seinen kontrollierenden Verstärkern für bestimmte Inhalte und bestimmte Richtungen des Prozeßverlaufes.

Wir können und möchten es an dieser Stelle mit diesem höchstens anskizzierten hypothetischen Konzept des 'psychologischen-politischen Bildungsprozesses' bewenden lassen. Zum einen des-

halb, weil wir vorgreifen würden, dem Ziel der vorliegenden Arbeit ist es u. a. auch, eben diesen Prozeß näher zu analysieren und zu entsprechenden fundierteren Hypothesen zu gelangen; zum zweiten deshalb, weil wir uns im vorliegenden Abschnitt der Einleitung auf ein spezifisches Problem dieses Gesamtkomplexes beschränken möchten, um es sowohl von seiner geläufigen Sicht in der einschlägigen Forschung her zu beleuchten als auch um ansatzweise unsere eigenen Vorstellungen zum politischen Bildungsprozeß wenigstens an diesem einen Aspekt innerhalb der Einleitung konkretisieren zu können.

Und zwar soll es uns im folgenden um die verschiedenen psychologischen Aspekte des politischen Bildungsprozesses gehen, um ihre Bedeutung, ihre Zusammenhänge und ihre Bedingungen durch entsprechende Intensionen und Inhalte der auslösenden Kommunikationssituation. Die drei in diesem Zusammenhang meist genannten Aspekte dieses Prozesses sind grob benannt: 1) Wissen um politische Sachverhalte, 2) emotionale Haltungen und Wertungen, 3) Verhaltensalternativen und -möglichkeiten.

Dieses Tripel der drei psychologischen Aspekte ist zum einen hinlänglich aus der Einstellungsforschung und der Wirkungsforschung bekannt. Um jedoch an diesem Punkt der Darstellung noch nicht auf die inhaltlichen Aspekte politischer Einstellungen vorzugreifen (die ja wesentlicher Teil des nachfolgenden Hauptteils der vorliegenden Arbeit sein werden), möchten wir diese Problematik im Rahmen der Einleitung zunächst für den expliziten Bereich "politischer Bildung", also der unterrichtsmäßig organisierten und institutionalisierten Bildungsarbeit etwas näher umreißen. Zweifellos kann diese Diskussion innerhalb der Einleitung nur einen heuristischen Wert haben.

Die drei psychologischen Aspekte des politischen Bildungsprozesses, wie sie oben genannt wurden, werden auch innerhalb dieser 'expliziten politischen Psychologie' heiß diskutiert. So nennen die Teilnehmer der schon wiederholt zitierten Tagung

"Politische Erziehung als psychologisches Problem" als Problembereiche politischer Erziehung u. a.: politische Urteilsfähigkeit, Stereotype, Vorurteile, Konformismus, Widerstand, Desinteresse, politischer Sprachgebrauch, Einstellungen, Einsichten, Kenntnisse, Informationen, Aktionsfelder.

In seinem Aufsatz "Ungelöste Probleme in der politischen Bildungsarbeit" setzt sich Walter JACOBSEN 1970 mit den bisher im Rahmen der "politischen Psychologie" und Pädagogik gewonnenen Erkenntnissen bezüglich dieser psychologischen Teilaspekte politischer Bildung auseinander: Dabei beschäftigt ihn sowohl die Relevanz dieser Aspekte für den Gesamtprozeß und ihre spezifische psychologische Struktur als auch ihre jeweilige didaktische, inhaltliche und auch methodische Komponente. JACOBSEN nennt drei unterschiedliche didaktische Teilziele geläufiger Ansätze zur politischen Bildung: Zum ersten: politische Erkenntnisse, zum zweiten: die Schaffung politischer Leitbilder, die das lernende Individuum "normativ - weltanschaulich" binden, und zum dritten: die "Eingewöhnung demokratischer Verhaltensweisen" (W. JACOBSEN, 1970, S. 19). JACOBSEN bezweifelt, daß entsprechende Einsichten und Erkenntnisse allein hinreichen, um darüber hinaus zu echtem Mitverantwortungsgefühl und Engagement (was hier als Ziel politischer Bildung postuliert wird) zu kommen. "Wenn man z. B. immer wieder liest, daß es doch lediglich einer genügend umfassenden und tiefeschürfenden, beinahe wissenschaftlichen Unter- richtung über sozial- kulturelle, politische und zeitgeschichtliche Zusammenhänge bedürfe, um erwarten zu können, daß sich aus einem solchen Teilziel - hier also aus bestimmten "Einsichten" - notwendig auch die Erreichung des anderen - zentraleren - Engagement - oder gar Mitverantwortungsziels ergeben müsse, dann wird unbeachtet gelassen, daß eine solche Zwangsfolge durchaus nicht gegeben zu sein braucht. Es kann trotz aller Erkenntnisse noch an dem entscheidenden Movens, an dem Impuls fehlen, oder es kann, falls er latent vorhanden sein sollte, seiner Aktivierung irgendetwas im Wege stehen, daß man ohne weiteres nicht zu durchschauen vermag; hier bedürfte es dann noch anderer

methodischer Anstöße oder Auslösungsreize oder Hemmungen, um das didaktische Hauptziel erreichen zu können"

(W. JACOBSEN, 1970, S. 19). Ebenso bezweifelt er, daß entsprechend angeeignete Leitbilder oder auch daß erlernte Verhaltensweisen bereits hinreichen, daß diese zweite, für seine Vorstellungen notwendige didaktische Ziel der Selbstverantwortung und des Engagements entwickelt wird oder werden kann.

JACOBSEN folgert daraus die Notwendigkeit, zwei verschiedene didaktische Teilaspekte zu unterscheiden: "... das Verfügen über das vermittelte geistige Rüstzeug, das Instrumentarium (also Wissen, Urteilsfähigkeit, ausgewählte Einsichten) als ... "statischen", die Bereitschaft zu aktivem, gewissenhaftem Mitdenken, Sich-Einsetzen und Mitverantworten dagegen als ... "dynamischen" Bestandteil politischer Reife ..." (W. JACOBSEN, 1970, S. 20). Hinsichtlich der "Zieldidaktik" betont JACOBSEN die seines Erachtens große Wichtigkeit, sich diesem "dynamischen Sektor der politischen Mündigkeit" zuzuwenden. Diese "dynamischen Haltungskriterien" (vergleiche S. 20/21) differenziert JACOBSEN weiter als:

- "politische Sensibilität": "Politisches wird ... nicht bloß als "interessant" bewertet, sondern es erreicht das zentrale Ich und versetzt es in Unruhe" (S. 21).
- "Dauerbewußtsein, an allem, was ringsum geschieht" (S. 21).
- "Dazugehörigkeitsgefühl zum Volk" (S. 21).
- "Genügende Wachheit gegenüber mehr oder weniger demagogischen, mehr oder weniger indirekt manipulativen Beeinflussungsversuchen, von welcher Seite auch immer" (S. 21).
- "Bereitschaft zur Selbstkritik" (S. 21).
- Beschränkung auf geistige Argumentationen und Verzicht auf Gewalt (S. 21).
- Fairneß und Sachlichkeit (S. 21).
- "Mitverantwortungsbereitschaft" (S. 23).
- "Demokratische Einsatzbereitschaft" (S. 23).

Daß in diesen "dynamischen Zielaspekten" politischer Bildung bestimmte politische Demokratievorstellungen und bestimmte

politische Zielsetzungen enthalten sind, soll uns an dieser Stelle noch nicht beschäftigen. Auf die Relevanz solcher politischer Ziele und Inhalte für die psychologischen Aspekte des politischen Bildungsprozesses werden wir noch eingehen (siehe nächstes Kapitel). Was hier zunächst deutlich werden sollte, ist die Tatsache, daß mit der Gegenüberstellung von 'statischen' und 'dynamischen' Bildungsaspekten eine Gegenüberstellung von Wissensvariablen im weiteren Sinne auf der einen Seite und Variablen der Einstellung, Haltung, Wertung usw. auf der anderen Seite versucht wird. Dabei ist JACOBSEN sich der Bedeutung der von ihm als statisch bezeichneten Aspekte im Sinne von notwendigen Voraussetzungen bewußt, und er sieht diesen statischen Aspekt u. E. sehr differenziert. So nennt er im Bereich des kognitiven Aspektes politischer Bildung folgende Teilaspekte:

- "Kenntniserwerb, Informiertheit" (S. 16).
- "Schulung der allgemeinen Denk- und logischen Urteilsfähigkeit" (S. 16).
- "Verfügung über logische Einsichten" in sozialstrukturelle und politische Wirkungszusammenhänge" (S. 16).
- "Einsichten in die mögliche Rollenbedeutung der eigenen Person innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen" (S. 17).
- "Einsicht in persönliches, subjektives Mit-betroffen-Sein von einem aktuell politischen Geschehen" (S. 17).
- "Erkenntnisinteresse für objektive politische Zusammenhänge und Schicksalsfragen des eigenen Volkes" (S. 17).

Wir werden noch an verschiedenen Stellen dieser Arbeit darauf zu sprechen kommen, daß eine solche differenzierte Auffassung vom kognitiven Aspekt des politischen Bildungsprozesses keineswegs bei allen vergleichbaren psychologischen und pädagogischen Ansätzen vorhanden ist und daß besonders in der Praxis politischer Bildung oft nur einzelne Aspekte politischer Wissens- und Erkenntnisvermittlung berücksichtigt werden.

JACOBSEN sieht in all diesen von ihm aufgezählten kognitiven Bildungsbereichen jedoch nur "eine unerläßliche Vor-

aussetzung für politische Einsichten" (S. 16), und seine Frage im Zusammenhang mit der politischen Bildung ist jetzt vielmehr die, "welche zusätzlichen Impulse ausgelöst werden könnten, um zu erreichen, daß das vorausschauende, jederzeit ansprechbare Verantwortungsdenken geweckt und entfaltet wird" (S. 17). Wie JACOBSEN sich diese Impulse denkt, haben wir bereits darzustellen versucht. Wie er sich die spezifische Methodik für den "dynamischen" politischen Bildungsaspekt denkt, erläutert er in dem Abschnitt "Folgerungen für die Methodendidaktik" (S. 21 ff) seines Aufsatzes. Seine aufgeworfene Frage: "Wie löst man individuelle Bereitschaft zu politisch-aktivem Engagement auf Grund demokratischen Verantwortungsbewußtseins aus?", beantwortet er mit der Forderung: "Mehr Psychologie" (S. 23). Er meint damit ein möglichst hohes Maß an "individualisierender politischer Bildungsarbeit" (S. 22) und "adäquate Anknüpfung an vorgegebene Resonanzdispositionen" und z. B. das Aufgreifen vorhandener Bedürfnisse, wie das Selbstbestätigungsbedürfnis (S. 22).

Kurz gesagt dürfte es JACOBSEN hier um eine Lernsituation gehen, die den einzelnen Lernenden die Möglichkeit zur ansatzweisen realen Aktivität, zur ersten praktischen Einübung gibt; ein didaktisches Prinzip, das u. E. immer angebracht erscheint, da es aus dem Erlernten mehr macht als kognitive Kategorien, als ein Wissensreservoir, nämlich: eine Orientierungsgrundlage für das eigene persönliche praktische Handeln. Wir können uns jedoch der Vorstellung, daß es sich hierbei um eine spezielle Methode handelt, die bestimmte zusätzliche Impulse, und damit eigentlich Inhalte hervorruft, nicht anschließen.

Wir möchten JACOBSEN zustimmen, was die Betonung der notwendigen Voraussetzung fundierter und umfassender politischer Kenntnisse und Erkenntnisse sowie entsprechender kognitiver Fähigkeiten und psychologischer Handlungsmöglichkeiten betrifft. Jedoch scheint uns hier das von JACOBSEN selbst aufgeworfene Problem nicht gelöst: Wenn man, wie u. E. JACOBSEN es tut, einen Gegensatz zwischen diesem so bezeichneten "statischen" und den "dynamischen"

Aspekten des politischen Bildungsprozesses postuliert, reichen u. E. die angeführten Inhalte und Methoden hinsichtlich des "dynamischen Bildungsaspektes" nicht aus. Es stellt sich die Frage: Wie sieht das Verhältnis zwischen dem "dynamischen Aspekt" des politischen Bildungsprozesses, nämlich - um es mit den oben angeführten Begriffen auszudrücken - dem emotionalen, wertenden, stellungnenmenden, aktiven Aspekt einerseits und den "statischen Aspekten des politischen Bildungsprozesses" andererseits aus? Bedeutet der "dynamische Aspekt" psychologisch und entsprechend auch didaktisch etwas anderes, Neues, wesentlich über den "statischen Aspekt" Hinausgehendes? Und wenn ja, worin besteht dieses Weitergehende? Handelt es sich um eine spezifische, psychologische Erscheinungsweise, eine bestimmte, emotionale, persönliche Realisation des psychologischen Bewußtseins, das durch die vorhandenen "statischen Aspekte", also die vermittelten Inhalte, vorgegeben bzw. bereits angelegt ist? Oder aber, handelt es sich um etwas von den "statischen Aspekten" *des* politischen Bildungsprozesses, und das heißt auch von den in diesen statischen Aspekten vermittelten Inhalten Unabhängiges?

Um diese Frage noch präziser zu stellen: Sind die politische Haltung, sind die politischen Werte, die politische Engagementbereitschaft etc. unabhängige, losgelöste psychologische Teilbereiche jenes politischen Bildungsprozesses, zu dem ebenso eine kognitive Seite gehört? In diesem Falle bedeutete es für die politische Didaktik, daß es hier zwei relativ unabhängige Aufgaben zu lösen gäbe: Zum einen die Vermittlung von politischem Wissen, von Erkenntnissen und Erkenntnisfähigkeit inclusive der Einsicht in die eigene Rolle, die eigene Betroffenheit und die eigenen Verhaltensmöglichkeiten; auf der anderen Seite die Vermittlung von entsprechenden Werten, Haltungen usw. Ohne der Diskussion der vorliegenden Arbeit selbst vorgreifen zu wollen, möchten wir hier bereits darauf verweisen, daß hinter einem solchen Ansatz eine Annahme von der Beliebigkeit der Haltungen und Wertungen in dem Sinne steht, daß die vermittelten

Erkenntnis~~se~~ den Lernenden in seiner Haltung, Wertung, Einstellung in keiner Weise irgendwie inhaltlich festlegen. Wertungen werden hier als psychologische Entscheidungen oder Urteile genommen, die sich für den einzelnen nicht aus seinen kognitiven Einsichten ableiten lassen und die damit - und das ist wohl der zentralste Aspekt - von der objektiven Realität^g des zu bewertenden Gegenstandes unabhängig bleiben. Das Wissen spielt hier also nur die Rolle möglicher größerer Variabilität des Verhaltens, das selbst aber letztlich in Intensität und Richtung von den relativ losgelösten Haltungen gesteuert wird.

Didaktisch und bildungspolitisch bedeutet eine solche erkenntnistheoretische Annahme (denn darum scheint es uns hier zu gehen), daß z. B. das Bekenntnis zu unserem Staat als einer freiheitlichen Demokratie und die Einsicht in politische Zusammenhänge über diesen Staat zwei prinzipiell unabhängige und sich gegenseitig kaum wesentlich tangierende Aspekte ein und desselben politischen Bildungsprozesses sein können und damit gleichzeitig als unabhängige Teilziele politischer Bildung gesehen werden müssen.

Geht man anders (so wie wir es im Rahmen unserer Arbeit versucht haben) von der Annahme aus, daß zwar politische Erkenntnis, politische Werte, Einstellungen und Haltungen psychologisch gesehen nicht bereits enthält oder notwendig hervorruft, daß aber auf der anderen Seite eben diese Haltungen etc. in Richtung, Inhalt und Intensität Funktionen der politischen Sachverhalte bzw. ihrer mehr oder weniger adäquaten Erkenntnis^g sind, so stellt sich ein ganz anderes didaktisches Problem für die politische Bildungsarbeit: Politische Wertungen sind nicht unabhängig oder zusätzlich zu vermitteln, sondern in unmittelbarem Zusammenhang mit den politischen Einsichten selbst. Die positive Wertschätzung bestimmter politischer Sachverhalte, z. B. der Demokratie, wäre sinnvoll zu vermitteln an Hand der Einsichten über ihre Werthaftigkeit. Was zusätzlich notwendig wäre, wäre die Umsetzung der Erkenntnisse in psychologische

Impulse, in emotionale Stellungnahmen, in Handlungsmotivationen. Sieht man die "dynamischen Teilaspekte der politischen Bildung" mit dieser hier skizzierten erkenntnistheoretischen Sichtweise, so besteht nicht etwa die Notwendigkeit, zusätzlich zu den "statischen Aspekten" noch etwas Neues, anderes zu vermitteln, sondern es gilt nur, die Aufgabe zu lösen, wie Einsichten z. B. in objektive Werthaftigkeit eines Sachverhaltes in psychologische Werte, Motivationen usw. umzuwandeln sind. Hierfür hielten wir die methodischen Hinweise JACOBSENS schon viel eher für geeignet und für hinreichend.

Es ist möglich, daß der ein oder andere zu der Auffassung gelangt, daß die Einteilung W. JACOBSENS in die "statischen" und die "dynamischen" Aspekte politischer Bildung nicht so eindeutig wie hier unterstellt die erkenntnistheoretische Auffassung von inhaltlichen Unabhängigkeit der Haltungen und Werte von der objektiven Realität der Sachverhalte bzw. ihrer Erkenntnis enthält. Ich möchte diese Frage dahingestellt sein lassen und ein anderes Beispiel anführen, in dem eben diese erkenntnistheoretische Position noch deutlicher wird.

(1970)
So geht GIESECKE in seinem Buch "Didaktik der politischen Bildung" von der These aus: "Vieles läßt sich wissenschaftlich erklären und begründen, aber immer bleibt ein Spielraum, in dem die zwar motivierte, aber letztlich wissenschaftlich nicht begründete und begründbare Entscheidung ihren Ort hat. Wäre es anders, so würde die politische Entscheidung zu einer eindeutigen, sofern man nur hinreichend viel von dem zur Debatte stehenden Sachverhalt wüßte. Zweifellos werden sich zahlreiche Konflikte durch wissenschaftliche Analysen lösen lassen, gerade insoweit sie vorwiegend durch falsche Informationen und unrichtige Meinungen entstanden sind. Ob etwa eine bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahme diese oder jene Folgen habe, ist weitgehend berechenbar geworden. Damit wird aber der irrationale Bereich politischer Entscheidungen nur eingeschränkt, keinesfalls aufgehoben. Es tritt uns nur klarer in den Blick, weil wir im Unterschied zu früheren Zeiten Konfliktstoffe ausscheiden können,

die zu einer Angelegenheit der wissenschaftlich planenden Verwaltung geworden sind. Solange aber das allgemeine Interesse mit den besonderen Interessen nicht voll übereinstimmt - was erst in der Utopie von der klassenlosen Gesellschaft der Fall wäre -, so lange bleiben politische Konflikte auch sachlich und ethisch mehrdeutig, so lange ist ihre Lösung eine Sache der Parteinahme und Entscheidung. Politik ist also offenbar mehr als die Summe der Realkenntnisse, die für das politische Handeln nützlich sind." (S. 21/22).

Interessant scheinen uns hier zum einen die sehr deutlich ausgesprochene Annahme, daß bei der Politik - im Sinne K. MANNHEIMS - ein rationalisierbarer und ein irrationaler Teil zu unterscheiden ist (vergleiche S. 21), und daß eben dieses Irrationale der Politik identifiziert wird mit dem enthaltenen Konfliktstoff, den unterschiedlichen Interessen im Bereich der Politik, der Notwendigkeit zur Parteinahme etc. Hier ist also genau die erkenntnistheoretische Sicht ausgesprochen, die wir bereits oben bei W. JACOBSEN vermuteten: Interessen, Wertungen etc., die innerhalb unserer Gesellschaft widersprüchlich, also als Konflikte zwischen Individuen und Gruppen erscheinen, werden als irrational bezeichnet, d. h. es wird ihnen eine Erkennbarkeit und damit eine objektive Begründbarkeit abgesprochen.

Zum zweiten ist von Interesse die Definition von Politik, auf die GIESECKE seine Erörterungen aufbaut: Politik ist für ihn nicht etwa ein objektiver gesellschaftlicher Sachverhalt bzw. ein bestimmtes politisches gesellschaftliches Verhältnis; Politik ist bei GIESECKE das, "was in einer Gesellschaft umstritten ist oder wird" (S. 100). Politik ist für GIESECKE eben kein Sachverhalt, sondern ein Zustand gesellschaftlicher Konflikte über bestimmte Sachverhalte. Politik selbst hat somit auch keinen 'Stoff', den man als solchen vermitteln könnte (vergleiche S. 70 ff; siehe unten).

Somit schließt GIESECKE im Zusammenhang mit der Frage nach der politischen Bildung, "ein politischer Unterricht, der nichts

anderes als einen systematisierten Zusammenhang von Wissen bietet" sei "schlechterdings unpolitisch. Denn das eigentliche Politische, zu dem wesentlich Parteinahme gehört, würde so auf wissenschaftliche Erkenntnis reduziert" (S. 22). Als Alternative, als tatsächlich politischen Unterricht, stellt GIESECKE die Vermittlung von politischen Konflikten als Gegenstand politischer Unterrihtung dar. So stellt er fest: "Wir haben also einen Widerspruch gefunden zwischen der Notwendigkeit eines zusammenhängenden Wissens über Politik einerseits und dem Wesen des Politischen andererseits. Die politische Didaktik hätte also zu klären, ob dieser Widerspruch auflösbar ist, das heißt ob es einen Weg gibt, sowohl das Politische im Blick zu behalten wie auch gleichzeitig dabei jenen zusammenhängenden Wissensbestand zu lehren, der allein Orientierung und damit eine Erfahrung vom Konflikt ermöglicht. Wenn aber ein solcher Wissenszusammenhang das Politische verfehlen muß, weil er allein einer harmonischen Gesellschaft angemessen wäre, so bleibt nur übrig, das politische Leben grundsätzlich kontrovers zu sehen, also als in Konflikten begriffen. Diese Sicht hat sich denn auch immer mehr durchgesetzt" (S. 24/25).

Im Unterschied zum Ansatz von W. JACOBSEN steht hier dem sachlichen kognitiven Aspekt politischer Bildung nicht die Vermittlung von Werten und Haltungen als losgelöst und für politische Bildung wesentlicherer Bereich gegenüber, sondern die Vermittlung der Konflikthaftigkeit eben dieser Haltungen, Wertungen etc. innerhalb einer Gesellschaft. Hier wird (und das soll uns weiter unten noch etwas eingehender beschäftigen) nicht mehr auf eine allgemeine positive Haltung gegenüber der vorhandenen Gesellschaft und dem vorhandenen Staat das Scherengewicht gelegt, sondern auf die Akzeptierung gesellschaftlichen Lebens als notwendige Konfliktsituation und auf die Befähigung, innerhalb gesellschaftlicher Konflikte sinnvoll handeln zu können. Aber auch hier bei GIESECKE - und darum geht es uns an dieser Stelle - wird zwischen Wissen und Parteinahme ein Trennstrich gezogen, wird eben diese Parteinahme als wissenschaftlich

nicht herleitbar erklärt, werden Interessen z. B. als sachlich nicht begründbar hingestellt. Didaktische Folgerung GIESECKES ist ebenfalls eine gewisse Zweiteilung in die Vermittlung verschiedener Wissensbereiche, nämlich "Bildungswissen", "Orientierungswissen" und "politische Verhaltensweisen" (vergleiche z. B. S. 77 ff) einerseits und dem "Aktionswissen" (vergleiche besonders S. 99 ff) andererseits. Folgerichtig formuliert GIESECKE zum inneren Verhältnis dieser 4 Ebenen der politischen Bildung: "Für sich genommen sind weder "Bildungswissen" noch "Orientierungswissen" noch "politische Verhaltensweisen" schon politisch. Sie werden nicht von sich aus schon produktiv, wenn es gilt, in einem politischen Konflikt vernünftig Partei zu ergreifen. Das ist vielmehr erst dann möglich, wenn das "Aktionswissen" die Vermittlung herstellt. Das Aktionswissen enthält von sich aus keine Inhalte, die nicht schon auf den anderen Ebenen vorhanden wären, sondern es aktualisiert sie auf einen politischen Konflikt hin" (S. 99). Das von GIESECKE so bezeichnete "Aktionswissen" wird näher gekennzeichnet durch folgende "politische Kategorien", die "subjektiv gesehen, bestimmte Grundfragen bestimmen, die als eigentümlich politische Fragestellungen" (S. 101) anzusehen sind. GIESECKE greift damit bewußt auch Kategorien auf, die schon in der Diskussion waren. So nennt GIESECKE: "Konflikt" ("das Politische wesentlich als Auseinandersetzung begreifen"; S. 102), "Konkretheit" (als in erster Linie didaktische Kategorie), "Macht", "Recht", "Funktionszusammenhang", "Interesse" (als subjektives Interesse; vergleiche S. 107), "Mitbestimmung", "Solidarität", "Ideologie", "Geschichtlichkeit", "Menschenwürde". Diese Kategorien des spezifisch Politischen stellen für GIESECKE zum einen didaktische Leitfragen des politischen Unterrichtes an konkreten politischen Konflikten dar. Zum zweiten geht er davon aus, daß es sich um "Werteinstellungen" handelt, die als "Konsensus der ganzen Gesellschaft angesehen werden können" (S. 115). Auch hier sollen also als spezifisch politischer Zielbereich politischer Bildung allgemeingültige

Werte vermittelt werden, deren tatsächliche Werthaftigkeit nach Meinung des Autors nicht begründet zu werden braucht und deren Herleitung und Begründung unterbleibt (siehe auch folgendes Kapitel). Der Unterschied zum Ansatz von W. JACOBSEN in diesem Punkt ist somit in erster Linie nur der, daß der Konflikt selbst als einer dieser Werte gilt und sich notwendig ergibt.

Gerade die hier in diesen beiden Beispielen zur Problematik der wesentlichen Aspekte politischer Bildung und des politischen Bildungsprozesses aufgetauchten Fragen nach dem Verhältnis dieser Aspekte untereinander oder - deutlicher formuliert - die Frage nach der Abhängigkeit der Werte, Haltungen etc. von den objektiv gegebenen politischen Verhältnissen und somit auch die Frage nach ihrer Abhängigkeit von der Qualität und Quantität der kognitiven Seite der politischen Bildung soll uns im weiteren Verlauf des Hauptteils dieser Arbeit noch recht intensiv beschäftigen.

Es wird sich zeigen, daß all die hier im Zusammenhang mit der "expliziten politischen Bildung" aufgetretenen Fragen im Rahmen der Einstellungsproblematik erneut zu stellen sind: Sowohl was den Einstellungsprozeß als solchen angeht stellt sich die Frage nach seinen psychologischen Aspekten (z. B. als kognitive, affektive und konnative) und deren Zusammenhänge. Und ebenso erweist sich diese Problematik als Kernproblem der Attitüden-Forschung, wenn es um die Bedingungen der Einstellungsänderung geht, nämlich um z. B. entweder mehr informativen oder emotionalen 'objektiven' oder 'parteilichen' Charakter der Beeinflussungssituation bzw. der Kommunikation, die zu einer Einstellungsänderung führt.

III Politische Bildung und Demokratisierung; die Bedeutung der Zielsetzung politischer Bildung für die psychologische Fragestellung

Zumindest in den Ansätzen politischer Psychologie und Pädagogik zur 'expliziten politischen Bildungsarbeit', also im Sinne von Politikunterricht, fehlt eigentlich nie das deutlich oder weniger klar ausgesprochene inhaltliche (also nicht psychologische, sondern), politische Ziel. Bei dem Politikunterricht geht es offensichtlich nicht nur um eine Vermittlung von Informationen, Methoden und Fähigkeiten, sondern um mehr: um die Vermittlung eben politischer Haltungen und Werte, die den demokratischen Bürger nach Vorstellung der Autoren bzw. Politiker ausmachen.

Wir haben oben in einzelnen Beispielen aufgezeigt, daß im Rahmen der politischen Bildung unterschieden wird zwischen dem Anteil politischer Bildung, der den anderen Fächern vergleichbar Wissen und Fähigkeiten vermittelt, und andererseits einem weiteren Teil, in dem Werte, Haltungen etc. vermittelt werden sollen. Innerhalb dieses zweiten Teilbereiches politischer Bildung wird das inhaltlich/politische Ziel in eben den zu vermittelnden Werten und Haltungen festgemacht. Dabei ist für die psychologischen und pädagogischen Ansätze (aber nicht nur für diese) kennzeichnend, daß diese politischen Ziele nicht etwa im Sinne bestimmter politischer Richtungen, sondern sehr allgemein, sprich allgemeingültig formuliert werden. So spricht JACOBSEN im oben zitierten Artikel von "Mitverantwortung", "demokratischer Einsatzbereitschaft", "politischer Mündigkeit", "verantwortung" und ähnlichem (vergleiche W. JACOBSEN, 1970). Und so spricht GIESECKE (1969) von Werteinstellungen, die seiner Auffassung nach als "Konsensus der ganzen Gesellschaft angesehen werden können" (S. 115), wie z. B. vom "Konflikt" ("daß Menschen im politischen Raum kontrovers zueinander stehen, ist kein Mangel ihrer moralischen Konstitution, sondern definiert ihre Würde mit"; S. 115) oder vom "Interesse"

("es konstituiert die einmalige Personalität der Menschen, daß sie individuelle Wünsche haben und diese politisch durchsetzen wollen"; S. 115).

Auch die ersten Bemühungen westdeutscher Psychologen um politische Psychologie waren von ähnlichen politischen Zielen geprägt: So sprach man von "Demokratisierung", von einer "gesunden Entfaltung des öffentlichen Lebens", man wolle sich um eine Überwindung und Verhinderung des Faschismus bemühen usw. (vergleiche z. B. die verschiedenen Autoren der Schriftenreihe "Politische Psychologie" oder auch den Kongreßbericht vom Symposium II "Psychologie und politisches Verhalten"). Stimmen wurden laut, die sich die Behebung des politischen Bildungsnotstandes zum Ziel setzten (z. B. HARTMANN 1966) und auch solche, denen es um Politisierung des Bürgers im Sinne größerer politischer Aktivität und Anteilnahme ging (z. B. JAIDE 1970).

In den Ansätzen in der BRD zum politischen Unterricht, in den verschiedenen Rahmenrichtlinien, Erlässen und Diskussionsbeiträgen findet sich diese Vielfalt oder besser Variationsbreite einer inhaltlichen Tendenz wieder: Allen geht es aber - so wird deutlich betont - bei ihren Vorstellungen zur politischen Bildung um eine "Demokratisierung". Unterschiede finden sich dabei zum einen in den Vorstellungen darüber, was Demokratie ist und welche Merkmale z. B. demokratischem Bewußtsein und Handeln zukommen. Zum weiteren differieren diese Ansätze in der Auffassung darüber, wie demokratisches Bewußtsein und entsprechendes politisches Handeln vermittelt und initiiert werden können.

Einig sind sich all diese offiziellen und halb offiziellen Ansätze darin, daß es im politischen Unterricht um die Erziehung zu allgemeingültigen, für die gesamte Gesellschaft zutreffenden Werten geht, d. h. es herrscht durchweg ein pluralistischer Demokratiebegriff vor. Einigkeit herrscht zweitens darüber, daß unsere Gesellschaft in der BRD mit Demokratie im eigentlichen Sinne gleichgesetzt werden kann, daß es also um systemerhaltende

Erziehung gehen muß.

Es ginge weit über die Möglichkeiten im Rahmen dieser Einleitung hinaus, wollten wir uns hier intensiv mit der Diskussion zur politischen Bildungsreform beschäftigen. Es soll nur versucht werden, wenigstens ansatzweise die Bedeutung der politischen Zielsetzung für die psychologische Fragestellung nach dem politischen Bildungsprozeß an einigen Aspekten zu verdeutlichen.

Betrachten wir also die Entwicklungstendenzen und verschiedenen Standpunkte der inhaltlich/politischen Zielsetzung politischer Bildung in der BRD, so können wir zunächst feststellen, daß die Ansätze zur politischen Bildung im Laufe der letzten 20 Jahre insgesamt eine sicherlich bedeutende Veränderung durchgemacht haben. Die Anfänge der einschlägigen Überlegungen in den fünfziger Jahren bezeichnet GIESECKE (1969) als "konservativ". "Ihre deutliche Tendenz war, die Aufgaben der politischen Bildung sinnvoll in die überlieferte Bildungsvorstellung und das wieder fest installierte, aber weitgehend unveränderte Schulwesen einzubauen." (S. 13). Als Autoren werden hier vor allem Theodor LITT, Eduard SPRANGER und Erich WENIGER genannt. Offizielle Richtlinien dieser Zeit (z. B. die "Richtlinien für die Gemeinschaftskunde in den Volksschulen" aus Nordrhein-Westfalen von 1955) nennen als Ziel und Aufgabe der Gemeinschaftskunde die Bildung "des jungen Menschen zu einem verantwortungsvollen Glied der übergreifenden Lebensordnung", als zu vermittelnde Werte "Glaubens- und Liebeskraft", "Rücksichtnahme", "Hilfsbereitschaft", "Duldsamkeit" und "Zuverlässigkeit" und als Bildungsinhalte die "Kenntnisse und Einsichten ... über die wichtigsten Gemeinschaftsordnungen, insbesondere Gemeinde und Staat" (vergleiche "politische Bildung in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen", 1957).

Die Kritik an diesen Zielsetzungen politischer Bildung, die sich in erster Linie um eine Bejahung und Eingliederung des einzelnen in das vorhandene Gesellschafts- und Staatswesen be-

müht, sowie an der hier im Vordergrund der politischen Bildungsarbeit stehenden "Institutionenlehre" kam zunächst "von Autoren wie Adorno, Bergstraesser, Hennis, Landshut, Habermas und Sontheimer" (vergleiche GIESECKE, 1969, S. 13). Karin PRIESTER (1974) bemerkt zu dieser Entwicklung: "Wenn in den letzten Jahren, etwa seit Mitte der sechziger Jahre, eine Veränderung eingetreten ist, die vorläufig nur andeutungsweise mit dem Stichwort "Konfliktdidaktik" umrissen werden soll, so läßt sich zunächst ausführen: Wir haben es, allgemein gesprochen, mit dem Übergang von älteren philosophischen Theoremen zum Neo-Positivismus zu tun, wobei in der politischen Bildung das ältere Konglomerat aus Detingerscher Harmonielehre, abendländisch-christlichen Vorstellungen und der normativen, anthropologisch-ontologischen Richtung der Bergstraesser-Schule nur teilweise als überwunden gelten darf," (S. 263). "Dieser Übergang "so vermutet die Autorin an anderer Stelle, "dessen realer Hintergrund der Wechsel von einer extrem restaurativ-mittelständisch orientierten Phase zu einer Phase der wandlungs- und adaptationsfähigen Selbstregeneration ist, läßt sich in der politischen Bildung als Übergang von "Affirmation", zu "Reformismus" bezeichnen." (S. 264). Diese Entwicklung in der Diskussion und Theoriebildung zur politischen Bildung beinhaltete im wesentlichen zwei Aspekte: Zum ersten wurde die gesellschaftliche "Harmonielehre", wie wir die integrativen Ansätze der fünfziger Jahre hier kurz bezeichnen möchten, von der Lehre über gesellschaftliche Konflikte abgelöst. Zum zweiten wurden im Unterschied zu den "Wissenskanones" älterer Lehrpläne das Einüben von Verhaltensdispositionen durch "soziales Lernen" (S. 271) gefordert, und zwar "mit dem Ziel, konfliktgerechtes mitmenschliches Verhalten einzuüben" (S. 271).

Betrachten wir die älteren und jüngsten Richtlinien zur politischen Bildung, so stellen wir außerdem fest, daß eine starke Tendenz in den neueren Ansätzen zu verzeichnen ist, den Schülern im politischen Unterricht nicht nur Wissen und Verhaltensmöglichkeiten zu vermitteln, sondern Werthaltungen und besonders

solche Einstellungen, die zu persönlichem politischen Engagement, zur Mitverantwortung und Aktivität führen. Wir haben bereits oben bei JACOBSEN und GIESECKE gesehen, daß gerade in diesen Verhaltensdispositionen das wesentlichste Moment politischer demokratischer Bildungsziele gesehen wird. So betont z. B. auch GIRGENSOHN (1973) "es geht darum, daß junge Menschen nicht nur fähig werden, politische Entwicklungen informiert zu beobachten, sondern auch bereit sind, sich am politischen Leben verantwortlich zu beteiligen. Wir müssen jungen Menschen einerseits klarmachen, daß die Probleme einer komplizierten Gesellschaft sich nicht lösen lassen, indem man einfachen Heilslehren folgt oder den gordischen Knoten der Probleme zerschlägt. Wir müssen ihnen andererseits klarmachen, daß Politik nichts ist, was beziehungslos neben ihrem Privatleben steht, sondern daß politische Entwicklungen jeden einzelnen betreffen" (S. 569). (Vergleiche auch "Viel zu wissen ist zu wenig", Richtlinien für den politischen Unterricht 1973.)

Insgesamt zeichnen sich also innerhalb der Konzeptionen zur politischen Bildung in den letzten Jahren folgende Tendenzen ab:

1. Ablösung der politischen "Harmonielehre" durch die Darstellung einer Gesellschaft als ein konflikthaltiges System.
2. Verschiebung der erwarteten politischen Einstellung und Haltung von passivem zustimmendem Einordnen zu kritischem, aktivem Engagement.
3. Veränderung der politischen Zielsetzung von "Konformität" zu "Reformismus".
4. Zunehmende Vermittlung von Verhaltensmöglichkeiten und Einüben von Verhalten und ein Zurücktreten der 'reinen Information' im Sinne etwa der "Institutionenlehre".

Bedenkt man die Tatsache, daß gerade in den letzten Jahren, etwa im Zusammenhang mit den hessischen und nordrhein-westfälischen Rahmenrichtlinien zur politischen Bildung, heftige Diskussionen stattgefunden haben und noch stattfinden, erscheint die Behauptung fragwürdig und bedenkenwert wie sie geäußert wird z. B.

sätze zur politischen Bildung in der BRD - bei all ihren vorhandenen Unterschieden - von einer bestimmten gemeinsamen Demokratievorstellung ausgehen: nämlich von der Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft, deren Konflikte alle letztlich immanent zu lösen sind, die also als solche keine systemsprengenden Konflikte oder Interessengegensätze enthält. Die "Alternative zwischen reiner Integration und politischer Reflektion reduziert sich" - so K. PRIESTER - "bei näherer Betrachtung auf die Modalitäten zur Erreichung eines nach wie vor gegebenen Ziels, nämlich der Bejahung der bestehenden Gesellschaft, allerdings nicht mehr durch blind gehorchende, sondern durch kritische Loyalität" (S. 263). Beiden Alternativpositionen geht es also letztlich immer nur um die "Beantwortung der gemeinsamen Grundfrage ... : Wie (d. h. durch stärkere Anbindung und Integration an und in die bestehende Ordnung oder durch stärkere partizipatorische Teilhabe) ist die bestehende Gesellschaft (als dynamisch-wandlungsfähige) optimal und effektiv zu sichern" (S. 265).

Für die psychologischen Aspekte politischer Bildungsarbeit und den politischen Bildungsprozeß ergeben sich jeweils sicherlich bedeutende Konsequenzen - sowohl wenn wir die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Spektrums der bundesrepublikanischen Vorstellungen zur politischen Bildung betrachten, als auch dann, wenn wir uns die psychologische Bedeutung der beiden wesentlichen unterschiedlichen Auffassungen von unserer Gesellschaft und den damit verbundenen politischen Bildungszielen verdeutlichen: Zum ersten dreht es sich um die Frage nach der Bedeutung solcher psychologischer Aspekte wie "Betroffensein", "Handlungsfähigkeit", "Umgang mit Konfliktsituationen im politischen Handeln", "Werthaltung" gegenüber "Information", "Anpassung" gegenüber "Kritikfähigkeit" etc.

Im 2. Fall steht die systemimmanente und systemverstärkende Zielsetzung politischer Bildung mit ihren scheinbar unhinterfragbaren Prämissen politischer Wertungen einer politischen Ziel-

ein doch wesentlich anders Verständnis von den Zielsetzungen politischer Erziehung vorzuliegen. Nicht nur, daß hier die Rolle des 'reinen Wissens' hervorgehoben wird, hier wird vor allem die "Kritikfähigkeit" als wesentliches Ziel politischer Bildung in Frage gestellt.

Wir können an dieser Stelle die Frage, ob die Unterschiede zwischen z. B. den beiden großen Parteien zur politischen Bildung wesentliche Unterschiede seien, nicht ausdiskutieren. Wir möchten die Behauptung aufstellen, daß sie - zumindest was die Praxis politischer Bildung angeht - doch von großer Bedeutung sein dürften.¹⁰

Eine andere Frage ist es, ob zwischen diesen Ansätzen vom gesellschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus tatsächlich wesentliche Unterschiede bestehen. Wenn K. PRIESTER behauptet: "Dieser Wechsel von einer im wesentlichen statischen Gesellschaftskonzeption zu einer "offenen" gilt im wesentlichen als vollzogen, wobei die Konservativen allenfalls stärker als andere betonen, daß die Leitkategorien "Ordnung" und "Gemeinwohl" nicht allzu sehr in den Hintergrund treten dürfen" (S. 269), so geht es der Autorin um die zugrunde liegende Sicht und Definition dessen, was als Demokratie verstanden wird. Sie behauptet, daß allen diesen Ansätzen folgendes Verständnis zugrunde liegt: "Demokratie gilt unter rein methodisch-funktionalen Gesichtspunkten als derzeit optimale Institution zur Regelung von Konflikten. Konflikte werden von allen Beteiligten als unvermeidlich, ja als berechtigt und sinnvoll anerkannt. Daher muß auf den Versuch, zur Ursache von Konflikten vorzudringen, verzichtet werden. Die richtige Einstellung zu Konflikten beschränkt sich auf die Regelung seiner Formen. Daher wird auf frühzeitiges "soziales Lernen" als konfliktgerechtes Verhalten durch Erlernen bestimmter formaler Konfliktregelungsmechanismen ... bei der derzeitigen pädagogischen Diskussion größter Wert gelegt" (S. 269/70). Es geht PRIESTER also um die Feststellung, daß alle offiziellen und einschlägigen wissenschaftlichen An-

sätze zur politischen Bildung in der BRD - bei all ihren vorhandenen Unterschieden - von einer bestimmten gemeinsamen Demokratievorstellung ausgehen: nämlich von der Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft, deren Konflikte alle letztlich immanent zu lösen sind, die also als solche keine systemsprengenden Konflikte oder Interessengegensätze enthält. Die "Alternative zwischen reiner Integration und politischer Reflektion reduziert sich" - so K. PRIESTER - "bei näherer Betrachtung auf die Modalitäten zur Erreichung eines nach wie vor gegebenen Ziels, nämlich der Bejahung der bestehenden Gesellschaft, allerdings nicht mehr durch blind gehorchende, sondern durch kritische Loyalität" (S. 263). Beiden Alternativpositionen geht es also letztlich immer nur um die "Beantwortung der gemeinsamen Grundfrage ... : Wie (d. h. durch stärkere Anbindung und Integration an und in die bestehende Ordnung oder durch stärkere partizipatorische Teilhabe) ist die bestehende Gesellschaft (als dynamisch-wandlungsfähige) optimal und effektiv zu sichern" (S. 265).

Für die psychologischen Aspekte politischer Bildungsarbeit und den politischen Bildungsprozeß ergeben sich jeweils sicherlich bedeutende Konsequenzen - sowohl wenn wir die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Spektrums der bundesrepublikanischen Vorstellungen zur politischen Bildung betrachten, als auch dann, wenn wir uns die psychologische Bedeutung der beiden wesentlichen unterschiedlichen Auffassungen von unserer Gesellschaft und den damit verbundenen politischen Bildungszielen verdeutlichen: Zum ersten dreht es sich um die Frage nach der Bedeutung solcher psychologischer Aspekte wie "Betroffensein", "Handlungsfähigkeit", "Umgang mit Konfliktsituationen im politischen Handeln", "Werthaltung" gegenüber "Information", "Anpassung" gegenüber "Kritikfähigkeit" etc.

Im 2. Fall steht die systemimmanente und systemverstärkende Zielsetzung politischer Bildung mit ihren scheinbar unhinterfragbaren Prämissen politischer Wertungen einer politischen Ziel-

setzung gegenüber, die die Möglichkeit von systemsprengenden Konflikten und Konfliktlösungen nicht ausschließt. Psychologisch bedeutet dies, daß im 1. Fall das politische Ziel nur als vom wissenschaftlichen Aspekt der Politik, also den zu vermittelnden Inhalten unabhängiger und nicht ableitbarer Wert vermittelt werden kann; daß also somit politische Bildung in zwei unabhängige Teile zerfällt, in die Vermittlung von rationalem und wissenschaftlich herleitbarem Wissen auf der einen Seite und in die Vermittlung von Wertungen und Haltungen auf der anderen Seite.

Im 2. Fall besteht psychologisch gesehen keine Notwendigkeit, den politischen Bildungsprozeß zu spalten. Zu vermittelnde Inhalte, also die kognitiven Wissensaspekte politischer Bildung, brauchen vor keinen Werten stehenzubleiben. Vielmehr besteht die Möglichkeit, daß sich diese Werte oder auch andere Werte aus den wissenschaftlich entwickelten sachlichen Erkenntnissen über politische Zusammenhänge ergeben.

Auf eben dieses Problem, das wir auch bereits weiter oben angeschnitten haben, werden wir im Verlauf der Arbeit noch wiederholt zurückkommen. Innerhalb der Analyse der Einstellungsforschung tritt es uns im Zusammenhang mit der Frage der Rolle der objektiven Realität des politischen Sachverhaltes bzw. seiner adäquaten Erkenntnis für die Einstellung entgegen. Im Schlußkapitel (C) möchten wir auch anhand von konkreten Beispielen dieses Problem für den speziellen Bereich der politischen Bildung auch im politischen Unterricht noch weiter entwickeln.

Für die psychologische Analyse und besonders die Kritik und die theoretische Weiterentwicklung der Attitüden-Forschung spielt nun diese politische Zielsetzung eine nicht unwesentliche Rolle. Es wird eine wesentliche These der Arbeit sein, daß die politische Einstellung als allgemeines Modell und spezifische Form des politischen Bildungsprozesses keineswegs in ihrer Richtung beliebig sein kann, wenn man den Anspruch erhebt, den politischen Bildungsprozeß als einen Prozeß der Demokratisierung zu gestalten.

Es geht uns also - auch und gerade im Zusammenhang mit politischen Einstellungen - um einen Ansatz zum Beitrag der Psychologie zur "Demokratisierung des Bewußtseins und des Handelns der Menschen". Was darunter zu verstehen ist, erscheint uns somit auch von ausschlaggebender psychologischer Bedeutung und sollte unseres Erachtens hier wenigstens ganz kurz angegeben werden:

Wenn wir von Demokratisierung des Bewußtseins und Handelns der Individuen einer Gesellschaft reden, so meinen wir damit eine politische und psychologische Verwirklichung der Definition unseres Grundgesetzes: "Die BRD Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Psychologisch gesehen müssen für ein Volk, das die Staatsgewalt ausübt, als Voraussetzung für dieses Ausüben bestimmte Fähigkeiten und Möglichkeiten gegeben sein. Das Volk, und das heißt jeder mündige Bürger dieses Staates, muß durch die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, seine politische Macht auch tatsächlich ausüben zu können. Dazu gehört unseres Erachtens zum ersten - als rationale Grundlage für sinnvolles, erfolgreiches politisches Handeln - ein umfangreiches und den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Realitäten gerecht werdendes Wissen um die Zusammenhänge, Konsequenzen und Ursachen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, um die eigene persönliche Betroffenheit durch diese politischen Realitäten sowie um die eigenen Handlungsmöglichkeiten als einzelner und vor allem als gesellschaftliche Gruppe mit gleichen politischen Interessen. Zum weiteren bildet eine wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit zur tatsächlichen politischen Machtausübung des Volkes unseres Erachtens die Vermittlung der eigenen Macht und der eigenen Interessen. Aktivität, Engagement, Verantwortungsbewußtsein, politische Interessiertheit etc. dürften - sind diese Bedingungen gegeben - kaum ausbleiben.

Demokratisierung als Ziel politischer Bildung beinhaltet unseres Erachtens somit in erster Linie ein Ermöglichen der vom Grundge-

setz geforderten politischen Machtausübung durch das Volk,
indem jeder einzelne befähigt wird, sinnvoll, erfolgreich
und den eigenen und gesellschaftlichen Interessen entsprechend
politisch zu handeln.

B. Analyse und kritische Weiterentwicklung der Ansätze zur
'Politischen Einstellung' in der Attitüden-Forschung
amerikanischer Tradition

I. Entwicklung der Untersuchungsfragestellung und Erläuterungen
zum theoretischen Konzept politischer Einstellungen

Nachdem wir in der Einleitung versucht haben, den größeren Rahmen der politischen Psychologie und ihrer möglichen Aufgabenbereiche im Zusammenhang mit der politischen Bildung zu umreißen, möchten wir uns im Hauptteil der Arbeit auf einen spezifischen Bereich der Sozialpsychologie konzentrieren, auf die Attitüden-Forschung. Im Rahmen des gesellschaftlichen Problems politischer Bildung möchten wir unsere Aufmerksamkeit dabei besonders auf die Einstellungsforschung zu gesellschaftsbezogenen Einstellungen - meist kurz "politische Einstellungen" benannt - richten.

Es wurden im Verlaufe der Einleitung wiederholt Problembereiche und Fragestellungen angeschnitten, die uns im Zusammenhang mit der Analyse der Attitüden-Forschung noch eingehend und auf diesen psychologischen Teilbereich spezifiziert beschäftigen werden. Bevor wir uns mit der Analyse im einzelnen befassen, möchten wir im 1. Kapitel des Hauptteils noch diese bereits angeschnittenen oder angedeuteten Probleme für die Attitüden-Forschung konkretisieren. Ferner wird es Aufgabe dieses Kapitels sein, die grundlegende Ausgangsfragestellung, von der unsere

Analyse ausgeht, zu entwickeln, zu erläutern und zu begründen.

a. Betrachtung des Einstellungskonzeptes unter dem Aspekt der Problematik politischer Bildung

Wie wir in der vorausgegangenen Einleitung bereits wiederholt festgestellt haben, gehen die psychologischen und pädagogischen Ansätze zur politischen Bildung im Sinne politischen Unterrichtes alle von einer mehr oder weniger konkreten und explizit betonten politischen Zielsetzung der "Demokratisierung politischen Bewußtseins und Handelns" aus. Durch politische Bildung soll ein psychologischer Prozeß in Gang gesetzt werden, der gerichtet ist, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Im Rahmen der Attitüden-Forschung allgemein und auch im Rahmen der Attitüden-Forschung zu politischen Einstellungen findet sich ein solches Vorhaben oder eine solche explizite Zielsetzung keineswegs. (Siehe später). Einstellungen - gleichwohl niemand bestreiten wird, daß sie auch wesentliche Aspekte der politischen Bildungsarbeit z. B. in der Schule sind - werden 'inhalts- und wertfrei' betrachtet. Den Forscher interessieren in erster Linie die formalen Aspekte der Einstellung und des Einstellungsänderungsprozesses.

Wenn wir bedenken, daß ein wesentlicher Teil dessen, was man ganz allgemein als politische Bildung bezeichnen könnte, unter nicht unterrichtsmäßig gestalteten, institutionalisierten Bildungsbedingungen stattfindet, nämlich als eine mehr oder weniger gezielte, bewußt werdende und allgemeine Beeinflussung der vorhandenen politischen Einstellungen durch die verschiedensten gesellschaftlichen Bedingungen, Situationen und Medien, so gibt diese Beschränkung auf den formalen - vom Inhalt mehr oder weniger abstrahierenden - Einstellungs- (Änderungs-) Prozeß zu denken. Nimmt man in der politischen Psychologie den gesellschaftlichen Auftrag, zur Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen, ernst, so muß man sich unseres Erachtens auch im Zusammenhang mit der Attitüden-Forschung die Frage stellen: Wie können

politische Einstellungen so beeinflusst, verändert und erweitert werden, daß sie zu einem politischen Handeln befähigen, das im oben angegebenen Sinne dem Anspruch einer Demokratie entspricht? Es müßte unseres Erachtens ein Anliegen politischer Psychologie im allgemeinen und der Attitüden-Forschung zu politischen Einstellungen im besonderen sein, Theorien, Methoden und Ergebnisse zu entwickeln und herzuleiten, aus denen Handlungsanweisungen abzuleiten wären für die Praxis politischer Bildung allgemein und ganz besonders für die Praxis politischer Bildung in diesem bedeutenden politischen Bildungsbereich, in dem gerade für den Erwachsenen, der nicht bereits von sich aus besonders politisch interessiert und gebildet ist, der eigentliche, fortlaufende politische Bildungsprozeß stattfindet. Mit anderen Worten: Wir halten es für eine wesentliche Aufgabe politischer Psychologie und politischer Attitüden-Forschung, wissenschaftliche Erkenntnisse bereitzustellen, die die Bemühungen der demokratisch orientierten, fortschrittlichen Kräfte unterstützen könnten, das politische Bewußtsein und Verhalten der arbeitenden Bevölkerung von entpolitisierten, illusionären und resignativen Tendenzen zu befreien und weiter zu entwickeln.

Ohne bereits der im Verlauf der Analyse sich entwickelnden Diskussion zum Konzept politischer Einstellungen vorgreifen zu wollen, soll schon hier einmal ansatzweise versucht werden, das praktische Problem politischer Bildung im Rahmen der für die Attitüden-Forschung spezifischen gesellschaftlichen Bereiche als wissenschaftliches Problem der Einstellungsforschung zu formulieren und zu entwickeln:

Grundsätzlich geht es unseres Erachtens darum, auf welche Weise sich die politischen Einstellungen der arbeitenden Bevölkerung (definiert als 'wertende Stellungnahme gegenüber politischen Sachverhalten') in Richtung größerer Bewußtheit, größeren Interesses und vor allem so verändern lassen, daß die Fähigkeit, die eigenen politischen Interessen wahrzunehmen und im politischen Handeln durchzusetzen, entwickelt wird. In diese allgemeine Fragestellung gehen unseres Erachtens folgende zentrale

Problemkomplexe ein:

- Zunächst stellt sich - als theoretische Voraussetzung zur Beantwortung der Frage nach den Möglichkeiten zu ihrer Veränderung - das Problem der politischen Einstellung als solche: Welche psychologische Realität liegt dem zugrunde, was man 'politische Einstellung' nennt? Welche psychische Funktion kommt der politischen Einstellung und dem Gegenstand dieser Einstellung, der Politik zu? Welche Rolle nimmt die politische Einstellung im Gesamtsystem psychologischer Bewußtseins- und Verhaltensfaktoren ein? Wie sind die politischen Einstellungen strukturiert, wodurch entstehen Strukturen politischer Einstellungen?
- Darauf aufbauend müßte die Frage nach den Gesetzen der Entwicklung des Gegenstandes 'politische Einstellung' gestellt und beantwortet werden, wobei unter Entwicklung zum einen der Herausbildungsprozeß der politischen Einstellung überhaupt (vornehmlich im Sozialisationsprozeß), zum zweiten der für unser praktisches Problem zentrale Aspekt der Veränderung politischer Einstellungen durch Beeinflussung im weiteren Sinne verstanden werden soll.

Dabei sollte unseres Erachtens - wie oben bereits angedeutet - die Richtung dieser Veränderung für unsere Fragestellung keineswegs beliebig sein: Im Zusammenhang mit dem praktischen Problem politischer Bildung und Demokratisierung geht es vielmehr um eine Bewußtseinsveränderung in ganz spezifischem Sinne und ganz spezifischer Richtung. Es wird zu zeigen sein, daß für die psychologische Theorie der Einstellungsänderung die induzierte Richtung nicht beliebig sein kann, da sonst die Einstellung nur rein formal gefaßt werden könnte. Der Inhalt - besonders politischer Einstellungen - erscheint uns jedoch als zumindest mit ausschlaggebend für die Richtung der Einstellung.

Dabei wäre im Zusammenhang mit der Frage nach den Bedingungen der gezielten Veränderung politischer Einstellungen zu berücksichtigen, daß die hieraus abzuleitenden wissenschaftlichen

Hypothesen (und die im weiteren zu entwickelnden praktischen Handlungsanweisungen), die konkret-historische Situation und Bedingungs-lage unseres praktischen Problems berücksichtigen müssen. Es stellt sich also nicht einfach allgemein die Frage nach der Veränderbarkeit politischer Einstellungen, sondern vielmehr muß diese Frage in folgenden Punkten konkretisiert werden:

Wie lassen sich die politischen Einstellungen arbeitender Erwachsener unter den konkret-historischen Bedingungen unserer gegenwärtigen Gesellschaftsform in angegebener Richtung, d. h. im Sinne einer Demokratisierung politischen Bewußtseins und politischen Handelns verändern

- unter Berücksichtigung der unseres Erachtens gesellschaftlich bedingten geringen Interessiertheit an Fragen der 'großen Politik' zum einen (siehe unten) und unter Einbeziehung der wichtigen Tatsache, daß in unserer Gesellschaft auf verschiedensten Ebenen ein Einfluß auf das politische Bewußtsein der arbeitenden Menschen ausgeübt wird, der zur Entpolitisierung, Verschleierung und Illusion politischer Einstellungen und politischen Bewußtseins führt (siehe im Verlauf der Analyse);
- unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese intendierte demokratische Einflußnahme der möglichen Selbstselektion der Erwachsenen unterliegt und nur wirksam werden kann, wenn sie so strukturiert und angeboten wird, daß sich der Erwachsene quasi freiwillig mit ihr auseinandersetzt (siehe oben);
- unter Berücksichtigung des vorhandenen allgemeinen Bildungsniveaus sowohl was die sprachlichen Fähigkeiten und Denkfähigkeiten als auch was den Umfang des Wissens um politische Inhalte und politische Zusammenhänge betrifft;
- unter Berücksichtigung der wichtigen Tatsache, daß die arbeitenden Erwachsenen täglich konkrete gesellschaftliche Erfahrungen im Zusammenhang mit ihrer Arbeitstätigkeit machen;
- unter der Berücksichtigung des Erholungs-, Entspannungs- und Ablenkungsbedürfnisses des arbeitenden Menschen nach Beendigung

seines Arbeitstages, daß sicherlich oft einhergeht mit einer geringen intellektuellen Anstrengungsbereitschaft.

Wir haben bereits festgestellt, daß die einschlägigen Ansätze der Attitüden-Forschung nicht von einer solchen praktischen Zielsetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit ausgehen. Vielmehr befaßt sich die Attitüden-Forschung - so wie sie besonders in der amerikanischen Tradition entwickelt wurde und wird - mit der Einstellung und der Veränderung von Einstellungen im allgemeinen, inhalts- un- spezifischen Sinne.

Wenn wir nun diese Attitüden-Forschung analysieren, so steht dahinter die Fragestellung, ob und inwieweit die Attitüden-Forschung dazu in der Lage ist, den Anspruch zu erfüllen, als einzelwissenschaftliche psychologische Teildisziplin wissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis politischer Bildung mit der erklärten Zielsetzung, zur Demokratisierung unserer Gesellschaft beizutragen, bereitzustellen. Wir möchten jedoch zunächst im Verlaufe der Analyse der Attitüden-Forschung diese Fragestellung in den Hintergrund treten lassen. Sie wird erst im Schlußkapitel erneut aufgegriffen. Zunächst soll es uns darum gehen, die Attitüden-Forschung im Rahmen 'ihrer innerwissenschaftlichen Aspekte und Probleme' zu analysieren und kritisch weiter zu entwickeln, ohne daß also an jeder Stelle der Auseinandersetzung nach den praktischen Konsequenzen der dargestellten Ansätze gefragt werden soll und kann. Wenn wir hier von 'innerwissenschaftlichen Aspekten des Einstellungsproblems' sprechen, so - und dies erscheint uns als äußerst wichtig - meinen wir damit nicht etwa nur 'innerpsychologische Aspekte'. Vielmehr scheinen uns im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Konzeption der politischen Einstellung auch nicht - psychologische Aspekte anderer Wissenschaften und besonders auch allgemeine wissenschaftliche Aspekte - etwa erkenntnistheoretische und gesellschaftstheoretische - zu stehen. Hierauf möchten wir im nächsten Abschnitt näher eingehen.

b. Überlegungen zum erkenntnistheoretischen Aspekt politischer Einstellungen im Hinblick auf die zu leistende Analyse der Attitüden-Forschung

Wenn wir im folgenden Überlegungen anstellen wollen hinsichtlich des u. E. grundlegendsten 'innerwissenschaftlichen Aspektes' politischer Einstellungen, nämlich des erkenntnistheoretischen Problems politischer Einstellungen, so wollen und können wir hier nicht etwa eine Diskussion verschiedenster erkenntnistheoretischer Standpunkte und Ausgangspositionen innerhalb der Attitüden-Forschung vorausschicken. Vielmehr geht es uns zunächst einfach darum, die erkenntnistheoretische Problematik möglichst anschaulich darzulegen und die u. E. wesentlichen verschiedenen Positionen ansatzweise zu skizzieren und ihre wissenschaftstheoretischen Konsequenzen aufzuweisen.

Die eigentliche Auseinandersetzung mit den möglichen und für die amerikanische und westdeutsche Attitüden-Forschung typischen erkenntnistheoretischen Positionen wird dann erst implizit in der Auseinandersetzung mit entsprechenden Aspekten der Forschungspraxis und ihrer Ergebnisse geleistet werden können.

Ausgehend von der Erscheinungsweise der politischen Einstellung und der Einstellung allgemein kann das, was z. B. als Einstellungsäußerung in einer psychologischen Untersuchung erfaßt wird, grob vereinfacht wie folgt charakterisiert werden: Eine Person äußert sich im Hinblick auf einen Sachverhalt, ein Ereignis oder eine Person, bzw. einen Personenkreis etc., wobei in dieser Äußerung eine wertende Stellungnahme zum Ausdruck kommt. Die Äußerung kann die Form der Meinung, des Glaubens haben, sie kann unvermittelt Wertung und Urteil enthalten, sie kann Abneigung oder aber Sympathie zum Ausdruck bringen. Immer aber enthält sie - wenn auch jeweils verschieden gewichtet - affektive, d. h. wertende neben kognitiven Elementen. Einer wertenden Stellungnahme kommt zum einen eine Komponente zu, die das emotionale Verhältnis zu dem Sachverhalt der Stellungnahme

beinhaltet, zum anderen eine kognitive Komponente, die Urteile in Form von logischen Aussagen explizit oder implizit beinhaltet. Rein kognitive Aussagen, deren Richtigkeit oder Falschheit logisch unmittelbar einsichtig oder unmittelbar empirisch überprüfbar sind, sind damit selbst nicht als Einstellungsäußerungen zu bezeichnen (obwohl eine offensichtlich falsche Annahme über einen Sachverhalt indirekt zum Ausdruck kommen kann (siehe unten)). Andererseits kann entsprechend dem üblichen Verständnis auch eine rein emotionale Reaktion, die an einer Person zu beobachten ist, die aber neben dieser Emotion keine bzw. noch keine kognitiven Vorstellungen bezüglich des emotionauslösenden Sachverhaltens enthält, nicht als Einstellungsäußerung angesehen werden.

An dem Beispiel des Sachverhaltes 'Krieg' soll die Charakterisierung der Einstellungsäußerung als wertende Stellungnahme und damit als Einheit variabel gewichteter kognitiver wie affektiver Komponenten illustriert werden:

Im Gegensatz zu der Behauptung "zur Zeit werden keine Kriege auf der Welt geführt", und im Unterschied zu der verbalen, emotionalen Reaktion z. B. "o wie schrecklich" beim Anblick von Kriegsschauplätzen, stellen z. B. folgende Sätze 'Einstellungs-Äußerungen' dar: "Kriege sind eine Geisel der Menschheit"; "es ist unverantwortlich, einen Krieg zu beginnen"; "Kriege sind eine schreckliche Bedrohung".

Jede dieser Aussagen enthält kognitive Elemente: in jedem Fall eine Vorstellung von dem, was Krieg ist, was er für die betroffenen Menschen bedeutet und die Einsicht in seine zerstörerische Wirkung. Die erste Einstellungsäußerung enthält zusätzlich implizit die Hypothese von der Unvermeidbarkeit des Krieges, die zweite Einstellungsäußerung dagegen geht implizit von der Annahme aus, Kriege seien prinzipiell vermeidbar.

Das emotionale Element der drei beispielhaft angeführten Einstellungsäußerungen ist in jedem Fall in der wertenden Stellungnahme enthalten: in der abwertenden Bezeichnung "Geisel", in der

Abwertung des Kriegsbeginners und in der unmittelbar emotionalen Ausdrucksweise "schrecklich".

Selbstverständlich kommt den angeführten Einstellungsäußerungen nicht mehr als Modell- und Beispielcharakter zu, sie sollen auf keinen Fall zur Belegung oder gar Beweisführung von Hypothesen herangezogen werden. Aber an diesen "Beispielen" kann u. E. illustriert werden, was eine wertende Stellungnahme von einer reinen Aussage einerseits und von einer reinen emotionalen Reaktion andererseits unterscheidet.

Einstellungsäußerungen sind also durch zwei wichtige, nicht von einander zu trennende semiotische Merkmale zu charakterisieren: Sie bringen eine Wertung zum Ausdruck; d. h. sie enthalten eine Stellungnahme zu einem bestimmten Sachverhalt, dem Einstellungsobjekt. Sie haben einen zentralen pragmatischen Aspekt. Zum zweiten gehen in die semantische Substanz einer Wertäußerung immer folgende kognitive Elemente ein: Jeder Wertung eines Sachverhaltes liegt einmal ein bestimmtes kognitives Bild dieses Sachverhaltes selbst zugrunde, zum anderen eine kognitive Vorstellung der Bedeutung, Funktion oder Beziehung des Sachverhaltes für die eigene Person bzw. Personengruppe. Ein drittes kognitives Element, das sehr leicht übersehen wird, aber nichts desto weniger als kognitive Aussagengrundlage in die Wertung eingeht, ist das kognitive 'Bild' von dem eigenen Verhältnis in bezug auf den Sachverhalt in Form von entsprechenden Bedürfnissen, Interessen und so weiter. In unserem Beispiel 'Einstellung gegenüber Krieg' bestünden demnach folgende kognitive Grundlagen als Ausgangspunkte der Bewertung:

- Vorstellungen über das, was Krieg ist, in Form von Kenntnissen über die Erscheinungsweisen des Krieges und in Form von Erkenntnissen und Einsichten in die Zusammenhänge;
 - Vorstellungen über Auswirkungen eines Krieges auf die eigene Person oder Personengruppe;
 - Vorstellungen, Bewußtheit bezüglich der eigenen Interessen, Bedürfnisse etc., die von den Auswirkungen betroffen werden könnten.
- Die kognitiven Elemente, die in die wertende Stellungnahme ein-

gehen, sind keineswegs explizit in jeder Einstellungsäußerung vorhanden. Oft gehen sie sehr vermittelt und implizit und für die stellungnehmende Person unbewußt in die Einstellungsäußerung ein. Dabei kann zum einen der Fall auftreten, daß zu bestimmten Aussagebereichen praktisch gar keine kognitiven Vorstellungen, Kenntnisse und Einsichten vorhanden sind. Zum weiteren können die vorhandenen kognitiven Vorstellungen, Einsichten und Kenntnisse erheblich im Hinblick darauf differieren, ob und wie richtig die in ihnen enthaltenen Aussagen sind. Es können sowohl unrichtige Aussagen enthalten sein als auch verzerrte, einseitige, vereinfachende, in sich widersprüchliche Aussagen. Die in der kognitiven Komponente enthaltenen logischen Aussagen, der Grad ihrer Richtigkeit und Umfassendheit im Hinblick auf die Komplexität der kognitiv zu erfassenden Sachverhalte stellen einen wichtigen und analysierbaren Aspekt einer jeden Einstellungsäußerung dar: Die Stellungnahme einer Person zu einem Sachverhalt fällt je nach dem kognitiven Bild über diesen Sachverhalt und dessen Beziehung zur eigenen Person unterschiedlich aus: Wenn z. B. eine Person von der Annahme ausgeht, Kriege seien unvermeidbar, oder Kriege seien etwas, was sehr weit weg ist und das eigene Leben nicht tangiere, oder Kriege seien die einzige Möglichkeit zur Lösung des Überbevölkerungsproblems etc., so wird die Stellungnahme dieser Personen gegenüber dem Krieg im allgemeinen und z. B. gegenüber kriegsfördernden Institutionen, Maßnahmen, Ideologien anders ausfallen, als wenn von der Annahme der Vermeidbarkeit, von der Einsicht in die reale Lebensbedrohung durch Kriege etc. ausgegangen wird. Nicht nur die prinzipielle Richtung der Stellungnahme, sondern auch deren Ausprägungsgrad hängt damit von den Annahmen, den kognitiven Vorstellungen ab, die bezüglich der Sachverhalte bei der Person vorhanden ist, die die Einstellungsäußerung macht.

Da diesen kognitiven Elementen der Einstellungsäußerung als Aussagen die Qualität der Richtigkeit oder Falschheit zukommt, muß unter Berücksichtigung des oben abgeleiteten Zusammenhanges zwischen kognitiven Elementen und der Richtung sowie der Aus-

prägung der wertenden Stellungnahme die Hypothesen formuliert werden:

Eine Einstellungsäußerung hängt in Richtung und Ausprägung ab von der 'Wahrheitsqualität' der in sie eingehenden kognitiven Vorstellungen, Aussagen und Erkenntnisse. Der Einstellungsäußerung an sich kommt zwar (als Wertung) keine Wahrheitsqualität zu; andererseits liegen der Einstellungsäußerung aber Aussagen zugrunde, denen sehr wohl diese Qualität zugesprochen werden muß.

Was hier an der semiotisch-logischen Analyse der Einstellungsäußerung entwickelt wurde, soll nun anhand der erkenntnistheoretischen Analyse der an der psychologischen Realität 'politische Einstellung' beteiligten objektiven und subjektiven Aspekte noch einmal abgeleitet und erläutert werden.

Diese psychologische Realität politischer Einstellungen ist das, was im Verhalten und damit auch in der Einstellungsäußerung zum Ausdruck kommt, was diesem Verhalten zugrunde liegt als real existierendes, psychisches, und damit subjektives Verhältnis (d. h. im Subjekt widergespiegelter Verhältnis) zwischen dem Subjekt der Einstellung (stellunghnehmende Person) und dem Sachverhalt als dem Objekt der Einstellung. Es soll deshalb im weiteren - im Unterschied zu der eben betrachteten Einstellungsäußerung als das dieser zugrundeliegende subjektive Einstellungsverhältnis bezeichnet werden.

Gerade bei der Analyse dieses subjektiven Einstellungsverhältnisses stehen erkenntnistheoretische Ausgangsfragen im Mittelpunkt des gesamten Problems: Je nach der erkenntnistheoretischen Position des Psychologen bzw. der davon abhängenden Betrachtung und Einordnung des Einstellungsverhältnisses und seiner Aspekte ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die theoretische und methodologische Behandlung des Problems politischer Einstellungen in der Psychologie.

Aspekte des Einstellungsverhältnisses, also des subjektiven Ver-

hältnisses von S zu O ('S-O'), sind wie bereits entwickelt:

1. Die Person, die eine Einstellung hat, bzw. äußert, als Subjekt (S) des Einstellungsverhältnisses,
2. der Sachverhalt, auf den sich diese Einstellung bezieht, der bewertet wird, als Objekt (O) der Einstellung.

Nun liegt der stellungnehmenden, bewertenden Einstellung 'S-O' als kognitives Element die subjektive Wahrnehmung des Sachverhaltes O und seiner Beziehung zur eigenen Person S zugrunde. Diese subjektive kognitive Komponente des 'EV'¹¹ (in Form von Annahmen, konstituiert durch vorhandene Kenntnisse und Einsichten) kann - wie bereits im Zusammenhang mit der 'Einstellungs-äußerung' erläutert - mehr oder weniger richtig oder falsch, der Komplexität des Gesamtsachverhaltes mehr oder weniger gerecht oder nicht gerecht werden.

Wenn davon ausgegangen werden kann, daß der Sachverhalt O ein real existierender 'Gegenstand', also keine Fiktion oder inhaltslose Abstraktion ist, so kann der wertenden Stellungnahme 'S-O', also dem subjektiven Einstellungsverhältnis das reale, unabhängig von der Einstellung und kognitiven Wahrnehmung der Person S bestehende theoretisch ableitbare und empirisch belegbare objektive Verhältnis zwischen der Person S und dem jeweiligen Sachverhalt O (S-O) gegenübergestellt werden. Es soll im weiteren als 'objektives Einstellungsverhältnis' (S-O) im Unterschied zum subjektiven Einstellungsverhältnis ('S-O') gekennzeichnet werden.

Dieses objektive (im Sinne von vom Bewußtsein des Subjektes unabhängige) Verhältnis zwischen den Elementen des Einstellungsverhältnisses S und O müßte dabei, je nach Ausgangspunkt der Betrachtung einmal als Funktion und Bedeutung von O für S bestimmt werden ($O \rightarrow S$), zum anderen als die z. B. durch die Bedürfnisstruktur der Person S bestimmbare tatsächliche Betroffenheit von S durch O ($S \rightarrow O$) festzumachen sein.

Um auch hier zur Illustration das oben entwickelte Beispiel aufzugreifen:

Die Person S, die eine bestimmte Einstellung gegenüber dem Krieg äußert, stellt als Individuum innerhalb eines bestimmten

gesellschaftlichen Kontextes das Subjekt des Einstellungsverhältnisses dar.

Das Objekt, O, des Einstellungsverhältnisses, der Sachverhalte, auf den sich die wertende Stellungnahme bezieht, wäre in diesem Fall das Objekt 'Krieg' als komplexes System der spezifischen gesellschaftlichen Realität, als solches erfahrbar und in seinen gesellschaftswissenschaftlichen Zusammenhängen analysierbar.

Eine bestimmte Einstellung gegenüber dem Krieg, die sich etwa in der Äußerung "Kriege sind eine Geißel der Menschheit" ausdrückt, stellt eine bestimmte, in ihrer Richtung und Ausprägung (oder Intensität) charakterisierbare wertende Stellungnahme der Person S im Hinblick auf das Objekt O, den Krieg dar. Die Einstellung bringt unmittelbar das subjektive, wertende Verhältnis 'S-O' der Person S zum Ausdruck. Ihr liegen kognitive Vorstellungen und Annahmen im Hinblick auf O sowie im Hinblick auf das objektive Verhältnis S-O in seinen beiden untrennbaren Aspekten $O \rightarrow S$ und $S \leftarrow O$ zugrunde.

Von allen hier angeführten und erläuterten Aspekten des Einstellungsverhältnisses geht in die Attitüden-Forschung - sowohl in die Theorie als auch in die konkreten Fragestellungen und empirischen Untersuchungen - als zentrales Element 'S-O' ein. Das ist an und für sich selbstverständlich, denn die Einstellung selbst als psychologisches Phänomen, als subjektive wertende Stellungnahme von O durch S, ist genau in diesem Element 'S-O' festzumachen. Problematisch erscheint es uns jedoch, wenn das subjektive Einstellungsverhältnis 'S-O' losgelöst betrachtet wird von seinen objektiven Bedingungen und Zusammenhängen: O, S und S-O. U. E. kann das subjektive Einstellungsverhältnis 'S-O' überhaupt nur dann in seinen Zusammenhängen und Gesetzen theoretisch begriffen und empirisch sinnvoll gehandhabt werden, wenn die objektiven Bedingungen des Einstellungsverhältnisses mit einbezogen, d. h. berücksichtigt werden.

Wie eine Einstellungsforschung aussieht, die sich auf das Element

'S-O' beschränkt, die sich begnügt mit der Betrachtung des subjektiven Verhältnisses des Subjektes zum Objekt, wird im Verlauf der Bestandsaufnahme der Attitüden-Forschung im Kontext der amerikanischen und westdeutschen Psychologie noch deutlich werden. Die Analyse der Attitüden-Forschung im Hinblick auf ihre Sichtweise und Behandlung der objektiven Aspekte und Bedingungen: S, O und S-O im Zusammenhang mit dem subjektiven Einstellungsverhältnis 'S-O' wird zum einen die wissenschaftstheoretischen und erkenntnistheoretischen Positionen, zum zweiten vor allem die Konsequenzen einer Reduktion psychologisch-wissenschaftlichen Vorgehens auf die rein subjektiven Phänomene herauszuarbeiten haben.

Vorerst aber möchten wir noch kurz in Form von ersten Hypothesen die Konsequenzen aufzeigen, die sich aus der nicht-subjektivistisch reduzierten wissenschaftlichen Betrachtungsweise des subjektiven Einstellungsverhältnisses 'S-O', also aus einer Einbeziehung der objektiven Bedingungen und Zusammenhänge für die Theorie der politischen Einstellungen ergeben.

Aus der unter einer solchen Betrachtungsweise möglichen und notwendigen Gegenüberstellung von 'S-O' und S-O, also der Konfrontation des subjektiven Verhältnisses zu O mit dem tatsächlichen Verhältnis zwischen dem Subjekt und dem Gegenstand der Einstellung, ergeben sich weitreichende theoretische Folgerungen: Am Grad der Übereinstimmung des objektiven Verhältnisses S-O mit dem im Einstellungsverhältnis 'S-O' enthaltenen kognitiven Vorstellungen bezüglich O, S und S-O, läßt sich das Maß der 'Adäquatheit' der Einstellung feststellen. Adäquat hieße demnach eine Einstellung, der eine richtige Erkenntnis des Gegenstandes O selbst sowie des Verhältnisses dieses Gegenstandes O zur eigenen Person zugrunde liegt.

Konkretisiert für unser Beispiel hieße das, eine Einstellung gegenüber dem Krieg, also eine bestimmte Wertung des gesellschaftlichen Phänomens Krieg ist adäquat, wenn das Einstellungs-

subjekt richtige Vorstellungen hat von dem, was Krieg ist, bedeutet, was er für Wirkungen hat und haben kann, und wie und wie weit die eigenen Interessen davon betroffen werden können. Aufbauend auf ein solches richtiges und umfassendes Bild des Einstellungsobjektes 'Krieg' (O) und seiner Beziehung zur eigenen Person (und/oder Identifikationsgruppe von Personen) (S-O) kann das Subjekt (S) nun eine Wertung des Objektes vornehmen ('S-O'), die den realen Verhältnissen (S-O) gerecht wird.

Es steht nun z. B. die Hypothese, Einstellungen komme die Qualität der Adäquatheit zu, im Widerspruch zu geläufigen Annahmen wie die der Beliebigkeit bestimmter Einstellungsrichtungen für bestimmte Personen im Hinblick auf bestimmte Sachverhalte (siehe später). Die Thesen von der Zufälligkeit der Einstellungsrichtung und -Ausprägung, die Reduktion des Einstellungs-Lern-Prozesses auf die Wirkung sekundärer, vom Objekt und Subjekt der Einstellung und deren objektivem Verhältnis zueinander relativ unabhängiger und losgelöster sozialer Verstärkungsbereiche, läßt sich aber nicht aufrecht erhalten, geht man davon aus, daß eine Einstellung 'S-O' für S in bezug auf O adäquat, aber auch inadäquat sein kann. Hieraus ergeben sich für die Theorie des Erwerbs, der Veränderung und Beeinflußbarkeit von Einstellungen wesentliche Konsequenzen, auf die aber hier noch nicht eingegangen werden soll.

Weitere wichtige Aspekte ergeben sich aus der Frage, welches die Bedingungen für eine adäquate Einstellung sind oder - anders ausgedrückt - welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit 'S-O' dem objektiven Verhältnis zwischen S und O tatsächlich adäquat werden kann, damit also das einem Einstellungsverhältnis 'S-O' zugrundeliegende subjektive kognitive Bild des objektiven Verhältnisses S-O mit diesem tatsächlich übereinstimmt.

Ursachen für eine mangelnde oder fehlende Übereinstimmung - und das heißt im Klartext Ursache dafür, daß das Subjekt S entweder das Objekt / und/oder das tatsächliche Verhältnis S-O nicht

hinreichend und unverzerrt erkennt, können einmal in der Komplexität dieser Sachverhalte selbst liegen. Schließlich sind die Objekte politischer Einstellungen politische Sachverhalte, also Gegenstände der Gesellschaftswissenschaft und entsprechend kompliziert. Andererseits kann diese fehlende Übereinstimmung aber auch in einer mangelnden Kenntnis und/oder Erkenntnisfähigkeit der Subjekte begründet sein. Hier schließen sich ganz zentrale Konsequenzen z. B. für eine Didaktik der adäquaten Einstellungsbildung und für die Praxis politischer Bildung im allgemeinen an, die aber ebenfalls an dieser Stelle noch nicht erläutert werden können und sollen.

Die so entwickelten und ihrem Charakter nach hypothetisch-thesenhaften Kernfragen nach der Auffassung des Einstellungsverhältnisses selbst und der Bedeutung und Art der am Einstellungsverhältnis beteiligten Aspekte und der relevanten objektiven und subjektiven Bedingungen werden im weiteren Verlauf als Einstieg in die Auseinandersetzung um die Konzeption der politischen Einstellung dienen.

An diesen Punkten soll zunächst eine grundsätzliche Einschätzung und kritische Betrachtung der verschiedenen Ansätze zur politischen Einstellung geleistet und später die Weiterentwicklung der brauchbaren Aspekte und Ansätze angesetzt werden.

II Analyse, Kritik und Weiterführung der Attitüden-Forschung unter dem Aspekt der "subjektiven und objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses"

a. Einleitung

1. Aspekte und Verfahrensweise

Bei unserer Frage, wie spiegelt sich das "Einstellungsverhältnis" als objektives Verhältnis in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen zur Erforschung politischer Einstellungen wider, gehen wir zunächst von einer Betrachtung der Objekte politischer Einstellungen sowie ihrer Strukturierung aus. Als nächstes ist die wissenschaftstheoretische und methodische Behandlung des Einstellungssubjektes zu analysieren. Ein dritter, u. E. im Zusammenhang mit unserer Fragestellung besonders wichtiger und aufschlußreicher Aspekt, ist der der Wahrnehmung des politischen Verhältnisses zwischen Subjekt und Objekt durch das Einstellungssubjekt selbst (Z. B. Wissen über und Interesse am Objekt) bzw. die Verarbeitung dieser Problematik innerhalb der einschlägigen Ansätze. Ferner stellt sich die Frage nach dem politischen Handeln als "Verhaltensaspekt" des Einstellungsverhältnisses. Diese zu leistende kritisch - analytische Darstellung wird sich im wesentlichen auf die konkret in der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung entwickelten Forschungs-

ansätze, Fragestellungen, Instrumente, und auf die damit erzielten empirischen Ergebnisse stützen. Die allgemeinen theoretischen Aussagen zur "politischen Einstellung" stehen dabei im Hintergrund der Diskussion. Es geht bei der vorliegenden methodischen Herangehensweise zunächst nicht um eine Analyse und Kritik der psychologischen theoretischen Aussagen zum Gegenstand, sondern um eine Analyse der psychologischen Forschungspraxis im Hinblick auf die tatsächliche Behandlung der erkenntnis-, wissenschafts- und gesellschaftstheoretischen Aspekte ihres Forschungsgegenstandes. Da aber die theoretischen Konzepte, Aussagen und Vorentscheidungen eben diesen Ansätzen zu Grunde liegen und in sie eingehen, handelt es sich bei der zu leistenden Analyse indirekt insofern auch um eine Analyse der theoretischen Konzepte des Gegenstandes "politische Einstellung".

Die Analyse wird sich schwerpunktmäßig auf die amerikanischen und westdeutschen Darstellungen der politischen Attitüden-Forschung beziehen:

Einen umfassenden Überblick über die in der amerikanischen Psychologie entwickelten Fragebogen und Skalen zur Erfassung "politischer Einstellungen" liefert das dreibändige Werk "Measures of Political Attitudes" der Autoren John P. ROBINSON, Gerrald G. RUSH und Kendra B. HEAD, (Center of Political Studies; Institut for Social Research, Michigan, 1972). Man kann davon ausgehen, daß dieses umfassende Sammelwerk (mit seinen beiden Appendices A und B und der 1973 erschienenen Ergänzung) einen relativ umfangreichen und bis in die jüngste Zeit hinein relativ vollständigen Überblick vermittelt und von daher entsprechende Rückschlüsse auf die 'Themen' der politischen Attitüden-Forschung besonders der USA (einbezogen sind aber z. B. auch skandinavische Fragebogen), auf die gebräuchlichen 'politischen Gegenstände', auf die Behandlung der Einstellungssubjekte etc. sowie vor allem auf die Art und Weise der wissenschaftlichen Ableitung der Aspekte 'politischer Ein-

stellungen' erlaubt. Dabei kann sich die Diskussion schwerpunktmäßig auf die Skalen und Fragebogen beziehen, die im 1. Band des Sammelwerkes dargestellt sind.

Neben diesem Überblick über Instrumente und unmittelbare empirische Ergebnisse der einschlägigen amerikanischen psychologischen Forschung, soll für die Analyse weiterhin die jüngste Untersuchung zur 'politischen Einstellung' von JAIDE ("Jugend und Demokratie" 1971) als Beispiel 'jüngster bundesrepublikanischer Forschung' herangezogen werden.

Ferner werden wir den Handbuch-Artikel "Political behaviour" (Handbook of Social Psychology; Band V; Hrsg. LINDZEY und SEARS; 1969) einbeziehen, der einen Überblick über die Forschung zum politischen Verhalten und in diesem Zusammenhang zur 'politischen Einstellung' vermittelt. Einen umfangreichen und umfassenden Überblick über einen weiteren, ebenfalls zentralen Bereich der Attitüden-Forschung, nämlich die Untersuchung der Veränderung von Einstellungen im Kommunikationsprozeß, bietet der Artikel "The Nature of Attitudes and Attitude Change" von William J. McGuire (1968).

Die Analyse dieses Materials sowie der weiteren für die Analyse noch herangezogenen Literatur (siehe im Verlauf der Arbeit) unter den fünf oben genannten Aspekten soll dabei auf unterschiedlichen Ebenen erfolgen: Zum einen wurden die Skalen, Fragebogen und Einstellungsskalen - Gruppen oder auch Versuchsbedingungen und Versuchskonstellationen betrachtet. Zum zweiten wurden - für einige spezielle Fragestellungen - die einzelnen Items als solche analysiert. Die Aussagen auf dieser Ebene beziehen sich dabei sämtlich auf Ergebnisse, die an Hand einer für den gesamten ersten Band von ROBINSON et al repräsentativen Item - Stichprobe gewonnen wurden. (Diese Item - Stichprobe bestand aus je 3 zufällig aus jeder Skala ausgewählten Items.). Diese Stichprobe wurde nun im Hinblick auf verschiedene Fragen untersucht, (siehe unten).

2. Abklärung der Untersuchungsvoraussetzungen

Bevor in die oben erläuterte Analyse eingestiegen werden kann, stellt sich noch die Frage, ob in dem, was in der einschlägigen Forschung als "politische Einstellung" bezeichnet wird, tatsächlich das 'subjektive Einstellungsverhältnis' (wie es oben abgeleitet und dargestellt wurde) aufzuweisen ist. Wird also mit dem Begriff der Einstellung die Wertung eines Subjektes (S) in Hinblick auf ein Objekt (O) bezeichnet? Nur dann nämlich erscheint es auch sinnvoll, die Frage nach der Berücksichtigung der objektiven Seite dieses Wertungsverhältnisses zu stellen.

2.1 Das 'subjektive Einstellungsverhältnis' in den einzelnen Einstellungsäußerungen (Items)

Von den 123 in die Item-Untersuchung (siehe oben) einbezogenen Items stellten 79 'echte Wertungen' dar. Der Rest bestand aus 'echten Aussagen' bzw. 'unechten Aussagen'. Unter 'echten Wertungen' sind Items verstanden worden, in denen nachdem gefragt wird 'was man richtig findet'. (Hier 'kann man also verschiedener Meinung sein'.) Verlangt wird ein Werturteil moralischer oder anderer Art. Alle diese Werturteile lassen sich mittel- oder auch unmittelbar zurückführen auf eine Einschätzung der 'Nützlichkeit' des Einstellungsgegenstandes (O) für das beurteilende Subjekt (S) oder ein Subjekt, mit dem das beurteilende Subjekt sich identifiziert oder identifizieren soll (z. B. der Staat, die Menschheit, unbestimmte große Bevölkerungsgruppe etc.).

U. E. typische und eindeutige Beispiele für solche 'echte Wertungen' seien benannt:

"Should all able adults permitted to vote?" (KERR, 1952);

"The Government ought to help people get doctors and hospital care at low cost." (CAMPBELL; 1960);

"War should never be justifiable even if it is the only way to protect our national rights and honor." (SAMPSON und SMITH; 1957).

Bei den 'Aussagen' dagegen soll das Item nicht einer Bewertung nach moralischen oder anderen Kriterien unterzogen werden, sondern einer Bewertung seiner Richtigkeit im Sinne des 'Zutreffens', 'Wahrseins'. Dabei sind diese Aussagen zwar prinzipiell objektiv entscheidbar (hier kann man keineswegs beliebiger Meinung sein), aber sie sind auf ihren Wahrheitsgehalt nicht einfach und kaum unmittelbar zu überprüfen. Es wird also nach Überzeugungen gefragt, nach dem, was man glaubt, daß es richtig sei, d. h., der Realität entspreche. Mehr als die Hälfte der Items, die in Aussagenform formuliert sind, stellen jedoch 'unechte Aussagen' dar: Sie lassen sich keineswegs auf Grund der richtigen Kenntnis des entsprechenden Sachverhaltes eindeutig beantworten, sondern enthalten neben dem Urteil des "Zutreffens" das Werturteil des "Nützlichen", "Guten" etc. Zur Illustration seien wieder einige Beispiele genannt:

"The present arrangement for the distribution of wealth is altogether unsound." (NETTLER und HUFMAN; 1957);

"Taxes are high enough now." (ROSENBERG, 1957);

"Sometimes things get so bad, that instead of replacing Democrats by Republicans and vice versa, it might be a good idea to change our economic or political system." (DOMBROSE et al, 1950).

Hier wird in jedem Fall neben einer sachlichen Einschätzung gleichzeitig die Wertung des Sachverhaltes verlangt.

Ein geringer Anteil der Items stellt nun die 'echten Aussagen' dar; d. h. diese Items verlangen keine Wertung einer moralischen oder anderen 'Richtigkeit', sondern tatsächlich nur eine Bewertung des Wahrheitsgrades der Aussage. Da es sich um komplexe Zusammenhänge und nicht etwa um einfach Fakten handelt, geht unter Umständen die Wertung des Sachverhaltes (ähnlich wie bei

der error-choice-Methode) indirekt als Fehlurteil ein.

Auch hier seien einige Beispiele angeführt:

"It seems for me that who ever you vote for, things go on pretty much the same." (McCLOSKEY, 1964);

"I feel that we can't have "peace on earth good will to men", because other nations are not of good will." (HELFANT, 1952);

"Democracy depends fundamentally on the existence of free business enterprise." (ROSENBERG, 1957).

Die Tatsache, daß es sich um komplizierte, gesellschaftliche Zusammenhänge handelt, die sicherlich kein amerikanischer Durchschnittsbürger wissenschaftlich durchschaut, steht nicht im Widerspruch zur Behauptung, daß es sich um Aussagen im logischen Sinne handelt. (Auf die Bedeutung des zur richtigen Beurteilung notwendigen Wissens wird später eingegangen).

An dieser Stelle reicht es aus, wenn betont wird, daß diese 'echten Aussagen' genau genommen keine Einstellungsäußerungen in dem Sinne darstellen, wie wir sie als Ausgangspunkt der Ableitung des Einstellungsverhältnisses genommen hatten. Sie können aber wegen ihrer geringen Anzahl innerhalb der tatsächlichen Forschungspraxis zu unserer Analyse vernachlässigt werden.

2.2 Das 'subjektive Einstellungsverhältnis' in den Einstellungs-konstrukten

Die Einstellungskonstrukte, d. h. die 'Gesamt-Einstellungen', die jeweils ein Fragebogen oder eine Skala erfassen sollen, und die innerhalb einer Untersuchung zur Einstellungs-Beeinflussung als zu verändernde psychologische Größen fungieren, variieren von Einstellungen gegenüber einem relativ eng umrissenen Objektbereich, über Einstellungen gegenüber abstrakten Objekten und Objektgruppen bis hin zu mehr oder weniger objekt-unabhängigen "Einstellungssyndromen". Für die zu leistende Analyse sind die Einstellungsskalen etc. von Interesse, die eine

bestimmte objektgerichtete Einstellung messen oder zu messen vorgeben, d. h. diejenigen Einstellungsskalen, die sich auf ein bestimmtes umreißbares politisches Objekt beliebiger Abstraktionsstufe beziehen. Die 'Einstellungssyndrome' und die den Persönlichkeitsmerkmalen verwandten 'sozialen Einstellungen' drücken weniger ein subjektives Verhältnis zwischen Einstellungs-subjekt zum relativ bestimmten Einstellungsobjekt aus als vielmehr eine allgemeine Haltung des Subjektes gegenüber relativ beliebigen Objekten (siehe unten).

Soweit sie nicht selbst Ausdruck bestimmter wissenschaftstheoretischer Auffassungen des Einstellungsverhältnisses sind, können sie innerhalb der zu leistenden Analyse vernachlässigt werden (siehe unten).

Insgesamt kann festgehalten werden, daß tatsächlich - sowohl was die allgemeinen 'Einstellungskonstrukte' angeht als auch was die einzelnen in den Items benutzten Einstellungsäußerungen betrifft - in der Attitüden-Forschung meist von einem 'subjektiven Einstellungsverhältnis' im oben erläuterten Sinne ausgegangen wird. Eine Analyse der Einbeziehung der 'objektiven Seite des Einstellungsverhältnisses' in die Konzeption von der subjektiven, nämlich der psychologischen Seite, erscheint demnach möglich und gerechtfertigt.

b. Objekt und Objektbereich in den Ansätzen der Attitüden-
forschung zur 'politischen Einstellung'

1. Die inhaltlichen Bereichsschwerpunkte der Attitüden-Forschung
zur 'politischen Einstellung'

1.1 Überblick über die Gegenstandsbereiche

Ein erster Überblick über die Gegenstandsbereiche der einschlägigen Attitüden-Forschung läßt sich bereits aus den Kapitelüberschriften entnehmen, unter die die Autoren ROBINSON et al (1972) die ihnen zugänglichen Skalen geordnet haben:

"Liberalism - Conservatism"; "Democratic Principles";
"Domestic Government Policies"; "Racial and Ethnic Attitudes";
"International Affairs"; "Hostility - Related National
Attitudes"; "Community - based political Attitudes".
Es finden sich hier ferner: ein Kapitel über "Political
Information", über "Political Participation" sowie ein Kapitel
"Attitude toward the Political Process". In einem letzten
Kapitel "Individual Questions from Survey Research Center
Election Studies" sind die einzelnen Fragenkomplexe und Er-
gebnisse speziell dieser über mehr als ein Jahrzehnt ver-
laufenden psychologischen Wahluntersuchung aufgeführt (ver-
gleiche auch CAMPBELL et al 1960). Die Skalen dieser Untersuchung
werden durch die anderen bei ROBINSON et al aufgeführten
politischen Objektbereiche aber bereits abgedeckt. Hinzu kommt
nur ein einziger, allerdings für die amerikanische politische
Attitüden-Forschung recht wichtiger Einstellungsbereich, näm-
lich die "Party Identification".

Es kann davon ausgegangen werden, daß alle Gegenstandsbereiche
politischer Einstellung, die einen gewissen inhaltlichen Schwer-
punkt innerhalb der amerikanischen oder auch entsprechend der
westdeutschen Ansätze einnahmen, bei ROBINSON et al aufgeführt

und berücksichtigt worden sind. Die andere, zur Analyse herangezogene Literatur geht in diesem Punkt nicht über die bei ROBINSON et al geleistete Übersicht hinaus (vergleiche z. B. SEARS 1968 und McGUIRE 1968).

Bei der zunächst zu behandelnden Frage nach den Gegenstandsbereichen, d. h. Inhalten, politischer Einstellungen beschränken wir uns auf die Kapitel ROBINSONs: 3 ("Liberalism-Conservatism"); 4 ("Democratic Principles"); 5 ("Domestic Government Policies"); 7 ("International Affairs") und 8 ("Hostility Related National Attitudes").^{11a}

Dabei erscheint uns die von ROBINSON et al durchgeführte Ordnungssystematik keineswegs immer sinnvoll und logisch zu sein. Z. T. finden sich Konstrukte und Skalen in Kapiteln, die einem anderen Objektbereich zuzuordnen wären. Z. T. handelt es sich nicht um "echte Einstellungen", d. h. Einstellungen gegenüber einem mehr oder weniger genau bestimmbar politischen Sachverhalt, sondern um allgemeinere Verhaltenstendenzen. Die Betrachtung der Einstellungsobjekte, d. h. der politischen Gegenstandsbereiche, soll deshalb nicht unmittelbar an die Systematik und Zuordnung ROBINSONs et al angelehnt werden. Vielmehr möchten wir folgende inhaltlichen Einstellungsbereiche der amerikanischen Einstellungsforschung unterscheiden:

Einstellungen gegenüber der Sozialpolitik der Regierung (social welfare)

Unter diesem Titel lassen sich u. E. die Skalen und Konstrukte zusammenfassen, die ROBINSON im 5. Kapitel ("Domestic Government Policies") auführt. Die Anzahl der Skalen die "are concerned with feelings toward the exercise of federal power toward the intervention of government into previously private sectors of society" (S. 187) ist erstaunlich gering: ROBINSON et al nennen drei Skalen dieser Art.

Die bekannteste der Skalen (die aus den "Election Studies" (siehe oben) hervorgegangen ist) ist die "Domestic Social Welfare Scale" von CAMPBELL et al (1960). Gemessen werden soll hier die "Desirability of governmental action in areas of domestic social welfare" (S. 191). Diese Bereiche sind: medizinische Versorgung; Negerfrage; kommunale Erziehungseinrichtungen; Arbeitslosigkeitsschutz; staatliche Verwaltung von Elektrizität und Wohnungsmarkt. Es wird also die Einstellung erfaßt gegenüber dem, was die Regierung im sozialpolitischen Bereich tut, und es wird weiterhin danach gefragt, was sie tun sollte.

Einstellungsgegenstände sind hier also bestimmte innen- und besonders sozialpolitische, relativ unmittelbar von jedem Individuum persönlich erfahrbare Zusammenhänge, Sachverhalte und Wirkungen. Es handelt sich durchweg um "political issues", die als innenpolitische Fragen besondere Bedeutung besitzen (vergleiche auch CAMPBELL et al 1960), die von den Parteien relativ unterschiedlich gehandhabt werden (siehe unten) und die von daher relativ große Bedeutung für die Differenzierung der beiden amerikanischen Parteien im Wahlkampf haben dürften. Gerade unter Berücksichtigung der relativ großen Bekanntheit dieser politischen Objekte und ihrer relativ großen unmittelbaren Bedeutung für viele Menschen und nicht zuletzt auch für die beiden amerikanischen Parteien und ihren Wahlkampf, muß es verwundern, daß zu diesen Problembereichen so wenig Skalen konstruiert worden sind. In Anbetracht der großen Bedeutung gerade dieser politischen Objekte für die politische Einstellung der sozialen und ökonomischen Unterschichten (siehe später), muß angenommen werden, daß nicht die Objektbereiche im Interessenzentrum der einschlägigen Forschung stehen, die für die betroffene Bevölkerung von großer unmittelbarer Relevanz sind, sondern daß andere Auswahlgesichtspunkte hier ausschlaggebend sind.

Einstellungen gegenüber politischen Minderheiten

Im Kapitel 4 ("democratic Principles") werden 6 Skalen aufgeführt, die konstruiert sind, um die Einstellung der amerikanischen Bevölkerung gegenüber 'non - konformistischen' politischen Minderheiten herauszufinden. In den Nachkriegsjahren stand hier deutlich im Vordergrund der Versuch, das "anti - communist sentiment" zu erfassen. Unter politischen Minderheiten und 'Non - Konformisten' werden in solchen Einstellungsskalen meist Kommunisten verstanden. Die vermeindliche Bedrohung der amerikanischen Gesellschaft durch eine 'kommunistische Unterwanderung im eigenen Lande' wird gar nicht mehr in Frage gestellt. Vielmehr geht es um die Frage, ob und wie stark die Bedrohung vom Befragten wahrgenommen wird, und wie groß der Toleranzgrad gegenüber dieser vermeindlichen Bedrohung ist.

Der wohl bekannteste Fragebogen mit dieser Themenstellung - entstanden auf dem Höhepunkt der Diskriminierung und Verfolgung von konsequenten Demokraten unter McCarthy - sind wohl die Skalen "Willingness to Tolerat Nonconformists" (ROBINSON et al S. 163 ff) sowie "Scale of perception of internal communist danger" (ROBINSON et al S. 167 ff) von STOUFFER (1955). Tatsächlich wird hier z. B. ausdrücklich betont, daß keineswegs versucht wurde "to attemp to measure intolerance in general" (S. 163). Nonkonformisten sind für STOUFFER "Socialists, atheists or communists" (S. 163). Die einzelnen Fragen thematisieren besonders explizit das 'Berufsverbot'. Hier handelt es sich also um relativ spezifische, aus der Praxis der sozialistenfeindlichen Regierung herzuleitende Einstellungsobjekte.

Die Skalen der späteren Jahre (etwa ab 1960) sind weniger von der Absicht geleitet, direkt den Anti-Kommunismus der Bevölkerung zu messen. Hier geht es mehr um die Frage, wie weit die demokratischen Prinzipien tatsächlich in den persönlichen Normen der Bevölkerung verankert sind: Meist wird die allgemeine Einstellung der Befragten zu bestimmten demokratischen

Spielregeln (z. B. 'Minderheitenschutz') konfrontiert mit der Einstellung gegenüber der konkreten Anwendung dieser Regel z. B. auf politische und auch auf andere Minderheiten. Der jüngste und elaborierteste Fragebogen mit dieser inhaltlichen Thematik ist die Skala "Democratic and Antidemocratic Attitudes" von McCLOSKEY aus dem Jahre 1964.

Die Einstellung gegenüber der Rolle der eigenen Nation in der Welt

Unter diesem Problemaspekt läßt sich die Mehrzahl der bei ROBINSON et al aufgeführten Einstellungsskalen gegenüber außenpolitischen Sachverhalten (Krieg ist hier ausgenommen) zusammenfassen, deren Entstehungsdaten relativ gleichmäßig über die letzten zwei Jahrzehnte verteilt sind. Die Fragen kreisen sämtlich um die Wertschätzung zweier außenpolitischer Alternativen: "Nationalismus" bzw. "Isolationismus" einerseits versus "Internationalismus". Was dabei jeweils von den Forschern unter diesen Begriffen verstanden wird, ist keineswegs einheitlich. Vielmehr unterliegt die Bedeutung dieser Begriffe starken semantischen Schwankungen: sowohl was ihren Inhalt betrifft als auch was die politischen und moralischen Implikationen und Folgen betrifft. Folgende Übersicht dürfte diesen Sachverhalt verdeutlichen (von den neun Skalen konnten hier nur 6 herangezogen werden, da die übrigen Autoren diese Begriffe gar nicht definierten; siehe unten):

LEVINSON ("Internationalism - Nationalism - Scale"; 1951) versteht unter Nationalismus ein Hochhalten der nationalistischen Ehre, Stärke und Macht gegenüber anderen Staaten bei ggf. aggressiven und militärischen Absichten zur Durchsetzung nationaler Interessen. Unter Internationalismus versteht er Antimilitarismus und Völkerverständigung (vergleiche ROBINSON et al 1972, S. 306 ff).

SAMPSON und SMITH ("World - mindedness"; 1957) verstehen unter Nationalismus uneingeschränkte Souveränität und Bewahrung nationaler Macht mit ggf. militärischer Verteidigung dieser Macht.

Unter Internationalismus wird hier verstanden: Aufgeschlossenheit und Gewogenheit gegenüber anderen Völkern, (vergleiche ROBINSON et al 1972, S. 302 ff).

CHRISTIANSEN ("Nationalism - Patriotism - Scale"; 1959) versteht unter Patriotismus eine Wertschätzung der eigenen Nation vor allen anderen sowie eine Abkapselung nach außen und ggf. eine militärische Verteidigung nationaler Rechte und Interessen. Internationalismus wird von ihm nicht definiert (vergleiche ROBINSON et al 1972, S. 351 ff).

CAMPBELL et al ("Internationalism - Scale"; 1960) definiert Internationalismus als "desirable degree of US intervention in international affairs (vergleiche ROBINSON et al 1972, S. 296 ff).

LUTZKER ("Internationalism"; 1960) versteht unter Isolationismus nationale Stärke und Unabhängigkeit. Internationalismus bedeutet für ihn Vertrauen in andere Nationen (vergleiche ROBINSON et al 1972, S. 321 ff).

McCLOSKEY ("Isolationism-Scale"; 1967) definiert Isolationismus als "sense of disengagement from other nations accompanied often by the conviction that American interests differ from and are incompatible with those of the rest of the world" (ROBINSON et al; 1972; S. 293). Internationalismus wird von diesem Autoren nicht definiert.

Die deutlich sichtbare Unheitlichkeit - selbst bei identischer Bezeichnung - ist zum einen ein Ausdruck der Unwissenschaftlichkeit bei der Auswahl, Ableitung und Definition der politischen Sachverhalte und Einstellungskomplexe. Dies soll uns weiter unten eingehend beschäftigen.

Außerdem eröffnet sich aber auch ein Einblick in den Prozeß und die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Wahl dieser spezifischen Einstellungsbereiche: Zum einen muß festgestellt werden, daß die Frage des "involvement" des eigenen Staates in internationale Angelegenheiten - wie auch immer dieses "involvement" aussehen mag - im Mittelpunkt des Forschungsinteresses hinsichtlich außenpolitischer Sachverhalte steht.

Zum zweiten kann vermutet werden, daß sich die ökonomischen, politischen und ideologischen Veränderungen innerhalb der Lage der westlichen Länder in diesen semantischen Begriffsschwankungen abzeichnen: War z. B. nach dem 2. Weltkrieg, in dem die USA immerhin gegen ein faschistisches Land gekämpft hat, "Internationalismus" vornehmlich eine moralische, humanistische Kategorie, so zeigt sich nach dem Eintritt der USA in den Korea-Krieg die Bereitschaft zu militärischen Operationen nicht mehr auf der Seite der nationalistischen Interessen, sondern erscheint vielmehr vereinbar mit dem "involvement" der "internationalistischen Intervention", (vergleiche bei CAMPBELL 1960). Selbstverständlich kann an dieser Stelle der Zusammenhang dieser semantischen Bedeutungsunterschiede mit z. B. hier dem Eintritt der USA in den Korea-Krieg nicht untersucht werden. Uns scheint diese Annahme jedoch naheliegen. Auch andere semantische Verschiedenheiten bei den Autoren sprechen für eine Abhängigkeit dieser Unterschiede von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA: Stellt einmal die Konzentration auf die eigene Nation als "Patriotismus" durchaus einen positiven Wert in dem Sinne dar, daß durch eine solche Haltung die Eigeninteressen der Nation gewahrt bleiben, und steht als Alternative diesem "Patriotismus" eine in erster Linie von moralischen Normen geprägte Haltung gegenüber, so zeichnet sich bei den späteren Skalen die Tendenz ab, "Rationalität" eher bei einer kooperativen, international verpflichteten Haltung zu sehen, als in dem 'verstockten Pochen auf die nationale Autarkie' (vergleiche CAMPBELL 1960; LUTZKER 1960; McCLOSKEY 1967).

Zwar kann an dieser Stelle nicht nachgewiesen werden, daß die Begriffsschwankungen auf Veränderungen in den herrschenden ideologischen Konventionen zurückzuführen sind; jedoch muß dies angenommen werden, da die Begriffe fast nie abgeleitet und systematisch definiert wurden (siehe später). Indem sich die Wissenschaftler so an den ideologischen Konventionen

orientieren, dürfte die Aussagekraft der entsprechenden Skalen und Fragebogen kaum über die Feststellung hinauskommen können, ob und wie sehr die Bevölkerung eben diese Konventionen übernommen hat.

Einstellungen gegenüber Krieg und Militarismus

Auch die hier zu nennenden Skalen variieren sehr stark: zum einen hinsichtlich der Inhaltlichkeit ihres Gegenstandes (von der Einstellung gegenüber dem 'Krieg an sich', z. B. bei STAGNER und OSGOOD 46 (*Attitude toward war*) bis zu Einstellungen gegenüber einer ganz konkreten Kriegssituation, wie z. B. bei VERBA et al 67 ("Vietnam Policy Scales")), zum anderen hinsichtlich ihrer Allgemeinheit (von der Einstellung gegenüber einem spezifischen Gegenstand beliebigen Allgemeingrades bis hin zur allgemeinen 'militanten Verhaltensbereitschaft'). Auf beide Probleme werden wir weiter unten noch eingehen.

Einstellungen 'konservativer', 'liberaler', 'radikaler' sowie 'linker' Richtung

Den deutlichsten inhaltlichen Schwerpunkt der politischen Attitüden-Forschung neben der Frage von "Nationalismus" und "Internationalismus" stellt der Versuch dar, politische Einstellungen nicht nur als Einstellungen gegenüber einem bestimmten Objekt zu erfassen, sondern vielmehr zu versuchen, a l l g e m e i n e p o l i t i s c h e E i n s t e l l u n g e n nachzuweisen, die sich gegenüber allen oder wenigstens relativ vielen unterschiedlichen Objekten durchgängig zeigen. Dieser Versuch lag aus verschiedenen Gründen nahe: zum ersten erhoffte man sich wie in der Persönlichkeitsforschung (z. B. durch die Messung bestimmter allgemeiner Persönlichkeitsmerkmale, wie Intelligenz; Neurotizismus) differenzialdiagnostische Aussagen und Voraussagen über einzelne Personen sowie über Gruppen machen zu können (vergleiche z. B. CAMPBELL 1960). Da es zum zweiten das zentralste Anliegen ist und war (siehe später), politisches

Verhalten und besonders Wahlverhalten mit Hilfe von Einstellungen vorhersagen zu können, lag eine Orientierung an der politischen Dimension 'rechts-links' bzw. 'konservativ-liberal', auf der sich traditionsgemäß die politischen Parteien mehr oder weniger unterscheiden, nahe.

Verschafft man sich einen Überblick über die recht große Anzahl von Einstellungsskalen bezüglich dieser politischen Dimension, so fällt die hier besonders krasse Uneinheitlichkeit bezüglich dessen auf, was diese Skalen jeweils tatsächlich messen. Es lassen sich jedoch deutlich drei Gruppen unterscheiden, die vor allem in Hinblick auf ihren tatsächlichen Einstellungsgegenstand differieren.

Die Skalen der ersten Gruppe haben sozusagen keinen eigentlichen inhaltlichen politischen Sachverhalt zum Gegenstand. Vielmehr messen sie die Einstellung allgemein gegenüber Neuem, Unbekanntem, gegenüber Veränderung und Tradition (siehe unten).

Die zweite Gruppe der hier aufzuführenden Skalen zur 'konservativ-liberal'-Dimension versucht dagegen, tatsächliche Einstellungstypen politischer Art, d. h. speziell gegenüber politischen Sachverhalten zu messen. Dabei geht sie von der Annahme aus, daß sich diese Dimension politischer Einstellungen nicht etwa nur gegenüber einem bestimmten politischen Sachverhalt ausdrückt, sondern daß sie sich als allgemeine politische Einstellung - über verschiedene politische Sachverhalte hinweg - zeigt. Typisch für diese Gruppe von Einstellungsskalen ist dabei die Orientierung an der Konvention dessen, was man unter 'konservativ', 'liberal', 'progressiv' etc. versteht, besonders was z. B. die Parteien zu bestimmten politischen Sachverhalten sagen. Skalen wie die "Ideological agreement with Goldwater" von SELZNICK und STEINBERG (1966) oder auch die "Liberalism-Conservatism Scale" von WRIGHT und HICKS (1966) rücken damit in unmittelbare Nähe des Einstellungsstruktes "Party Identification": Hier wird der Identifikationsgrad des Befragten mit einer der

beiden Parteien erfaßt. Der politische Gegenstand ist damit eine Partei oder beide Parteien. Die in den entsprechenden Fragebogen gestellte Frage lautet: "Generally speaking, do you usually think of yourself as a Republican, a Democrat, an Independent or what?" (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 496). Erfaßt wird also, unabhängig davon, welche Vorstellungen der Befragte mit den beiden großen Parteien der USA verbindet, ob er und wie weit er sich mit einer der beiden Parteien identifiziert. Politik ist hier, was die Parteien machen. Die politische Spannbreite auf der 'Konservatismus-Liberalismus'-Dimension ist die, die zwischen den Parteien real existiert (oder nicht existiert; siehe später).

Gegenüber beiden eben dargestellten Gruppen stellt die dritte Gruppe der Einstellungsskalen, die versucht, 'konservative', 'liberale' oder 'linke' Einstellungen zu differenzieren, einen bedeutenden Fortschritt dar. Sie geht weder von einer allgemeinen konservativen oder liberalen Verhaltenstendenz noch von einer - an den ideologischen Konventionen des herrschenden politischen Parteiensystems orientierten - Annahme einer allgemeinen politischen Einstellungsdimension aus. Vielmehr versucht sie, die Einstellungen gegenüber einem sehr spezifischen Gegenstand zu operationalisieren: gegenüber dem kapitalistischen Gesellschaftssystem¹ und seinen ökonomischen und politischen Merkmalen (besonders den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, der Rolle des Staates, der Inhumanität, der Ausbeutung, den 'Vorteilen' gegenüber einer sozialistischen Gesellschaft).

Die Entstehungsdaten der Skalen dieser Gruppe konzentrieren sich auf die Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahre. Besonders hervorzuheben sind hier "Conservatism-Radicalism Battery" von CENTERS (1949) und die 1957 erstellte "Radicalism-Conservatism-Scale" von NETTLER und HUFMAN. Die jüngste Zeit hat ähnliche Versuche hervorgebracht. Aber wenn hier (z. B. in der "New Left Scale" von CHRISTIE et al aus dem Jahre 1969 oder auch im Ansatz von JAIDE (1971) zur Untersuchung der politischen Einstellungen Jugendlicher in der BRD), die

"Einstellungen gegenüber dem politischen System" erfaßt werden soll, wird dieses Objekt als solches weniger als politisch spezifischer Gegenstand der Einstellung aufgefaßt. Vielmehr wird als 'politisches System' der allgemeine gesellschaftliche Bereich bezeichnet, in dem die einzelnen politischen Sachverhalte anzusiedeln sind. Das 'politische System' spielt hier nicht die Rolle eines bestimmten Einstellungsobjektes, sondern dient quasi nur als Angabe des allgemeinen Gegenstandsbereiches der untersuchten Einstellung. Das hat methodische und theoretische Konsequenzen, auf die wir weiter unten eingehen werden.

1.2 Zusammenfassende Einschätzung der politischen Objektbereiche der Attitüden-Forschung

Wenn man die oben dargestellten Gegenstandsbereiche zusammenhängend betrachtet, lassen sich zwei Hauptmerkmale unterscheiden:

Zum einen kann hinsichtlich der inhaltlichen Bereiche politischer Sachverhalte in den Ansätzen der Attitüden-Forschung festgestellt werden, daß zwar relativ viele Bereiche des politischen Lebens tangiert werden, daß aber die inhaltlichen Schwerpunkte deutlich zum einen auf Fragen der außenpolitischen Rolle der eigenen Nation, zum zweiten auf der 'Konservatismus-Liberalismus-Dimension' liegen. Beides sind Aspekte politischen Lebens, die sich durch eine relativ große Entfernung von dem Erfahrungsbereich des 'einfachen Bürgers' auszeichnen. Entweder - wie bei den außenpolitischen Fragen - ist der Einfluß dieser politischen Bereiche auf das Leben des einzelnen nur äußerst vermittelt aufweisbar. Entsprechend gering dürfte damit die Chance des einzelnen sein, die Bedeutung dieses politischen Sachverhaltes für sich selbst zu erfahren oder auch nur sie zu erkennen. Oder aber die Objekte sind auf einer zu abstrakten Stufe angesiedelt, als daß sie bei der breiten Bevölkerung mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Bildungsniveau in dieser abstrakten (vom einzelnen konkret erfahrbaren politischen

Objekt abstrahierten) Form für das politische Denken und Handeln von ausschlaggebender Bedeutung sein dürften (vergleiche hierzu besonders CAMPBELL et al, 1960). Das gilt übrigens auch für fast alle die Skalen, die die Einstellung gegenüber dem "kapitalistischen System" zu erfassen suchen: Auch hier wird ein theoretisch strukturiertes politisches Bewußtsein vorausgesetzt. (So waren die Versuchspersonen auch fast ausschließlich Akademiker und Studenten.) Insgesamt sind die Objektbereiche, deren Bedeutung und Art der 'einfache Mann' täglich für sich selbst erfährt, deutlich unterrepräsentiert. Besonders kraß zeigt sich das an der verschwindend kleinen Anzahl von Skalen im innenpolitischen Bereich, wo es um konkrete, erfahrbare, die unmittelbaren besonders ökonomischen Lebensinteressen der Mehrzahl der Bevölkerung (vergleiche CANTRIL 1965) betreffenden Sachverhalte geht: im Bereich der Sozialpolitik, in Fragen von Preispolitik und Lohnpolitik etc. Ähnliche Ergebnisse gewinnt man auch bei einer Untersuchung der politischen Objektbereiche, die durch den JAIDEschen Ansatz abgedeckt werden. JAIDÉ stellt an sich selbst den Anspruch, mit seinen Items den gesamten politischen Lebens- und Erfahrungsbereich relativ repräsentativ abzudecken (vergleiche JAIDÉ, 1970, S. 17, 18, 21). Dennoch können ihm wesentliche inhaltliche Lücken sowie die Tendenz zur Abstraktheit nachgewiesen werden, die sich besonders im Hinblick auf die Erfahrungs- und Interessenspezifika seiner Untersuchungsgruppe - nämlich Jugendlicher - bemerkbar machen: Zum ersten fällt auf, daß kaum ein Item bei JAIDÉ unmittelbare erfahrungsnahe politische Probleme Jugendlicher berührt. Dies bezieht sich zum einen auf bestimmte politische Bereiche (Unterrepräsentation der Bildungspolitik; völliges Fehlen von jugendpolitischen Fragen sowie von Fragen der Wohnungspolitik, Todenspekulation, Preisentwicklung, Mitbestimmung und vieler anderer ähnlicher Bereiche mehr). Zum weiteren drückt sich diese mangelnde inhaltliche Nähe zum Erfahrungsraum der Befragten in der starken und relativ abstrakten Betonung der 'hohen Politik' aus. Auf diese Weise

können JAIDEs Faktoren kaum mehr aussagen als etwa, wie die Vorstellungen und Einstellungen Jugendlicher der JRD 1969¹² bezüglich allgemeiner politischer, sie selbst nicht unmittelbar konkret und persönlich betreffender Fragen, strukturiert sind.

Die Wahl von vornehmlich erfahrungsfernen und allgemeinen politischen Objekten zeigt, daß sich das Forschungsinteresse keineswegs an den Bereichen orientiert, durch die die Mehrheit der Bevölkerung am unmittelbarsten betroffen wird. Diese Feststellung läßt sich durch eine Betrachtung der einzelnen Item-Objekte unterstützen:

Zwar muß insgesamt gesagt werden, daß die Objekte, auf die sich jeweils die einzelnen Items beziehen, spezifischeren und konkreteren Charakter haben als die allgemeinen Einstellungsgegenstände, die durch die gesamte Skala oder den gesamten Fragebogen erfaßt werden sollen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß deswegen die Item-Objekte in der Mehrzahl konkreten, ihrer Struktur und Bedeutung nach klaren und eindeutigen Charakter hätten. Dabei sind hier als 'konkrete Items' solche verstanden worden, deren Objekte bestimmte, eng und klar umrissene Tatbestände, Vorgänge oder Personenkreise darstellen. 'Abstrakte Items' dagegen beziehen sich eher auf weniger eng umrissene Objektbereiche etc. Die Übergänge sind selbstverständlich fließend. Dennoch läßt sich deutlich ein Überwiegen der abstrakten Einstellungsäußerungen insgesamt und besonders in den Gegenstandsbereichen der "Rolle der Nation", "Krieg" und "Konservatismus" feststellen. Von Interesse dürfte hinsichtlich der Item-Objekte neben der Frage des Abstraktionsniveaus auch die Frage sein, aus welchen politischen Lebens- und Erfahrungsbereichen die Objekte schwerpunktmäßig stammen. Es bietet sich eine Differenzierung der Item-Objekte an als aus dem 'ökonomischen Bereich', dem 'politischen Bereich'¹³ und dem 'ideologischen Bereich' entstammend. Dabei gibt es hier viele inhaltliche Überschneidungen und Übergänge. Als Beispiele

seien nun drei Items angeführt aus den drei Gruppen, die unseres Erachtens 'relativ rein' jeweils einem der drei Bereiche zuzuordnen sind:

"The present arrangement for the distribution of wealth is altogether unsound" (als Beispiel für ein "ökonomisches Item"; NETTLER und HUFMA 1957);

"Labor unions should become stronger and have more influence generally" (als Beispiel für ein "politisches Item"; ADORNO 1950);

"We have to teach children that all men are created equal but almost everyone knows that some are better than others" (als Beispiel für ein "ideologisches Item"; McCLOSKEY 1964).

Die hier dargestellte Analyse bzw. die Verteilung der Item-Objekte auf diese drei Bereiche gesellschaftlichen politischen Lebens, ist selbstverständlich nicht als empirische Untersuchung im Sinne eines wissenschaftlichen Experimentes zu werten. Aber auch unter Berücksichtigung ihres eher heuristischen Charakters können die sich recht deutlich abzeichnenden Verteilungstendenzen der Item-Objekte in die allgemeine Aussage mit einbezogen werden:

Am stärksten vertreten sind "ideologische Einstellungsobjekte" bei Skalen zur "Konservatismus-Liberalismus-Einstellung" und Skalen zur "Kriegseinstellung". Items, die Objekte aus dem - ausschließlich "politischen Bereich" thematisieren, finden sich sehr viel seltener; dabei am häufigsten bei Skalen, die die internationale Rolle der USA thematisieren. Noch bedeutend seltener sind Items, die Objekte mit ausschließlich "ökonomischem Inhalt" thematisieren: In einer Stichprobe von drei Items pro Skala (der bei ROBINSON et al erfaßten Skalen) stehen neben 46 "rein ideologischen Aussagen", 10 "rein politische Items" und nur 5 "rein ökonomische Items".

Das Überwiegen "ideologischer Einstellungsobjekte" geht einher mit der vornehmlich abstrakten Formulierung der Items bzw. der Objekte. Dies hat große Bedeutung für die Verständlichkeit und die Eindeutigkeit der Interpretation durch den Befragten.

Insgesamt zeigt sich - sowohl in der Wahl der allgemeinen Objekte als auch bei der Formulierung der einzelnen Items eine deutliche Tendenz zu *h o h e r A l l g e m e i n h e i t* und zu *E r f a h r u n g s f e r n e*. Es muß deshalb bei den Forschern selbst und ebenso bei den gesellschaftlichen Vorstellungen, an die diese anknüpfen, auf einen Politikbegriff geschlossen werden, der die Beziehung zwischen politischen Sachverhalten und den Betroffenen in weiten Teilen übersieht oder negiert.

Eine weitere Beobachtung, die wir im Zusammenhang mit der Betrachtung der Objektbereiche politischer Einstellungen in der Attitüden-Forschung gemacht haben ist die, von der *W i l l k ü r* der Forscher in *A u s w a h l u n d D e f i n i t i o n d e r O b j e k t b e r e i c h e*. Was als politisches Objekt für eine entsprechende Attitüden-Skala ausgewählt wird, wird nicht als Ergebnis einer systematischen Ableitung etwa aufgrund von psychologischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Erwägungen dargestellt. Die politischen Einstellungen der Menschen werden nicht umfassend systematisch im Sinne von Grundlagenforschung analysiert und untersucht; es wird weder nach der psychologischen noch nach der gesellschaftlichen Funktion verschiedener Objektbereiche gefragt.

Es fällt auf, daß sich *Schwerpunkte* in den Objektbereichen bilden, die als *partei-differenzierend* und *wahlentscheidungs-relevant* angesehen werden (z. B. die "Konservatismusskalen", und die "Party Identification"). Eine weitere, die Forschungsinteressen offensichtlich zentral beeinflussende 'praktische' Fragestellung, ist offensichtlich die nach der *Bereitschaft zur militärischen Intervention* - unter welcher Bezeichnung auch immer sie läuft.

Politische Einstellungen der Bevölkerung interessieren also die Forschung in den Bereichen, wo die Einstellungen oder das Verhalten der Menschen (z. B. als *Wähler* oder als *Kriegsdienstwillige*) von Bedeutung sind. Es ist sicherlich nicht übertrieben,

wenn man vermutet, daß die Schwerpunkte der Attitüden-Forschung gerade in diesen Bereichen liegen, weil sie einem Bedürfnis der jeweils ökonomischen und politischen herrschenden Kreise entgegenkommen.

wollte eine Attitüden-Forschung ein solches erfahrungsfernes und willkürliches Herleiten und Definieren ihrer politischen Objekte und Objektbereiche vermeiden, so müßte sie ausgehen von einem Politikbegriff, der zum einen Politik nicht nur als das nimmt, was verkürzt in der Alltagssprache als "Politik" bezeichnet wird. Zum zweiten - eng damit zusammenhängend - müßte sich der Attitüden-Forscher, der mehr will, als ein Bild des politischen Bewußtseins aufzeichnen, wie es innerhalb seiner gegebenen Gesellschaft vorhanden ist, um gerade die Objektbereiche, d. h. die Erscheinungsformen und -Ebenen der Politik kümmern, die vom einzelnen durchschnittlichen Menschen tatsächlich erfahrbar sind. Zur Untersuchung des subjektiven Verhältnisses der Menschen zur Politik (nichts anderes scheint uns der Gegenstand der Attitüden-Forschung im Bereich politischer Psychologie zu sein) müßte der Forscher von den Einstellungsobjekten ausgehen, die gesellschaftlich wie psychologisch mögliche unmittelbare Bedeutung für die Menschen haben. Von hier aus ergäben sich reale Ansätze, um zentrale wissenschaftliche Fragen zum Problem des "subjektiven Verhältnisses der Menschen zur Politik" beantworten zu können. Es geht ja weniger - jedenfalls auf keinen Fall nur - darum, wie die Befragten die "Politik" sehen und bewerten, die ihnen als von ihrem Leben losgelöst erscheint. Gerade wenn man das politische Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung im Sinne der dieser Arbeit vorangestellten Forderung nach einer Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens verändern will, müßte politisches Bewußtsein psychologisch untersucht werden, wo es noch (oder schon) als Bewußtsein von Aspekten des eigenen Lebens auftritt. Dies allerdings macht eine Objektwahl und Objektoperationalisierung notwendig, die schwerpunktmäßig die real vorhandenen politischen Interessen und Erfahrungen der

Menschen einer gegebenen Gesellschaft aufgreift. Ein solches Vorgehen steht jedoch zu dem "Politikbegriff", der den dargestellten Ansätzen zugrunde liegt, meist diametral entgegen. Auf dieses Problem des Politikverständnisses werden wir später näher eingehen.

2. Die Operationalisierung der politischen Objekte in den Ansätzen der Attitüden-Forschung

2.1 Die Berücksichtigung der objektiven Sachstruktur des Einstellungsobjektes bei der Operationalisierung

Wie gezeigt werden konnte, leiten sich die gängigen Einstellungsobjekte der Attitüden-Forschung nicht etwa her aus einer Theorie der politischen Sachverhalte, Lebensbereiche und Auswirkungen auf die betroffenen Menschen. Ganz entsprechend erscheinen die meisten Objektbegriffe und die Definitionen solcher Objekte oder Objektgruppen als dem gesellschaftlichen Vorverständnis der jeweiligen Forscher entlehnt. Handelt es sich bei dem politischen Objekt um einen relativ konkreten Sachverhalt, d. h. ist es einigermaßen übersichtlich, eng umreißbar und einfach bestimmbar (wie es sich etwa bei den Einstellungen zur Sozialpolitik oder gegenüber der Berufsausübung von Kommunisten verhält; siehe oben), so fällt ein solches vom Vorverständnis der Sachlage ausgehendes Vorgehen bei der Operationalisierung der Einstellung durch einzelne Einstellungsäußerungen relativ wenig ins Gewicht. Hier ist offensichtlich, welche Teilaspekte das spezifische Einstellungsobjekt hat, welche Items für das Gesamtobjekt 'zutreffend' sind. Schwieriger wird es jedoch, wenn die politische Einstellung sich nicht auf solch einen konkreten Gegenstand oder Sachverhalt bezieht, sondern auf eine zusammenhängende Gruppe von Objekten oder auf ein allge-

meines Objekt. Hier stellt sich bei dem Versuch der Operationalisierung das Problem, welche einzelnen Objekte tatsächlich zu einer bestimmten Objektgruppe gehören, welche konkreten Objekte in einer wesentlichen (nicht zufälligen) Beziehung zum allgemeinen Objekt stehen etc. Zur Operationalisierung bedarf es also der Kenntnis der Sachstruktur des allgemeinen Objektes: Nicht nur einer Definition und einer Grobgliederung, sondern der Bestimmung seiner wesentlichen, d. h. bestimmenden Merkmale und Gesetzmäßigkeiten.

Eine Strukturierung wird zwangsläufig bei jeder Operationalisierung vorgenommen, aber sie kann hinsichtlich ihrer Wissenschaftlichkeit sehr unterschiedlicher Qualität sein:

Veranschaulichen läßt sich dies Problem an den oben dargestellten unterschiedlichen Versuchen, die Einstellung gegenüber der Demokratie zu erfassen. Zum einen (vergleiche PROTHRU und GRIGG, 1960) wurde der ganz globalen Einstellung gegenüber 'unserer Demokratie' die Einstellung gegenüber einer sehr konkreten, spezifischen Situation entgegengestellt, die eine einzelne bestimmte demokratische Spielregel in einer konkreten Situation thematisierte. Hier wird 'Demokratie' entweder ganz pauschal oder aber in einem ganz spezifischen Aspekt erfaßt, der sich auf dieser konkreten Ebene relativ überschaubar strukturieren läßt. Stellt man aber nun den Anspruch, die Einstellung gegenüber dem gesamten Spektrum demokratischen Lebens zu erfassen, versucht man - wie z. B. McCLOSKEY (1964) - so etwas wie "demokratisches Bewußtsein" zu operationalisieren, so muß eine Struktur oder Theorie dessen zugrunde gelegt werden, was man als 'Demokratie', als 'demokratisches Verhalten oder demokratisches Bewußtsein' versteht. Wie bei McCLOSKEY geschieht dies jedoch - wenn überhaupt eine solche Strukturierung explizit vorgenommen wird - ohne eigentliche wissenschaftliche Ableitung, ohne eine wissenschaftliche Berücksichtigung (und entsprechende Erforschung) der objektiven Sachstruktur des Gegenstandes. Auch bei der Strukturierung und Operationalisierung der politischen

Objekte wird das eigene Vorverständnis hinsichtlich des Objektes bemüht, statt ~~daß~~ versucht würde, seine Struktur aus wissenschaftlichen Aussagen über den Gegenstand (und das wären meistens notwendigerweise gesellschaftswissenschaftliche Aussagen) abzuleiten. Damit aber hängen sowohl die Ergebnisse als auch die spätere Interpretation dieser Ergebnisse ab von der Art und relativen Güte (gemessen an der wissenschaftlichen Theorie) der zugrunde liegenden vorwissenschaftlichen Vorstellungen über die Struktur der Einstellungsgegenstände. Auf die methodischen und inhaltlichen Probleme, die sich im Zusammenhang mit vorwissenschaftlichen Theorien vom Einstellungsobjekt ergeben, werde ich weiter unten eingehen. Zunächst jedoch soll die Feststellung des meist recht unwissenschaftlichen Vorgehens bei der Objektstrukturierung und Operationalisierung an Hand der Aussagen ROBINSONS et al über die gängige Methode der Itemauswahl erhärtet werden: So konstataieren die Autoren "It is usually assumed that the scale builder knows enough about the field to construct an instrument that will cover an important theoretical construct well enough to be useful to other researchers in the field." (S. 9). Als brauchbare Methoden, um Items zu finden, die ein bestimmtes Konstrukt bzw. Objekt abdecken, empfiehlt ROBINSON: Interviews und "open-and-questions". Daß er auf diese Weise nur das subjektive, bei den Befragten repräsentierte 'Feld' des allgemeinen Objektes ausleuchten kann, daß ein solches Vorgehen keine wissenschaftliche Ableitung untereinander theoretisch verbundener Gegenstände ersetzen kann, scheint sich ROBINSON dabei nicht zu vergegenwärtigen: "We feel that these responses offer invaluable guidelines to the researcher both as to the universe of factors he should be covering and the probable weight that should be given to each factor." (S. 10). Zu dem Vertrauen auf die eigenen Vorstellungen kommt hier das Vertrauen auf das Gesamt der subjektiven Vorstellungen überhaupt. Es reicht den Autoren offensichtlich, wenn man möglichst viele subjektive

Vorstellungen auf ihren allgemeinen Inhalt hin verwertet:
Die allgemeine subjektive Vorstellung, die man auf diese Weise abstrahieren kann, gibt - so wird offensichtlich angenommen - die Sachstruktur am besten und umfangreichsten wider. Daß man aber auf diese Weise (und auch ein "Expertenurteil" ist hier nicht viel anders einzuschätzen) bestenfalls einen guten Überblick über die bestehenden subjektiven Vorstellungen bekommt, nicht aber eine Einsicht in die Sachstruktur des Gegenstandes, die ja objektiv, d. h. unabhängig von diesen subjektiven Kognitionen besteht, das scheint den Autoren nicht klar zu sein. Tatsächlich scheint sich dieses Problem gar nicht zu stellen. Vielmehr muß angenommen werden, daß die Autoren - und mit ihnen wohl die meisten der amerikanischen und westdeutschen Attitüdenforscher - nicht auf die Idee kommen, daß außerhalb der subjektiven Widerspiegelung eines Sachverhaltes und seiner Struktur eben dieser Sachverhalt selbst in seiner objektiven Struktur existiert.

2.2 Subjektivistische Strukturierungsansätze

Diese deutliche Tendenz zu 'Subjektivismus', zum Stehenbleiben bei der Widerspiegelung, bei den Inhalten des Bewußtseins, ohne diese zu dem objektiven Gegenstand in Beziehung zu setzen, zeigt sich nicht nur in diesem einen Aspekt der Objekt-Strukturierung. Neben Ansätzen, die undiskutiert und implizit eine Strukturierung und Operationalisierung ihres Gegenstandes vornehmen sowie solchen, die sich explizit mehr oder weniger erfolgreich um eine sinnvolle Strukturierung des Gegenstandes selbst bemühen, existiert in der einschlägigen Literatur gerade auch in jüngster Zeit eine ausgesprochen 'subjektivistische Tendenz', die von einer 'objektiven Strukturierung' völlig absieht. Stattdessen wird hier versucht, die Struktur, wie sie subjektiv bei den Befragten vorhanden ist, 'einzufangen'. In diesem Zusammenhang zu erwähnen wäre zum einen die "New Left Scale" von CHRISTIE

et al (1969). ROBINSON et al bemerken: "This scale is an exploratory attempt to measure agreement with the principles exposed by the under-30 New Left, mainly concerning discontent with the existing social order." (S. 386; APPENDIX 8). Hier wird nicht etwa die Einstellung gegenüber der "existing social order" erfaßt - das hätte eine wissenschaftlich geleitete Strukturierung dieses allgemeinen und spezifischen Gegenstandes notwendig gemacht. Sondern ganz offensichtlich wurde versucht, die Ideologie der linken Studentenbewegung in den USA in den späten sechziger Jahren mit den Items dieser "New Left Scale" einzufangen, also diese linke Ideologie selbst zu operationalisieren. (So bestand auch die Ausgangsstichprobe aus einer Gruppe von bei Demonstrationen inhaftierten Studenten.) Die Struktur, die hier - durch Inhalt und Gewichtung der Items - vom eigentlichen Einstellungs-Gegenstand "existing social order" gegeben ist, ist deshalb - und offensichtlich gezielt - nicht die objektive Sachstruktur, sondern deren subjektive Widerspiegelung in der antiautoritären, tendenziell anarchistischen linken Ideologie der "New Left" jener Jahre. Wir werden weiter unten auf die inhaltlichen Konsequenzen dieser subjektiven Orientierung näher eingehen.

Ein anderer, ebenfalls 'subjektivistischer' Ansatz dieser Art ist die Einstellungsuntersuchung JAIDEs: Die Untersuchung (1970) JAIDEs versucht nicht, wie es bei den oben angeführten (und unten noch näher auszuführenden)Skalen gehandhabt wurde - von vornherein die Einstellung gegenüber einem bestimmten konkreten oder auch abstrakten Objekt zu erfassen oder ein bestimmtes Einstellungssyndrom (siehe oben) zu messen. Hier wird vielmehr angestrebt, die politischen Einstellungen einer sehr allgemeinen Population (einer repräsentativen Stichprobe von Jugendlichen in der BRD) in ihrer Gesamtheit zu erfassen und durch ein faktoranalytisches Verfahren zu strukturieren und somit bestimmte 'Einstellungsdimensionen' zu isolieren. JAIDE geht es darum, ein möglichst umfassendes Bild der vorhandenen

Einstellungen und ihrer Struktur zu erhalten (vergleiche S. 23). Er schließt sich dabei KAASE (1970) an, in dem er sein Interesse auf die "Welt der Politik" richtet, "wie sie sich im Kopf des Durchschnittsmenschen organisiert hat, und deren Organisation nichts mit dem zu tun hat, was sich politisch und intellektuell geschulte Analysten darüber zurechtgelegt haben" (S. 22). Ein adäquates methodisches Vorgehen für eine solche wissenschaftliche Absicht sieht JAIDE nun darin, daß er seine politischen Items nicht nach ihrer Stellung innerhalb einer solchen "intellektuellen Organisation der Welt der Politik" gewichtet, sondern daß er sie faktoranalysiert. So stellt er fest, diese mathematische Analyse korreliere "die Antworten nach ihrer empirischen 'Verwandtschaft', d.h. so, wie sie bei den Befragten tatsächlich zusammenliegend vorkommen. Die daraus ablesbaren Meinungsdimensionen bieten sich also von den Untersuchungsdaten her an" (S. 24). Auf diese Weise, so meint JAIDE, würden "subjektive, 'erwünschte' Kombinationen der Daten" sowie "eine ideologische Kategorisierung durch die Untersuchungsgruppe weitgehend ausgeschlossen" (S. 24).

Ohne den besonders für die bundesrepublikanische politische Psychologie bedeutenden methodischen Fortschritt der Arbeit von JAIDE (1970) übersehen zu wollen, kann die hier dargestellte Verwendung der Faktorenanalyse nicht kritiklos hingenommen werden. Abgesehen von den Anwendungsproblemen der Faktorenanalyse bei nicht linear-strukturierten psychologischen Sachinhalten (vergleiche z. B. HEHRMANN, 1969) und den innerhalb des methodischen Vorgehens liegenden Fehlerquellen und Schwächen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, stellt sich die Anwendung der Faktorenanalyse zwar als formaler und methodischer Fortschritt dar, der aber durch die falsche Annahme erkaufte wird, nun sei die Untersuchung insgesamt objektiver, wissenschaftlicher. Zwar dürfte bei der mathematischen vorgenommenen Kategorisierung tatsächlich eine subjektive Möglichkeit, erwünschte Kombinationen zusammenzustellen, relativ weitgehend ausgeschaltet werden. Aber

zum einen bleibt subjektivem Vorverständnis - wie bereits gesagt - vor und nach der mathematischen Analyse ein großer Spielraum. Zum anderen ist auch diese Struktur nicht nur - wie angestrebt - Abbild der realen Bewußtseinsstruktur, sondern hängt ab von den vorgegebenen Items: Schließlich sind auch bei einem solchen Vorgehen Inhalte, Streubreite und inhaltliche Schwerpunkte der Items aus dem Vorverständnis des Forschers oder einer Expertengruppe abgeleitet. Tatsache ist, daß bei einer Faktorenanalyse nur herauskommen kann, was hineingesteckt wurde.

Neben diesem Aspekt, auf den unten im anderen Zusammenhang noch näher eingegangen wird, bestehen gewisse wissenschaftliche Mängel eines solchen 'subjektivistischen' Vorgehens in der geringen Aussagefähigkeit der extrahierten Faktoren und ihrer Struktur. Es fehlt nämlich jedes theoretische objektive Bezugssystem für die gewonnenen Aussagen. Die Ladungen der einzelnen Items auf den extrahierten Faktoren und die Faktoren selbst machen ausschließlich Aussagen über die durchschnittliche Bewußtseinsstruktur der befragten Population. Dabei bleibt es bei einer reinen Beschreibung dieses subjektiven Ist-Zustandes. Dieser subjektive Ist-Zustand oder die "psychologisch-empirische Ordnung" (wie JAIDE sie bezeichnet, S. 37) ist jedoch so lange nicht wirklich inhaltlich interpretierbar, als sie nicht in Beziehung gesetzt wird zur objektiven Struktur des Objektes, des politischen Gegenstandes. Die Aussagemöglichkeit der Faktoren bleibt unmittelbar gebunden an die ladenden Items; Verallgemeinerung und Interpretation verführen zur Spekulation. Würde dagegen die Struktur eines allgemeinen Einstellungsobjektes wissenschaftlich (aus der Theorie des Gegenstandes) abgeleitet, so bestünde die Möglichkeit eines Vergleiches dieser objektiven Struktur und der psychologisch-empirischen, d. h. subjektiv gegebenen Struktur. Erst so könnten Aussagen gemacht werden über Art, Ebene und Inhalt dieser subjektiven Struktur, über die Qualität und das Niveau der ihr zugrunde liegenden Wider-

spiegelung, über kognitive Ursachen und Strategien ihrer Veränderungen und Veränderungsmöglichkeiten.

Obwohl es sich gerade bei diesen subjektivistischen Ansätzen um jüngere Ansätze handelt, möchten wir doch die mehr oder weniger wissenschaftlich begründbaren und begründeten Versuche, eine objektive Strukturierung des Einstellungsgegenstandes vorzunehmen, erst hiernach einbringen. Tatsächlich scheinen uns die hier zu nennenden Autoren einen prinzipiell sinnvolleren Weg zur Strukturierung und Operationalisierung der Einstellungsobjekte eingeschlagen zu haben.

2.3 'Abstraktheit' und 'Konkretheit' des Objektes als Ausgangsbedingungen einer Erfassung der objektiven Sachstruktur

Es ist wissenschaftlich gesehen (unter dem Aspekt der Generalisierbarkeit und Gültigkeitsbreite der Aussagen) ein Fortschritt, wenn als Einstellungsobjekte nicht etwa nur konkretistisch spezifische, einmalige Sachverhalte herangezogen werden. Andererseits birgt das abstrakte Einstellungsobjekt die Gefahr der 'Überabstraktion', wie wir dieses Vorgehen einmal nennen möchten. Betrachten wir z. B. die Einstellung gegenüber 'Krieg', wie wir sie oben erwähnten, so dürfte das Problem deutlich werden: So versuchte z. B. STAGNER 1942 die Einstellung gegenüber der "Institution Krieg" 'an sich' zu messen (vergleiche ROBINSON et al S. 385). Das Einstellungsobjekt stellt ein allgemeines, abstraktes, einheitliches Ganzes dar. Die starke Variabilität der Bewertungskriterien innerhalb ein und derselben Skala zu ein und demselben Objekt zeigt jedoch deutlich die tatsächliche Uneinheitlichkeit dieses Objektes: Krieg ist ganz offensichtlich nicht gleich Krieg. Während es also scheint, als ob hier ein eindimensionales klares Einstellungsobjekt vorläge, steckt hinter dem Begriff "war" eben doch eine große Vielzahl von Realitäten, deren Subsumtion unter die

Kategorie 'Krieg' die Aussagekraft der Einstellungsfragebogen-Ergebnisse stark beeinträchtigen dürfte. Hier liegt eine 'Überabstraktion' des Einstellungsobjektes vor, d. h. es wird von wesentlichen unterschiedlichen Objektformen unzulässigerweise abstrahiert.

Differenzierter gehen DAY und QUACKENBUSH (1942) das gleiche Problem an: Sie versuchen, die Einstellungsunterschiede gegenüber 'Krieg' festzustellen, je nachdem, ob er "defensive" ("for the purpose of the defending the US in case of attack", S. 383), "cooperative" ("in cooperation with the democratic countries of Europe for the defense of democracy", S. 383) oder aber "aggressive" ("for the purpose of joining more territory", S. 383) ist. Die tatsächliche Differenzierung innerhalb der Ergebnisse, die mit dem Fragebogen gewonnen wurden, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch diese Drei-Teilung des Gegenstandes in offensichtlich unterschiedliche Objektbereiche sehr pauschal und inhaltlich unbestimmt bleiben. Dies betrifft besonders die mittlere Kategorie des "kooperativen Krieges". Zur Zeit der Entstehung des Fragebogens dürfte damit der Krieg gegen das faschistische Deutschland gemeint gewesen sein. Es ist nicht anzunehmen, daß der Korea- und der Vietnamkrieg keine "kooperativen Krieg" für den Forscher gewesen sein werden. Die Kategorie ist so offen und formal bestimmt, daß jeglicher Inhalt hineinpaßt.

Hier zeigt sich eine deutliche Verwandtschaft zu der formalen Strukturierung des Einstellungs-Konstruktes "Internationalismus" durch CAMPBELL 18 Jahre später (siehe oben). Auch hier werden vom Verfasser Objekte zu einer Kategorie zusammengefaßt, die nur formale Ähnlichkeiten untereinander aufweisen. Dabei können (und werden) - ob bewußt oder unbewußt sei dahingestellt - ein und demselben Konstrukt, ein und derselben Objektgruppe Einstellungsobjekte zugerechnet werden, die inhaltlich nichts miteinander zu tun haben oder inhaltlich sogar das Gegenteil voneinander bedeuten können. So bedeutet eben für CAMPBELL 'Intervention an sich' "Internationalismus", gleichgültig, ob

diese Intervention aggressiv oder friedlich, kooperativ oder autoritär, human oder antihuman, von der Bevölkerung des anderen Landes gewünscht oder nicht gewünscht wird (vergleiche ROBINSON S. 296). Hier wird nicht nur die wissenschaftliche Unexaktheit, Theorielosigkeit und damit sehr eingeschränkte Brauchbarkeit solchen Vorgehens deutlich, sondern ebenso die mögliche politische reaktionäre Funktion bzw. Wirkung eines solchen subjektiven Vorgehens.

Will man also - zur Vermeidung von einer 'Überabstraktion' seiner Ergebnisse - seinen Gegenstand sinnvoll strukturieren, so genügt es nicht, die Strukturierung nach formalen Kriterien vorzunehmen. Vielmehr muß versucht werden, durch i n h a l t - l i c h e Bestimmung und Kategorisierung der tatsächlichen Struktur des Gegenstandes näherzukommen. Relativ gut gelungen - wenn auch noch nicht mit Hilfe einer expliziten Theorie des Gegenstandes - erscheint die inhaltliche Strukturierung bei SAMPSON und SMITH (1957), deren "World-mindedness" ganz im Gegensatz zum "Internationalismus" CAMPBELLS von Ziel und Ergebnis her eindeutig und klar inhaltlich strukturiert in die Skala eingebracht wurde.

Eine andere - weniger wissenschaftlich fruchtbare und wie wir zeigen können unseres Erachtens unter Umständen 'gefährliche' Möglichkeit, der 'Überabstraktion' des Einstellungsgegenstandes zu entgehen, ist der Versuch, diesen Gegenstand soweit es eben geht zu konkretisieren, ihn situationsgebunden zu präsentieren. An zwei Beispielen aus dem Gegenstandsbereich 'Krieg' möchten wir die erwähnte 'Gefährlichkeit' verdeutlichen.

So stellt der Fragebogen von PUTNEY (1962) (vergleiche ROBINSON S. 360) den Versuch dar, die Einstellung gegenüber einer ganz aktuellen, spezifischen Kriegssituation zu erfassen. Welche konkrete Situation gemeint ist, läßt die Instruktion der "MAXIMUM fatalities Scale" erkennen, die die möglichen Todesfälle in der amerikanischen Bevölkerung (von einem Prozent bis hundert Prozent) in Beziehung setzt zur Frage: "Suppose the Soviet Union

makes a nuclear attack on our European allies but announces that it will attack the US only in self-defense. The US can use its nuclear weapons at once on the Soviets and suffer their reprisal, or hold off unless they actually attack the US. Scientific and military advisers give the President an estimate of US casualties from the Soviet reprisal if he orders an immediate attack. If you were the President, would you order the attack given each of the following estimates of US casualties? (S. 364). Was hier als "Einstellung gegenüber einem bestimmten Krieg" operationalisiert wird, ist die Einstellung gegenüber dem Krieg, der den Befragten als angeblich bedrohliche Realität vorgemacht wird: ein unverschuldeter, von der UdSSR angezettelter äußerst brutaler Atom-Krieg. Hier wird das Einstellungs-Objekt 'Krieg' zwar konkretisiert und bleibt nicht im allgemeinen, inhaltlich beliebig Bestimmbaren stecken. Andererseits bedeutet Konkretisierung hier jedoch Illusion und Manipulation (siehe später).

Ein zweiter Versuch, die Einstellung gegenüber einer bestimmten konkreten Kriegssituation zu erfassen, stellen die "Vietnam Policy Scales" von VERBA et al (1967) dar. Die erste der beiden Skalen, die "Vietnam escalation Scale" fragt, was nach Meinung des Befragten als nächstes in Vietnam unternommen werden sollte und "would you favour or oppose continuing the fighting in Vietnam if it meant ..." (S. 368). Wobei die Alternativen von "fighting the Chinese army in Vietnam" (S. 368) bis zu "fighting an atomic war with Russia" (S. 368) reichen.

Die 2. Skala die "Vietnam de-escalation Scale" versucht zu erforschen, welche Konsequenzen die Befragten für eine Beendigung des Vietnam-Krieges in Kauf nehmen würden: Hier reichen die angebotenen Möglichkeiten von "Would you be in favour of American negotiations with the Viet Cong if they were willing to negotiate?" (S. 389) bis zu "Would you approve of ending the fighting in South Vietnam even if it meant the eventual loss of independence of other nations like Laos and Thailand?" (S. 369). Hier geht es also ganz explizit darum, die Einstellung gegenüber dieser spezifischen Situation des Vietnam-

Krieges herauszufinden. Die konkrete Situation ist vorgegeben; die Antworten sind an sie gebunden.

Dennoch zeigt sich auch gerade hier, daß mit dem Vorverständnis Vorbewertung in die Konstruktion der Einstellungsskala eingegangen ist. Im 1. Item heißt es z. B. "if we are to continue the fighting in Vietnam" (S. 368; Hervorhebg. d. Vers.).

Daß dieser Krieg 'unser Krieg' ist, daß sein Ziel prinzipiell als ehrenhaft, ganz im Sinne CAMPBELLS Vorstellung vom aufopfernden "Internationalisten" anerkannt ist, das wird hier stillschweigend vorausgesetzt. Das Instrument kann damit keine Einstellung registrieren, die überhaupt gegen den Vietnam-Krieg ist, die nicht nur ab einem bestimmten Risiko zum Abbruch bereit ist, sondern die den ganzen Krieg der USA für ungerecht hält etc.

Die Skalen VERBAs sind sehr konkret und erwecken keine Illusion bezüglich ihrer Aussagekraft über dieses eine konkrete Objekt des Vietnam-Krieges im Jahre 1962 hinaus. Dennoch erwecken sie die Illusion, tatsächlich sämtliche Einstellungen gegenüber diesem Krieg bzw. der Rolle der USA in diesem Krieg erfassen zu können. Das ist die andere Seite der politischen 'Gefährlichkeit' vorwissenschaftlichen Herangehens an Einstellungsgegenstände: Es besteht nicht nur die Möglichkeit unwissenschaftlicher und falscher z. B. rein formaler Struktur-Bildung, sondern ebenso die Möglichkeit der einseitigen, verzerrten Auffassung eines bestimmten Einstellungsgegenstandes.

2.4 Die Rolle des Inhaltes und die rein formale Betrachtung des Einstellungsobjektes

Die gebräuchlichsten Einstellungsskalen in der Attitüden-Forschung unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Abstraktheit ihrer Einstellungsobjekte. Neben Skalen, wie sie z. B. im vorausgegangenen Kapitel behandelt wurden, die die

Einstellung gegenüber einem mehr oder weniger konkreten, aber als solchem inhaltlich bestimmten Objekt messen, gibt es relativ viele Ansätze, die versuchen, vom spezifischen Inhalt des politischen Objektes zu abstrahieren und allgemeine Einstellungstendenzen im politischen Bereich zu erfassen (siehe auch oben).

Eine weitere Gruppe von 'Einstellungsskalen' beschränkt sich dabei nicht einmal mehr auf politische Sachverhalte. Die so feststellbaren 'Einstellungstendenzen' sind an beliebigen Bewertungsobjekten nachweisbar, vornehmlich im sozialen Lebensbereich und damit auch im politischen. Hier handelt es sich auf keinen Fall mehr um 'politische Einstellungen' im Sinne der Bewertung eines politischen Objektes. Vielmehr rücken diese 'allgemeinen sozialen Wertungs- und Verhaltenstendenzen' in unmittelbare Nähe von Persönlichkeitsmerkmalen, wie z. B. 'Rigidität' oder bestimmte Beurteilungstendenzen. Die im Appendix B von ROBINSON et al "Measures of social psychological Attitudes" aufgeführten "Einstellungen" sind fast alle unter diese Gruppe von Skalen einzuordnen. Aber auch unter den so bezeichneten "politischen Einstellungsskalen" finden sich bei den Autoren Operationalisierungen solcher allgemeiner, sozialer Bewertungs- und Verhaltenstendenzen: Hier wären zum einen einige der Fragebögen zu nennen, die vorgeben die "Einstellung gegenüber dem Krieg" zu erfassen. Was hier gemessen wird, ist eher eine Art persönlicher Geneigtheit gegenüber militärischen, gewalttätigen Auseinandersetzungen und Konfliktlösungsversuchen, (vergleiche 'International Reactions Scale'; CHRI STIANSEN, 1959 und "International Hostility Inventory"; GRACE, 1949).

Außerdem finden sich solche 'persönlichkeitsmerkmal-nahe Einstellungen' schwerpunktmäßig unter den Skalen, die 'Konservatismus' erfassen sollen: LENTZ, 1935, "Conservatism-Radicalism-Opiniare"; EYSENCK, 1947, "Radicalism-Conservatism" und McCLOSKEY, 1958, "Conservatism Scale" sowie MORGA, SIRAGELDIN und BAERWALDT, 1966, "Concern with Progress" und

zum Teil z. B. auch ADORNO, 1950, "Politico-Economic-Conservatism Scale".

Die hier genannten Skalen bzw. ein beachtlicher Teil ihrer Items, beziehen sich keineswegs auf irgendwelche politischen Sachverhalte. Was gemessen wird, ist vielmehr eine Art 'allgemeiner Konservatismus' als Widerstand gegen Veränderungen, gegen Neues und Unbekanntes, verbunden mit starkem, autoritärem, vorurteilshaften und traditionsbewußtem Denken.

Einer solchen allgemeinen 'Einstellungstendenz' kann zweifellos Relevanz auch im politischen Einstellungsbereich zukommen.

Daß es sich dabei aber um etwas grundsätzlich anderes handelt als um eine Einstellung gegenüber einem bestimmten politischen Objekt, wird z. B. bei ADORNOs Ansatz deutlich: ADORNO spricht von seinem Konservatismus-Konstrukt als einer "General readiness to express conservative ideology" (siehe ROBINSON et al, 1972, S. 105). Die Items sind so konstruiert, daß sie "four underlying ideological trends" berühren, von denen der Autor glaubt, sie charakterisieren jeweils 'Konservatismus' bzw. 'Liberalismus' "as contrasting approaches to political-economic problems". Diese vier ideologischen Trends, die nach ADORNO zum 'Konservatismus' gehören, sind: "1. supports of the status quo and particularly of business; 2. support of conservative values (particularly financial success, morality, charity, etc.); 3. desire to maintain a balance of power in which business is dominant, labour subordinate, and the economic functions of government minimized; and 4. resistance to social change" (S. 105).

Die hier von ADORNO implizit gemachte Annahme, daß 'konservative Werte' und 'konservative Abneigung gegen Veränderung' auf der einen Seite zusammenhängen auf der anderen Seite mit 'politisch-konservativen', pro-unternehmerischen, pro-kapitalistischen Einstellungen, kann jedoch durch die Ergebnisse der Untersuchung nicht bestätigt werden. Vielmehr besteht Anlaß zur Annahme, daß diese vier Trends nicht auf ein und derselben Dimension liegen (vergleiche ROBINSON et al, S. 108). Daß es sich

hierbei tatsächlich um zwei verschiedene, zumindest unabhängige Einstellungs-Faktoren handeln muß, spiegelt sich in der Tatsache wider, daß Menschen mit geringerer Bildung und geringem Einkommen zum einen hohe Konservatismus-Werte auf den persönlichkeitsorientierten Skalen erhalten (vergleiche z. B. die Ergebnisse mit McCLOSKEYs Skala; 1958; S. 94 f), während sie bei den gesellschaftspolitisch orientierten Skalen niedrige und niedrigste Werte erhalten (vergleiche z. B. die Ergebnisse des Fragebogens von CENTERS; 1949; S. 102).

Eine im Zusammenhang unserer Diskussion weit aus interessantere Gruppe von Einstellungsskalen ist die, die sich zwar eindeutig auf den politischen Objektbereich bezieht, die aber (ebenfalls) versucht, "allgemeine politische Einstellungen" herauszufinden; d. h. politische Einstellungen, die sich über verschiedenste politische Objekte und Objektbereiche hinweg als einheitliche Tendenz auszeichnen.

Eine solche Konzeption liegt z. B. den Versuchen zugrunde, die politische Einstellung auf der 'rechts-links Dimension' als 'politisches Einstellungs-Syndrom' aufzufassen, das sich als konservative politische Einstellung z. B. bei Fragen von Sozialpolitik und bei Fragen der Außenpolitik gleichzeitig und gleich gerichtet durchsetzen soll. Sehr deutlich zeigt sich ein solcher Ansatz z. B. bei JAIDE¹⁹⁷⁰. Hier besteht offensichtlich die Annahme, daß alle Bereiche politischen Lebens - einfach weil sie alle politisch sind - die gleichen oder wenigstens ähnliche Reaktionen, Wertungstendenzen etc. hervorrufen müßten. Konkret hieße das, daß der Grad des 'Konservatismus' (denn so heißt der 1. von JAIDE isolierte Faktor) eines Menschen immer annähernd gleichbleibe, gleichgültig, ob es sich um außenpolitische Fragen, bildungspolitische Fragen oder z. B. um sozialpolitische Fragen handelt. Eine solche Annahme muß jedoch als Illusion bezeichnet werden (siehe auch Kapitel 8 II e). Die empirische Forschung hat eindeutig ergeben, daß beim durch-

schnittlich gebildeten Menschen der bürgerlichen Gesellschaft nicht mit einer solchen logischen Übereinstimmung seiner politischen Einstellungen in verschiedensten Bereichen politischen Lebens zu rechnen ist (vergleiche vor allem CAMPBELL et al 1960; SEARS 1969; ROBINSON et al 1972). Geht man jedoch von der Voraussetzung einheitlicher Einstellungen in den verschiedensten politischen Objektbereichen aus und vermeidet man es, die Einstellungen bezüglich verschiedener inhaltlich bestimmbarer Objektbereiche zu differenzieren, so erfaßt man - wie es z. B. eben an JAIDEs Faktor deutlich aufzuzeigen ist - nur mehr das, was den Einstellungen - unabhängig vom Inhalt der verschiedenen politischen Objekte - an formalen Tendenzen und Strukturen gemein ist. JAIDE bemüht sich zwar, möglichst alle politischen Bereiche mit seinen Items abzudecken (siehe unten). Da aber - aufgrund der geringen Item-Zahl pro Inhaltsbereich (z. B. enthält der Fragebogen nur vier Items zur 'Kulturpolitik', hinter denen sich zwei Fragen zur Konfessionsschule, eine Frage zur allgemeinen Verlängerung der Schulausbildung sowie eine Frage zur Bewertung von Leistung gegenüber Schulbildung verbergen!) - eine differenzierte Auswertung hinsichtlich der einzelnen Inhaltsbereiche unmöglich ist, können die Faktoren nur die allgemeinen, von den Objekten selbst eben relativ unabhängigen und damit mehr oder weniger formalen Informationen enthalten. So interpretiert JAIDE seinen 1. extrahierten Meinungsfaktor "immobil/konservativ" als "antipolitische Einstellung ... die für Ruhe und Ordnung eines reibungslosen obrigkeitsstaatlichen Funktionierens im Inneren und einen veralteten Staatsegoismus nach außen" ist (S. 56). Tatsächlich sprechen andererseits die ebenfalls mäßig auf diesem Faktor ladenden, aber von JAIDE unberücksichtigten Items - : "Meinen Sie, daß die Gewerkschaften mehr Einfluß in den Betrieben bekommen sollen?" (Item 57) und "Sind Sie der Meinung, daß eine vom Staat gelenkte Wirtschaft (Planwirtschaft) auf längere Sicht größere Erfolge hat als die freie Wirtschaft?" (Item 82) - keineswegs für eine politische Haltung. Hier drückt sich vielmehr -

rein formal gesehen - der Wunsch nach einer stärkeren Organisierung und Lenkung der Wirtschaft aus. Inhaltlich ist diese 'Lenkung' (bei den Items 37 und 82) sicher nicht in Übereinstimmung mit einer politisch-konservativen Haltung im Sinne unseres ökonomischen Systems zu sehen. Nur die formale Aussage also steht im Zusammenhang mit der sonstigen formalen Tendenz der anderen auf dem 1. Faktor ladenden Items. Dies legt die Vermutung nahe, daß sich mit diesem 1. Meinungsfaktor die allgemeine Tendenz zur Beharrung auf Bestehendem, zur Verschllossenheit gegenüber Fremdem und das Bedürfnis nach Autorität und straffer Organisiertheit ausdrückt. Daß sich diese Tendenz z. T. eindeutig auf bestimmte politische Inhalte auswirkt und so politische Bedeutung erlangt, soll nicht von der Hand gewiesen werden. Es zeigt sich aber gerade an der Ladung inhaltlich abweichender aber formal ähnlicher Meinungssitems, daß bei diesem Faktor das 'persönlichkeitsmerkmalverwandte', auf die formal-strukturelle relativ allgemeine Reaktions- und Einstellungstendenz bezogene Einstellungsmerkmal "immobil" überwiegt. Dies wird darüber hinaus auch durch die recht hohe Korrelation zwischen den beiden 'Konservatismusfaktoren' JAIDEs bestätigt: dem 'politischen Konservatismus' und dem Persönlichkeitsmerkmal 'Konservatismus' ($r = 0.58$). Vergleicht man dies Ergebnis mit dem Ergebnis der beiden Konservatismusfaktoren bei ADORNO (siehe oben) von $r = 0.14$, so wird deutlich, daß der 'politische Konservatismus' bei ADORNO und der 'politische Konservatismus' bei JAIDE recht unterschiedliche Sachverhalte erfassen.

Der 2. Faktor, den JAIDE mit den Attributen "progressiv - liberal-demokratisch" umschreibt, bringt eine dynamische, optimistische sowie bejahende Demokratievorstellung zum Ausdruck, sowie eine offene, tolerante Haltung und eine deutliche Zukunftsorientierung. Außenpolitisch äußert sich diese Einstellung in einer 'Pro-Europa', 'Pro-Uno', und 'Pro-Nato Einstellung'; im Verzicht auf Revanchepolitik gegenüber den sozialistischen

Staaten sowie in einer gastarbeiterfreundlichen Haltung.

Innenpolitisch steht der Meinungsfaktor 2 allen parlamentarischen Regeln und den demokratischen Regeln des Minderheitenschutzes, des Oppositionsrechtes sowie der politischen Verantwortung von Bürger und Regierung positiv gegenüber.

Wie weit widerspiegelt dieser 'progressive' Einstellungsfaktor nun tatsächlich politisch inhaltliche Meinungen? Und das heißt konsequenterweise: wie weit beinhaltet er dem Gesellschaftssystem gegenüber (und eben besonders seinen wesentlichen ökonomischen und politischen Merkmalen gegenüber) kritische Einstellungen? Systemkritische Einstellungen finden sich bei JAIDE aber nicht, zumal der ökonomische Bereich unterrepräsentiert ist. Bei den nicht in die Interpretation eingegangenen, aber ebenfalls relativ hoch und rein auf dem Faktor 2 ladenden Items finden sich im Gegenteil Bejahungen systemtypischer Merkmale: der Glaube an "Gesundheit der Unternehmerwirtschaft" (Item 2), die Bejahung der individuellen Leistung als ökonomisches und politisches Bewertungs- und Belohnungskriterium (Item 5). Wie wenig die von JAIDE als "progressiv" bezeichnete Einstellungs-Dimension progressives politisches Bewußtsein im Sinne systemkritischen Bewußtseins beinhaltet, zeigt sich auch darin, daß die Items, von denen JAIDE annimmt, sie würden so etwas wie eine "linke Einstellung" zum Ausdruck bringen, auf diesem 2. Faktor nicht mehr laden als beispielsweise auf dem 1. Faktor. Items, die nach JAIDE die soziale "Wirtschafts- und Gesellschaftsreform" thematisieren, laden sogar doppelt so stark auf Faktor 1 wie auf Faktor 2. Vermehrte und Überwiegende Faktor-2-Ladungen dieser "linken Items" finden sich nur im Bereich "Abrüstung" sowie im Bereich "Ost- und Deutschland-Politik". Wir müssen also auch dem 2. Faktor starke formale Aussagetendenz zusprechen, hinter der inhaltliche Fragen und sowieso solche inhaltlichen Fragen, die Einstellungen zum Gesellschaftssystem selbst äußern, zurücktreten. Der Faktor 2 erfaßt vor allem eine mobile, dynamische und offene politische Haltung, deren Demokratiever-

ständnis ebenfalls relativ formal bleibt, deren Haltung gegenüber dem Gesellschaftssystem im inhaltlich politischen Sinne bestenfalls als liberal einzuschätzen ist.

Der 3. Meinungsfaktor - von JAIDE gekennzeichnet als "Abrüsten und Entgegenkommen" ist am besten als eine Haltung zu charakterisieren, die Frieden und Abrüstung als einen äußerst hohen Wert ansetzt und bereit ist, für diesen Wert Opfer zu bringen und Risiken einzugehen. Interessant ist zum einen, daß sich hier ein vom Einstellungsgegenstand her recht umgrenzter Einstellungskomplex herauskristallisiert hat. Bei jedem Item ist allgemein, gegenwarts-, zukunfts- oder auch vergangenheitsbezogen die Gefahr Krieg und seine Folgen thematisiert. Es handelt sich also sehr viel eher als bei den ersten beiden Faktoren um eine Einstellung gegenüber einem bestimmten Einstellungsgegenstand. Aus diesem inhaltlichen Rahmen fällt als einziges das Item 20 heraus: "Stimmen Sie den linksextremen Studenten in ihren politischen Ansichten zu?". Obwohl gerade bei diesem Item keine hohe und vor allem keine reine Ladung (das Item lädt auf Faktor 1 mit 0.31, auf Faktor 2 mit 0.29 und auf Faktor 3 mit 0.36) besteht, läßt sich vermuten, daß diese thematisch begrenzte und weniger formal, sondern tatsächlich inhaltlich zu interpretierende politische Einstellung einen Teil dessen abdeckt, was als "linke Einstellung" z. Z. der Untersuchung verstanden wurde. Der Unterschied dieses inhaltlichen Einstellungsfaktors zu den mehr formalen Faktoren 1 und 2, zeigt sich übrigens darin, daß die Itemladungen fast nie rein auf dem 3. Faktor laden, sondern gleichzeitig auf anderen Faktoren. Die inhaltliche politische Einstellung "Pazifismus" steht nämlich den beiden Faktoren 1 und 2 als eher formalen "Reaktionsmustern" in gleichem Maße nahe.

Das von JAIDE als "faschistoid-antirepräsentativ/nationalistisch" gekennzeichnete Einstellungssyndrom (4) weist ebenfalls kaum reine Faktorenladungen auf. Die entsprechenden Items stehen besonders oft mit dem 1. Faktor im Zusammenhang. Zum Ausdruck

kommt eine dem parlamentarischen System und seinen Repräsentanten gegenüber mißtrauische und unzufriedene Haltung, eine außenpolitisch eher isolationistische, nach politischer Unabhängigkeit und Macht der Nation strebende Einstellung sowie eine Tendenz, rechte Anschauungen und die faschistische Vergangenheit Deutschlands "nicht so schlimm zu finden". Nicht weiter von JAIDE bei der Interpretation berücksichtigt, laden auf diesem Meinungsfaktor aber ebenfalls die Meinungsäußerung, das Einkommen der Arbeiter sei zu gering (Item 17) sowie das Item 87: "Soll über wichtige Gesetze Ihrer Meinung nach das Volk abstimmen?".

Zweifellos liegt es nahe, die Items, die zum einen den "nationalen Isolationsismus und Hegemoniewunsch"... "sowie eine Mohrenwäsche der angeblich verkannten Nazis" (S. 41) beinhalten, als "potentiell faschistoid" zu kennzeichnen. Andererseits erscheint es mir recht gefährlich, die Items, die bei JAIDE unter den Begriff "antirepräsentativ" fallen, die also Mißtrauen sowie "geringes Systemverständnis bzw. geringe Systemverbundenheit" (S. 41) zum Ausdruck bringen, mit den potentiell "faschistoiden" Items in einen inhaltlichen Zusammenhang zu bringen. Zweifellos kommen beide Item-Gruppen innerhalb ein und desselben "empirisch-psychologischen" Faktor vor. Das heißt aber nicht mehr, als daß überzufällig häufig eine Person gleichzeitig ihre Unzufriedenheit äußert sowie potentiell faschistoide Äußerungen macht. Die Annahme JAIDEs, daß sich "eine derartige politische Unzufriedenheit und Unselbständigkeit" ... "in gewisser Stärke rechtsextrem "artikuliert (S. 42 f), setzt die Dominanz der faschistoiden Tendenz innerhalb dieses Faktors voraus. Daß Systemunzufriedenheit im Zusammenhang mit großem politischen Unwissen (vergleiche JAIDE S. 42) anfällig ist für faschistische Ideologie, dürfte eine Erfahrung der Geschichte sein. Das heißt aber noch lange nicht, daß Unzufriedenheit, Skepsis und geringe Systemverbundenheit für sich genommen faschistoid seien. JAIDE bemerkt: "Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System mit Diffamierung der Politiker liegt

in der Studie nicht auf einem Linksfaktor der Meinungsstruktur, sondern auf dem Faktor 4 ..." (S. 41). Nun gibt es innerhalb dieser Studie keinen 'Links-Faktor' (nicht nur keinen "Extrem-Links-Faktor", wie JAIDE sagt (vergleiche S. 38 ff), sondern gar keinen!). Das bedeutet: Systemskepsis und -Unzufriedenheit taucht überhaupt nur auf als unspezifische und unwissende Haltung. Daß sich diese Unzufriedenheit mit der politischen Situation so unspezifisch, unwissend und destruktiv artikuliert, qualifiziert sie nicht etwa schon zur faschistischen Einstellung. Vielmehr bringt das bestehende Gesellschaftssystem solche Einstellungen - und damit eine Anfälligkeit für faschistische Argumente - in zweifacher Weise selbst hervor:

1. indem es Anlaß gibt zu dieser Systemunzufriedenheit, und
2. indem es durch entsprechende mangelnde politische und allgemeine Bildung bei den Betreffenden Einsichten in Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten der unbefriedigenden politischen Situation verhindert und erschwert. Man könnte somit diesen 4. von JAIDE extrahierten Meinungsfaktor als unzufriedene, skeptische Haltung gegenüber dem politischen System der bürgerlichen Demokratie - das zudem als verselbständigt und für den 'kleinen Mann' unnütz bis gefährlich erlebt wird - und ihren 'neuen' Werten bezeichnen. Beim 5. JAIDEschen Meinungsfaktor "Befürchtungen und Ängste" wird schließlich die totale Aussagelosigkeit völlig formaler Faktoren deutlich: Die Aussage, jemand hege im politischen Bereich Befürchtungen, kann grundsätzlich verschiedene Bedeutung haben, je nach den Objekten, auf die sich diese Befürchtungen beziehen und je nach der rationalen Begründbarkeit dieser Befürchtungen. Hier ist die politische Einstellung aufgrund ihres rein formalen Inhaltes zum allgemeinen 'Gefühlwörter Politik' 'herabgesunken'.

JAIDE selbst sieht nun diese formale Tendenz seiner Faktoren nicht eigentlich ein. An Hand der Items versucht er, durchgängig diese Faktoren inhaltlich zu interpretieren. Dabei geht er z. T. recht subjektiv vor, läßt 'unliebsame' Items unberücksichtigt und legt von sich aus Motivationen in die Items hinein (ver-

gleiche S. 26, 27, 29, 30, 34, 35). Der Versuch, trotz allem inhaltliche Einstellungs-Faktoren aus seinen Dimensionen zu machen, gipfelt in dem Kommentar zu der Tatsache, daß das Item: "Meinen Sie, daß das Einkommen des Facharbeiters zu gering ist im Vergleich zu den Einkommen der mittleren Angestellten und Beamten"? auf dem Faktor 4 läßt: "Wie hieß es doch: Nationalsozialistische Deutsche 'Arbeiter'-Partei!" (S. 30, 1970).

Wir haben versucht, insgesamt zu zeigen, daß bei der Annahme von einer allgemeinen politischen Einstellung, die sich in allen Objektbereichen in gleicher Weise und Richtung zeigt und daß bei einer entsprechend inhaltlich gestreuten Operationalisierung die zu extrahierenden Einstellungs-Faktoren mehr oder weniger nur noch formale Verhaltenstendenzen oder Gefühle wiedergeben. Politische Einstellungen im eigentlichen Sinne, auch als rein empirische Widerspiegelung des subjektiv Vorhandenen dürften auf diese Weise kaum erfaßbar sein.

2.5 Die objektive Sachstruktur und das Wesen des Gegenstandes

Um die Strukturierung und Operationalisierung eines Einstellungsgegenstandes entsprechend seiner objektiven Sachstruktur vornehmen zu können, bedarf es der Kenntnis der wesentlichen Merkmale und Bewegungsgesetze dieses Gegenstandes. Dies gilt allgemein für jeden Gegenstand¹⁴. Aber an einem sehr zentralen politischen Gegenstand, dem 'kapitalistischen Gesellschaftssystem unserer bürgerlichen Gesellschaft' lassen sich Notwendigkeit und Bedeutung einer solchen 'wesentlichen Strukturierung' vielleicht am besten verdeutlichen. JAIDE z. B. versucht, wie er selbst sagt, die politische Einstellung gegenüber dem 'gegebenen Gesellschaftssystem' zu erfassen. JAIDE (1970) strukturiert diesen seinen politischen Gegenstand jedoch nicht inhaltlich. Er fragt nicht nach den wesentlichen Merkmalen, nach

den grundlegenden Widersprüchen.¹⁶ Statt dessen bemüht er sich um eine Einbeziehung möglichst aller politisch relevanten Inhaltskategorien, über die die Items möglichst gleichmäßig streuen. So verteilen sich die 100 in den endgültigen Fragebogen eingegangenen Items auf folgende inhaltliche Bereiche: "Politiker und Staatsbürger" (10 Items); "Parteien" (7 Items); "Außenpolitik" (10 Items); "Deutschland - und Ostpolitik" (8 Items); "Verteidigungspolitik" (6 Items); "Wirtschaftspolitik" (7 Items); "Sozialpolitik" (7 Items); "Kulturpolitik" (4 Items); "aktuelle politische Ereignisse" (8 Items); "politische und zeitgenössische Persönlichkeiten" (4 Items); "Zukunftsfragen" (8 Items); "Einschätzung des Nationalsozialismus" (6 Items).

Auf die methodischen Schwächen und theoretischen Implikationen dieses Ansatzes (inhaltliche Lücken; formale Tendenz der Faktoren; Subjektivismus; Illusion einer 'Einheitseinstellung') sind wir bereits ausführlich eingegangen. Alle diese Mängel und wissenschaftstheoretischen Beschränktheiten hätten vermieden werden können, wenn JAIDE seinen Einstellungsgegenstand wesentlich und inhaltlich strukturiert und diese Struktur aus wissenschaftlichen Aussagen über seinen Gegenstand abgeleitet hätte; wenn er seinen Gegenstand aufgefaßt und behandelt hätte, nicht als relativ inhaltlich unbestimmten Lebensraum, in dem sich politisches Leben abspielt (siehe seine Bereiche), sondern als 'politisch-ökonomisches Gesellschaftssystem'. Zwar gibt JAIDE selbst an, die Einstellung gegenüber dem bestehenden demokratischen Gesellschaftssystem messen zu wollen; zwar betont er sogar, daß seine Untersuchung keineswegs als 'system-immanent' im Sinne 'affirmativ' angesehen werden darf (vergleiche S. 11). Aber was er nicht tut, ist, gerade dieses System explizit zum Objekt, Inhalt, Gegenstand seiner Untersuchung zur politischen Einstellung zu machen. Statt die Einstellung gegenüber unserem konkret-historischen Gesellschaftssystem in seinen wesentlichen dieses System definierenden und bestimmenden Merkmalen zu erfassen, begnügt sich JAIDE mit einer formal anein-

andergereichten Aufzählung der politischen Lebensbereiche, die in jedem modernen Staat bestehen - aber i n h a l t - l i c h je nach Gesellschaftssystem recht unterschiedlich ausfallen dürften.

Ein wichtiger inhaltlicher Bereich, der nicht im Item-Pool JAIDEs repräsentiert ist, hängt so auch zusammen mit der Bestimmung der wesentlichen Merkmale des Gesellschaftssystems: also mit dem allgemeinsten und zentralsten Gegenstand politischer Einstellung. So gibt JAIDE selbst zu, daß "unentschuldigbarerweise ... unterlassen worden (ist; Ergz. d. Verf.), ... eine bzw. mehrere Fragen nach einer Änderung der Besitzverhältnisse zu stellen," (S. 38). Es fehlen nicht nur Fragen bzw. Items zu den Besitzverhältnissen, sondern ebenfalls solche zu wesentlichen anderen Kernfragen des kapitalistischen Gesellschaftssystems (z. B. Fragen, die die Klassenrealität thematisieren, solche, die die unterschiedlichen Interessen der gesellschaftlichen Klassen beinhalten etc.). Einige Items dieser Art scheinen auch deshalb im Fragebogen nicht aufzutauchen, weil sie bei weniger als 20 % der Befragten mit Ja beantwortet wurden. Das hieße, daß das Meßinstrument JAIDEs aus dem Anliegen heraus, möglichst repräsentative Ergebnisse zu erhalten, in den mittleren Einstellungsbereichen am stärksten streut und extreme Einstellungen (wobei 20 % einen recht hohen Stimmanteil darstellen!) abschneidet. Es wäre aber nun falsch zu glauben, Items, die solche Kernfragen problematisieren, könnten nur an den extremen Polen der Einstellungsbreite liegen. Vielmehr können unseres Erachtens solche Items, die aus dem Gegenstand theoretisch abgeleitet sind und somit in inhaltlich wesentlicher Beziehung zu diesem Gegenstand stehen, über das gesamte Spektrum variieren.

An dieser Stelle muß auch die Diskussion der bereits oben¹⁶ erwähnten "New Left Scale" wieder aufgenommen werden. Da sich die kritische Haltung gegenüber der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung hier an das anlehnt, was die 'Neue Linke' seinerzeit zu diesem System zu sagen hatte, wird auf eine theoretische Bestimmung und Ableitung der Struktur dieses politischen Gegen-

standes verzichtet. Thematisiert werden in den Items die Aspekte des gegebenen Systems, die von der 'Neuen Linken' als zentral und wesentlich erachtet wurden: individuelle Freiheit, Spontanität, Aktion, Anti-Establishment. Ökonomische Aspekte stehen im Hintergrund. Die Items sind relativ abstrakt und an die Interessen und die Sprache der Mittelschicht angelehnt. So sind die drei 'radikalsten Items': "Sexual behaviour should be bound by mutual feelings not by formal and legal ties" (Nr. 10); "Authorities must be put in an intolerable position so they will be forced to respond with repression and thus show their illegitimacy" (Nr. 5); "A problem with most older people is that they have learned to accept society as it is not as it should be" (Nr. 11). Weiter unten rangieren Items, die sehr viel politischere Aussagen machen und die "herrschende gesellschaftliche Ordnung" unseres Erachtens wesentlicher treffen. Insgesamt scheint bei dieser 'Anti-System-Haltung' mehr der Wunsch nach 'radikaler Veränderung', nach Neuem im Vordergrund zu stehen. Hier zeigt sich deutlich die Nähe mancher 'linken' Ideologie zum Persönlichkeitsmerkmal 'Konservatismus-Radikalismus'. Auch die Items der "New Left Scale", die am höchsten auf dem Konstrukt "Konservatismus" laden, lassen schließen, daß hier weniger eine pro-kapitalistische Einstellung als vielmehr eine Einstellung erfaßt wird, die radikalen Veränderungen des Bestehenden an sich abgeneigt ist: "There are legitimate channels for reform which must be exhausted before attempting disruption" (Nr. 23); "Society needs some legally based authority in order to prevent chaos" (Nr. 26); "Commitment to a meaningful career is a very important part of a man's life" (Nr. 54). Die hier ausgedrückte Einstellung dürfte inhaltlich kaum differenzieren zwischen einem reformwilligen, sozialeingestellten, antimonopolistisch orientierten Sozialdemokraten und einem Faschisten, vgl. CHRISTIE et al, 1969).

Im deutlichen Unterschied zu diesen beiden formalen, subjektivistisch orientierten Ansätzen jüngster Zeit, die Ein-

stellung gegenüber dem gegebenen Gesellschaftssystem zu operationalisieren, stehen einige (oben bereits kurz erwähnte) Versuche amerikanischer Psychologen aus den Jahren vor und nach dem 2. Weltkrieg. Hier wird das Objekt "kapitalistisches Gesellschaftssystem" ansatzweise und mehr oder weniger gelungen aus der Erkenntnis seines Wesens herausstrukturiert und operationalisiert. Die Items reflektieren keine unwichtigen peripheren Randerscheinungen, sondern auch unseres Erachtens relativ wesentliche Merkmale des kapitalistischen Gesellschaftssystems, was sich schon in der starken Betonung der ökonomischen Merkmale deutlich niederschlägt. Zwar zeigen sich insofern noch wissenschaftliche Schwächen, als die einzelnen Items zwar zu dem Wesen des Objektes im Verhältnis des Besonderen zum Allgemeinen stehen, sie aber z. T. nicht auf eine Ebene der Konkretheit und Nähe zu diesem wesentlichen Moment anzusiedeln sind. Auch verteilen sich die einzelnen Items nicht etwa immer nach den inhaltlichen Schwerpunkten der Objektstruktur.

Auf jeden Fall aber kommt die hier geleistete Behandlung des Einstellungsobjektes dem nahe, was man von einer tatsächlich wissenschaftlichen Berücksichtigung der objektiven Sachstruktur des Einstellungsgegenstandes erwartet: Die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Erkenntnis und Handhabung dieser objektiven Sachstruktur wird gesehen. Die Strukturierung des Objektes erfolgt nicht nach vorwissenschaftlichen Theorien, formalen Kriterien oder subjektivistischen Anhaltspunkten, sondern mit Hilfe der wesentlichen Bestimmung des Gegenstandes und der daraus abgeleiteten konkreten Erscheinungsformen dieses 'Wesens'. Die unter diesem Aspekt 'beste' der betreffenden Einstellungsskalen ist wohl die 1957 entstandene "Radicalism-Conservatism Scale" von NETTLER und HUFMAN. Von den 14 Items thematisieren 13 die ökonomische Situation: die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die Rolle der Gewerkschaften, Ausbeutung der Arbeiter etc. Die Items variieren deutlich von einer vollkommen prokapitalistischen Einstellung (z. B. Nr. 5: "The traditional capitalistic system provides for the last possible

distribution of wealth, human nature being what it is") Über die gemäßigte 'sozialdemokratisch-reformerische' Einstellung (z. B. "it is up to the government to make sure that everyone has a secure job and a good standard of living") bis hin zur sozialistischen, antikapitalistischen Einstellung (z. B. Nr. 8 "in a socialist system the worker maintains his dignity and self-respect, while under capitalism he is just a tool or instrument to be exploited")...(S. 118).

Ein anderer, wesentlich bewußterer Versuch dieser Art findet sich 1972 bei PEISE-SEITHE. Hier wird bereits die gesamte Problematik der objektiven Sachstruktur des politischen Einstellungs-Objektes gesehen: "Solange es sich bei einer Einstellung nur um die Einstellung gegenüber einem bestimmten einzelnen Objekt handelt, bietet die Definition dieses Einstellungsobjektes keinerlei Schwierigkeiten. Bei Einstellungen allgemeinerer und abstrakterer Art jedoch, erhebt sich die Frage: gegenüber welcher Gruppe von Objekten drückt sich das Konstrukt (die Einstellung X) aus? Es muß sich ja um eine Gruppe von Objekten handeln, die nicht zufällig zusammengestellt wurde, sondern die tatsächlich eine abgrenzbare Gruppe zusammenhängender Gegenstände darstellt.

Die Objekte, die als Einstellungsgegenstände in der Einstellungsforschung dienen, sind fast immer Inhalte anderer Wissenschaftsbereiche, vornehmlich der Sozialwissenschaften und der Ökonomie. Statt nun innerhalb dieser Wissenschaftsbereiche eine Theorie zu suchen, die Aussagen über den Zusammenhang und die Inhalte solcher Objektgruppen macht, geht der psychologische Forscher meist hin und legt die Objekte nach seinem vorwissenschaftlichen Verständnis fest" (S. 15).

Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, die Strukturierung des Einstellungsobjektes "soziale, politische und ökonomische Verhältnisse und Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft" anhand ihrer wissenschaftlichen Theorie vorzunehmen. "Um zu einer sinnvollen und an der Realität

orientierten empirischen Fragestellung zu kommen und um die Ergebnisse später sinnvoll auf die Realität beziehen und anwenden zu können, müssen wir von einer Theorie ausgehen, die über die bestehenden sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnisse und Beziehungen gesetzmäßige, d. h. wissenschaftliche Aussagen macht. Diese Theorie darf nicht bei einer bloßen Beschreibung und Kategorisierung des Bestehenden stehenbleiben. Sie muß das bestehende gesellschaftliche System als dynamischen Prozeß erfassen und sich nicht einfach positivistisch auf eine reine Phänomenologie dieses Bestehenden beschränken. Auf diese Weise kann sie echte gesellschaftliche Zusammenhänge erfassen und so zu fruchtbaren, neuen Ansätzen führen.

Es handelt sich also nicht um eine psychologische Theorie, sondern ganz explizit um eine Theorie, deren Inhalt der von uns gemeinte Gegenstand selbst ist" (S. 35). Anhand der marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus ließen sich also zum einen die Grundwidersprüche, d. h. das Wesen des kapitalistischen Systems erarbeiten. Zum zweiten könnten die inhaltlichen Lebensbereiche, in denen dieser Grundwiderspruch 'erscheint' und erfahren werden kann abgeleitet, ihre Nähe zu diesem Grundwiderspruch bestimmt und ihre Beziehung zueinander festgestellt werden.

So wie es hier in mehr oder weniger gelungenen Ansätzen versucht wurde, müßte in der Attitüden-Forschung insgesamt - will sie sich nicht an Vorverständnis, Konvention und gesundem Menschenverstand bei der Strukturierung und Behandlung ihrer Einstellungsobjekte orientieren - eine konsequent wissenschaftliche Betrachtung der Einstellungsgegenstände und ihrer objektiven Sachstruktur durchgesetzt werden. Es genügt auch keineswegs, diese Strukturierung nach ihrer in den Subjekten widergespiegelten und repräsentierten Form vorzunehmen. Vielmehr müssen die Objekte und Objektbereiche psychologischer Einstellungen selbst als objektive - und das heißt als unab-

hängig von ihrer psychologischen Widerspiegelung existente - Gegenstände behandelt werden. Als solche sind sie wissenschaftlich erkennbar, definierbar, in ihren wesentlichen Merkmalen bestimmbar und in ihren spezifischen Erscheinungsformen ableitbar. Das gilt keineswegs nur für den Einstellungsgegenstand des Gesellschaftssystems, sondern grundsätzlich für jeden; ob es sich um Einstellungen gegenüber einer politischen Minderheit oder um Einstellungen gegenüber Krieg, ob es sich um Einstellungen gegenüber einer bestimmten Gesetzesvorlage oder gegenüber dem Kommunismus handelt: All diese Gegenstände sind als gesellschaftliche Realitäten objektiv und damit wissenschaftlich zugänglich. Ihre Definition, Strukturierung und Operationalisierung kann nicht nach vorwissenschaftlichen oder subjektiv-psychologischen Kriterien erfolgen, sondern muß sich der theoretischen und empirischen Aussagen bedienen, die die entsprechende Wissenschaft oder wissenschaftliche Teildisziplin über ihren Gegenstand macht.

3. Die Rolle des Einstellungsgegenstandes in den Ansätzen zur Erforschung der Bedingungen der Einstellungsänderung

Nachdem wir nun die Ansätze zur Operationalisierung politischer Einstellungen im Hinblick darauf untersucht haben, 1. welche politischen Objektbereiche überhaupt thematisiert werden, und 2. wie bei der Operationalisierung und Strukturierung z. B. von Einstellungsskalen, die inhaltliche Bedeutung des Gegenstandes und seine objektive Sachstruktur berücksichtigt worden sind bzw. werden, möchten wir in einem weiteren Analyseschritt zum Aspekt des Einstellungsobjektes (D) die Frage stellen: Welche Bedeutung wird dem Einstellungsgegenstand von der einschlägigen Forschung für die Veränderung von Einstellungen zugeschrieben?

Wenn wir daher nun die empirischen Ansätze und Konzepte zum Problembereich 'Einstellungsveränderung' in unsere Diskussion mit einbeziehen (und dies wird auch unter anderen Aspekten weiter der Fall sein), so sollte allgemein folgendes klargestellt werden:

Im Unterschied zu den empirischen Ansätzen der oben beschriebenen Art handelt es sich bei den Ansätzen zur Veränderung von Einstellungen um Untersuchungen von anderer wissenschaftlicher Intension: Hier geht es nicht bloß um Beschreibung von Einstellungen (wie bei den reinen 'Meßansätzen'), sondern um den Versuch, Bedingungen 'äußerer' wie 'innerpsychologischer' Art für den Veränderungsprozeß aufzudecken. Die Operationalisierung politischer Einstellungen mit all ihren dargestellten und noch darzustellenden Schritten und wissenschaftstheoretischen Problemen, bildet für diese komplexeren Forschungsansätze sozusagen die Voraussetzung: Das heißt: Die Meß- und Operationalisierungsansätze gehen in die empirischen Ansätze zur Erforschung der Veränderungsbedingungen immer mit ein. Es handelt sich also nicht um gleichwertige oder auch unabhängige Ansätze, sondern um aufeinander aufbauende Ansätze unterschiedlicher Komplexität. Es ist klar, daß bei der

Behandlung der Ansätze zur Erforschung der Veränderungsbedingungen von dem ersten empirischen Schritt der Auswahl und Operationalisierung einer bestimmten Einstellung abgesehen werden muß und unseres Erachtens auch kann.

Ein weiterer Punkt, der der Analyse dieser Ansätze vorausgeschickt werden sollte, der uns aber auch bereits erste Aufschlüsse über das hier abzuhandelnde Problem (die Rolle des Einstellungsobjektes) vermitteln wird, ist folgender Hinweis. Bei den Ansätzen zur Einstellungsänderung wird ebenso wie bei den Ansätzen zur Messung von Einstellungen kein Unterschied gemacht (und wohl auch kaum vermutet) zwischen 'politischen Einstellungen' und 'Einstellungen gegenüber nicht-politischen Objektbereichen'. So variieren die Einstellungsobjekte z. B. bei MCGUIRE (1968) innerhalb ein und desselben thematischen Aspektes (Message Variables) von "Raucher-Krebs", "Karies", "Autogurten" z. B. in den Untersuchungen von LEVENTHAL (1965) und seinen Mitarbeitern, über "political slogans" (z. B. JANIS, KAYE und KIRSCHNER 1965) bis zum Autokauf (vergleiche MCGUIRE S. 220). Meist wird jedoch das in dem entsprechenden Experiment 'benutzte' Objekt gar nicht benannt. Offensichtlich gehen die Forscher davon aus, daß die Veränderungs'gesetze', die sie aufzudecken bemüht sind, für politische wie nicht-politische Einstellungen die gleichen sind. Das gilt für alle Ansätze dieser Thematik, gleich welcher psychologischen 'Richtung' sie angehören.

3.1 Die verschiedenen Ansätze der amerikanischen Psychologie zum Problem der Einstellungsbeeinflussung bzw. -Veränderung und die jeweilige Bedeutung des Einstellungsobjektes innerhalb dieser Ansätze

Einen der wichtigsten Ansätze sowohl innerhalb der empirischen Forschung als auch im Hinblick auf die Theoriebildung und

Theoriediskussion des Problems stellen die lerntheoretischen Konzepte dar (besonders zu nennen sind hier z. B. HOVLAND, JANIS und KELLY, 1953; WEISS, 1968 sowie FELDMANN, 1966), die darum bemüht sind, die am Einstellungsänderungsprozeß beteiligten Kommunikationsvariablen zu isolieren und ihre Bedeutung empirisch zu erforschen. Ausgegangen wird in diesen Ansätzen immer von einem mehr oder weniger komplizierten 'Ursache-Wirkungs-Zusammenhang' im Reiz-Reaktionsablauf der Kommunikation, (z. B. durch intervenierende Variablen; vergleiche etwa DOOB, 1947). Zur Beschreibung und Analyse der Kommunikationssituation gehen diese Ansätze von der "Lasswell-Formel" bzw. ihren differenzierteren Varianten aus (vergleiche auch MÜHLHAUSEN und BEULE, 1973). Kommunikationsprozeß und Einstellungsänderung werden hier als Lernanalogien aufgefaßt. (So setzt z. B. WEISS (1968, S. 115) die Variable "strength of argument" mit der HULL'schen Lernvariable "magnitude of reinforcement" gleich. Auf diese theoretischen Konzeptionen des Einstellungs-Änderungs-Prozesses wird an anderer Stelle eingegangen. Die Darstellung und Kritik der Ergebnisse lerntheoretischer Ansätze erfolgt im Zusammenhang mit einzelnen Aspekten der Analyse.) Die Frage, die im Zusammenhang unserer Analyse an diese Ansätze zu stellen ist, ist die: Welche Rolle spielt das Einstellungsobjekt innerhalb des 'Variablen-Netzes' dieser Ansätze zur Einstellungsänderung? Wie wird dieses Objekt als experimentelle Variable von den Forschern eingesetzt, welche seiner Aspekte stehen im Vordergrund? Diese Fragen werden wir weiter unten in diesem Abschnitt ausführlich beantworten.

Vorerst möchten wir noch kurz auf die anderen psychologischen Ansätze zum Problem der Einstellungsänderung und die Rolle der Einstellungsobjekte in diesen Ansätzen eingehen. (Schwerpunktmäßig werden diese Ansätze - besonders die kognitiven Ansätze - an anderer Stelle weiter unten diskutiert.)

Zu nennen wären zum einen der ADORNOsche Ansatz, d. h. die

Studien zur "autoritären Persönlichkeit" (ADORNO, FRENKEL-BRUNSWICK, LEVINSON und SANFORD). Den von ADORNO 1950 im Zusammenhang mit dieser Forschung entwickelten Fragebogen haben wir bereits behandelt und es wird auch weiterhin auf ihn eingegangen werden. Die Autoren gehen - wie wir sehen werden im Unterschied zu den anderen amerikanischen und westdeutschen Ansätzen - von bestimmten politischen Inhalten aus. Es geht ihnen nicht um einen allgemeingültigen für alle Inhalte gleich zutreffenden Ansatz zur Bedingung politischer Einstellungen. Vielmehr sind sie interessiert an der Erforschung eines bestimmten "Persönlichkeitstyps", der u. a. gekennzeichnet ist durch politische und soziale Einstellungen bestimmter Art: gerichtet auf bestimmte auch konkret-historische Inhalte und ebenso gerichtet in bezug auf die Richtung der Wertung. Auf die wissenschaftlichen 'Verdienste' und Schwächen der für politische Einstellung relevanten Aspekte dieses Ansatzes konnte bereits hingewiesen werden. Als Ansatz zur Erforschung der Veränderungsbedingungen politischer Einstellungen spielt er innerhalb der amerikanischen Psychologie eine relativ unbedeutende Rolle (vergleiche auch MÜHLHAUSEN und BEULE, 1973).

Als weiterer Ansatz amerikanischer Forschung im Zusammenhang mit der Erforschung der Veränderungsbedingungen von Einstellungen sind die funktionalistischen Ansätze zu Anfang der fünfziger Jahre zu nennen: Hier wird die Frage aufgeworfen nach der 'psychologischen Bedeutung' von Einstellungen. So unterscheiden SMITH, BRUNER and WHITE (1953) die Funktion "object appraisal" (den Einstellungen kommt Bedeutung für das Subjekt zu, als Möglichkeit, Informationen über die 'Außenwelt' zu erhalten, die wichtig sind für die Wünsche und Ziele des Menschen); "social adjustment" (Einstellungen als Vermittler zwischen der eigenen Person und den anderen Personen) und "externalisation" (die Möglichkeit, den eigenen inneren Zustand nach außen darzustellen). Ähnliche Funktionen unterscheiden KATZ and STOTLAND (1959): "1. utilitarian function"; 2. "economic or knowledge function"; 3. "expressive function"

und 4. "ego-defensive function". (Vergleiche auch MÜHLHAUSEN und BEULE 1973.) Bei der Frage nach der Bedeutung von Einstellungen (als solche in einem späteren Kapitel der Analyse wieder aufzunehmen) stellt sich die Rolle des Einstellungsobjektes für diese Funktionen bei den genannten Autoren nicht explizit. Jedoch geht sie unseres Erachtens besonders in die "utilitarian function" ein. So fassen SECORD und BACKMAN (1964, S. 119) zusammen: "The instrumental, adjustive or utilitarian function: By this is meant that the individual strives to maximize the rewards and minimize the penalties which he experiences. Thus, he develops favourable attitudes toward those objects which result in reward and unfavourable attitudes toward those, which lead to punishment." Es sieht ganz so aus, als würde hier der realen Bedeutung des Einstellungsobjektes für das Subjekt (S-O) eine echte Funktion eingeräumt. Aber wie wenig diese Bedeutung als tatsächliche objektive Bedeutung aufgefaßt wird, und wie wenig das Problem der Einstellungsänderung mit der Frage der tatsächlichen Bedeutung des Einstellungsobjektes im Zusammenhang gebracht wird, zeigen die Konsequenzen, die die Autoren für die Theorie und Praxis der Einstellungsänderung ziehen: "To change such attitudes, one changes the believers evaluation of the goal to which they are instrumental or, more easy his perception of their instrumentality to the goal" (McGUIRE, 1968, S. 158; vergleiche auch CARLSON, 1956). Hier zeigt sich deutlich die Tendenz zur Annahme der Beliebigkeit der Veränderungsrichtung, die ebenso typisch ist für alle anderen Ansätze und experimentellen Designs der amerikanischen Attitüden-Forschung. Unabhängig von einer Frage nach der tatsächlichen "instrumentality to a goal" besteht für die Forscher die Möglichkeit, dem Subjekt eine andere als bisher wahrgenommene Objektbedeutung 'vorzumachen'. Die hier anklingende Frage der Rolle der 'Adäquatheit' einer Einstellung für ihre Veränderbarkeit, wird weiter unten behandelt.

Forschungsansatz und Theorie der Einstellungsveränderungsbedingungen, die neben dem lerntheoretisch orientierten, den be-

deutendsten Platz innerhalb der amerikanischen Forschung einnehmen und deren Verfechter seit 1950 mit den Lerntheoretikern heftige Kontroversen austragen, gehören dem kognitiven Ansatz an. Als bekanntester Vertreter ist FESTINGER zu nennen, der 1957 die Theorie von der kognitiven Dissonanz aufstellte. Im Unterschied zu den lerntheoretischen Konzeptionen interessiert hier nicht die, eine Einstellungsveränderung bewirkende Reizkonstellation. Es interessiert vielmehr das, was sich innerhalb des menschlichen Individuums beim Prozeß der Einstellungsänderung abspielt. Ausgegangen wird in all den - z. T. recht unterschiedlichen - Ansätzen von der Annahme einer Tendenz des Menschen, innerhalb seiner Kognitionen, Emotionen und Verhaltensweisen hinsichtlich verschiedener Objekte der ihn umgebenden Welt, Konsonanz herzustellen (bei Dissonanz) bzw. Symmetrie aufrecht zu erhalten. Die Frage, die sich gerade auch im Zusammenhang mit der Analyse der wissenschaftlichen 'Sicht des Einstellungsverhältnisses' stellt, ist die, wie diese Tendenz zur Konsonanz abgeleitet und psychologisch begründet wird. Welche Rolle spielt für diese Forscher die objektive Realität des Einstellungsverhältnisses und seiner einzelnen Aspekte (z. B. auch des Einstellungsobjektes) für Funktion und Bedingung der Konsonanz oder Einstellungsänderung aufgrund von Dissonanz? Diese Problematik wird im Zusammenhang mit der Analyse der amerikanischen Ansätze und Aussagen zur 'Strukturiertheit politischer Einstellungen' näher beleuchtet (vergleiche Kapitel B II e). Auf eine gesonderte Analyse im Zusammenhang mit der Frage nach der Rolle des Einstellungsobjektes an dieser Stelle kann deshalb verzichtet werden; zumal bei keiner der uns bekannten Untersuchungen explizit die Rolle des Objektes in irgendeiner Weise thematisiert wird. Im weiteren Verlauf möchten wir uns nun auf eine Analyse des Einstellungsobjektes innerhalb der lerntheoretischen Ansätze zur Einstellungsänderung beschränken.

3.2 Das Einstellungsobjekt in den lerntheoretischen Ansätzen zur Veränderung von Einstellungen

Diese bereits oben erwähnten Forschungsansätze sind in dem erwähnten Artikel "Nature of Attitude and Attitude Change" von McGUIRE bis 1968 einschließlich relativ umfassend dargestellt und zusammengefaßt. McGUIRE ordnet die zahlreichen und z. T. sehr spezifischen Untersuchungen unter die einzelnen Aspekte der "matrix of persuasive communications" (S. 172). McGUIRE schließt sich dabei der in der Attitüden-Forschung und Massenkommunikations-Forschung gängigen Strukturierung einer Kommunikationssituation nach der "LASSWELL-Formel" an. Die von ihm aufgeführten Kommunikationsvariablen, die im Zusammenhang mit der Einstellungsänderung als Reizvariablen aufgefaßt und so in den Untersuchungen eingesetzt werden, sind demnach folgende Aspekte des Kommunikationsprozesses: "source", "message", "channel", "receiver" und "destination" (S. 172).

Insgesamt können einige kritische Aspekte vorangestellt werden, die bei der Betrachtung der McGUIREschen Zusammenstellung ins Auge fallen: Zunächst irritiert die unermessliche Fülle von Untersuchungen, Experimenten, Fragestellungen und Ergebnissen, die in keinem angemessenen Verhältnis zu dem geringen Ausmaß an gesicherten Resultaten zu stehen scheint. Zum einen beruht diese unerschöpfliche Vielfalt auf der Möglichkeit zur immer feineren Aufsplitterung der Variablen (vergleiche auch MÜHLHAUSEN und BEULE, 1973). auf immer stärkerer Spezifizierung und Konkretisierung der Situationsbedingungen. Gleichzeitig dürfte diese ungeheuerere 'Produktivität' die Folge der Tatsache sein, daß die erzielten Ergebnisse sich immer wieder widersprechen. Nur sehr wenige Aussagen der lerntheoretischen Untersuchungen können für sich eine halbwegs gesicherte relativ stabile und generelle Gültigkeit in Anspruch nehmen.

Der Artikel McGUIREs vermittelt einen Überblick und Einblick in einen erstaunlich 'fleißigen Wissenschaftszweig', der - offensichtlich aufgrund des Fehlens einer integrativen Theorie -

versucht, das Gesamtproblem durch eine Untersuchung seiner differenziertesten Einzelaspekte zu erfassen - ohne aber mit diesem 'Puzzle-Spiel' wirklich fertig zu werden. Das irritiert McGUIRE jedoch relativ wenig. Vielmehr konstatiert er im Zusammenhang mit der Variablen "fear appeals", wo es eine Menge Untersuchungen und fast ebenso viel Widersprüche und offene Fragen zu berichten gab: "This work of fear appeals and attitude change invites the observation that simple relationships are unlikely to be found in the attitude-change area. For the student of the area the fact that relationships tend to be 'non-rectilinear' and even non-monotonic, and tend to require specification in terms of second-and even higher order interaction effects, should be an exciting and provocative discovery rather than a discouraging one" (S. 205). Aber auch die hier angedeuteten Versuche zur Theoriegewinnung scheinen das Problem der lerntheoretischen Forschungsansätze zur Veränderung von Einstellungen noch nicht gelöst zu haben.

Zwei Aspekte, die unseres Erachtens im wesentlichen mit zu diesem Dilemma geführt haben, und deren Beachtung eine Entwicklung dieser Ansätze über ihren Zustand hinaus ermöglichen würden, möchten wir hier kurz nennen.

Obwohl es in der Attitüden-Forschung und besonders der Kommunikationsforschung längst eine Binsenweiheit darstellt, daß die einzelnen Variablen eines Kommunikationsprozesses nicht isoliert wirken und entsprechend schlecht isoliert untersucht werden können, zieht die lerntheoretische Forschung zum Einstellungsänderungsproblem daraus eigentlich kaum Konsequenzen. ¹⁷

Ein anderer - in unserem Zusammenhang zunächst interessanter - möglicher Begründungszusammenhang für die relativ ergebnislose, verzettelte lerntheoretische Attitüden-Forschung dürfte die Tatsache darstellen, daß insgesamt scheinbar von der Annahme ausgegangen wird, daß der Inhalt einer Einstellung für die Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Veränderbarkeit und Beeinflussbarkeit keine Rolle spielt. Wir hatten bereits oben festgestellt,

daß die verwendeten Einstellungsobjekte in den einzelnen Untersuchungen zu ein und derselben übergeordneten Fragestellung vom 'Konsumobjekt' über die 'Gefahr für Leben oder Gesundheit' bis hin zu politischen Argumenten reichte, ohne daß die Spezifik dieser Objekte bedacht oder berücksichtigt wurde. In den meisten Fällen werden von McGUIRE die verwendeten Objekte gar nicht genannt. Entsprechend dürfte ihnen von den ursprünglichen Autoren keine Bedeutung hinsichtlich der erzielten Ergebnisse zugesprochen worden sein. Es kann festgehalten werden, die amerikanischen Forscher gehen davon aus, daß der spezifische Inhalt der Einstellung irrelevant ist für die Einstellung selbst und ihre Veränderungsbedingungen. Entsprechend kann kaum damit gerechnet werden, daß an irgendeiner Stelle die Beziehung der Objekte zum Subjekt in die Untersuchung einbezogen wurde oder daß gar nach der objektiven, außerpsychologischen Realität des Gegenstandes und eben dieser seiner Bedeutung gefragt würde.

Gerade angesichts der 'desolaten', zersplitterten Situation der einschlägigen Forschung könnte unseres Erachtens die Einbeziehung der Inhalte der Einstellungen in die Frage nach ihren Veränderungsbedingungen eine Möglichkeit darstellen, allgemeinere, durchschlagendere Veränderungsgesetze zu finden, als es dem formalistischen, lerntheoretischen Ansatz bisher gelungen ist.

3.3 Das Einstellungsobjekt und seine nur formale Berücksichtigung in der "Message Variable"

Die "Message Variable" ist die nach McGUIRE am häufigsten untersuchte Variable der "Matrix of persuasive communication" (S. 200). McGUIRE definiert: "Message factors include the content and structure of what is said, ..." (S. 172). Die 'Message' dürfte innerhalb eines Kommunikationsprozesses in

erster Linie Argumente, Einschätzungen und Informationen über einen Sachverhalt enthalten. Das Einstellungsobjekt ist somit in der Message enthalten, wenn es auch mit dieser Variablen nicht etwa gleichgesetzt werden darf. Es wäre also denkbar, daß im Zusammenhang mit dieser Variablen die Forachung Fragen zu beantworten suchte, die die Rolle des Inhaltes einer Mitteilung, die Rolle des Objektes, so wie es sich in dieser Darstellung durch die "Source" präsentiert und auch so, wie es als Objekt außerhalb dieser Mitteilung für das Subjekt (hier den Empfänger) existiert, betreffen. Aber selbst in diesem rein innerpsychologischen Bereich wird der Inhalt einer Mitteilung nur unter rein formalen Aspekten betrachtet und untersucht. Die von McGUIRE aufgezählten "four classes of message factors: 1. types of persuasive appeal, 2. inclusion and omissions from the message, 3. order of presentation within the message and 4. source-receiver discrepancy" (S. 200) machen dies unmittelbar deutlich.

So stellen sich unter der ersten Klasse der 'Message-Faktoren' die Fragen zum einen nach der "effectiveness of logical versus emotional appeals" (S. 202), zum zweiten die Frage nach der möglichen einstellungsändernden Wirkung von furchterregender Kommunikation oder nach der Wirkung bestimmter Stilelemente. Nach einer möglichen vorgeordneten Bedeutung inhaltlicher Aspekte, die ausschlaggebender sind und sein können als diese Fragen nach dem Maß an erregten Emotionen, wird weder im einen noch im anderen Fall gefragt. Besonders augenfällig wird die formale Behandlung des Einstellungsinhaltes im Zusammenhang mit Ansätzen, die eine mögliche Einstellungsänderungswirkung eines "reinforcement within the persuasive communication" herauszufinden suchen (S. 206). Die in diesen Untersuchungen benutzten Verstärker bestanden entweder aus unmittelbar in die Mitteilung eingebauten Verstärkern für die dort geäußerte Ansicht (z. B. WEISS 1962), in verbaler Verstärkung, falls die

Einstellung vom Rezipienten geäußert wird, die gelernt werden sollte (vergleiche EKMA, 1958; HILDUM and BROWN, 1956 und INSKO, 1965) oder aber darin, daß das Hören politischer Slogans von gleichzeitiger angenehmer oder unangenehmer "irrelevant activity" begleitet wurde (vergleiche JANIS, KAYE und KIRSCHNER, 1965). In keinem Fall stand die Verstärkung in einem bewußt sinnvollen Zusammenhang zum Inhalt der Mitteilung, zum Gegenstand der Einstellung. In keinem Fall wurde die verstärkende Wirkung der Mitteilung selbst, also des angesprochenen Gegenstandes untersucht. Man gewinnt den Eindruck, daß sich den amerikanischen Forschern stattdessen das Problem stellt: Wie kann ich beliebige Einstellungen konditionieren?

Auch die zweite der Variablen-Unterklassen der "Message-Variable": "Inclusion and Omission" beinhaltet Untersuchungen hinsichtlich der Wirksamkeit bestimmter Stilmerkmale einer Argumentation (S. 208 ff). So stellt sich die Frage, was ist effektiver, den Schluß aus den Argumentationen selbst zu ziehen oder es dem Rezipienten zu überlassen, diesen Schluß zu ziehen? Ferner stellt sich die Frage nach der größeren Effektivität von "onesided versus twosided communication" sowie die, ob Wiederholung eines Argumentes größere Effektivität zeitigt als einmalige Artikulation. Auch hier scheint der Inhalt der Einstellung beliebig, die Bedeutung des Objektes für das Subjekt belanglos. Und obwohl auch hier keine allgemeinen, relativ situations- und damit objekt- bzw. inhaltsunabhängigen Ergebnisse festgestellt werden konnten, wird die Illusion, man könne mit der richtigen Darbietungs m e t h o d e jede beliebige Einstellung 'verkaufen', nicht hinterfragt.

Ganz ähnlich sieht es in der Faktorenklasse "order of presentation" aus. So stellt sich der Attitüden-Forschung z. B. folgende Frage: "we ask whether the message epousing a given side

has greater persuasive impact when it precedes or follows the message arguing for the opposit side (S. 214 f).

Die Ergebnisse sind uneindeutig, die Interpretationsversuche vielfältig aber ausnahmslos formal. Man muß sich tatsächlich fragen, ob die Forscher die Frage nach der Wirkung inhaltlicher Aspekte einer Argumentation für irrelevant oder für unbeantwortbar halten. Tatsächlich wird sie nicht gestellt. Die Wissenschaft Psychologie bemüht sich hier ausschließlich um verfeinerte Methoden, mit denen beliebige Einstellungen beliebig verändert werden können.

Es soll und kann an dieser Stelle nicht etwa die prinzipielle Wirkungsmöglichkeit solcher formalen, methodischen Aspekte beispielsweise auch der Darbietung einer Mitteilung in Frage gestellt werden. Sicher kann man davon ausgehen, daß ein und dieselbe Mitteilung je nach ihrer Darbietungsweise unterschiedlichen Effekt haben wird. Gleichzeitig aber halten wir es aus verschiedenen Gründen für kritikwürdig, daß die Forschungsansätze in diesem Problemzusammenhang ausschließlich formale Variablen berücksichtigen und die Bedeutung des Inhaltes einer Mitteilung beispielsweise aus ihren Untersuchungen ausschließen. Zunächst muß wiederholt werden, daß es gerade angesichts der Fülle von unzusammenhängenden und sich oft widersprechenden Ergebnissen im Bereich der "Message-Variable" unverständlich bleibt, wieso dennoch der inhaltliche Aspekt dieser Variable ausgeklammert bleibt. Es müßte und könnte überprüft werden, ob und wenn ja welche inhaltlichen Aspekte unterschiedliche Bedingungen für Art und Umfang einer Einstellungsveränderung darstellen (selbstverständlich auch im Wirkungszusammenhang mit formalen Aspekten und/oder anderen Variablen). Dabei erschiene es sehr sinnvoll, nicht blind empiristisch vorzugehen, sondern aus den objektiven wesentlichen Unterschieden der betrachtenden Einstellungsgegenstände und besonders ihrer Bedeutungen für das Subjekt Hypothesen im Hinblick auf die Einstellungsver-

Ändernde Wirkung entsprechender 'Mitteilungen' zu machen.

Aber unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen die Vernachlässigung einer möglicherweise wissenschaftlich zentralen Variable, sondern auch gegen das wissenschaftstheoretische und erkenntnistheoretische Verständnis von Einstellungsbeeinflussung, welches sich in dieser formalistischen Tendenz amerikanischer und westdeutscher Forschung ausdrückt: Da ausschließlich Möglichkeiten zur größeren Effektivierung der Beeinflussung von Einstellungen (unabhängig von ihrer Richtung und ihrem Inhalt) erforscht werden, drängt sich die Vermutung auf, der Inhalt werde als beliebig und austauschbar angesehen. Eine solche Psychologie liefert Ergebnisse für jede Art von Manipulation, denn gerade indem sie den Inhalt ausklammert und allgemeine Effektivierungsmöglichkeiten erforscht, liefert sie die Voraussetzung für eine Beeinflussung in jede Richtung. Da hier nicht davon ausgegangen wird, daß die wirkliche Bedeutung des Objektes für das Subjekt letztlich ausschlaggebend ist bzw. sein müßte, wenn diese Einstellungen das tatsächliche Einstellungsverhältnis widerspiegeln sollen, wird die politische Einstellung zum Spielball raffinierter Einflußmethoden. Nun dürfte an dieser Stelle eingewendet werden, daß aber der Inhalt von Mitteilungen, etwa die Bedeutung des Einstellungsgegenstandes, empirisch nachweisbar in ihrer Effektivität für die Einstellungsänderung hinter den formalen Einflußvariablen zurückbleibt. Tatsächlich scheinen die rein formalen "Message-Variablen" (und auch andere; siehe später) oft bei dem betreffenden Menschen Veränderungen willkürlicher Art erzielen zu können. Es ist sicherlich in der gesellschaftlichen Realität beispielsweise der USA tatsächlich so, daß der reale Inhalt einer Mitteilung wirkungslos ist und formale sowie objektirrelevante Aspekte den Ausschlag geben. Wie wir noch zeigen werden, ist aber gerade dies eine Folge der mangelnden politischen Informiertheit und Interessiertheit (siehe Kapitel d). Nur wenn kognitiv und emotional die objektive Bedeutung

des politischen Sachverhaltes für die eigene Person erfahren und wahrgenommen wird, kann der objektive Inhalt als solcher Einfluß gewinnen auf die Einstellungen der Betroffenen - und zwar mehr oder weniger unabhängig von der Art und Weise der Darbietung der Mitteilung. Der formalistische Ansatz der lerntheoretischen Attitüden-Forschung wird diesem notwendigen Prozeß jedoch in keiner Weise förderlich sein. Vielmehr ist er eine genaue subjektivistische Widerspiegelung des apolitischen Bewußtseins der Bevölkerung und des bis zur totalen Beliebigkeit der Inhalte verzerrten pluralistischen Politikverständnisses der Gesellschaft, zu der diese Bevölkerung und ebenso diese Forscher gehören (vergleiche B III).

3.4 Darstellung und Diskussion eines alternativen Ansatzes

Ein erster Ansatz, das Verhältnis zwischen den formalen und inhaltlichen Variablen der "Message" anders, nämlich als dialektisches Verhältnis mit der Priorität des Inhaltlichen zu sehen, zeigt sich etwa bei BISKY (1971), der seinem Kapitel "Kommuniqué" die Bemerkung voranstellt: "In diesem Abschnitt wollen wir einige sozialpsychologische Erkenntnisse, die bei der methodischen Gestaltung des Kommuniqués (Sendung) berücksichtigt werden sollten, vorstellen. ... Im Vordergrund stehen also methodische Probleme der Effektoptimierung" (S. 182). BISKY ist sich also des formalen Charakters dieser Kommunikationsvariablen bewußt. Sein einstellungsveränderndes Ziel hat er vorne angestellt: Seine "Intension ist es, die ideologischen Überzeugungen, die Bildung sozialistischer Einstellungen bei Jugendlichen zu beeinflussen" (S. 177). Die Notwendigkeit zur Erforschung von methodischen Variablen im Beeinflussungsprozeß begründet BISKY mit dem "Ziel, hoch-effektive Strategien der sozialistischen Erziehungs- und Propagandaarbeit herauszuarbeiten (S. 176). Nun könnte man ver-

muten, dieser Ansatz unterscheide sich von den oben dargestellten und kritisierten Ansätzen nur dadurch, daß der Inhalt, das Ziel der Beeinflussung festgelegt wird. Die Effektivisierungsmethoden der Beeinflussung aber - so könnte man hypostasieren - sind dieselben. Betrachtet man jedoch die Aspekte, die BISKY unter dem Titel "methodische Gestaltung eines Kommuniqués" aufführt, so zeichnet sich ein deutlicher Unterschied ab. Wir wollen die Hauptthesen BISKYs zitieren, um unsere Behauptung belegen zu können:

"1. Das Kommuniké sollte an vorhandenen Einstellungen anknüpfen ... Für uns gilt: Von den Einstellungen des Publikums ausgehen, um das Publikum (und damit dessen Einstellungen) im Sinne der intendierten sozialistischen Zielstellung zu verändern" (S. 182 f).

"2. Das Kommuniké sollte stets neue Informationen vermitteln ... neue Elemente und Beziehungen aufgezeigt werden, die zur vielseitigen Erkenntnis und weiteren Klärung des Problems beitragen" (S. 183).

"3. Das Kommuniké muß zu einer wertenden Stellungnahme anregen. ... Nur wenn der Wert oder Unwert ... erkannt und persönlich akzeptiert wird, ist die Voraussetzung für eine Einstellungsveränderung gegeben" (S. 183 f). "Fehlt der Bezug zu konkreten Lebenssituationen oder wird dieser nicht erkannt, so fällt ein wichtiger Faktor der Einstellungsbildung aus" (S. 184).

"4. Das Kommuniké sollte folgenden Kriterien genügen:

- Es sollte folgerichtig aufgebaut sein. ...
- Seine Bedeutung und Praxisbeziehung ist klarzumachen.
- Es sollte situationsgemäß sein....
- Es sollte auf das intellektuelle Niveau und auf den allgemeinen Erfahrungsschatz der jugendlichen Kommunikanten abgestimmt sein ...
- Es sollte allgemeinverständlich, einfach und klar überschaubar sein ." (S. 184).

"5. Das Kommuniké sollte Aussagen von Experten einbeziehen" (S. 185).

"6. Die Argumentation (sollte) lebendig, ideenreich, mit fundierter Problemsicht geführt werden" (S. 185).

Es handelt sich bei den von BISKY so angeführten Variablen des "Message Factors" zwar ebenfalls um keine spezifisch inhaltlichen Aspekte. Jedoch können folgende Feststellungen getroffen werden:

Alle der angeführten 'Methoden' sind insofern keineswegs rein formal und vom Inhalt unabhängig, als sie gerade auf diesen Inhalt hinzielen. Es geht hier nicht um die Frage, wie konditioniere ich Rezipienten auf bestimmte (hier sozialistische) Einstellungen? (Wobei dann das Erfolgsergebnis ausschließlich darin gesehen würde, daß der Rezipient diese Einstellung übernimmt, sie von sich aus auch äußert.). Hier bei BISKY werden nicht Methoden gesucht, die 'prinzipiell bei jedem Inhalt wirken'. Vielmehr werden Methoden gesucht, die erstens den Inhalt des Einstellungsobjektes und der gewünschten Einstellung klarmachen, verdeutlichen, begreifbar machen (Punkt 2, 3, 4, auch 5 und 6), und die zweitens die persönliche Bedeutung des Objektes und der bestimmten Wertung dieses Objektes erfahrbar, nachvollziehbar machen (Punkt 1, 3, 4, 6). Die rein formalen Fragen z. B. der Struktur, des Aufbaus, des Stils, des Kommunikés oder auch der interessanten Gestaltung sollen hier helfen, den Inhalt, d. h. das Objekt und seine tatsächliche Bedeutung für das eigene Leben erkennbar und erlebbar zu machen. Losgelöst von dem Inhalt, als Methoden 'an sich' sind sie hier weder gefragt noch sinnvoll.

Obwohl sicherlich noch weit bessere Einbeziehungen der inhaltlichen Aspekte der "Mitteilung" in die Attitüden-Forschung und außerdem eine entsprechende Berücksichtigung der objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses, hier besonders des Einstellungsgegenstandes, denkbar wären, scheint uns dieser Ansatz von BISKY bereits ein deutlicher Fortschritt in Richtung auf eine Attitüden-Forschung zu sein, die nicht versucht, Handlangerdienste für beliebige Beeinflussungspraktiken etwa auch im politischen Bereich zu sein, sondern die die reale

Bedeutung politischer Sachverhalte an den Anfang ihrer Ansätze zur Untersuchung der Bedingungen zur Beeinflussung bestehender Einstellungen stellt.

c. Das Subjekt der politischen Einstellung;
die Rolle, Bedeutung und Berücksichtigung des Einstellungs-
subjektes der politischen Einstellung innerhalb der Attitüden-
Forschung

1. Die Bedeutung und Spezifik des politischen Subjektes für
die Einstellungsmessung

Zunächst fällt auf, daß insgesamt bei der Konstruktion von Instrumenten zur Erfassung politischer Einstellungen der Frage nach dem Subjekt, vor allem der Frage nach der möglichen differenziellen Einstellung spezifischer Subjekte bzw. einer spezifischen Subjektgruppe im Hinblick auf bestimmte Einstellungsgegenstände wenig Beachtung geschenkt worden ist. Dies zeigt sich zunächst in der Wahl der Eich- bzw. Untersuchungsstichproben. Von den unter diesem Aspekt betrachteten Skalen finden sich 24, bei denen eine, z. T. auch recht umfangreiche, repräsentative Stichprobe der amerikanischen Bevölkerung (oder bestimmter regional begrenzter Bevölkerungsteile) zugrunde lag. Bei 14 Skalen arbeiteten die Forscher mit den in der psychologischen Forschung so häufig gebrauchten Studentenstichproben von z. T. zahlenmäßig sehr begrenztem Umfang.

Einige Forscher untersuchten dagegen gezielt bestimmte Bevölkerungsgruppen (z. B. "Party-Leaders" bei McCLOSKEY, 1967; "family heads" bei MORGAN, SIRAGELDIN und BAERWALDT, 1966; oder auch "industrial working class community" und "white collar, middleclass community" bei AGGER, GOLDSTEIN und PEARL, 1961).

Bei der Konstruktion eines Instrumentes, das politische Einstellungen gegenüber einem bestimmten Bereich oder Gegenstand der Politik erfassen soll, geht die Mehrzahl der Forscher von folgendem globalen Ansatz aus: Die Einstellung soll entweder möglichst repräsentativ für die gesamte Bevölkerung erfaßt werden, oder aber sie wird an einer gerade günstig ver-

fügbaren Gruppe gemessen (z. B. Psychologiestudenten) und dann verallgemeinert. Die Frage nach einer differenziellen Betrachtung politischer Einstellungen je nach dem betroffenen Subjekt stellt sich in der Attitüden-Forschung zunächst kaum (sie kommt, wie wir sehen werden, im Nachhinein durch die Analyse von Kontroll- und Außenvariablen, durch Validierungsuntersuchungen etc. wieder herein.) Bei der Konstruktion und Operationalisierung der politischen Einstellung geht man also grundsätzlich davon aus, daß man glaubt, eine 'allgemeine Einstellung gegenüber einem Objekt' erfassen zu können: Die verschiedenen Ausprägungsgrade der Einstellung ergeben jeweils den für ein bestimmtes empirisches Subjekt (den jeweils Befragten) gegebenen Einstellungswert. Jedes Einstellungsitem bringt einen möglichen Ausprägungsgrad der Bewertung des politischen Objektes durch ein Subjekt zum Ausdruck. Die Zustimmung des empirischen Subjektes mit so einer Aussage bedeutet also, daß das empirische Subjekt eben diese spezifische Wertung des angesprochenen Objektes teilt. Eine Skala bietet ja scheinbar jeweils die ganze mögliche Breite von positiven und negativen Bewertungen, so daß jedes empirische Subjekt seine persönliche Einstellungsausprägung vorfindet.

Diese Vorstellung geht jedoch von einer Annahme aus, die unseres Erachtens wesentliche Aspekte vernachlässigt:

Die Zustimmung eines empirischen Subjektes mit einer spezifischen Wertungsaussage eines 'theoretischen Subjektes' bezüglich eines Objektes bedeutet nur dann eine Übereinstimmung von Intension, Inhalt und Ausprägung der Einstellung, wenn das empirische Subjekt mit dem 'theoretischen Subjekt' real übereinstimmt. Das heißt konkret, nur wenn das 'empirische Subjekt S^x ' für sich selber eine Übereinstimmung mit dem 'theoretischen Subjekt S^0 ' annimmt (z. B. hinsichtlich der Bewertungskriterien), sich also mit S^0 identifiziert, dann bedeutet Zustimmung gleichzeitig auch reale Einstellungskonsonanz. Identifiziert sich dagegen S^x nicht mit S^0 , so ist nicht auszumachen, ob eine Zu-

stimmung bedeuten soll: "das ist auch meine Meinung" oder aber "für S^0 dürfte das wohl die angemessene Meinung sein" und umgekehrt. Eine solche Unklarheit besteht beispielsweise bei dem Item "The gains that workers have made in this country are chiefly due to labour unions" (Opinion Research Corporation, 1960, "Attitude toward Government, Large Companies and Labour Unions"). Bedeutet Zustimmung hier: Wertschätzung der Gewerkschaften und der "gains" oder aber die Meinung, vom Standpunkt der Arbeiter aus seien die Gewerkschaften wertvoll? Die Interessenspezifität des explizit genannten 'theoretischen Subjektes S^0 ' wird somit ebensowenig in Rechnung gestellt wie die des 'empirischen Subjektes S^X ' und die sich damit ergebende Frage, ob diese identisch sind hinsichtlich der Bewertungskriterien und dem Interesse an dem gegebenen Objekt der Einstellung.

Der Befragte wird damit unter Umständen zu einem ihm an sich fremden Bewertungsmaßstab für seine Bewertung einer politischen Sachlage gezwungen: eine Einstellungsäußerung, die die Sache von seiner Situation her, von seinen Interessen aus bewertet, steht unter Umständen nicht zur Verfügung und ist deshalb nicht möglich. Der gegebenen Zustimmung oder Ablehnung ist dies aber nicht mehr anzusehen. Durch die erzwungene 'Scheidentifikation' geht damit zum einen wesentliche Information verloren. Zum anderen wird die beim amerikanischen und westdeutschen Forscher offensichtlich vorhandene Illusion von der 'allgemeinen Einstellung', der allgemein möglichen Beurteilungsweise eines Sachverhaltes scheinbar bestätigt und somit nicht in Frage gestellt.

Nun ist aber normalerweise das theoretische Subjekt S^0 innerhalb eines Items nicht explizit geklärt und ausgesprochen, sondern nur implizit enthalten. Entweder handelt es sich um pauschale Einstellungsäußerungen, bei denen das explizite Subjekt sehr abstrakt und allgemein gehalten ist (als "Menschheit", "Nation", "Staat", "System", "Wir" oder einfach als unbenennbare große Gruppe). Oder es steht implizit aber ungenannt ein recht

spezifisches Subjekt hinter der Einstellungsäußerung des Items. Im letzten Fall kommt es darauf an, ob das empirische Subjekt S^X das implizite theoretische Subjekt S^0 richtig rekonstruieren kann. Ist dies der Fall, so gleicht diese Situation dem oben beschriebenen Fall des explizit benannten spezifischen theoretischen Subjektes.

In den weitaus meisten Fällen bleibt das implizite theoretische Subjekt des Items abstrakt. Hier wird die Frage: 'echte Zustimmung oder Urteil aus fremder Sicht?', Identifikation oder nicht? dadurch kompliziert, daß zusätzlich völlig offen bleibt, wie das empirische Subjekt dieses abstrakte theoretische Subjekt interpretiert und auffaßt. So dürfte die jeweilige Zustimmung oder Ablehnung des Items "The government should do a lot more to regulate the activities of labour unions" (Opinion Research Corporation, 1960) nicht nur von der politischen Einstellung gegenüber diesem politischen Sachverhalt, sondern auch davon abhängen, welches Subjekt der Befragte in diesem Item vermutet, welche Interessen er in diese Aussage hineininterpretiert. Gemessen an den Interessen der Arbeiter wird er das Item ablehnen. Gemessen an den Interessen der Unternehmer wird er dem Item zustimmen. Es bleibt aber bei jeder Antwort völlig unklar, ob er z. B. zustimmt, weil er sich mit dem theoretischen Subjekt 'Unternehmer' identifiziert oder aber, ob er z. B. als Arbeiter meint, diese Äußerung gäbe richtig die Interessen der Unternehmer wider.

Aber nicht nur auf der Ebene des einzelnen Items bestehen hier weitreichende methodische und theoretische Probleme. Innerhalb ein und derselben Skala wechseln sehr oft die Bewertungsmaßstäbe und Kriterien, ebenso wie die Bewertungssubjekte selbst. Dadurch erfaßt eine Skala nicht etwa eine in sich einheitliche, wenn auch nicht eindeutig interpretierbare Einstellungsäußerung ein und derselben befragten Person (siehe oben). Vielmehr wird derselbe politische Gegenstand in vielen der Items jeweils anders bewertet: im Hinblick auf ein unterschiedliches Subjekt oder im Hinblick auf unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe (die

sich im Zusammenhang mit dem spezifischen Subjekt und seinen Interessen am Gegenstand ableiten lassen). Als Beispiel sei hier die Skala "Attitude toward war" von STAGNER (1942) angeführt, in der z. B. folgende Items 'auf einer Ebene' nebeneinander beurteilt werden sollen:

"War is often the only means of preserving the national honor."; "War is necessary to avoid overpopulation of nations."; "The neils of war are greater than any possible benefits.". Im ersten der genannten Items wird dem Befragten der 'nationale Standpunkt', im zweiten Item ein biologischer Standpunkt und im dritten Item der Standpunkt der großen betroffenen Masse der Bevölkerung als Bewertungskriterium angeboten. Zustimmung oder Ablehnung kann in jedem Fall echte Einstellung aufgrund von Identifikation oder aber Urteil anhand fremder Interessen bedeuten. Durch diese Uneinheitlichkeit innerhalb der Skala verwischen sich die Einstellungsaussagen, ihre Ursachen und damit ihre Aussagekraft zunehmend.

Die Annahme eines 'Einheitssubjektes', die zum einen zu uneinheitlichen theoretischen Subjekten S^0 und uneinheitlichen Wertungsmaßstäben innerhalb ein und derselben Skala führen kann und die andererseits eine mögliche Identifikation jedes empirischen Subjektes S^X mit jedem vorgegebenen S^0 als gegeben hinstellt, erschwert jedoch nicht nur die methodische Erfassung der tatsächlichen Einstellungen eines Befragten.

Vom wissenschaftstheoretischen Standpunkt aus sowie hinsichtlich des hier zugrunde liegenden Menschenbildes muß unseres Erachtens eine grundsätzlichere Kritik angemerkt werden:

Der dargestellte 'wissenschaftliche Umgang' mit dem Einstellungs-subjekt in den Ansätzen zur Operationalisierung politischer Einstellungen stellt vor allem eine Verschleierung der Tatsache dar, daß gesellschaftliche konkret-historisch lebende Individuen eben nicht prinzipiell vergleichbar sind im Hinblick auf ihr objektives und auch subjektives Verhältnis zu bestimmten Sachverhalten der gesellschaftlichen und also auch der politischen Realität. Schon am Wechsel der Bewertungsmaßstäbe (bedingt u. a.

durch den Wechsel der mit spezifischen Interessen ausgestatteten theoretischen Subjekte ein und desselben Fragebogens), konnte gezeigt werden, daß die Annahme einer eindimensionalen Wertung eines Sachverhaltes, auf der schließlich jede Einstellungsmessung durch eine Skala oder einen Fragebogen beruht, eine Illusion ist: Verschiedene empirische Subjekte bewerten - je nach ihren entsprechenden Interessen - ein und denselben Sachverhalt nicht nur unterschiedlich, sondern ihre Bewertungen stehen in unterschiedlichen Zusammenhängen und entsprechen unterschiedlichen Maßstäben. Diese Bewertungsmaßstäbe eines Subjektes für ein Objekt sind abhängig von den aktuellen und jeweils bewußten Interessen der Subjekte in bezug auf die Objekte.

Nun stellt sich die Frage: Sind diese unterschiedlichen Interessen zufällig, beliebig verteilt (wie etwa die Haarfarbe oder auch die Lieblingsfarbe eines Menschen), oder sind diese Interessen überzufällig; bestehen außerpsychologische objektive Bedingungen, die bestimmte Interessenlagen bedingen?

Daß Bewertungsmaßstäbe und Interessen im Bereich politischer Einstellungen überzufällig verteilt und zwar auf bestimmte soziale Gruppen überzufällig verteilt sind, kann schon von den einschlägigen Untersuchungen, z. B. der amerikanischen Attitüden-Forschung selbst als gesichert angesehen werden. Wie wir weiter unten ausführlich darstellen wollen, zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bewertung bestimmter besonders ökonomischer Sachverhalte und der 'sozialen Schicht'. Jedoch wird für die Fragen der Einstellungsoperationalisierung aus diesen Erkenntnissen keine Konsequenz gezogen. Die Illusion von der 'allgemeinen, prinzipiell gleichen Bewertbarkeit eines politischen Sachverhaltes durch jedes Subjekt' - unabhängig von seinen durch soziale Bedingungen objektiv vorgegebenen Interessen - und damit die Illusion vom 'allgemeinen, klassen- und interessen-unspezifischen Subjekt' werden deshalb nicht etwa infrage gestellt.

So ist es z. B. auch nicht verwunderlich, wenn ROBINSON eine

Skala, die sich "Conservatism-Radicalism Battery" nennt (CENTERS 1949) und die sehr stark zwischen "white collar" and "blue collar workers" differenziert, dahingehend kommentiert, daß hier nicht die Konservatismus-Radikalismus-Einstellungsdimension erfaßt wird, sondern vielmehr die Identifikation des Beurteilers mit Arbeitern bzw. Unternehmern (vergleiche S. 102). Tatsächlich aber fällt die Zustimmung zu den von CENTERS konstruierten Items gegensätzlich aus, je nachdem, ob der Befragte das Item vom Standpunkt des Arbeiters oder Unternehmers aus beurteilt (z. B. "Do you agree or disagree that America is truly a land of opportunity and that people get pretty much what is coming to them here?"; vergleiche ROBINSON et al 1972, S. 104). Das ist keine im Grunde unentscheidbare und beliebige Geschmacksfrage; sondern es sieht eben objektiv - gleichgültig ob von den Klassensubjekten auch konstatiert - so aus, daß das kapitalistische Land der USA für bestimmte sehr begrenzte Bevölkerungsteile tatsächlich "das Land der unbegrenzten Möglichkeiten" geblieben ist. Für die Mehrheit, die arbeitende Bevölkerung wären dagegen Gesellschaftsverhältnisse denkbar, die weit mehr ökonomische, politische Möglichkeiten, größere Bildungschancen und größere psychische und physische Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeit bieten.

Kurz gefaßt, tendieren Arbeiter nicht deshalb zu stärkerer "Progressivität", wenn es um "social welfare" - Items geht (vergleiche CAMPBELL et al, 1960, ROBINSON et al, 1972), weil sie das eben als so wichtig ansehen, sondern: sie sehen das als so wichtig an, weil es ihre realen, objektiven Interessen betrifft. Was CENTERS mit seiner oben erwähnten Skala gelungen ist - nämlich eine tatsächliche Berücksichtigung der konkret-historischen Situation und Klassenlage der Beurteiler durch eine entsprechende Thematisierung und Polarisierung der Klasseninteressen durch die theoretischen Subjekte S^0 der Items - ist keineswegs ein Mangel. Vielmehr muß der üblichen Itemkonstruktion die Nivellierung und Verschleierung unterschiedlicher Interessen der empirischen Subjekte S^x und/oder der Zwang zur Schein-

Identifikation, zur Beantwortung im Sinne fremder Interessen (siehe oben) angelastet werden.

2. Soziale Gruppenvariablen als Kontrollvariablen in den Ansätzen zur politischen Einstellung

Als häufigste und regelmäßig untersuchte Kontrollvariablen tauchen in den einschlägigen Untersuchungen die sozialen (und ähnliche) Variablen auf: ROBINSON et al fassen die Ergebnisse der politischen Attitüden-Forschung hinsichtlich verschiedener Außenvariablen zusammen. Es geht der Attitüden-Forschung dabei um die Erfassung "comparative distributions of attitudes among different demographic and social groups in America ... " (S. 38).

Die Einschätzung der Autoren hinsichtlich der Bedeutung der "different demographic und social groups"-Variable für die politischen Einstellungen dieser 'Gruppenangehörigen' gibt folgendes Zitat wider: "Such findings do not necessarily imply that variables like education, social economic status, ethnic origin, age, sex, religion or political party preference are causal or explanatory factors in and of themselves. However, experiences and self-perceived interests of individuals in these various categories have been sufficiently different to result in significantly different views on a number of public issues" (S. 38).

Auf die hier ausgedrückte wissenschaftliche Einschätzung dieser soziologischen und anderen Außenvariablen für die politische Einstellung bestimmter sozialer Gruppen werden wir weiter unten ausführlicher eingehen. Festgehalten sei hier zum einen, daß die Untersuchung dieser Variablen einen recht großen Raum in der politischen Attitüden-Forschung einnimmt, ihre Bedeutung offensichtlich recht hoch eingeschätzt wird. Zum zweiten deutet

sich hier die wissenschaftstheoretische Sichtweise dieser Bedeutung an: die unterschiedlichen Bedingungen in den Erfahrungsmöglichkeiten sowie in den wahrgenommenen eigenen Interessen dieser Gruppen führen zu unterschiedlichen Sichtweisen der politischen Sachverhalte.

Anhand der Ergebnisse und einer Analyse der Forschungsansätze zum Problem sozialer Außenvariablen im Zusammenhang mit politischen Einstellungen kann diese Sichtweise auf ihre wissenschaftliche Tragfähigkeit und Aussagekraft hin untersucht werden.

"Educational Groups"

Das unterschiedliche Bildungsniveau (in den Untersuchungen wird oft zwischen Bildungsniveau-Gruppen unterschieden, z. B. zwischen den Akademikern und denen, die nur die schulische Grundausbildung abgeschlossen haben) ist eine der Variablen, die in bezug auf politische Einstellungen, besonders aber im Hinblick auf die kognitiven Voraussetzungen und Aspekte politischer Einstellungen durchgehend eindeutige Unterschiede zwischen den Extremgruppen bzw. Korrelationen zeigen.

Das Bildungsniveau korreliert mit politischem Interesse (siehe unten), mit der Bereitschaft, Meinungen zu äußern, mit dem Stabilitätsgrad sowie dem Abstraktheitsgrad der politischen Einstellungen (siehe unten). Gebildete nehmen eher politisch nationale wie internationale "issues" wahr, sind besser über sie informiert (siehe unten) und zeigen darüber hinaus stärkeres politisches Informationsbedürfnis (siehe unten). Ein weiterer nicht unwesentlicher Unterschied besteht darin, daß höher Gebildete "have been more apt to consider particular issues or events in broader more general and more abstract contexts, as related to other issues and principles, and to objectives or styles of public policy; they have also been more apt to perceive practical implications of alternative policies ...". (ROBINSON et al, 1972, S. 39). Die "Grade Schoolers" neigen dagegen dazu, jedes Ereignis isoliert wahrzunehmen ohne Berück-

sichtigung des historischen Hintergrundes sowie langfristiger Implikationen.

Wenig Zusammenhang mit der Bildungsvariable zeigte sich vor allem bei solchen politischen Sachverhalten, bei deren Bewertung kognitive und langfristige Betrachtungen relativ unwichtig waren, in denen vielmehr humane und ähnliche Motive ausschlaggebend waren und vor allem immer dann, wenn es um einen direkten ökonomischen oder anderen Vorteil des Befragten geht.

Inhaltlich schlagen sich die Unterschiede der Bildungsgruppen am deutlichsten in der Außenpolitik nieder. In innenpolitischen Fragen, besonders Fragen des "social welfare" zeigen die ungebildeteren und damit unterprivilegierten Schichten eher 'liberale' Einstellungen. Hinsichtlich der Frage des Aktivitätsgrades (siehe unten), der politischen Engagementbereitschaft (siehe unten) weist MILBRA TH auf den eindeutigen und starken Zusammenhang mit dem Grad der Bildung hin (MILBRA TH, 1972, S. 54 ff und S. 122 ff). Auch in der westdeutschen Untersuchung von JAIDE aus dem Jahre 1970 zeigen sich eindeutige Tendenzen hinsichtlich der Variablen "politisch-historisches Wissen", "informativische Aktivität", "politische Aktivität", "Intelligenz" sowie der Meinungsfaktoren "liberal versus konservativ" (vergleiche JAIDE, 1970).

Die Bedeutung und der Wirkungsumfang des allgemeinen Bildungsniveaus für die politische Einstellung in den oben angeführten vornehmlich kognitiven Aspekten der Einstellungsbildung ist in der Attitüden-Forschung unbestritten. So faßt MILBRA TH die Aussagen des Werkes "The Civic Culture" von ALMOND und VERBA (1963) wie folgt zusammen: "(1) the more educated person is more aware of the impact of government on the individual than is the person of less education ...

(2) The more educated individual is more likely to report that he follows politics and pays attention to election campaigns than is the individual of less education ...

(3) The more educated individual has more political information ...

(4) The more educated individual has opinions on a wider range of political subjects; the focus of his attention to politics is wider ...

(5) The more educated individual is more likely to engage in political discussion ...

(6) The more educated individual feels free to discuss politics with a wider range of people. Those with less education are more likely to report that there are many people with whom they avoid such discussions ...

(7) The more educated individual is more likely to consider himself capable of influencing the government; this is reflected both in responses to questions on what one could do about an unjust law and in respondent's scores on the subjective competence scale. The above list refers to specifically political orientations, which vary the same way in all five nations. In addition, our evidence shows that ...

(8) The more educated individual is more likely to be a member - and an active member - of some organization and ...

(9) The more educated individual is more likely to express confidence in his social environment: to believe that other people are trustworthy and helpful". (MILBRATH, 1972, S. 122 f). Es kann also z. B. mit CAMPBELL festgehalten werden: "... The over relationship of education and political interest is impressiv" (S. 20). Dabei muß jedoch betont werden, daß diese Beziehung ihren Niederschlag kaum in konkreten Inhalten und Richtungen politischer Einstellung findet, sondern schwerpunktmäßig nur in abstrakten, formalen inhaltsunspezifischen vornehmlich kognitiven Aspekten und Verhaltensweisen. Wo sich jedoch auch inhaltliche Unterschiede feststellen lassen, zeigt sich deutlich deren Abhängigkeit von formal-kognitiven Fähigkeiten (z. B. die Tendenz zu konservativen außenpolitischen Einstellungen der Weniger-Gebildeten oder ihre stärkere Tendenz zu Fatalismus und Pessimismus "about the future"; ROBINSON et al, 1972, S. 41).

Diese Tatsache ist unseres Erachtens sehr wichtig und muß in

die weitere Diskussion über die allgemeinen Ursachen der Bedeutung der sozialen Gruppen-Variablen und über die Bedeutung von Wissen, Bildung und Rationalität für die politischen Einstellungen, ihre Richtung und Struktur eingehen (vergleiche die nächsten Abschnitte dieses Kapitels).

"Socio-Economic-Status"

⁷²
ROBINSON et al stellen fest: "Income, standard of living and particularly occupation have been so closely linked with education that it is difficult to determine their impacts ... It is not surprising, therefore, that correlations of income with interest, knowledge, attitudes and other behaviour toward public affairs have been for the most part in the same direction as those of education" (S. 46; vergleiche auch MILBRAITH, 1972, S. 54 ff und Seite 114 ff; JAIDE 1970). In außenpolitischen Fragen zeigt sich allerdings eine sehr viel durchschlagendere Bedeutung des Bildungsniveaus. Einkommen und Beschäftigungsart zeitigen hier kaum Unterschiede. Andererseits gibt es auch Aspekte, hinsichtlich derer nicht der Bildungsgrad die "more important variable" ist, sondern "socio-economic and occupational factors per se". So korreliert z. B. das Einkommen mit positiven Einstellungen gegenüber "economic aid to neutralists, freer trade, liberalized relation with Communist Countries" (S. 47, ROBINSON et al 1972). Besonders deutlich zeigt sich jedoch der Einfluß der "socio-economic"-Variable bei "most internal welfare and economic issues" mit Ausnahme der Bildungspolitik (S. 48). Die Autoren stellen fest: "Perceived economic self-interest seems a powerful determinant on such matters. The higher the income, the clearly more conservative the attitudes, even when such factors as education are held constant" (S. 48 f). Diese Unterschiede zwischen den ökonomischen Bevölkerungsgruppen werden als sehr groß beschrieben. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die Einstellung zu den Gewerkschaften. Während die Bildungsgruppen wenig Unterschied in ihrer Bewertung

der Gewerkschaften zeigten, "the more affluent have remained distinctly more hostile to them than have the lower economic orders" (S. 49).

Es kann also folgendes festgehalten werden: Die Variablen Bildung, Einkommen und Beruf korrelieren in der bürgerlichen Gesellschaft sehr hoch, d. h. diejenigen, die am wenigsten Einkommen haben, gehören auch meist zu den Ungebildetsten und umgekehrt. Dadurch wird eine getrennte Analyse beider Variablen erschwert. Bei den meisten Korrelationen der Variablen "Bildungsniveau" oder "Einkommenshöhe" mit politischen Einstellungsinhalten oder -Aspekten, bei denen die jeweils andere Variable nicht konstant gehalten wird, läßt sich schwer sagen, ob der sich ergebende Zusammenhang auf die geringe Bildung der ökonomisch Unterprivilegierten oder aber auf die ökonomische (und damit auch allgemeine) Unterprivilegierung der relativ Ungebildeten zurückzuführen ist.

Es zeichnen sich jedoch zwei Trends ab, die Aufschluß geben sowohl über die jeweils gesonderte Bedeutung beider Variablen als auch über das Zusammenwirken beider Gegebenheiten. Mangelnde Bildung führt für sich genommen zu einem geringen kognitiven Niveau der politischen Einstellungen: zu geringem Wissen über politische Sachverhalte in jeder Beziehung, zu geringer Fähigkeit, abstrakt politisch zu denken, Zusammenhänge zu sehen, Einstellungsstrukturen zu bilden (siehe die nächsten Abschnitte des Kapitels). Damit unmittelbar zusammenhängend ergibt sich neben dem geringen politischen Bildungsgrad die reduzierte Möglichkeit der Weiterbildung. Dazu gehören: geringes politisches Anregungsniveau im eigenen sozialen Milieu, eine starke Neigung zur Selbstselektion hinsichtlich politischer Informationen, da die Verarbeitungsvoraussetzungen fehlen etc. Weitere Folge mangelnden Wissens und mangelnden politischen Verständnisses sind sodann: Interessellosigkeit, politische Apathie (sowohl was Informationsaktivitäten als auch was aktive politische Partizipation betrifft). Mangelnde Bildung stellt also im

weitesten Sinne ein kognitives Hindernis für politische Aktivität dar. Bei Einstellungsgegenständen, die besonders abstrakt und undurchsichtig erscheinen (z. B. außenpolitische Fragen) macht sich die mangelnde "political sophistication" inhaltlich fest.

Der socio-ökonomische Status, wie ihn die bürgerliche Sozialwissenschaft definiert und operationalisiert als Einkommenshöhe, Berufsqualität etc., führt also - isoliert man diese ökonomischen Variablen von dem Bildungsniveau - im ökonomischen Bereich zu stark am eigenen ökonomischen Interesse orientierten Einstellungen. Hier zeigt sich bei der amerikanischen Bevölkerung deutlich ein ökonomisches, schichtspezifisches Interesse bzw. ökonomische Gegensätze zwischen den 'oberen' und den 'unteren' ökonomischen Bevölkerungsschichten.

Nun treten diese beiden Variablen jedoch meist zusammen auf. Dieser empirische Zusammenhang ist so stark und gewöhnlich, daß häufig die "Bildungsvariable" als Index für den sozio-ökonomischen Status angesehen wird. So formuliert MILBRA TH beispielsweise "In western industrialized societies in the mid twentieth century, SES (socio-economic-status) is generally conceived of as having three components: education, income and occupation. These three components are themselves highly intercorrelated ... including all three in a combined 'objective' index of class or status" (MILBRA TH, 1972, S. 115).

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die gesellschaftswissenschaftlichen und wissenschaftstheoretischen Implikationen dieser üblichen bürgerlichen Definition des "SES" eingehen. Obwohl diese Operationalisierung kaum gesellschaftswissenschaftliche Hintergründe aufdecken kann (vergleiche hierzu auch vor allem Beiträge des IMSF; und andere Autoren¹⁸) ist sie aber doch als empirische Beschreibungsdimension bestimmter gesellschaftlicher objektiver Erscheinungsformen zu betrachten (vergleiche auch SCHELER, H, 1958). Die erzielten Ergebnisse lassen sich deshalb auf dieser Ebene beobachteter Erscheinungsformen sozio-ökonomischer Unterschiede der bürgerlichen Gesellschaft inter-

pretieren: Die soziale-ökonomische Unterschicht zeichnet sich hinsichtlich der Inhalte und Struktur ihrer politischen Einstellungen etc. zum einen aus durch ein niedriges kognitives Niveau und geringes politisches Interesse im allgemeinen, zum zweiten aber durch inhaltlich relativ eindeutige politische Einstellungen gegenüber solchen politischen Sachverhalten, die in einem unmittelbaren Zusammenhang zu ihren ökonomischen (und anderen politischen) Interessen stehen (vergleiche z. B. hierzu auch die Aussagen CAMPBELLs zur Frage der "ideologie-versus interesseorientierten Einstellungsstruktur; siehe unten).

Neben diesen in sehr eindeutiger und allgemeiner Weise relevanten 'Außenvariablen' werden bei ROBINSON et al weitere genannt und im Zusammenhang mit ihren Ergebnissen eingeschätzt:

Alter

Diese Variable ist im Verhältnis zu den anderen genannten relativ unwichtig. Als wichtigste Alterstrends in der amerikanischen Bevölkerung dürfte das relativ geringe politische Interesse der Unter-Dreißig-Jährigen und die stärkere Tendenz zu liberalen Einstellungen (z. B. in Rassenfragen, in der Sozialpolitik) der jüngeren Bevölkerungsteile genannt werden (vergleiche hierzu ROBINSON et al, 1972, S. 50 ff).

Geschlecht

Hier zeigt sich ein allgemeiner Unterschied im politischen Interesse und der politischen Informationsbereitschaft bei Männern und Frauen. Dieser Unterschied nimmt bei Zunahme des Bildungsniveaus jedoch ab. Inhaltlich gesehen zeigen Frauen eher humanitäre, eher pazifistische und eher pro-emanzipatorische Einstellungen, sind aber in anderen Einstellungsbereichen nicht weniger konservativ als Männer; z. T. sind sie sogar konservativer (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 52 ff).

Religion

Im Unterschied zu den meisten vorigen Variablen zeichnen sich

kaum formale, inhaltsunabhängige Einstellungsunterschiede zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen ab. Vielmehr werden Unterschiede bezüglich meist sehr spezifischer Einstellungsinhalte berichtet (z. B. Entwicklungshilfe militärische Auslandshilfe, Rassenvorurteile, Kommunismus). Dabei lassen sich kaum einheitliche inhaltliche Einstellungstrends feststellen. Gegenüber den Variablen Bildung und Einkommen bleibt auch die Bedeutung der Religionszugehörigkeit weit zurück (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 54 ff).

Ethnische und rassische Gruppen

Zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen der weißen Amerikaner nahmen die früher z. T. recht großen Unterschiede in außenpolitischen Einstellungen seit Ende des 2. Weltkrieges deutlich ab. Innenpolitische Einstellungsunterschiede dieser ethnischen Gruppen korrelieren hoch mit dem jeweiligen Familieneinkommen. Auch die Unterschiede - besonders bei inhaltsunabhängigen Aspekten politischer Einstellung - zwischen Weißen und Negern hängen deutlich mit der Bildungs- und Einkommensvariable zusammen: "Given the low average education and socioeconomic-occupational status of Negroes, it is not surprising the they - as contrasted to whites - have been considerably less informed about, less interested in, less apt to ascribe importance to, and less inclined to hold opinions on, most international issues" (ROBINSON et al, 1972, S. 64).

In außenpolitischen Fragen unterscheiden sich die Neger seit einigen Jahren inhaltlich von den Weißen durch eine größere Bereitschaft zur ökonomischen und anderen Hilfe für unterentwickelte Länder.

Innenpolitisch zeigt sich bei den Negern allgemein eine starke Tendenz in Richtung auf "expansion of welfare". Verglichen mit Weißen desselben Bildungsgrades und ökonomischen Status sind diese Unterschiede jedoch sehr gering.

Bis auf wenige spezifischere Einstellungsaspekte tritt auch die Bedeutung ethnischer und rassischer Gruppenvariablen deutlich

hinter Bildungsniveau und sozio-ökonomischen Status zurück (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 63 ff).

Geographische Region

Die wesentlichsten Unterschiede dieser Art liegen in den USA zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Auch hier zeigt sich die durchschlagende Bedeutung der ökonomischen und Bildungsvariablen.

Wegen der spezifischen amerikanischen Bedeutung der Ergebnisse können wir hier auf eine nähere Darstellung verzichten.

Wahlverhalten und "Partisan Affiliation"

Wähler zeigen sich besser informiert und von durchschnittlich höherem Bildungsgrad und haben ein durchschnittlich höheres Einkommen als Nicht-Wähler. Nicht-Wähler sind dagegen an "welfare issues" interessierter als Wähler.

Ebenso sind Leute, die die republikanische Partei wählen, durchschnittlich von höherem Bildungsgrad, höherem "social, occupational and economic status" als Demokraten. Sie sind auch insgesamt die besser Informierten.

Der deutlichste Einstellungsunterschied zwischen den Wählern beider Parteien zeigt sich bei solchen Gegenständen der Sozialpolitik, die relativ unmittelbar die ökonomischen Interessen des Einzelnen sowie der gesellschaftlichen Gruppen tangieren: Gewerkschaften, Streik, Arbeitslosenunterstützung, Verstaatlichung der Industrie, Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitspolitik, Renten, sozialer Wohnungsbau, Slumsanierung etc. Hier sind also die ökonomischen Status-Unterschiede der "Party affiliation"-Gruppen ausschlaggebend. In allen anderen außen - aber auch innenpolitischen Fragen lassen sich kaum Unterschiede feststellen. (ROBINSON et al, 1972, S. 73 ff).

So konstatieren die Autoren: "... partisan differences have been much smaller than might be assumed from the public stances of their partisan leaders in congress and elsewhere" (S. 75).

Die durchschlagende Bedeutung der Außenvariablen "Bildungsgrad" und "sozio-ökonomischer Status" ist also nicht zu übersehen und von keiner der anderen möglichen Variablen übertroffen. Selbst die noch zu besprechenden Persönlichkeitsmerkmale (siehe unten) stehen im engen Zusammenhang mit eben diesen zentralen Außenvariablen Bildung und sozio-ökonomischer Status.

Es stellt sich die Frage, wie der Einfluß dieser Variablen auf Struktur bzw. Inhalt politischer Einstellungen in der Attitüden-Forschung gesehen und vor allem erklärt wird. Oben zitierten wir bereits ROBINSON et al, die davon ausgingen, daß unterschiedliche soziale Gruppen unterschiedliche Erfahrungsmöglichkeiten mit politischen Sachverhalten sowie unterschiedliche Interessen haben. Beides führe zu einer unterschiedlichen Sichtweise politischer Sachverhalte.

Diese Erklärung erscheint auf den ersten Blick plausibel und in Übereinstimmung mit den referierten Ergebnissen zu stehen. Es stellt sich jedoch die Frage, welcher Art die jeweiligen unterschiedlichen Erfahrungsmöglichkeiten sind und wie es zu diesen Unterschieden kommt. Zum weiteren stellt sich die Frage nach der Art und Ursache unterschiedlicher Interessen hinsichtlich bestimmter, besonders ökonomischer "issues". Wird die resultierende unterschiedliche Sichtweise tatsächlich aus objektiven gesellschaftlichen Bedingungen abgeleitet, als Widerspiegelung objektiver gesellschaftlicher Beziehungen und Möglichkeiten gesehen? Oder aber handelt es sich bei der Konstatierung "unterschiedlicher Sichtweisen verschiedener sozialer Gruppen in der Politik" um die Annahme zwar sozial bedingter, aber letztlich doch beliebiger Sichtweisen?

Die Behandlung bzw. Nichtbehandlung dieser Problematik im Zusammenhang mit der Konstruierung von Einstellungsfragebögen etc. legt die Vermutung nahe, daß hier z. B. mit dem Begriff "self perceived interests" nicht etwa objektive gesellschaftlich bedingte Interessen der Menschen z. B. unterschiedlicher sozialer Klassen verstanden werden, sondern vielmehr bestimmte gesellschaftlich vermittelte, aber prinzipiell beliebige Sichtweisen

politischer Sachverhalte. Aus amerikanischen und westdeutschen Ansätzen z. B. zur 'Schichten'-Theorie ist hinreichend bekannt, daß hier nicht von einer objektiven gesellschaftlichen Realität ausgegangen wird, die dem menschlichen subjektiven Bewußtsein vorgegeben ist. Vielmehr erscheint die gesellschaftliche Realität in entsprechenden psychologischen Theorien als soziales Milieu, innerhalb dessen sich das Individuum entwickelt. So erscheinen beispielsweise Interessen, Wertungen eines Menschen nicht als subjektive Widerspiegelungen der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und Beziehungen, sondern als Projektion individueller Bedürfnisse auf die vorgefundene gesellschaftliche Umwelt.

Es soll nun an dieser Stelle weder bereits auf die Interessenproblematik vorgegriffen werden (siehe unten) noch möchte ich hier explizit auf die Diskussion des Problems 'Verhältnis: Individuum - Gesellschaft' eingehen (vergleiche zu diesem Problem z. B. SEVE, 1972; DEPPE, 1972).

3. Persönlichkeitsvariablen als Kontrollvariablen zur Differenzierung des politischen Subjektes

Die erwähnten Kontrollvariablen, die häufig in Einstellungsuntersuchungen mit einbezogen werden, sind zum zweiten "Persönlichkeitsvariablen". Hier soll Aufschluß darüber gewonnen werden, ob und welcher Zusammenhang besteht zwischen bestimmten politischen Einstellungen und z. B. bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen (z. B. Intelligenz, Neurotizismus, Extraversion, Konformität etc.).

Die Erfassung von Persönlichkeitsfaktoren im Zusammenhang mit der Frage nach politischen Einstellungen kann dabei hinsichtlich ihrer methodisch-inhaltlichen Nähe zur politischen Einstellung selbst sowie hinsichtlich der von ihr erwarteten wissenschaftlichen Aufklärung unabhängig voneinander behandelt werden.

Zum einen werden in den entsprechenden Untersuchungen explizite Persönlichkeitsmerkmale operationalisiert, die keine offensichtliche "face-valide" Beziehung zu politischen Einstellungen aufweisen. Hier wird meist versucht, korrelative Zusammenhänge aufzudecken, die empirisch zwischen an sich unabhängigen Variablen bestehen (vermittelt über allgemeinere, beiden übergeordnete Persönlichkeitsfaktoren etc.). Hier einzuordnen ist z. B. die Korrelation politischer Einstellungsdimensionen mit dem IQ (vergleiche z. B. JAIDE, 1970), der "intellectuality" (vergleiche MILBRAITH, 1972, S. 87 ff), dem "Neurotizismus" (vergleiche JAIDE, 1970; EYSENCK, 1954) und der Dimension "Extraversion-Introversion" (vergleiche JAIDE 1970; EYSENCK 1954).

Z. T. zeigt sich hier kein Zusammenhang wie z. B. bezüglich der Variable "Neurotizismus" (vergleiche JAIDE, 1970, MILBRAITH, 1972). Besteht ein statistischer Zusammenhang (vergleiche z. B. die Korrelation zwischen Intelligenzfaktor und Meinungsfaktor 1 (0.48) und dem Meinungsfaktor 2 (0.45) sowie zwischen dem Faktor "Extraversion" und der politischen Engagementbereitschaft (0.21) bei JAIDE, 1970), so wird von "politisch relevanten Persönlichkeitseigenschaften" gesprochen, von Persönlichkeitseigenschaften, die bestimmte Merkmale aufweisen, die bei der einen oder anderen politischen Dimension verstärkt enthalten sind (vergleiche JAIDE, 1970).

Eine angenommenenweise größere Ähnlichkeit der betreffenden politischen Einstellungsdimension mit dem Persönlichkeitsmerkmal besteht bei solchen Merkmalen, die allgemeine Verhaltensendenzen meist im Umgang mit anderen Menschen, Werten etc. zu erfassen suchen. Oft wird hier nicht nur versucht, den korrelativen Zusammenhang aufzudecken und zu konstatieren, sondern es wird eine strukturierte Beziehung zwischen allgemeinen Persönlichkeitsmerkmalen und der spezifischen politischen Einstellung vermutet (und bei statistischem Zusammenhang als gegeben angesehen).

So interpretiert EYSENCK beispielsweise den empirisch gefundenen Zusammenhang zwischen der "tough-tender"-Dimension (t-factor; nach JAIDE: "empirische, aber skeptische versus offene, aber prinzipielle Einstellung) mit dem "radicalism-conservatism"-Faktor als "eine Projektion von Persönlichkeitseigenschaften in den Meinungsraum über soziale Prozesse" (zitiert nach JAIDE, 1970, S. 15).

Hier sind die meisten der entsprechenden Untersuchungen anzusiedeln: z. B. JAIDEs Persönlichkeitsvariable "Konservatismus, Dogmatismus", ROKEACHs "Dogmatismus Scale" (1960), die Untersuchungen zur Rigidität, Intoleranz, zum Autoritarismus, zur Dominanz (vergleiche z. B. MILBRA TH, 1972), zum "allgemeinen Zynismus", verwandt mit dem Konstrukt "trust of people" und viele mehr. Alle diese Konstrukte erfassen Verhaltenstendenzen, Einstellungstendenzen, die sich allgemein und relativ stabil im meist sozialen Verhalten einer Person zeigen und durchsetzen. Viele der von ROBINSON et al im Appendix B ("Measures of Social Psychological Attitudes") aufgezählten Skalen zu den Überbereichen "Satisfaction and Happiness", "Self-Esteem", "Alienation", "Anomia", "Authoritarianism", "Dogmatism", "Values" sind hier einzuordnen.

Zum Teil können hier recht hohe Korrelationen mit bestimmten politischen Einstellungen oder Verhaltensaspekten verzeichnet werden (z. B. korreliert JAIDEs Persönlichkeitsmerkmal "Konservatismus" mit $r = 0.58$ mit der politischen Einstellung "Konservatismus"). Zum Teil enttäuschen die Ergebnisse aber auch entsprechende Erwartungen (vergleiche z. B. MILBRA TH zur Variable "Autoritarismus oder auch die beiden Teile des ADORNOSchen Fragebogen; siehe oben).

Oft wird neben einer Zusammenhangstendenz mit politischen Einstellungen gleichzeitig ein noch engerer Zusammenhang mit bestimmten sozialen Variablen, wie z. B. Bildungsgrad oder sozio-ökonomischer Status festgestellt (vergleiche besonders die Bemerkungen bei MILBRA TH, 1972, S. 72 bis 89).

Der naheliegende Versuch, nun 'allgemeine Persönlichkeitsmerkmale', d. h. stabile Verhaltenstendenzen (besonders im sozialen Feld) mit politischen Einstellungen auf eine qualitative Stufe zu stellen, zeigt sich am deutlichsten bei den oben z. T. bereits erwähnten Skalen, die ROBINSON unter "politische Einstellungen" eingereiht hat. Z. B. messen die "International Reactions Scale" von CHRISTIANSEN (1959) und die "International Hostility Scale" von GRACE (1949) keine politische Einstellung im Sinne von Einstellungen, Wertungen gegenüber einem relativ bestimmten politischen Sachverhalt (hier Krieg), sondern eher eine allgemeinere persönliche, relativ situationsunabhängige Geneigtheit zu aggressiven oder nicht-aggressiven sozialen Auseinandersetzungsformen. Besonders deutlich tritt uns die methodisch-inhaltliche Nähe von politischen Einstellungen und im sozial-politischen Bereich relevantem Persönlichkeitsmerkmal in der Attitüden-Forschung bei den Einstellungsskalen entgegen, die die Dimension Konservatismus-Liberalismus erfassen sollen. Wie wir gesehen haben, finden sich prinzipiell drei sehr unterschiedliche Möglichkeiten der theoretischen Auffassung und Operationalisierung dieser Dimension in der Attitüden-Forschung: zum einen gilt als konservativ, was als konservativ angesehen wird (z. B. der 'Goldwater-Fragebogen'). Eine echte politische Einstellung liegt vor bei den Operationalisierungsversuchen der Rechts-Linksdimension als unterschiedliche bzw. entgegengesetzte Wertungen der gegebenen kapitalistischen Gesellschaftsform und ihrer zentralen Merkmale. Persönlichkeitsmerkmal-ähnliche Auffassungen stehen dagegen hinter den deutlich formalen, vom spezifischen politischen Objekt relativ unabhängigen Operationalisierungen nach dem Kriterium: 'Aufgeschlossenheit für Neues, für Veränderung' versus 'Festhalten am Bestehenden, Mißtrauen, Abgeneigtheit gegenüber Veränderungen'. Hierunter fallen die Skalen von LENTZ (1935), EYSENCK (1947), McCLOSKEY (1958), MORGAN, SIRAGELDIN, BAERWALDT (1966), z. T. ADORNO (1950) sowie COMREY und NEUMEYER

(1965). Auch bei den Meinungsfaktoren JAIDEs konnten solche formale Tendenzen konstatiert und aus spezifisch-theoretischer (bzw. mangelnder theoretischer) Ableitung und entsprechender methodischer Konstruktion der Items, wie der Gesamt-Skala hergeleitet werden. (Siehe oben).

Es soll hier nicht behauptet werden, "soziale Einstellungen" oder sozial relevante Persönlichkeitsmerkmale hätten keinen Einfluß auf oder besser keine Bedeutung für die politischen Einstellungen und das politische Verhalten einer Person. Es soll nicht bestritten werden, daß bestimmte gelernte relativ stabile Verhaltenstendenzen auch im politischen Bereich wirksam werden, besonders, wenn keine Möglichkeit besteht, daß die Person die Konsequenzen unterschiedlicher politischer Einstellungen oder unterschiedlichen politischen Handelns erfahren kann, wenn es also scheinbar gleichgültig ist, welche politische Einstellung oder Verhaltensweisen sie zeigt.

Wir möchten jedoch die Behauptung aufstellen, daß die Bedeutung eines bestimmten politischen Objektes - wird sie vom Individuum erkannt und erfahren - den größeren Ausschlag gibt für Inhalt, Richtung und Intensität politischer Einstellungen. So zeigt es sich, daß der "Konservatismus" der ungebildeten Schichten (siehe oben), also das Streben nach Erhalten, Beharren, einhergeht mit inhaltlich ausgerichtetem "Radikalismus" derselben unterprivilegierten Schichten, wenn es um Einstellungen gegenüber politischen Sachverhalten geht, die ihre Unterprivilegiertheit besonders im ökonomischen Bereich betreffen und bedingen.

Andersherum zeigen die gebildeten privilegierten Bevölkerungsteile der USA zwar allgemein ein dynamisch flexibles, veränderungsfreudigeres Verhalten, sind aber "stockkonservativ", wenn es um das Festhalten des bestehenden Gesellschaftssystems und ihrer Privilegien geht.

Hier zeigt es sich deutlich, daß politische Einstellungen gegenüber einem bestimmten politischen Sachverhalt und sozial relevante Verhaltenstendenzen oder Persönlichkeitsmerkmale zusammenfallen

können in ihrer formalen Struktur, daß sie aber ebenso divergieren können - je nach wahrgenommener Bedeutung des inhaltlichen Aspektes, des politischen Objektes. Es erscheint uns deshalb falsch, politisch relevante Persönlichkeitseigenschaften und politische Einstellungen identisch setzen zu wollen, zwischen ihnen etwa nur quantitative Unterschiede zu sehen. Vielmehr wird die Persönlichkeitseigenschaft als vom konkreten Inhalt relativ unabhängige Verhaltenseigenschaft definiert. Die politische Einstellung jedoch definiert sich explizit inhaltlich: Als Ergebnis der subjektiven Widerspiegelung des objektiven Einstellungsverhältnisses in der Person S, als stellungnehmende Wertung gegenüber einem Sachverhalt O.

Die sich hier abzeichnende Tendenz, das Subjekt vom Gegenstand und Inhalt der Einstellung zu trennen, ist neben der bereits oben ausführlich dargestellten ahistorischen Betrachtung des Subjekts und der Annahme der prinzipiellen Beliebigkeit seiner subjektiven Interessen, das zweite wesentliche Charakteristikum der spezifischen Behandlung des Einstellungssubjektes in den wissenschaftlichen Forschungsansätzen der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung. Diese Tendenz zeigt sich besonders deutlich auch in den noch darzustellenden Ansätzen zur Einstellungsänderung (siehe unten).

4. Das Subjekt in den Ansätzen zur Veränderung von Einstellungen

Unter dem Oberbegriff "Receiver Factors" faßt McGUIRE die Untersuchungen und Fragestellungen der amerikanischen Attitüden-Forschung zusammen, die die Rolle des Subjektes bzw. einen seiner Aspekte für den Einstellungs-Änderungs-Prozeß thematisieren.

Neben Ansätzen zum Problem der Bedeutung aktiver Beteiligung des Subjektes, wie an anderer Stelle dieser Analyse behandelt

werden sollen (vergleiche B II f), geht es hier in erster Linie um die Frage einer generellen Persönlichkeitsvariable "Beeinflußbarkeit", die sich als allgemeine Verhaltenstendenz eines Individuums durchsetzt und als meßbares Persönlichkeitsmerkmal erfassbar ist.

Eine ebenfalls im Zusammenhang mit der Rolle des Einstellungs-subjektes relevante Fragestellung ist die nach der Bedeutung der beim Subjekt bereits vorhandenen Einstellungen. Untersuchungen zu dieser Problematik finden sich bei McGUIRE unter den Kapiteln "Source Variable"; "Message Variable" sowie "Destination Variables".

4.1 Die Beeinflußbarkeit als generelles Persönlichkeitsmerkmal

Bei der Frage, welche Aspekte der Persönlichkeit des Einstellungssubjektes im Hinblick auf eine mögliche Einstellungsänderung relevant sein könnten, konzentriert sich die Aufmerksamkeit der amerikanischen Attitüden-Forschung offensichtlich zunächst auf das Problem, ob es Persönlichkeitsmerkmale gäbe, die als solche ganz allgemein Einstellungsveränderungen hemmend oder aber fördernd entgegenstehen. Hinsichtlich des so postulierten Konstruktes "Beeinflußbarkeit" wird formuliert: "will people, who are differentially susceptible to influence in one kind of situation be ordered in like manner in other influence situations?" (McGUIRE, 1968¹⁹, S. 241). Bei einer solchen Fragestellung geht es, so betont McGUIRE explizit (vergleiche S. 241) nicht etwa darum, die Beeinflußbarkeit hinsichtlich bestimmter Sachverhalte und/oder in bestimmten Kommunikationssituationen aufzudecken. Vielmehr machten es sich die Autoren der Yale group (HOVLAND and JANIS, 1959 und andere), und die ihnen nachfolgenden Forscher zur Aufgabe, die "topic free persuability" zu erforschen.

Tatsächlich konnten auf faktoranalytischem Wege für drei Untertypen der Beeinflußbarkeit signifikante generelle, wenn auch sehr

wenig Varianz abdeckende Faktoren isoliert werden. Diese drei Beeinflußbarkeitstypen sind zunächst die "suggestibility", die eigentlich motorische und sensorische Beeinflußbarkeit beinhaltet, aber von der Wissenschaft auch auf ganz andere Bereiche des Lebens per Analogieschluß übertragen wird (vergleiche S. 242, McGUIRE 1968).

Den von allen dreien relativ 'stärksten' generellen Persönlichkeitsfaktor der Beeinflußbarkeit stellt die "Conformity" dar, die McGUIRE definiert als "change of ones own attitudinal position toward that of another person on being made aware of the discrepancy, even when the other person gives no arguments" (S. 242).

Der dritte "Beeinflußbarkeitsfaktor", die "Persuabilität" beinhaltet nach McGUIRE die Beeinflußbarkeit eines "receivers" innerhalb einer Kommunikationssituation. Als genereller Faktor zeichnet sich die "Persuabilität" nur sehr schwach ab.

Obwohl die Ergebnisse recht dürftig erscheinen und sicherlich nicht dazu geeignet sind, aus der Kenntnis etwa des "allgemeinen Beeinflußbarkeitsindex" einer Person den Erfolg einer Einflußnahme auf bestimmte Einstellungen dieser Person vorhersagbar zu machen, konzentrieren sich auch die Untersuchungen bezüglich anderer Persönlichkeitsmerkmale um die Frage der "allgemeinen, generellen Beeinflußbarkeit".

So wurde beispielsweise nicht unmittelbar untersucht, welche den Einstellungsänderungsprozeß beeinflussenden Bedingungen durch Persönlichkeitsvariablen (z. B. "self esteem"), biologische Merkmale (etwa Alter) und demographische Merkmale (z. B. Geschlecht) gegeben sind. Vielmehr stellte sich in fast allen diesen Untersuchungen die Frage nach dem Zusammenhang eben dieser Variablen mit der besagten 'generellen Beeinflußbarkeit'.

Wie bereits im Zusammenhang mit den "Message Variablen" (siehe oben), wird auch hier, die Frage nach den Beeinflussungsbedingungen losgelöst vom Inhalt der Einstellung aufgeworfen. Man vermutet eine allgemeine Verhaltenstendenz, die sich unab-

hängig vom Inhalt der Einstellung, unabhängig von der Beziehung des Subjektes zu dieser Einstellung in beliebigen Situationen durchsetzt. Das Subjekt erscheint als isolierte Größe, die nicht etwa in Wechselwirkung steht mit der Kommunikationssituation oder gar den Aspekten des Einstellungsverhältnisses.

Von der gleichen Konzeption gehen auch die Untersuchungen aus, die die Möglichkeit zu erforschen suchen, ob und wie die allgemeine Beeinflußbarkeit eines Menschen über die "Manipulation" der relevanten Persönlichkeitsmerkmale verändert werden kann.

So wurde z. T. mit positiven Ergebnissen die "generelle Beeinflußbarkeit" durch eine Veränderung des Selbstbewußtseins (über Mißerfolgs- bzw. Erfolgserlebnisse) variiert. Auch die Persönlichkeitsmerkmale bzw. -Zustände wie "motivational states" (vergleiche McGUIRE,⁶⁸ S. 258), "Feindseligkeit" und "Angst" ließen sich experimentell variieren und wirkten sich gleichzeitig auf die "generelle Beeinflußbarkeit" aus. Wobei Feindseligkeit zur erhöhten Beeinflußbarkeit in Richtung der eigenen Einstellungen und zu erhöhtem 'Widerstand' gegen fremde Einstellungen führte. Stärkere Angst vergrößerte die Resistenz gegenüber dem "reception mediator" und vergrößerte andererseits die Beeinflußbarkeit gegenüber dem "yielding mediator" (vergleiche S. 259). Es konnte also nachgewiesen werden, daß die Beeinflußbarkeit in gewissen Maßen durch Manipulation ihrer emotionalen Wirkgrößen offenbar beliebig verändert werden kann. Weder in das Konzept der "generellen Beeinflußbarkeit" noch in die Ansätze zur Untersuchung der indirekten Veränderbarkeit dieses Faktors geht der Inhalt der betreffenden Einstellung bzw. der Inhalt der beeinflussenden Mitteilung ein. Einstellungsänderung erscheint hier als Funktion innerer Zustände des Subjektes, die nichts mit dem Gegenstand zu tun haben und die beliebig variieren und variiert werden können, ohne daß dies wiederum mit dem Inhalt irgendetwas zu tun hätte. Unabhängig von ^{der} Bedeutungsfragwürdigkeit der gewonnenen Ergeb-

nisse stellt sich die Frage, welche praktischen Probleme diese Forschungsrichtung motivieren. Wie oben dargestellt, könnte es die Intension solcher Ansätze sein, Vorhersagen über die einstellungsändernde Wirkung von Kommunikationen bei bestimmten Personen oder Personengruppen machen zu können. Wie bei den anderen formal orientierten Fragestellungen dürfte auch hier der Wunsch nach Effektivierung der Beeinflussung im Vordergrund stehen: Die Kenntnis der ausschlaggebenden Bedingungen und der Widerstände hinsichtlich einer induzierten Einstellungsveränderung ermöglichte es, die Mittel so abzustimmen, daß maximaler Erfolg gesichert wäre. Der Inhalt bzw. die Richtung der Einstellung spielte dabei keine Rolle.

In den dargestellten Ansätzen stellt sich Beeinflußbarkeit im politischen Bereich somit nicht als ein Problem dar, daß es zu verändern gelte. Beeinflußbarkeit interessiert ja nicht etwa in seinen psychologischen Entstehungszusammenhängen, z. B. als Unfähigkeit des Subjektes, stabile und inhaltlich begründete Einstellungen herauszubilden. Anders sieht dies in den folgenden Ansätzen aus. Hier geht es um die Frage, wie kann man das Subjekt davon 'schützen', daß es beeinflußt wird.

4.2 Ansätze zur Erhöhung des Widerstandes gegen Beeinflussung hinsichtlich spezifischer Einstellungsobjekte

Die Ansätze zur Beeinflussung der Suggestibilität, denen es vornehmlich darum geht, die "resistance to persuasion" (S. 260) zu erhöhen, stoßen sehr viel eher an die Grenzen und Widersprüche einer Annahme von der inhaltsunabhängigen Persönlichkeitsvariablen "generelle Suggestibilität". Im Unterschied zu den obigen letztgenannten Versuchen "for producing resistance to persuasion involved manipulating the motivational or personality aspects of the individual" (S. 260) soll hier zunächst die Effektivität des "training in critical ability"

erforscht werden. Unter "critical capacity" wird dabei zweierlei verstanden: zum einen die Fähigkeit des Subjektes, die Absichten des Kommunikators zu durchschauen; zum zweiten die Fähigkeit, seine Argumente zu analysieren und zurückzuweisen. Hier wird offensichtlich ein Zusammenhang hergestellt bzw. gesehen, zwischen spezifischen Einstellungsinhalten, Quellen und spezifischen Argumentationen und der Möglichkeit, daß eine Beeinflußbarkeit des Subjektes vermieden werden kann. Es geht nicht mehr um Beeinflußbarkeit und ihre Variationsmöglichkeit allgemein, sondern darum, "to make the persons resistant to changes on specific issues or to specific sources while leaving his more general resistance unaffected" (McGUIRE, 1968, S. 258). McGUIRE kommentiert die einschlägigen Untersuchungen mit den Worten: "Studies on this point have tended to indicate that such pretraining in critical evaluation may slightly enhance the person's resistance to subsequent persuasive communications, but that the effect is disappointingly slight" (S. 260). Es konnte weder bestätigt werden, daß allein das Wissen um die Beeinflussungsabsicht des Kommunikators hinreicht, um den Empfänger gegen dessen Argumente unempfindlich zu machen, noch daß eine nähere inhaltliche Beschäftigung mit den fremden Argumenten deren Einfluß ~~per se~~ herabsetzen könnte.

Auf den 2. Aspekt soll hier noch etwas näher eingegangen werden. Die Frage der Bedeutung des Wissens um die Beeinflussungsabsichten im Hinblick auf die Einstellungsänderung soll uns an anderer Stelle im Zusammenhang mit der Rolle des "Interesses" näher beschäftigen (siehe unten).

In der Annahme, daß die Beschäftigung mit den fremden Argumenten die Widerstandskraft des Subjektes gegenüber diesen erhöhen könne, tauchen hier innerhalb der amerikanischen Forschung erstmalig Vorstellungen auf hinsichtlich der möglichen Richtigkeit, Adäquatheit oder Gerechtfertigtheit einer bestimmten Einstellung bzw. Einstellungsrichtung. Man vertraut, daß der 'Unsinn' der fremden Einstellung und Argumente bei näherer Beschäftigung mit ihnen offenbar werde.

Um dieses neue Phänomen richtig einschätzen zu können, muß man hervorheben, daß sämtliche in diesem Abschnitt zu behandelnden Ansätze zur Frage der "immunisation against persuasion" (McGUIRE, S. 259) im Unterschied zu den oben beschriebenen inhaltsunabhängigen "Suggestibilitätsansätzen" aus einem bestimmten praktischen Interesse heraus motiviert wurden. Es stellte sich nämlich die Frage, wie kann man die Bürger gegen 'Propaganda von links' schützen. An diesem Punkte wurde der pluralistische Standpunkt aufgegeben und keineswegs mehr von der Beliebigkeit politischer Einstellungen ausgegangen. Aber gerade die hier beschriebene Hypothese und ihre Nicht-Bestätigung zeigt deutlich, daß zwar sehr wohl die Beschäftigung mit dem Inhalt eines Argumentes von Bedeutung sein kann, daß es aber dann eben wohl auf den Inhalt ankommt, ob und wie die Wirkung einer solchen kognitiven Auseinandersetzung ausfallen wird. Die Beschäftigung mit fremden Argumentationen könnte ja beispielsweise zur Einsicht in deren 'Vernünftigkeit' führen und somit zur Übernahme dieser Einstellung. Eine solche Interpretationsmöglichkeit wird von McGUIRE freilich nicht gesehen.

Die Annahme, daß es sozusagen 'richtige Einstellungen' gäbe, taucht so deutlich in der amerikanischen Forschung nicht noch einmal auf (siehe vor allem das Kapitel über die Rolle der Information; siehe unten). Weit 'vorsichtiger' zeigen sich die amerikanischen Forscher im Umgang mit den 'fremden Argumentationen' so z. B. auch in den Versuchen zum "inoculation approach to resistance conferral" (McGUIRE, 1968, S. 263 ff; vergleiche auch JONES and GERALD, 1967, S. 480).

In Analogie zum biologischen Impfen, wo dem gesunden Körper kleine Dosen der Krankheitserreger verabreicht werden, damit er rechtzeitig Gegenkräfte entwickelt, werden "weakened forms of counterarguments" solchen Subjekten verabreicht, die mit solcher Argumentation sonst nicht in Berührung kommen. Der erstrebte "Widerstands-Effekt" konnte bestätigt werden. Jedoch stellte es sich heraus, daß weniger die Widerlegung der Argumente

bzw. die Versicherung ihrer Widerlegbarkeit den immunisierenden Effekt hervorbrachten, als vielmehr die "threatening mention of the attacking material" (McGUIRE, 1968, S. 264). Tatsächlich war der Effekt dann noch höher, wenn die Argumente nur genannt, nicht aber widerlegt wurden (vergleiche McGUIRE 1964 und TANNENBAUM 1967).

Hier geht es gar nicht mehr um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den 'feindlichen Argumenten'. Hier werden vielmehr über das Medium Angst, Bedrohung emotionale und irrationale Widerstände gegen die fremde Argumentation selbst geweckt. Insofern gleicht dieser Ansatz den im letzten Abschnitt vorggeführten Möglichkeiten, durch Erhöhung der Angst oder Feindseligkeit des Subjektes dessen Beeinflußbarkeit gegenüber bestimmten fremden Argumentationen (wohl möglich gegenüber solchen aus ganz bestimmten Quellen) herabzusetzen. Ein solcher Ansatz ist nicht nur formal, da er den Inhalt der Einstellung unberücksichtigt läßt, er ist vielmehr gezielt irrational und manipulativ verwertbar (siehe unten), da er versucht, die inhaltliche Bedeutung des fremden Argumentes auszuschalten.

In den folgenden Ansätzen wird nicht mehr versucht, Immunisation des Subjektes gegenüber bestimmten Beeinflussungen durch eine wie auch immer geartete Auseinandersetzung mit den 'fremden Argumenten' hervorzubringen. Hier stellt sich die Frage: Wie können die bestehenden Einstellungen verstärkt, verfestigt werden und wie kann so die Beeinflußbarkeit des Subjektes hinsichtlich dieser Einstellungsbereiche herabgesetzt werden. Als ersten dieser weiteren Versuche, Möglichkeiten herauszufinden, wie Immunisation hergestellt und verstärkt werden könnte, wäre die "immunisation through commitment" zu erwähnen. So stellen die Autoren die Hypothese auf, daß "a person's initial belief should become more resistant to subsequent persuasive communications if he is somehow made to commit himself to it. This prior commitment could take the form of (1.) internally thinking about his belief (2.) verbally stating his belief and

becoming publicly identified with it or (3.) acting overtly in some irreversible way on the basis of his belief" (McGUIRE, 1968, S. 261).

Im Unterschied zum Ansatz "training in critical ability" geht es nicht um den Versuch, fremde Einstellung zu entkräften, sondern vielmehr darum, die Verbindlichkeit der bestehenden Einstellung für das Subjekt zu erhöhen, so daß es weniger geneigt und bereit sein dürfte, seine Einstellung zu verändern. Dabei ist es interessant, daß die öffentliche Stellungnahme und damit sozial bedingte Festlegung nicht etwa bedeutend effektiver ^{ist} als eine "anonymous private decision" (vergleiche z. B. BENNETT 1955). Die Verfestigung und Stabilisierung einer Einstellung erfolgt demnach nicht etwa nur durch soziale Verstärkung und offenes Handeln (vergleiche hier auch das Kapitel B II f), sondern auch dadurch, daß das Subjekt eine Einstellung in seinem Wertesystem und seinen bisherigen Einstellungen "verankert". Auf die hier anstehenden Probleme der Einstellungsstruktur sowie die diesem Ansatz insgesamt zugrunde liegende Hypothese der vom Subjekt prinzipiell angestrebten Konsonanz zwischen verschiedenen Aspekten und Ebenen seiner Einstellungen und seinem stellungnehmenden Verhalten, soll an dieser Stelle noch nicht eingegangen werden. Uns interessiert im gegenwärtigen Zusammenhang zunächst nur, wie in den Ansätzen zur "immunisation by anchoring" (McGUIRE, 1968, S. 262) die Rolle des Einstellungs-subjektes bzw. seine Beziehung zur betreffenden Einstellung gesehen wird.

Insgesamt gehen alle drei der hier zu nennenden Untersuchungsgruppen von der Hypothese aus: "such linkages are assumed to produce resistance to persuasion because a change in the given belief would then require the receivers changing these other linked beliefs correspondingly" (S. 262).

Die an der "means-end analysis of attitude structure" orientierten Forscher (z.B. die "Michigan group") gehen von einer Verankerung einer Einstellung in dem Maße aus, "that he (das Subjekt) sees

it as instrumental to the attainment of positively valenced goals" (S. 262).

Die kognitiv orientierten Psychologen (z. B. ABELSON and ROSENBERG, 1958) und vor allem McGUIRE selbst (1960)) nehmen "psycho-logical connections among the different issues" an, so daß eine Einstellung um so fester "verankert" erscheint, je mehr sie in diese kognitiven Beziehungen der Werte und Objekte widerspruchsfrei einbezogen worden ist und werden konnte. Der dritte dieser "Verankerungsansätze" geht von der Verankerung einer Einstellung innerhalb der Normen der für das entsprechende Subjekt relevanten Gruppe aus.

All diesen Ansätzen ist gemeinsam, daß sie - wie auch der "Commitment Ansatz" (siehe oben) versuchen, bestehende Einstellungen für das Subjekt zu verfestigen. Dies geschieht immer durch eine Tätigkeit: eine kognitive Auseinandersetzung, ein soziales Verhalten etc. Und immer geht mit dieser erstrebten Verfestigung ein Zunehmen der Beziehung des Subjektes zu der Einstellung einher, d. h. die Einstellung wird persönlicher, bedeutender für das Subjekt. Insofern stellen diese Ansätze als inhalts- bzw. einstellungsbezogene Ansätze zum Problem der Beeinflußbarkeit einen bedeutenden Fortschritt hinsichtlich der Einbeziehung des Einstellungsverhältnisses und seiner Zusammenhänge gegenüber den weiter oben zitierten Versuchen dar. Dennoch bleibt nach wie vor die Frage bestehen, ob hier die Rolle der spezifischen Einstellung bzw. des spezifischen "issues" über ihre subjektive Seite hinaus als objektive Bedeutung des Gegenstandes verstanden wird. Die Konsequenzen, die die Forscher z. B. des "Verankerungsansatzes" hinsichtlich der praktischen Möglichkeiten, diese Verankerung zu fördern, ziehen, zeigt deutlich, daß von einer Berücksichtigung der objektiven Seite des Einstellungsverhältnisses als Verhältnis zwischen dem Subjekt und dem Gegenstand nicht gesprochen werden kann: Die Verankerung erscheint prinzipiell 'machbar', ihre Voraussetzungen sind z. B. durch die entsprechende Mitteilung manipulierbar (vergleiche z. B. McGUIRE, 1968, S. 262 f). Nach der tatsächlichen

"instrumentality" einer bestimmten Einstellung für ein persönliches Ziel des Subjektes wird dabei nicht gefragt.

Eine gewisse Möglichkeit, daß das Subjekt die Verankerung als bewußten kritischen Prozeß selbst steuern kann, bietet nun der "Socratic effect", den McGUIRE 1960 demonstrierte: hier wird der Ansatz zu einer verstärkten Verankerung einer bestimmten Einstellung von außen gegeben, indem die Frage bzw. Bitte an die Subjekte gestellt wird "to express their opinions contemporaneously on related issues", oder "whether the given belief fits in with other beliefs". Auf diese Weise wird das Subjekt angehalten, sich mit der Einstellung und ihrem Inhalt sowie ihrer Beziehung zu den schon vorhandenen Einstellungen auseinanderzusetzen. Hier besteht - ähnlich wie bei den oben dargestellten Versuchen zum "training in critical ability" die Möglichkeit, daß das Subjekt nicht blind an eine Einstellung angepaßt wird oder sich ihr anpaßt, sondern in der kognitiven Auseinandersetzung unter Umständen den tatsächlichen Zusammenhang zwischen dem Inhalt und seinen eigenen Interessen erkennen kann.

Auf die Bedingungen kognitiver Auseinandersetzung mit Argumenten und Inhalten sowie auf den Versuch, Einstellungen zu strukturieren, soll an anderer Stelle näher eingegangen werden, (siehe unten).

4.3 Die vorhandenen Einstellungen des Subjektes und ihre Bedeutung für eine mögliche Einstellungsänderung durch eine entsprechende Kommunikation

Ein noch zu erwähnender Aspekt der Variable "Receiver", den die einschlägige Literatur behandelt, geht auf den spezifischen Einstellungsinhalt in seinem Verhältnis zum Subjekt und dessen vorhandenen Einstellungen ein. Hier wird die Frage aufgeworfen: wie wirken sich die bereits beim Subjekt vorhandenen

Einstellungen auf das Ergebnis des Beeinflussungsprozesses aus? McGUIRE berichtet in diesem Zusammenhang von drei Aspekten dieser Fragestellung, wobei die ersten beiden, die Frage der "selective exposure", sowie die "perceptual distortion" an dieser Stelle vernachlässigt werden können. Hier findet ja keine Einstellungsänderung statt, da das Subjekt es auf die oder die Weise vermeidet, mit der neuen Argumentation ernsthaft konfrontiert zu werden.

Die Frage nach der Einstellungsänderung im Zusammenhang mit den bereits beim Subjekt vorhandenen Einstellungen stellt sich in der amerikanischen Forschung (neben dem Problem der "Immunisation") schwerpunktmäßig als eine Frage der "Diskrepanz" zwischen der vorhandenen und der durch die Beeinflussung intendierten Einstellung (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 223 ff). Die hier erzielten Ergebnisse von der 'optimalen mittleren Diskrepanz', der Möglichkeit eines "Bumerang-Effektes" (vergleiche auch JONES and GERARD, 1967, S. 471 ff) bei zu starker extremer Diskrepanz sowie der allgemeinen nicht-monotonen Beziehung zwischen Diskrepanz und "change", werden durch zwei ebenfalls erzielte Ergebnisse deutlich in ihre Schranken gewiesen:

- Der "Bumerang-Effekt" (d. h. die Gegenargumentation führt nicht zur Einstellungsänderung in Richtung der induzierten Einstellung, sondern zur Verstärkung der bestehenden Einstellung) tritt auf "in cases of unambiguous issues" (McGUIRE, 1968, S. 224; vergleiche auch INSKO, MURASHIMA und SAIYADAIN, 1966).
- Die nicht-monotone Beziehung (bei zu geringer und zu großer Diskrepanz tritt weniger bzw. keine Einstellungsänderung ein als bei optimaler, mittlerer Diskrepanz) ist typisch für Beeinflussungssituationen mit Kommunikationsquellen von geringer Glaubwürdigkeit. Handelt es sich um sehr glaubwürdige Quellen, so nimmt das Subjekt auch große Diskrepanzen hin (vergleiche z. B. BOCHNER and INSKO, 1966).

In diesen beiden Fällen zeigt sich deutlich, daß inhaltliche Aspekte - hier Einsichten in die tatsächlichen (aber auch vermeintlichen Zusammenhänge) - gegenüber den formalen Aspekten (hier: quantitative Diskrepanz auf dem angenommenen Einstellungs-kontinuum) im Hinblick auf eine Einstellungsänderung dominant sind bzw. es gegebenenfalls sein können.

Einen bedeutend inhaltlicheren und umfassenderen Ansatz zur Frage, welche Subjekt- bzw. Kommunikator-Variablen von Bedeutung sind im Hinblick auf eine Einstellungsänderung, findet sich bei BISKY (1974). Als gesicherte Ergebnisse stellt BISKY folgende Zusammenhänge auf: "Die Einstellungsbildung hängt von der Struktur und Qualität der beim Kommunikanten vorhandenen Einstellungen ab. Von besonderem Einfluß sind

- a) die Stabilität und persönliche Relevanz der ideologischen Grundeinstellungen ...
- b) die Kenntnisse und Bewertung von dem speziellen Einstellungs-objekt (also die bisherige objektspezifische Einstellung)" (S. 186).

Mit dem Aspekt a) dieser Zusammenhänge ist eine ähnliche Problematik angesprochen wie bei den oben dargestellten Versuchen, durch Verfestigung und Verankerung der Einstellungen deren Stabilität zu erhöhen. Auch BISKY gelangt zu dem Ergebnis: "Je stabiler und persönlich relevanter die ideologischen Grundeinstellungen, desto effektiver sind Erziehungs- und Propagandaeinflüsse bei der Entwicklung oder Festigung der diesen Grundeinstellungen entsprechenden spezifischen Einstellungen" (S. 186).. "desto geringer ist auch der einstellungsverändernde Einfluß der gegnerischen Propaganda" (S. 186). Diese Aussage unterscheidet sich von den oben dargestellten Ansätzen nur hinsichtlich dessen, was als "gegnerische Propaganda" jeweils verstanden wird. Daß sich die hier gemachten wissenschaftlichen Aussagen von den in der amerikanischen Attitüden-Forschung entwickelten Ansätzen und Hypothesen zum Problem 'Subjekt und Einstellungsänderung' jedoch sehr wohl unterscheiden, und zwar in ihrer wissenschaftlichen Aussage, läßt sich deutlich nachweisen an Hand der Rolle, die das

Wissen hinsichtlich des spezifischen Gegenstandes in den jeweiligen Ansätzen spielt. Wenn BISKY im Zusammenhang mit der Erläuterung des Aspektes b (siehe oben) feststellt: "Je weniger das spezielle Einstellungsobjekt dem Kommunikanten bekannt ist, desto größer ist der einstellungsbeeinflussende Effekt" (S. 187), so wird hier offensichtlich Unwissenheit und Beeinflußbarkeit in einen - wissenschaftlich gesicherten - Zusammenhang gebracht. Eine Einstellung, die sich auf nicht hinreichende Kenntnis des Gegenstandes, seiner Aspekte und seiner Bedeutung stützt, ist instabil, beeinflubar. Demnach ist die sicherste Methode, das Subjekt vor "gegnerischer Propaganda" zu schützen, es über eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gegenstand, seiner objektiven Bedeutung für die eigene Person, sowie den fremden Einstellungen zu diesem Gegenstand zu einer bewußten Beurteilung und Bewertung zu führen.

Während die amerikanischen Versuche keine positiven Erfolge der Immunisation durch Training im kritischen Denken erzielt und weit größere Erfolge durch Emotionalisierung der gegnerischen Einstellung und deren Quellen zustandebrachten, zeigt BISKYs Ansatz ein weit größeres Vertrauen in die inhaltliche Auseinandersetzung mit Argumenten und Sachverhalten. Man könnte die Vermutung aufstellen, daß die von BISKY bzw. seiner Gesellschaft angestrebten politischen Einstellungen eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung nicht ohne Grund weniger scheuen. Man könnte vermuten, daß die Rolle des Wissens und die Frage nach der 'Adäquatheit politischer Einstellungen' (siehe unten) in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen nicht grundlos ein 'klägliches Schattendasein' innerhalb der Attitüden-Forschung spielen. Mit diesen Fragen möchten wir uns im folgenden Kapitel weiter auseinandersetzen.

d. Die Rolle und Bedeutung des politischen Wissens in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen zur politischen Einstellung

In den folgenden Kapiteln soll dargestellt und im Hinblick auf unsere Fragestellung untersucht werden, wie in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen der Attitüden-Forschung die subjektive Beziehung zwischen Subjekt und Objekt der politischen Einstellung (über die wertende Stellungnahme selbst hinaus) thematisiert, operationalisiert und in ihrer Bedeutung für die Einstellung selbst interpretiert wird. Wie bisher werden wir jedoch bei der Frage nach der subjektiven Seite nicht stehen bleiben, sondern untersuchen, ob und inwieweit die einschlägigen Ansätze von der Realität des objektiven Einstellungsverhältnisses ausgehen und dieses in ihre wissenschaftliche Konzepte einbeziehen.

Zum ersten stellt sich hier die Frage nach der Definition, Funktion und Bedeutung des politischen Wissens für die politischen Einstellungen. Neben den empirischen Ergebnissen selbst, die ihrerseits Einblick in die kognitive Struktur und das Wissensniveau der untersuchten Bevölkerungssteile ermöglichen, wird hier vor allem zu untersuchen sein, wie die amerikanische und westdeutsche Attitüden-Forschung dieses Problem wissenschaftlich angeht: wie sie z. B. politisches Wissen versteht, definiert und operationalisiert, welche Hypothesen sie aufstellt hinsichtlich der Bedeutung des kognitiven Wissensfaktors für die Entstehung und Veränderung von Einstellungen sowie für deren Inhalt. Eine zentrale Stellung nimmt vor allem die Frage ein, ob Wissen mit der Objektivität des Einstellungsverhältnisses in Zusammenhang gebracht wird oder ob von einer Beliebigkeit politischer Einstellungen ausgegangen wird, so daß politisches Wissen letztlich im Grunde für die Einstellung irrelevant ist. In diesem Kapitel wird also die schon mehrfach angeklungene Frage aufzuwerfen und zu beantworten sein: Gibt es adäquate bzw. inadäquate politische Einstellungen? Und wenn ja, welche Rolle

spielt diese 'Adäquatheit' für die Psychologie der politischen Einstellung?

1. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zum Problem des politischen Wissens bzw. zum politischen Informationsniveau

Zu den kognitiven Variablen, die - besonders in relativ jüngster Zeit - im Zusammenhang mit der Erfassung und Erforschung politischer Einstellungen erhoben wurden, gehört die Informiertheit über "political issues", das politische Wissen der Befragten. Nachdem wir die Ansätze und Instrumente der amerikanischen und bundesrepublikanischen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Behandlung des Subjektes sowie des Objektes der politischen Einstellung analysiert haben, stellt sich im weiteren Verlauf der kritischen Bestandsaufnahme die Frage, ob und wie in welchen wissenschaftlichen Fragestellungen die subjektive kognitive erkennende Widerspiegelung des Einstellungsverhältnisses bzw. des Objektes im Subjekt der politischen Einstellung kontrolliert und erfaßt worden ist.

In großer Übereinstimmung zeichnet sich in der wissenschaftlichen Literatur zu Fragen des politischen Bildungsniveaus der amerikanischen Bevölkerung die Tatsache ab, daß die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung weder Interesse noch 'Ahnung' vorweisen kann, wenn es um Politik geht (vergleiche z. B. ROBINSON et al, 1972; LANE and SEARS, 1964; ERSKINE, 1962). ROBINSON et al berichten, daß die einschlägigen Untersuchungen zu dieser Frage ergeben haben, daß höchstens 5 % der Bevölkerung "politisch informiert" seien. Die Zahl der "nothing knowers", also der Menschen, die absolute politische Ignoranz zeigen, ist seit 1935 von 35 % bis 1960 auf 15 % bis 20 % gesunken (vergleiche ROBINSON et al, 1972).

Ähnliche detailliertere Ergebnisse referiert SEARS in seinem Aufsatz "Political Behaviour" aus dem Jahre 1968: 20 % der Bevölkerung zeigen absolute Ignoranz; sie kennen höchstens den Namen des Präsidenten (vergleiche HYMAN und SHEATSLY 1954). 50 % bis 75 % der amerikanischen Bevölkerung sind "likely to be familiar with the most salient person in any given category" (SEARS, 1969, S. 325); strittige Probleme kennen auch sie nicht (vergleiche ERSKINE, 1962).

SEARS faßt zusammen: "The data presented by Erskine suggest that the average citizen, not unusually involved in politics, attends to only the most salient headline issues of the day. Beyond that level, his knowledge is exhausted. Perhaps a good rule of thumb is that, in most domains, only the single most vivid person or issue reaches the average American's awareness" (SEARS, 1969, S. 326).

LANE and SEARS (1964) berichten, daß das Wissen der amerikanischen Bevölkerung noch hinter dem pessimistischsten Erwarten zurückbleibt (vergleiche S. 69). Um dies speziell im Hinblick auf das Wissen um politische "issues", also nicht Personen und Institutionen zu verdeutlichen, seien einige Ergebnisse im Detail erwähnt:

1948 konnten 52 % der Öffentlichkeit den Marshall Plan beschreiben, und etwas mehr als die Hälfte konnte sich etwas unter dem "Kalten Krieg" vorstellen (vergleiche LANE und SEARS, 1964, S. 59). Während des Korea Krieges "about half the population had not grasped the meaning of the over-all term used to describe our conflict with our major opponent" (S. 59). Nur 21 % konnten 1945 sagen, was die "Bill of Rights" sei. 55 % gaben im selben Jahr dagegen eine konkrete Antwort auf die Frage: "How many senators are there in Washington from your state?" (S. 61).

Ein anderes interessantes Phänomen ist die Tatsache, daß hinsichtlich der Frage: "what the government is doing with respect to ... ?", sehr viele der Befragten ziemlich uninformiert sind. Dennoch haben aber viele dieser Leute eine genaue Vorstellung davon "what the government should do" (LANE and SEARS,

1964, S. 59 f; vergleiche auch CAMPBELL et al, 1960).

Bezüglich der beiden Parteien besteht zwar in der amerikanischen Bevölkerung eine relativ große Übereinstimmung darüber, wie die Parteien politisch und ideologisch einzuschätzen seien, welche Partei "the best serves the interests of "whom (SEARS, 1969, S. 333). Das heißt die Bilder, die man sich von den Parteien macht, sind relativ einheitlich. Bei einer Untersuchung im Jahre 1956 aber waren z. B. nur 30 % der Befragten in der Lage, unterschiedliche Standpunkte der Parteien zu bestimmten "political issues" zu sehen (vergleiche CAMPBELL et al, 1960).

Wenn SEARS nun am Schluß des Kapitels: "The Public's Political Sophistication" (S. 337) das Wissenaniveau des amerikanischen Wählers so einschätzt: "Only the most salient political stimuli are recognized by the general public. The day to day stuff of politics, its transitory persons, events, and issues, reaches the mass 'public' only occasionally and then superficially" (S. 337), so dürften die Gruppendifferenzen auch innerhalb dieser "mass Public" bezüglich des politischen Informationsniveaus dabei nicht außer Acht gelassen werden. Ganz allgemein sind jüngere Leute besser informiert als ältere; ländliche Gruppen sind mit den meisten politischen Sachverhalten weniger vertraut als Städter. Männer sind bedeutend informierter als Frauen und besser Ausgebildete sind besser informiert (vergleiche auch Kapitel 8 II c; LANE and SEARS, 1964, S. 62). Hinsichtlich des Merkmals der "Rationalität" (siehe unten) von Einstellungen finden sich ferner bedeutende Korrelationen mit dem sozio-ökonomischen Status zum einen und dem "mental state" zum anderen (LANE and SEARS, 1964, S. 76).

Vergleichbare Ergebnisse aus der BRD berichtet JAIDE: Das "politisch-historische" Wissen Älterer ist größer als das der Jüngeren, das "politisch-historische" Wissen von Gymnasiasten und Realschülern ist größer als das von Berufsschülern; ebenso ist das "politisch-historische" Wissen der männlichen Jugendlichen größer als das der weiblichen. Ein ebenfalls wichtiges Ergebnis JAIDEs zur Variable politisches Wissen sind die hohen

negativen bzw. positiven Korrelationen dieser Variablen mit den von ihm isolierten Meinungsfaktoren Faktor 1 und Faktor 2. So korreliert die "immobil-konservative" Einstellung JAIDES relativ hoch negativ (- 0.61) mit dem "politisch-historischen" Wissen; der Faktor "demokratisch, liberal, progressiv" andererseits korreliert relativ hoch positiv (+ 0.61) mit dieser Wissensvariablen (vergleiche JAIDE, 1970, S. 66 ff).

Eine weiterhin interessante Frage im Zusammenhang mit dem politischen Bildungsniveau der Bevölkerung ist die, nach der Einstellung gegenüber politischem Wissen überhaupt. So stellte LANE in seinen Interviews (1962) mit amerikanischen Arbeitern fest, "certain knowledge about government ... is burdened with lingering resentments associated with school". Dazu kommentieren LANE und SEARS: "that questions as these indeed smacked of 'school knowledge' as contrasted to 'life knowledge' and as such carried with them the faint coloration of dry, unless information. Few life decisions hinge upon them and their implications for policy matters men care about, though really enormous, are thoroughly obscure to most of the public" (LANE and SEARS, 1964, S. 61).

Die Annahme der Befragten, politisches Wissen sei nutzlose Information (bezeichnenderweise gleichgesetzt mit Schulwissen) macht deutlich, daß weder die Bedeutung der spezifischen Wissensinhalte (siehe unten) für die Politik gesehen wird, noch die Bedeutung der Politik überhaupt für das eigene Leben. Wie wir sehen werden, spiegelt der Begriff der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung vom politischen Wissen diese Vorstellung einer Trennung von 'hoher Politik' und 'Leben des einzelnen' ebenso deutlich wider.

Ein letzter sehr wichtiger Aspekt der hier zu behandelnden Ergebnisse ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Wissen um einen politischen Sachverhalt (issue) und der politischen Einstellung zu diesem Sachverhalt. So berichtet SEARS: "An

interesting phenomenon in survey research is that many respondents give political opinions without being able to specify any reasons for them, or indeed give evidence of having any relevant information" (SEARS, 1969, S. 365). In einer Untersuchung im Jahre 1967 hatten 87 % der Befragten eine definitive Meinung zum Problem eines UN-Beitrittes der Volksrepublik China; aber nur 64 % von ihnen konnten dafür einen Grund angeben (vergleiche ROGERS et al, 1967). In der Untersuchung von CAMPBELL et al im Jahre 1954 konnten 18 % der Befragten keine angemessene Begründung liefern für die Wahl ihres Kandidaten. 29 % waren nicht in der Lage, über die Gegenseite negative Bemerkungen zu machen. Ein Drittel der Befragten konnten nach HYMAN und SHEATSLEY (1954) nicht sagen, warum sie ihre Partei der anderen vorziehen (vergleiche hierzu auch die Ergebnisse bei GREENSTEIN, 1963, S. 13 ff; LANE and SEARS, 1964, S. 57 ff).

Dieses eigentlich verblüffende Phänomen, daß explizite Meinungen zu Sachverhalten existieren, ohne daß Informationen und Wissen über diese Sachverhalte vorliegen, kommentiert SEARS wie folgt: "Why do opinions exist without informational basis? First, the opinions may be based on simple affective conditioning without any transmission of information, such as occurs when young children adopt their parents opinions, a wife doubles her husband's vote ore people adopt the standards of their reference groups ... The other possibility is that the opinion was originally formed in response to both information and affect, but only the affect has been retained" (SEARS, 1969, S. 365).

Einstellungen können nach SEARS also tatsächlich ohne Wissensgrundlage gebildet werden und können als solche erhalten bleiben. Es stellt sich aber die Frage nach der Funktion der Wissensgrundlage für eine Einstellung. Und unmittelbar hier schließt sich auch die Frage nach der Funktion politischer Einstellungen als solcher für das menschliche Individuum an. Ohne daß an dieser Stelle diese Fragen bereits beantwortet werden

könnten oder diskutiert werden sollten, möchten wir doch schon die Vermutung äußern, daß - je nach der realen Funktion der Einstellung im Leben des einzelnen - der Wissensgrundlage der Einstellung eine wichtige oder irrelevante Bedeutung für den Menschen zukommt. Nun hängt diese Funktion, die eine Einstellung für einen Menschen haben kann bzw. hat, nicht etwa nur von ihm selbst ab, sondern mindestens ebenso von den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen er lebt. In diesem Zusammenhang erscheint uns folgende Bemerkung der Autoren LANE und SEARS von großer Bedeutung: "While it is true, as we have remarked, that it is one thing to be informed and something else to have an opinion, certain circumstances tend to bring these together and to require informed opinions. One of the circumstances is the responsibility for action based upon opinion. This is the position of the civil servant and the executive and, sometimes, the legislator. It is the position of the aristocrat in an elitist society, but "for most people in modern society, there is no such direct relation between responsibility for having an opinion and responsibility for action" (siehe RIESMAN and GLAZER, 1948 und 49). In one sense, then, we must say that modern society has divorced the pressure to have an opinion from the pressure to be informed; it has kept the one and eroded the other" (SEARS and LANE, 1964, S. 63).

Hier wird also zum einen gesehen, daß eine Einstellung dann auf eine Wissensgrundlage gestellt wird, wenn ein "gesellschaftlicher Zwang zur Verantwortung" dazu treibt, wenn die Einstellung also eine Bedeutung hat, wenn sie gesellschaftlich wichtig ist. Für den amerikanischen Durchschnittsbürger aber - so wird weiterhin behauptet - besteht so ein Zwang zur "Rationalität" (siehe unten) nicht. Seine Einstellungen sind gesellschaftlich unwichtig. Es macht keinen Unterschied, welche Einstellung ein normaler Bürger hat bzw. wie überlegt diese Einstellung ist.

Absolut sinnvoll erscheint uns hier einerseits die These, daß Einstellungen nur dann vom Individuum auf eine rationale Informationsgrundlage gestellt werden, wenn sie eine gesell-

schaftliche Funktion und damit auch eine individuelle Bedeutung haben. Auf dieses Problem werden wir noch mehrfach zurückkommen. Zweifelhaft erscheint dagegen die resignierte Konstatierung der gesellschaftlichen Bedingungen, die die Autoren in ihrer Gesellschaft vorfinden. Sie sehen augenscheinlich nicht, daß die Ursache für die Trennung von Einstellung und Wissen in der Rolle liegt, die in der bürgerlichen Gesellschaft dem Wähler zugedacht ist (siehe auch Kapitel B III).

Wenig Einsicht in diese gesellschaftlichen Zusammenhänge zeigt SEARS auch an anderer Stelle, wo er sich mit dem Widerspruch zwischen dem allgemeinen Bildungsniveau der amerikanischen Bevölkerung und ihrer politischen Informiertheit konfrontiert sieht. Die Erklärung, die er für diese Tatsache bereit hat, erscheint uns auch hier eher als Resignation: " ... suggest, that Americans are unusually well-informed voters by the standards of other Western nations. Yet their level of political attentiveness is so low that no excuse of rationalization can rescue it. One possible implication is that, unsatisfactory as it is, this level represents some kind of upper limit of public attentiveness in relatively peaceful mass democracies. Certainly one should not assume in the voter too complex a perception of the current flow of political persons and events" (SEARS, 1969, S. 328 f).

Diese Aussage von SEARS über das möglicherweise notwendig so niedrige Niveau politischen Bewußtseins in "relatively peaceful mass democracies" möchten wir aus verschiedenen Gründen in Frage stellen. Zunächst ist es falsch und dürfte empirisch einfach widerlegbar sein, daß politisches Unwissen und Desinteresse ein typisches Merkmal 'großer Demokratien' ist. Hier ließe sich besonders das politische Wissensniveau der Bürger aus sozialistischen Staaten gegenüberstellen. Tatsächlich gälte es, die These zu untersuchen, ob nicht im ökonomischen, politischen und ideologischen System der amerikanischen und auch der bundesrepublikanischen Gesellschaft die Ursachen begründet liegen für die hier dargestellte Unwissenheit der Bevölkerung in politischen Fragen.

Obwohl diese Zusammenhänge innerhalb der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung gar nicht oder nur in ersten Andeutungen formuliert werden, findet sich z. T. (neben Ideologien, die weismachen wollen, politische Apathie im weitesten Sinne sei normal, ja notwendig für unsere Gesellschaft; vergleiche Kapitel B III) Einsicht in die politische Gefährlichkeit eines solchen geringen politischen Bildungsniveaus. LANE und SEARS weisen z. B. darauf hin, daß unter diesen Umständen "most must decide their political preferences on the basis of comparatively simple slogans and catchwords, since the more subtle analyses will pass them by" (LANE and SEARS, 1964).

2. Der Begriff des 'politischen Wissens' beziehungsweise des 'politischen Informationsniveaus' in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen

Im weiteren stellt sich nun die Frage, was hier jeweils als 'politisches Wissen' aufgefaßt wurde, wie also dieses 'politische Wissen' in den oben dargelegten Untersuchungen operationalisiert wurde.

ROBINSON führt im 10. Kapitel der "Measures of Political Attitudes" vier Skalen an, die vorgeben, "politische Information" zu messen. Während CAMPBELL in der Skala "Index of Issue Familiarity" (CAMPBELL et al, 1960) versucht, die "public familiarity with the issues" (S. 419) durch die Frage nach dem Wissen um die Aktivitäten der Regierung in diesem Punkt zu erfassen, werden in den Skalen "Political Information Scale" (MATTHEWS and PROTHRO, 1966), "Information about foreign countries" (ROBINSON, 1967) und "Information about Far East" (ROBINSON, 1967) direkte Wissensfragen gestellt. Diese Fragen stellen Faktenfragen dar, "to provide a rough measure of the individual's level of political information" (ROBINSON et al,

1972, S. 413). Gefragt wird z. B. nach "name and length of term of Respondent's state governor" (vergleiche MATTHEW and PROTHRO, 1966), danach, ob bestimmte vorgegebene Länder in Afrika liegen, ob sie kommunistisch sind und ob sie über Atomwaffen verfügen (vergleiche ROBINSON, 1967). Oder es werden, um z. B. die "basic public awarress of" hier des Vietnam-Krieges zu messen, Fragen wie folgende gestellt: "have you happened to hear anything about the fighting in Vietnam?" (ROBINSON, 1967). Die gestellten Informationsfragen reichten also von der Frage, ob man schon von etwas gehört habe, bis hin zu z. T. schwierigen Faktenfragen.

Auch die Informationsskalen, die innerhalb einiger Fragebögen zu verschiedenen politischen Einstellungen 'eingebaut waren' (vergleiche z. B. SHIMBERG, 1949, "Attitudes toward world affairs"; PUTNEY, 1962, "Attitudes toward war" und "Political Information Items" des SURVEY RESEARCH CENTER, 1960) sowie die Untersuchungen JAIDES⁷⁰ (Faktor "politisch-historisches Wissen") und z. B. auch die Untersuchung NAASNERS (1968, "Die Beeinflussung von Bundeswehrsoldaten durch politischen Unterricht") stellten ähnlich konkrete, mehr oder weniger schwierige Faktenfragen nach Namen, Zahlen, Daten, Funktionen, Regeln, Gesetzen etc.

Gefragt wurde ferner in den oben erwähnten Untersuchungen z. B. nach dem Kennen bestimmter aktueller 'politischer Diskussionspunkte' (vergleiche HYMAN und SHEATSLEY, 1954; ERSKINE, 1962), nach dem Kennen der politischen Standpunkte der Parteien zu bestimmten Angelegenheiten (vergleiche CAMPBELL et al, 1960), nach Pro- und Contraargumenten (vergleiche ROGERS et al, 1967; CAMPBELL et al, 1954; HYMAN und SHEATSLEY, 1954) und nach aktuellen Vorgängen in der Politik der Regierung (vergleiche CAMPBELL et al, 1960). LANE und SEARS (1964) unterscheiden als Wissensgegenstände der einschlägigen Untersuchungen: "political leaders", "political issues", "what the government is doing in several fields" und "political institutions" (vergleiche S. 58).

Insgesamt kann als Ergebnis festgehalten werden: Unter politischem Wissen und politischer Information wird hier das bloße Kennen von Tatsachen, Personen, Problemen und evtl. sogar Argumenten gefaßt. Das, was entsprechend den Ergebnissen als "niedriges politisches Informationsniveau" bezeichnet wird, ist damit eigentlich zunächst eine starke Unkenntnis, ein 'Noch-nicht-wahrgenommen-Haben', ein Nicht-Beachtet-Haben, ein mangelhaftes Faktenwissen.

Eine Ausnahme stellt hier die Skala von FORM and RYTINA (1969) "Beliefs about the Distribution of Power" dar, die "taps whether individuals believe that the USA is distributed according to the positions by D. Riesman (political pluralism), C. W. Mills (a power elite) or Marxists (control by big business)" (ROBINSON et al, 1972; S. 380).

Es ist bezeichnend, daß in dieser Skala an keiner Stelle von Information oder Wissen die Rede ist, sondern nur von "beliefs": Scheinbar sind Verfasser sowie auch ROBINSON et al der Ansicht, daß hier nicht Wissen, sondern Ideologien und Einstellungen erfragt werden. Tatsächlich könnte diese Frage ebenso wie die vorigen Faktenfragen eindeutig wissenschaftlich beantwortet werden. Jedoch greift diese Frage nicht einfache Fakten oder naturwissenschaftliche Erkenntnisse auf, sondern gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse.

Es gibt also politische Wissensinhalte, die sich vom üblichen "Abfrage-Wissen" dadurch unterscheiden, daß sie als Gegenstände aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaft zum einen sehr viel komplexer sind als z. B. geographische Sachverhalte und zweitens dadurch, daß sie nicht einfache Fakten, sondern Zusammenhänge, Ursachen, Bedingungen und Folgen z. T. sehr komplizierter und widersprüchlicher Art darstellen. Hier reicht die bloße Kenntnis eines Faktums nicht aus. Hier müßten - zumindest in Ansätzen - Einsichten in die Zusammenhänge und Bewegungsgesetze der politischen Sachverhalte vorhanden sein.

Es ist bezeichnend, daß diese 'Art' des politischen Wissens,

also das Wissen um die gesellschaftlichen Zusammenhänge der politischen "issues" praktisch in keiner der uns bekannten amerikanischen oder westdeutschen Untersuchungen angesprochen wird. (Es wäre übrigens zu vermuten, daß in einem solchen Fall das Ergebnis hinsichtlich des politischen Bildungsniveaus noch weit erschreckender ausfallen dürfte.)

Ein solches Konzept vom 'politischen Wissen' und ein entsprechendes Herangehen an die Fragen des politischen Bildungsproblems erscheint uns nun weitaus geeigneter als die dargestellten Ansätze, über eine Konstatierung empirischer Tatbestände hinaus, zur Klärung der Bedingungen des niedrigen Niveaus politischer Bildung vorzustoßen. So könnte z. B. untersucht werden, ob ein solches niedriges Informationsniveau in einem Zusammenhang steht mit dem Wissen um die objektiv bestehenden Auswirkungen und Bedeutungen politischer Sachverhalte auf die eigenen Interessen und damit auf das eigene Leben. An diesem Punkt sei auf einen weiteren eklatanten Mangel des in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen zur Operationalisierung und Untersuchung 'politischen Informationsniveaus' benutzten Konzepte vom politischen Wissen hingewiesen. An keiner Stelle, keiner uns bekannten Skala wurde nach dem Zusammenhang zwischen dem politischen Gegenstand und den betreffenden Menschen gefragt. Es gehört offensichtlich nicht zum politischen Wissen dazu, welche Auswirkung bestimmte politische Sachverhalte etc. auf die Menschen des entsprechenden Staates haben. Politisches Wissen ist eben nur Wissen von etwas Unpersönlichem, die eigene Person nicht Betreffendem. Aber gerade hier scheint uns mit ein ausschlaggebender Grund für das niedrige Bildungsniveau und vor allem Informationsniveau der amerikanischen und westdeutschen Bevölkerung zu liegen: Wenn politisches Wissen Interesse am Gegenstand voraussetzt und politisches Interesse andererseits das Wissen um die eigene Betroffenheit (vergleiche nächstes Kapitel), so ist es nicht weiter verwunderlich, daß eine als etwas für das eigene Leben Unwichtiges erlebte Politik, weder interessiert noch gekannt

und durchschaut wird.

Der in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen benutzte Informationsbegriff hinsichtlich politischer Sachverhalte muß somit in zweierlei Hinsicht unbedingt verbessert bzw. korrigiert werden: Zum einen reicht es nicht, Fakten abzufragen. Politische Sachverhalte sind Gegenstände der gesellschaftlichen Realität und beinhalten als solche komplizierte Zusammenhänge. Zum zweiten reicht es nicht, unter politischem Wissen das Wissen um den politischen Sachverhalt, das Objekt allein zu verstehen. Zum politischen Wissen gehört ebenso das Wissen um den Zusammenhang zwischen dem Gegenstand und den betroffenen Menschen, speziell: Das Wissen um den Zusammenhang zwischen dem Objekt und dem eigenen Subjekt.

Obwohl die im folgenden darzustellenden Überlegungen von SEARS und LANE (1964) nicht in uns bekannte unmittelbare Operationalisierungsansätze zum politischen Wissen eingegangen sind, möchten wir doch auf einige Anmerkungen der Autoren noch näher eingehen. Diese gehen insofern über die oben dargestellte und kritisierte Konzeption hinaus, als die Autoren konstatieren: "The same 'bit' of information is highly useful in some minds-useless in others" (S. 66). Sie gehen also von der Annahme aus, daß politisches Faktenwissen, so wie es in den obigen Fällen abgefragt wird, alleine noch nichts nützt, um politisch denken, argumentieren und handeln zu können (vergleiche z. B. S. 66 ff). "Information must be thought about" stellen LANE und SEARS fest (S. 66). Dies bedeutet für sie: das Individuum muß wissen "how it is (the information) connected to other information, opinions, values". Als erste Hauptbedingung, die gegeben sein muß, damit eine politische Information "useful" sein kann, nennen die Autoren die "familiarity with an appropriate concept or categorie to put it in". Mit Konzept sind hier politische Sachverhalte "höherer Ordnung", wie z. B. "welfare state", "universal military training" oder "bipartisan foreign policy" verstanden. Solche Konzepte müssen nicht nur bekannt, sondern au

als solche handhabbar, d. h. anwendbar sein. Als zweite Bedingung, damit politische Information 'useful' wird, nennen LANE und SEARS die Fähigkeit und Bereitschaft, soziale Kausalitäten als solche zu sehen und nicht etwa alle 'Warum-Fragen' mit Schicksalsverweisen oder Personalisierungen zu beantworten. Die Autoren zeigen die Relevanz solchen politischen Denkens für das politische Handeln auf: "Personalized explanations of this kind were not too helpful, for they led up blind alleys when it came to discussions of reform and, moreover, opened up the possibility that change could only be achieved through the "Great Leader". On the other hand, those who saw wars as the products of, say population pressures, or believed poverty to be caused by the working of an uncontrolled business cycle, opened up avenues, of reform through the usual process of a representative government adjusting a delicate economic mechanism or offering medical assistance to those in need" (LANE and SEARS, 1964, S. 68).

Ganz offensichtlich reicht also auch LANE und SEARS das politische Faktendenken nicht aus. Ebenso wenig nutzt die Kenntnis abstrakter politischer Konzepte, wenn - hier möchten wir uns den Autoren voll anschließen - nicht in politischen Zusammenhängen gedacht wird, wenn nicht davon ausgegangen wird, daß diese politischen Sachverhalte gesellschaftliche Realität darstellen und nur als solche verstehbar und veränderbar sind. Hier findet sich also ein Ansatz in Richtung der oben aufgestellten Forderung nach Einbeziehung komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge in die Konzeption vom politischen Wissen. Jedoch reicht es unseres Erachtens auch noch nicht, wenn z. B. eine politische Bildungskonzeption vorsieht, die Einsicht darin zu vermitteln, daß Politik keine Sache von Zufall oder großen Persönlichkeiten ist. Ebenso müßte es darum gehen, die politischen gesellschaftlichen Zusammenhänge selbst aufzuzeigen. Andernfalls bliebe politische Bildung auch hier formal.

Als letzten Aspekt in diesem Zusammenhang nennen LANE und SEARS die Notwendigkeit eines "well formulated belief-system to give the information 'meaning'; that is to draw inferences about what is going on and what should be done" (LANE and SEARS, 1964, S. 69).

Auf diesen Aspekt, der offensichtlich die Frage der Bedeutung und Notwendigkeit politischer Ideologie problematisiert, werden wir an späterer Stelle der Arbeit eingehen. Hier soll uns der Hinweis genügen, daß für die Autoren die Frage der Ideologie als notwendige Voraussetzung dafür, daß Information "useful" werden kann, ebenfalls rein formal gesehen wird. Das heißt: man braucht schon eine Ideologie, welche ist in diesem Zusammenhang unwichtig (vergleiche LANE and SEARS, 1964, S. 69).

Daß politische Information neben den kognitiven Bedingungen auch Handlungsbedingungen und Handlungskonsequenzen benötigt, um für das betreffende Individuum "useful" zu sein, ist LANE and SEARS ebenfalls klar: " ... the level of information possessed by a public achieves its significance in the uses to which it is put. Here lies the major problem of education for democracy ... (S. 69). Ihre Kritik aber bleibt auf dem Niveau bestehen, was sie selbst als "Personalisierung" bezeichnet haben (siehe oben): "Pouring "civics" into the electorate won't help much; teaching men how to use knowledge, how to conceptualize, appraise evidence, infer causality - there lies a task worthy of a great teacher" (S. 70). Eine nicht personalisierende Alternative zur Lösung des Problems werden wir weiter unten diskutieren.

3. Die Rolle des Wissens in den Ansätzen zur Einstellungs- änderung bzw. Beeinflussung

In die allgemeine Fragestellung, welche Bedeutung die amerikanischen und westdeutschen Ansätze der Attitüden-Forschung dem politischen Wissen im Gesamtzusammenhang der politischen Einstellungskonzeption einräumen, möchten wir die Analyse der entsprechenden Untersuchungen zur Erforschung der Bedingungen der Einstellungsänderung einbeziehen.

Zunächst kann allgemein vorweggenommen werden, daß eine explizite Fragestellung, nach der Rolle des Wissens um das Einstellungs-objekt bzw. das objektive Einstellungsverhältnis für die Bedingungen und die Möglichkeit der Veränderung einer bestehenden Einstellung nicht auftaucht. Wir werden also versuchen, die Fragestellungen bzw. Untersuchungen aufzugreifen, in denen die Variable 'Wissen' bzw. 'Informiertheit' mehr oder weniger eindeutig implizit enthalten ist.

Die erste der z. B. bei McGUIRE abgehandelten Variablen, in denen unser Problem implizit enthalten ist, ist die Variable "credibility as a component of source valence". McGUIRE definiert: "The credibility of the source might ... be analysed into his apparent expertise and objectivity, that is his perceived ability to know the correct stand on the issue, and motivation to communicate this knowledge without bias" (McGUIRE, 1968, S. 182). Wie McGUIRE selbst bemerkt, steht hinter der Annahme, daß die wahrgenommene "expertise" und "objectivity" auf das Subjekt der Einstellung einen Einfluß hat, das Konzept eines Rezipienten als "rational, problem-solving individual, trying to adjust his belief system as closely as possible to external reality" (S. 182). Es wird also angenommen, daß es dem Subjekt keineswegs gleichgültig ist, ob es seine Einstellungen aufgrund begründeter oder unbegründeter Argumentationen ändert. Je mehr Vertrauen es in die Quelle hat, d. h. hier, je mehr es zu der Annahme gelangt, daß diese Quelle 'Bescheid weiß', desto eher ist es bereit - so die entsprechende Hypothese - seine Einstellung in Richtung der

Argumente dieser Quelle zu verändern.

Tatsächlich konnte diese Hypothese allgemein bestätigt werden (vergleiche z. B. HOVLAND, JANIS and KELLEY, 1953; ANDERSON, 1966).

Im Zusammenhang mit unserer Fragestellung ist hier zunächst fest zuhalten, daß ganz offensichtlich das Bedürfnis nach - um es hier zunächst vorsichtig auszudrücken - 'begründeten', auf Grund von Sachkenntnis gefällten Urteilen über den politischen Sachverhalt beim Subjekt besteht. Nun stellt sich die Frage: ändert das Subjekt unter solchen Umständen seine Einstellung auf Grund von Einsicht in eben diese politische Sachlage, oder aber im mehr oder weniger blinden Vertrauen auf die Richtigkeit der Aussagen der Quelle?

Tatsächlich konnte festgestellt werden, daß hohe Glaubwürdigkeit der Quelle wohl zu relativ großem Einstellungsänderungseffekt führt, daß aber der Effekt bezüglich des Erlernens der gegebenen Information keineswegs größer ist als bei weniger glaubwürdigen Quellen (vergleiche HOVLAND, JANIS and KELLEY, 1953). Vielmehr stellte man bei eher 'neutralen Quellen' (unter diesem Aspekt der Glaubwürdigkeit) mehr Lerneffekt fest (vergleiche z. B. ANDERSON, 1966; BAUER, 1965 und die Untersuchungen und Ergebnisse zum "sleepers effect"). Es wurde vermutet, daß der Rezipient die Richtigkeit der Informationen nach der von ihm wahrgenommenen Glaubwürdigkeit abschätzt. Bei hoher Glaubwürdigkeit gibt es so für ihn keinen Grund, auch noch den Inhalten Aufmerksamkeit zu schenken.

Obwohl der bedeutende Einfluß glaubwürdiger Quellen das Bedürfnis des Subjektes nach 'begründeten Einstellungen' widerspiegeln scheint, stellt die Konzeption der "credibility", bzw. die Frage nach ihrer Bedeutung keinen hinreichenden wissenschaftlichen Ersatz für die Frage nach der Rolle des politischen Informiertseins oder erst recht für die Frage nach der Rolle der Richtigkeit oder Falschheit der entsprechenden Informationen dar.

Dies wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, an Hand welcher Persönlichkeitsmerkmale ein Rezipient dessen

Glaubwürdigkeit abschätzt. McGUIRE stellt fest: "There is a considerable literature showing that the amount of attitude change produced by a given message can be varied by ascribing the messages to sources that differ on such socially desirable dimensions as knowledge, education, intelligence, social status, professional attainment, age etc." (McGUIRE, 1968, S. 182). Dazu kommt, daß diese Variablen unabhängig von ihrer aktuellen Relevanz hinsichtlich des spezifischen Gegenstandes wirksam werden und sogar experimentell als wahrnehmbar hergestellt werden können (vergleiche z. B. ARONSON und GOLDEN, 1962). Glaubwürdigkeit (bzw. diese hier angesprochene Untervariable: "Expertentum") einer Quelle ist somit derart allgemein und inhaltsunabhängig definiert und untersucht, daß kaum davon die Rede sein kann, daß Einstellungen auf diesem Wege notwendigerweise an Rationalität und Begründetheit zunehmen könnten. Offensichtlich scheint die amerikanische Bevölkerung jedoch tatsächlich so leicht vom Expertentum einer Quelle zu überzeugen zu sein. Angesichts dieser Tatsache und der großen hier impliziten Gefahr politischer Manipulation, muß es als beruhigend gewertet werden, daß "a well-educated, proscience audience tends to accept the science expert on faith", aber daß dennoch "the less educated persons, taking a nobler but more primitive "show me" attitude want to know his arguments" (McGUIRE, 1968, S. 182; vergleiche auch MAUSNER and MAUSNER, 1955).

Ein anderes in diesem Zusammenhang interessantes Problem stellt die Rolle der wahrgenommenen 'Objektivität' der Quelle für eine Einstellungsänderung dar. Hier stellten die Forscher die Hypothese auf, daß eine Quelle um so größeren Einfluß habe, d. h. um so glaubwürdiger erscheine, als sie den Anschein der Neutralität und des Desinteresses am Gegenstand einerseits sowie an einer evtl. Beeinflussung andererseits hat (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 183). Diese Hypothese konnte aber keineswegs bestätigt werden. **Wahrgenommenes Engagement der Quelle braucht keineswegs notwendigermaßen Glaubwürdigkeit herabzusetzen.** Wie wir an anderer Stelle darstellten, kann sie deren Einfluß sogar erhöhen. Die Forscher

vermuten angesichts dieses unerwarteten Ergebnisses, daß mit diesem wahrgenommenen Engagement die Attraktivität der Quelle in den Augen des Rezipienten zunimmt (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 183 f).

Ebenso denkbar erscheint es uns jedoch, daß hier die Glaubwürdigkeit selbst in mehrfacher Hinsicht zugenommen haben kann: Zum einen (es geht ja nicht um wissenschaftlich-sachliche Aussagen sondern Argumente, Stellungnahmen und Werte) erscheint ein engagierter Mensch vielleicht insofern glaubwürdiger, als ein sachlich-kühler, als man ihm nicht nur eher glaubt, was er über den Sachverhalt als solchen meint, sondern auch seine Aussagen hinsichtlich der Bedeutung des Sachverhaltes für ihn selbst und ebenso für die Interessen der Rezipienten. Zum zweiten glaubt man ihm die Wichtigkeit der Angelegenheit und die Notwendigkeit einer Einstellungsänderung unter Umständen eher.

Ähnlich kann übrigens auch der Einstellungsänderungs-Effekt einer anderen 'Quellen-Variable' eingeschätzt bzw. interpretiert werden: Die vom Standpunkt des Rezipienten wahrgenommene Ähnlichkeit der Quelle mit ihrer eigenen Person konnte ebenfalls als einstellungsbeeinflussender Faktor nachgewiesen werden (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 187). Während McGUIRE diese Variable unter der Komponente "Attraktivität" aufführt und in diesem Zusammenhang als entscheidenden Punkt der Beeinflussung interpretiert, "whether he (the receiver) can enhance his self-esteem through his identification with the source" (S. 187), erscheint uns eine andere Annahme plausibler: Es ist denkbar, daß die wahrgenommene Ähnlichkeit die Glaubwürdigkeit der Quelle dann erhöht, wenn diese den Anspruch erhebt, mit dem (den) Rezipienten die Interessen und Ziele zu teilen (vergleiche auch BURKE, 1962, NEWCOMB, 1953, 1956, 1961).

Selbstverständlich gilt für diesen Glaubwürdigkeitsaspekt des wahrgenommenen Engagements bzw. der wahrgenommenen Ähnlichkeit dasselbe, was oben über die "Experten-Variable" gesagt wurde. Ihre tatsächlich empirisch feststellbare Wirksamkeit spricht zum einen für die Existenz eines psychologischen Bedürfnisses

des Subjektes, seine Einstellungsänderung auf eine möglichst richtige Widerspiegelung der Realität - hier eben der tatsächlichen Bedeutung und Wichtigkeit für die eigenen Interessen - zu stellen. Sie kann aber nicht als 'Ersatz' für die Fragestellung nach der Rolle der realen Bedeutung eines politischen Sachverhaltes für die eigenen persönlichen Interessen im Hinblick auf die Veränderbarkeit und Veränderungsbedingungen der politischen Einstellung hingenommen werden. Schließlich wird hier nur untersucht, welche Bedeutung der Vermutung des Subjektes zukommt, daß ihre Einstellung begründet ist; nicht aber welche Bedeutung es andererseits hat, ob diese Annahme zutrifft. Hier wird statt politischem Wissen politischer Glaube, politisches Vertrauen untersucht!

In anderem Zusammenhang thematisiert die amerikanische Attitüden-Forschung ebenfalls implizit die Frage nach der Rolle des Wissens, Verstehens des Inhaltes einer Einstellung für die Veränderung der bisherigen Einstellung zum gleichen Sachverhalt. Jedoch wird hier - nämlich bei der Frage der "Message-Variable" - noch sehr viel weniger auf das Problem der objektiven Realität des Einstellungsgegenstandes bzw. des Einstellungsverhältnisses und damit auf die Richtigkeit oder Falschheit der inhaltlichen Erkenntnisse des Subjektes eingegangen (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 200). Vielmehr wird hier unter verschiedenen Aspekten die Frage aufgeworfen: wirkt ein sachlicher Stil, ein logisch strukturierter Aufbau, eine Einbeziehung der Gegenargumente und eine vorgegebene Schlußfolgerung eher einstellungsbeeinflussend als ein eher dynamischer, spontan-emotionaler Stil, als ein lässiger Aufbau, als ein Verschweigen der Gegenargumente und als ein Offenlassen der Schlußfolgerungen. Da alle diese Untersuchungen an anderer Stelle bereits dargestellt und auch kritisiert wurden, möchte ich mich hier auf den Hinweis beschränken, daß gerade diese völlig und bewußt formalistischen Ansätze wenig oder gar nichts zur Klärung der Frage des Wissens für die Einstellungsänderung beitragen. Vielmehr wird hier eigentlich die Frage aufgeworfen: 'Lohnt es sich, einen sachlichen Eindruck zu erwecken?', 'lohnt

es sich, die Argumente verstehbar und lernbar zu machen?'. Da - wie bereits oben angedeutet - die amerikanische Attitüden-Forschung immer wieder feststellt, daß es keineswegs die gleichen Bedingungen innerhalb eines Kommunikationsprozesses sind, die das Lernen einerseits und eine Einstellungsänderung andererseits fördern, dürfte sich für sie eine Frage nach der Förderung tatsächlicher Einsichten, nach der Vermittlung von Informationen ohnehin erübrigen. Denn wie schon mehrfach konstatiert, genügt es den amerikanischen Forschern, festzustellen, was am effektivsten ist. Es werden weder oft Zusammenhänge aufgedeckt noch wird je danach gefragt, was für ein Subjekt am 'effektivsten' ist, welche Einstellungen ihm nutzen. In diesem Fall könnte man diese Trennung von Einstellungsänderungs- und Lernbedingungen kaum hinnehmen, ohne die Frage zu stellen, ob es nicht einen Unterschied macht für das menschliche Individuum, ob seine Einstellungen tatsächlich auf Information, auf Wissen, auf begründeten, durchdachten Urteilen und Schlüssen beruhen oder aber ob sie beliebig durch inhaltsunabhängige Variablen gesteuert und herausgebildet werden.

Wenn es einen Unterschied macht, so wäre es zweifellos Aufgabe der Psychologie, die Bedingungen herauszufinden, unter denen ein Mensch solche begründeten Einstellungen entwickeln kann.

4. Die Bedeutung der kognitiven Einstellungskomponente in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung

Wie McGUIRE feststellt, ist die 'Trilogie' von "knowing", "feeling" und "acting" ein Bestandteil sämtlicher Ansätze der Attitüden-Forschung (hier sei nur auf einige Autoren verwiesen: FISHBEIN, 1965; McGINNIES, 1970; GUILFORD, 1965; JONES and GERALD, 1967; CAMPBELL et al, 1960; HIEBSCH und VORWERG, 1969).

Jeder Einstellung wird eine kognitive Komponente zugeschrieben, die beinhaltet "how the attitude object is perceived" (McGUIRE,

1968, S. 155). Die affektive oder emotionale Komponente definiert MCGUIRE als "feelings of liking or disliking about the object of the attitude" (S. 155). Die konnative Komponente dagegen beinhaltet "the person's gross behaviour tendencies regarding the object" (S. 156).

Auf die Handlungskomponente und die emotionale Komponente der Einstellung werden wir an anderer Stelle ausführlicher eingehen. Hier interessiert zunächst die kognitive Komponente und ihre Sichtweise im Gesamtkomplex aller Komponenten. Wie wird diese kognitive Einstellungskomponente definiert und operationalisiert? Welche Rolle wird ihr zugesprochen innerhalb der Einstellung als Einheit aller Komponenten? Welches Verhältnis wird gesehen zwischen der subjektiven kognitiven Komponente und ihrem objektiven Widerspiegelungsgegenstand?

Nun kann dies Problem im Rahmen dieser Arbeit und an dieser Stelle in keiner Weise umfassend, gründlich oder auch nur hinreichend behandelt werden. Hier schließt sich nämlich die gesamte Problematik der menschlichen Kognition an, die Denkpsychologie, die Lerntheorie, die Theorie der Wahrnehmung und so fort. Wir wollen deshalb verweisen auf die in diesem Zusammenhang stehende äußerst vielfältige Literatur sowie auf die an dieser Stelle ausgetragenen wissenschaftstheoretischen, erkenntnistheoretischen und spezifisch psychologischen Kontroversen.

Wir selbst möchten uns hinsichtlich der oben aufgeworfenen recht weitreichenden und allgemeinen Fragen sehr stark einschränken auf einige wenige Aspekte, die besonders im Zusammenhang mit der Attitüden-Konzeption von Bedeutung sind.

Als Ausgangspunkt möchten wir das Konzept der "minimal person for social psychology" wählen, das JONES and GERALD (1967) folgendermaßen einführen: "The minimal person ... is a composite of beliefs, values and attitudes. In our drive to keep things simple we have focused primarily thus far on the concepts of value and cognitive category. Now we should like to develop these concepts in order to clarify the relations between cognition

and motivation - between thought and feeling or desire. We shall introduce the new concepts, belief and attitude and argue that attitudes derive from the combining of a belief with a value" (JONES and GERALD, 1967, S. 157).

Der Ansatz, der versucht, die Struktur der Einstellung als "syllogistic conclusion" darzustellen und zu erklären, faßt die Einstellung auf als "the implication of combining a belief with a relevant value" (S. 159). An einem der bei JONES und GERALD genannten Beispiele läßt sich das Syllogismus-Konzept der Einstellungsstruktur kurz verdeutlichen:

- "1. All Negroes are lazy (MINOR-PRÄMISSE),
2. Lazy people are bad (MAJOR-PRÄMISSE),
3. Therefore, all Negroes are bad (KONKLUSION)" (S. 159).

Der hier vorliegende Grundgedanke der Autoren ist folgender:

"In each syllogism the attitude is the conclusion (3.) and the two promises generating it represent the structure of the attitude. The major premise of an attitude syllogism is a value state (2.). The minor premise is a belief ..." (S. 159 f).

"Beliefs" sind nach JONES und GERALD Aussagen über den Zusammenhang zweier kognitiver Konzepte: eines Objektes und eines Attributes. Dabei kann jede solche Aussage selbst die Konklusion eines vorgelagerten Syllogismus sein.

Die Autoren sprechen im Zusammenhang mit den "belief"-Aussagen ferner von der Möglichkeit ihrer 'Inkorrektheit': "that belief conclusions as well as belief premises may be incorrect" (S. 160).

Dabei wird jedoch deutlich, daß mit 'Inkorrektheit der Aussagen' nur einer oder mehrere logische Widersprüche innerhalb des bzw. der Syllogismen gemeint sind. Über die mögliche Übereinstimmung der "belief"-Aussagen mit der objektiven Realität (über die sie ja schließlich aussagen) sprechen die Autoren an keiner Stelle. Nicht über die 'Richtigkeit' der Prämissen der logischen Schlüsse wird hier reflektiert, sondern nur über die Widerspruchsfreiheit der logischen Schlüsse in sich.

Dies wird deutlich u. a. auch an den von JONES and GERALD gebrachten Beispielen für "beliefs": "the righteous will under

the Kingdom of Heaven; yogurt leads to slimness; the Republicans are a divided party" (S. 158); "all Negroes are dirty" und "Fluoride is a poison" (S. 159). Die Autoren setzen diese Art von 'Aussagen' von Definitionsaussagen ab wie z. B. "Negroes are dark skinned" (S. 158). "Beliefs" und "definitions" werden hier logisch und linguistisch unterschieden. Tatsächlich besteht aber hinsichtlich ihres Aussageinhaltes und ihres Widerspiegelungscharakters, also hinsichtlich ihrer 'Fähigkeit' die objektive Realität adäquat bzw. weniger adäquat oder auch falsch widerzuspiegeln kein qualitativer Unterschied. Definitionen spiegeln evidente Tatsachen wider, Aussagen dagegen Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Gegebenheiten. Beides kann in diesem Sinne richtig, beides kann auch falsch sein. Die "Beliefs", die JONES and GERALD hier nennen, werden nicht nach der Richtigkeit der Aussagen in diesem erkenntnistheoretischen Sinne differenziert. Ein "belief" - und d. h. hier der kognitive Anteil einer Einstellung - wird hier definiert nur als subjektive psychologische Kategorie: Das, was ein Subjekt für richtig hält, im Hinblick auf den Zusammenhang eines Objektes und eines Attributes gilt als seine "Überzeugung". Die Frage nach der tatsächlichen Richtigkeit dieser Überzeugung wird nicht gestellt und spielt offensichtlich keine Rolle für die weitere psychologische 'Verarbeitung' dieser kognitiven Konzeption (vergleiche z. B. auch SECCORD and BACKMANN, 1967 , S. 98).

Die Kognitionen unterscheiden sich nun für die Autoren JONES und GERALD von den Werten dadurch, daß es sich bei Werten nicht um Aussagen (im oben erläuterten Sinne) handelt, sondern um eine "relationship between a person's emotional feelings and particular cognitive categories" (S. 159). Werte werden als solche gelernt und sind 'halb kognitiv, halb affektiv'. "Any singular state or object for which the individual strives, or approaches, extols, embraces, voluntarily consumes, incurs expense to acquire is a positive value. Anything that the individual avoids, escapes from, deprecates, rejects, or attacks is a negative value"

(S. 158). Als Beispiele für solche Werte werden bei JONES and GERALD genannt: "Lasy people are bad"; "Poison is bad" (S. 159); "Communist dictatorships are bad" (S. 161). Es handelt sich also um Wertaussagen. Diese unterscheiden sich erkenntnistheoretisch von den "beliefs" nun dadurch, daß der von ihnen widergespiegelte Gegenstand ein anderer ist: 'Einfache' kognitive Aussagen, wie die "beliefs" haben den Zusammenhang zweier Objekte zum Gegenstand. Wertaussagen dagegen haben den Zusammenhang zwischen dem Objekt und dem eigenen Subjekt zum Gegenstand, und zwar genauer gesagt die Wertigkeit des Objektes für das Subjekt. Die Wertaussage ~~bezieht~~ somit das eigene Subjekt ein, macht es zum Objekt der Aussage. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß dieser Aussage über die Werthaftigkeit eines Objektes weniger die Qualität der Widerspiegelung der objektiven Realität zukommen könne, als Aussagen über vom Subjekt zunächst unabhängige Sachverhalte, Zusammenhänge und Objekte.

Für die Autoren JONES und GERALD ist ein Wert zwar eine Beziehung zwischen Gefühlen und kognitiven Kategorien, nicht aber eine Aussage über die objektive Beziehung zwischen dem Objekt und dem (eben auch fühlenden) Subjekt. Selbstverständlich taucht im Zusammenhang mit dieser "evaluation" die Frage nach deren 'Richtigkeit' erst recht nicht auf.

wir können hier tatsächlich die gleichen Tendenzen bei der Frage der Rolle der objektiven Realität für die Konzepte der Kognition feststellen, wie sie sich bereits im Zusammenhang z. B. mit dem 'politischen Informationsbegriff' oder z. B. bei dem Begriff der "Rationalität" politischer Einstellungen (siehe unten) abzeichnen:

Zum einen werden Kognitionen, Wissensinhalte, Informationen etc. als rein subjektive Phänomene behandelt, ohne daß ihr Inhalt als widerspiegelung einer objektiven Realität - hier des Einstellungs-objektes - gesehen und entsprechend wissenschaftlich behandelt würde.

Zum zweiten werden Werte als etwas Nicht-Kognitives erachtet, als bloße Assoziationen eines Gefühles mit einem kognitiv re-

präsentierten Sachverhalt. Daß Werte Aussagen sind über einen spezifischen Aspekt der objektiven Realität, nämlich über das objektive Verhältnis zwischen Einstellungsobjekt und Einstellungs-subjekt, und daß auch den Werten damit die Qualität des Kognitiven und ebenso die Qualität der adäquaten Widerspiegelung zukommen kann, wird weder bemerkt noch etwa berücksichtigt. Und so stellt das Syllogismus-Konzept der Autoren JONES und GERALD ein Beschreibungsmodell einer subjektiven Struktur dar, das als solches sicherlich nützlich sein dürfte, daß aber Einstellungen eben nur in ihrer psychologischen phänomenalen Struktur aufschlüsseln kann: Wie wir im Zusammenhang mit der Struktur-Problematik der Einstellung sehen werden, führt dieses Modell nicht über die übliche binnenpsychologisch begründete Konsonanztheorie hinaus (vergleiche Kapitel 8 II f).

Im Hinblick auf das hier anstehende Problem der Bedeutung des Wissens für die politische Einstellung in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zeichnet sich in dem dargestellten Ansatz der Attitüden-Binnenstruktur folgende Annahme über die Rolle der Kognition und des politischen Wissens ab: Einstellungen enthalten immer Kognitionen insofern, als die Werte immer an Kognitionen geknüpft werden. Es müssen Kognitionen vorhanden sein, damit Einstellungen entstehen und bestehen können. Inhalt, Art und Adäquatheitsqualität der Kognition spielt dabei eine unbedeutende Rolle. Bestenfalls wird innere Widerspruchsfreiheit zwischen den vorhandenen Kognitionen und Werten angestrebt. Dieses kognitive 'Minimal-konzept' der amerikanischen Attitüden-Forschung läßt sich auch mit CAMPBELL et al so zusammenfassen, daß es ohne Wissen um ein "issue" auch keine Einstellung zu diesem Sachverhalt geben kann (CAMPBELL et al, 1960, S. 175): "An issue must be recognized ... " (S. 170). Wenn CAMPBELL et al in diesem Zusammenhang feststellen, " ... one of the greatest limitations on civic participation is imposed by sheer ignorance of the existence of major social and economic problems" (S. 170), so dürften sie in Anbetracht der

oben referierten Ergebnisse sicherlich Recht haben. Dies ist jedoch kein Grund z. B. für den pädagogischen Bereich der politischen Bildung, ein politisches Wissenskonzept auf eben diese Frage des "Kennens der politischen Sachverhalte" zu reduzieren. Neben dem bloßen Wahrnehmen bestimmter "issues" ist mindestens ebenso notwendig eine Einsicht in die innere Struktur und die Zusammenhänge dieses Sachverhaltes. Dazu gehört eben auch die Einsicht in die Beziehung des politischen Problems zur eigenen Person. Und gerade eine solche Einsicht dürfte das von CAMPBELL hier genannte Problem politischer Apathie und politischen Desinteresses sehr viel schneller und gründlicher lösen, als ein politisches Bildungskonzept, das sich ganz abstrakt um größeres politisches Wissen der Art bemüht, wie es in amerikanischen und westdeutschen Ansätzen so oft verstanden wird (siehe oben).

Es stellt sich nun die Frage, ob dem Wissen um politische Sachverhalte, als dem Inhalt der kognitiven Komponente der Einstellung in den Attitüden-Ansätzen - über die Frage ihrer bloßen Existenz hinaus- nicht doch eine Bedeutung für die Einstellung selbst zugeordnet wird. Anders herum könnte die Frage lauten: Spielt nicht der kognitive Inhalt der Einstellung eine Rolle im Zusammenhang mit der Einstellungsfunktion?

In den funktionalen Ansätzen der Attitüden-Forschung (vergleiche z. B. SMITH, BRUNER und WHITE, 1956 und KATZ and STOTLAND, 1959) finden sich im allgemeinen drei grundsätzlich verschiedene Funktionstypen: die rein emotionalen Funktionen (z. B. kartharsische Funktion), die "Nützlichkeitsfunktion", wo die Einstellung als instrumentell im Hinblick auf angestrebte Ziele des Subjektes angesehen wird, sowie die "Wissensfunktion". Wir haben uns mit den Funktionstheorien bereits im Zusammenhang mit der Analyse der Ansätze hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Behandlung des Einstellungsgegenstandes kurz befaßt. Hier möchten wir noch kurz auf die "Wissensfunktion" der Einstellung eingehen.

McGUIRE stellt hierzu fest: "A second function of attitudes is to give a simplified and practical manual of appropriate

behaviour toward specific objects. In life, as in science, the rough phenomena are too rich to be grasped in all their individuality. We tend to group them into convenient categories and tease out useful generalities about relationships among these abstract categories ... What a theory is for an empirical scientist, an attitude is for a man in his social life" (S. 158). Einstellungen entwerfen also ein Bild der Realität für den Menschen, ein komplexitätsreduzierendes Bild, das handhabbar ist und als Orientierung für das soziale Handeln dient.

Auf die beiden letzten Aspekte werden wir später noch eingehen (vergleiche Kapitel B II f, g). Hier interessiert zunächst: Haben wir es hier mit der Aussage zu tun, daß Einstellungen Widerspiegelungen der objektiven Realität sind? Oder wird in der "Wissensfunktion" von Einstellungen nur ein 'Ordnung in die Vielfalt bringen' gesehen, das relativ beliebigen Inhalts sein kann und mit der objektiven Realität nichts zu tun hat? Die Aussagen der Autoren sind in diesem Punkte zweideutig.

Zum einen wird die "knowledge function" aus einer Unfähigkeit des Menschen hergeleitet, die "complexities of the phenomenological world" als solche zu verarbeiten. Einstellungen sind notwendig und erscheinen als "oversimplification" (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 159). Hier wird die Funktion der Strukturierung einer Einstellung für eine mögliche Orientierung in der Umwelt als reiner 'psychologischer Überlebenstrick' angesehen, der nicht etwa zur größeren Erkenntnis der Realität führt, sondern im Gegenteil zu einer Verzerrung, einer Vereinfachung. Ganz ähnlich stellt z. B. bei CANTRIL (1965) die Struktur der Werte, die vom Individuum herausgebildet werden eine praktische und praktikable Vereinfachung der Erfahrungen dar, die nach CANTRIL keine Entsprechung in den realen Bedeutungen selbst hat. So formuliert er: " ... a person must do some thing to put order and repeatability into the world in which he carries on his living. The craving to find some certainty or permanence in the tumult of change around us stems form the need to be able to guess what action will serve our purposes when time for action arrives ... Hence we create

constancies concerning things, people and events" (CANTRIL, 1965 S. 15/16).

Diese "world in which he carries on his living", das, was CANTRIL im weiteren als "reality world" bezeichnet, definiert er dabei wie folgt: "the worlds we create for ourselves in course of our transactions of living, the world in which we have our being. The only world we know" (S. 15). An anderer Stelle erläutert CANTRIL sein Verständnis vom Verhältnis zwischen der sich immer verändernden, scheinbar unendlichen objektiven Welt ("world around") und dem menschlichen Individuum das menschliche Individuum versucht sich - quasi permanent und durch unentwegte 'Experimente' - eine für seine "greater value satisfactions" möglichst optimale "reality worlds" zu schaffen (S. 18).

Hier wird also weniger die objektive Existenz der realen Welt, als vielmehr ihre Erkennbarkeit in Frage gestellt. Aus der zweifellos richtigen Tatsache, daß subjektive Widerspiegelung durch den Menschen nicht Erkenntnis der Realität an sich und für sich ist, sondern daß sie die Aspekte, Gesetze und Eigenschaften der Realität beinhaltet, die in der menschlichen Tätigkeit wichtig sind für deren Verlauf, deren Ziel oder deren Erfolg, wird hier gefolgert, daß menschliches Bewußtsein von der Bedeutung der Dinge der realen objektiven Welt notwendig unwesentlichen Ausschnitt und Zufall darstellen muß.

Neben diesen und ähnlichen Konzepten hinsichtlich der "knowledge function" der Einstellungen, finden sich auch Hinweise auf ein "need for knowledge". Die Existenz eines solchen Bedürfnisses auch im Zusammenhang mit politischen Einstellungen zeigte sich z. B. deutlich in den Ansätzen und Ergebnissen zur Bedeutung der "Glaubwürdigkeit der Quelle für die Einstellungsänderung".

Nun deutet sich in den kognitiven Ansätzen, die ganz allgemein die Frage nach dem "basic need to know" aufgreifen, eine Tendenz an, eben dieses Informations- und Wissensbedürfnis nicht rein

innerpsychologisch abzuleiten, sondern als Ergebnis der psychologischen Widerspiegelung der objektiven Realität, die sich im Zusammenhang mit der menschlichen Tätigkeit herausbildet. Ansätze dieser Art werden uns in den folgenden Auseinandersetzungen um das "Interesse", die "Struktur" von Einstellungen und die Rolle der menschlichen Handlung für die Einstellung (und umgekehrt) noch genauer beschäftigen.

Hier seien nur einige Beispiele genannt: So formuliert z. B. FESTINGER (1957): "It could be unlikely that an organism live and survive if the elements of cognition were not to a large extent a veridical map of reality" (FESTINGER, 1957, S. 10) und an anderer Stelle: "... the reality which impinges on a person will assert pressures in the direction of bringing the appropriate cognitive elements into correspondence with that reality" (S. 11).

Auch JONES and GERALD leiten das Informationsbedürfnis aus der Notwendigkeit her ab, sich in der gegebenen Realität möglichst optimal orientieren und auf diese Weise sinnvoll und erfolgreich handeln zu können (vergleiche JONES and GERALD, 1967, S. 120 ff). Die im Laufe der Handlung entstehenden Kognitionen, ihre Inhalte wie ihre Struktur, sind nicht beliebig, sondern hängen insofern von der tatsächlichen Realität (den Inhalten und der Struktur der objektiven Realität) ab, als ihre Funktion eben in der Orientierung in dieser Realität besteht und letztlich nur die richtige Widerspiegelung (die Autoren verwenden diesen Begriff allerdings nicht) zum erfolgreichen Handeln führt (S. 131 ff).

Besonders interessant ist hier auch die Frage, wie es zu 'inadäquaten', verzerrten, verkürzten oder 'falschen' kognitiven Vorstellungen kommen kann und unter welchen Bedingungen diese aufrechterhalten oder aber korrigiert werden. Als mögliche Fehlerquellen innerhalb kognitiver Prozesse nennen die Autoren JONES and GERALD zum einen die 'Selektion', sodann die 'Vervollständigung der Information über das in der unmittelbar erfahrbaren Umwelt Gegebene hinaus' (vergleiche S. 132) durch Einordnung in die bereits vorhandene subjektive Kategorienstruktur.

Beides sind psychologisch notwendige kognitive Verarbeitungsschritte, die nicht etwa zwangsläufig zu 'falschen Vorstellungen' führen müssen. Fehler in diesem Sinne treten nach JONES and GERALD dann auf, wenn "the individual places too much weight on an expectancy or a prediction" (S. 135) oder aber dann, wenn nicht ausreichende "redundancy in the environment" vorhanden ist (S. 135). Mit 'ausreichender Redundanz' sind die wiederholbaren konstanten Erfahrungsmöglichkeiten des Subjektes in seinem Umgang mit der ihn umgebenden Realität gemeint. Der erste genannte Aspekt thematisiert die Möglichkeit, daß Erwartungen die kognitiven Konzepte von der umgebenden Realität in verzerrender Weise beeinträchtigen können. So nennen die Autoren an dieser Stelle die "Angleichung an den typischen Fall" (S. 138), die "Stereotypenbildung", den "Effekt des ersten Eintreffens" und ähnliche.

Es kann allgemein festgehalten werden, daß u. U. ein psychologischer Widerspruch auftritt zwischen der "Offenheit gegenüber neuen, auch nicht-konsonanten Informationen" einerseits und dem Wunsch, die bestehenden Ansichten etc. zu bewahren. Hier stehen sich das Bedürfnis nach Informationen über die Realität (siehe oben) und die beharrliche Tendenz der 'kognitiven Energieeinsparnis' (vergleiche JONES and GERALD, 1967, S. 227 ff) gegenüber.

Welche der beiden kognitiven Verhaltensweisen sich jeweils 'durchsetzt', hängt nach JONES and GERALD von der Situation des Subjektes und der Phase seiner Tätigkeit ab: "In the predecision phase the person actively attempts to move through the proper choices, toward the most gratifying outcomes. He is more or less in control, he is the uncommitted chooser, and as a consequence he hungers for any information that will help him choose adaptively" (S. 229). Anders in der "postdecision phase": hier sucht das Subjekt nach Auffassung der Autoren nicht mehr nach Informationen, da hier die Handlung nicht mehr möglich ist. (Dieses Modell dürfte jedoch höchstens bei einmaligen Handlungen bzw. Entscheidungen zutreffen. Handlung eines Menschen vollzieht sich ansonsten jedoch eher als laufender, komplexer Prozeß, in dem es keine reine

"pre- bzw. postdecision" Phasen gibt.)

Immerhin können wir den Autoren soweit zustimmen, daß dann, wenn Informationen nötig sind, um die richtige Orientierungsgrundlage für ein erfolgreiches Handeln zu sichern, das Informationsbedürfnis das Beharrungsbedürfnis außer Kraft setzt.

Hinter einer solchen - offensichtlich in weiten Teilen der amerikanischen Psychologie anerkannten und empirisch gesicherten Theorie stent somit mehr oder weniger explizit die Annahme, daß Kognitionen für den Menschen nicht nur eine relativ beliebige Ordnungsfunktion haben (siehe oben), sondern für das handelnde menschliche Individuum notwendig sind als möglichst optimale Abbilder der realen Umwelt. Diese letztlich materialistische Auffassung²⁰ findet sich auch in der amerikanischen Psychologie im Rahmen allgemein psychologischer Ansätze relativ häufig.

Wie wir oben bereits dargestellt haben, sind solche Konzeptionen in die Attitüden-Forschung und besonders in die Konzeption der politischen Einstellung jedoch bis heute kaum eingedrungen. Die Frage der objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses und seiner Aspekte Objekt, Subjekt und Beziehung zwischen beiden wurde in allen bisher dargestellten Ansätzen immer wieder negiert. Im Zusammenhang mit der Bedeutung des politischen Wissens bzw. der kognitiven Komponente für die Einstellung, ihren Inhalt, ihre Richtung und ihre Veränderbarkeit stellt sich die Adäquatheit dieses Wissens in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen nicht als psychologisches Problem.

Wenn wir von einer prinzipiellen Ähnlichkeit der Widerspiegelungsgegenstände der einfachen menschlichen Wahrnehmung und der politischen Einstellung ausgehen (sofern sie beide der objektiven Realität angehören) müßte jedoch aus den hier zuletzt dargestellten Ansätzen der Schluß zu ziehen sein, daß ebenso im "politischen Wahrnehmungsbereich" die möglichst optimale (inhaltlich wie formal!) Wissensgrundlage psychologisch notwendig ist für eine Orientierung des Subjektes.

Von daher gesehen, müßten also auch für die politischen Ein-

stellung folgende Hypothesen aufgestellt werden können:

1. Je nach Adäquatheit der Wissensgrundlage einer politischen Einstellung fällt diese Einstellung in ihrem Inhalt und ihrer Richtung unterschiedlich aus, führt zu anderen Handlungsorientierungen.
2. Es ist für das menschliche Individuum von Bedeutung (hinsichtlich des Erfolges ihrer politischen Handlung), daß ihre politischen Einstellungen auf einer möglichst adäquaten Erkenntnis des politischen Sachverhaltes O bzw. seiner Bedeutung S-O aufbaut.

Warum tauchen diese Hypothesen in der Attitüden-Forschung der amerikanischen und westdeutschen Sozialpsychologie nicht auf? Wir können diese Frage eher beantworten, wenn wir gezielt dem Problem der 'Beliebigkeit versus Begründbarkeit' politischer Einstellungen in diesen Ansätzen nachgehen. Taucht diese Alternative überhaupt auf? Und wenn ja, was wird unter "Begründbarkeit" oder "Rationalität" verstanden? Dies wird uns im nächsten Kapitel beschäftigen.

5. Die Frage nach der inhaltlichen Begründbarkeit bzw. Rationalität politischer Einstellungen in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen der Attitüden-Forschung

Wie wir in den vorausgegangenen Kapiteln zeigen konnten, gehen die amerikanischen und westdeutschen Ansätze zunächst einmal von einer prinzipiellen Beliebigkeit der Richtung politischer Einstellungen aus: Zu jedem Objekt existiert in der Bevölkerung eine Fülle unterschiedlicher Einstellungen, die sich sicherlich nicht normal verteilen, die sich aber auf einem Einstellungskontinuum abtragen lassen. Bei der Konstruktion von Einstellungsskalen und bei Einstellungsuntersuchungen geht es immer um die Frage: Welche Einstellung hat X? Es wird fast nie eine Unterscheidung der möglichen Einstellungen gemacht hinsichtlich ihrer

Begründbarkeit, hinsichtlich des Ausmaßes an dahinterstehender politischer Information, der Art der Information oder gar der Richtigkeit der Information. Zunächst interessiert die amerikanische und westdeutsche Attitüden-Forschung immer die existente Einstellung, sehr viel weniger interessieren ihre Bedingungen. Und wenn es um die Erforschung eben dieser Bedingungen geht, wird z. B. eher nach demographischen Variablen gefragt, als nach der Wissensgrundlage.

Wir wollen uns nun mit den relativ seltenen Ansätzen beschäftigen, wo im Zusammenhang mit politischen Einstellungen die Frage ihrer Rationalität auftaucht. Worum geht es hier? Deutet sich in dieser Fragestellung eine andere Sicht der Rolle politischen Wissens für die Einstellung und ihre Veränderbarkeit an, als sie sich in der bisherigen Darstellung abzeichnete? Was bedeutet hier der Begriff der "Rationalität"?

Innerhalb der Einstellungsmeß- bzw. Operationalisierungsversuche fällt zunächst eine Reihe von Untersuchungen auf, die den "error choice test" als Meßinstrument zur Einstellungsmessung verwenden. Zu nennen wären hier vor allem HAMMOND ("Pro-Russia error choice test, 1948) sowie WESCHLER ("an Investigation of Attitude toward Labour and Management by Means of the Error-Choice-Method", 1950).

Ausgehend von dem Konzept der Einstellung als "a (non primary) source of energy, or an affective state, capable of producing error in perception and recall" (HAMMOND, 1948, S. 38), wird hier versucht, aus der Richtung und dem Ausmaß dieser durch Einstellung induzierten Erinnerungsfehler (im kognitiven Bereich) auf das Ausmaß und die Richtung dieser Einstellung zu schließen. Unter dem Vorwand, Informationen zu messen, wird den Versuchspersonen bzw. den Befragten eine Frageliste mit multiple choice Fragen vorgelegt. Keine der möglichen Antworten ist "korrekt". Bei den Fragen handelt es sich um Angaben über historische Begebenheiten oder gegenwärtige politische Sachverhalte. Dabei sind diese Informationen nach Auffassung der Autoren so ange-

legt, daß echtes Wissen, exakte Erinnerung an die genauen Angaben quasi ausgeschlossen werden können. HAMMOND kommentiert selbst: "The error choice method used here provokes the subject to draw upon his memory of events in order to decide which answer is 'correct'. Since the field from which he does draw is ambiguous and confused at best, we know ... that the subject will select those pseudofacts from memory which fit his frame of reference or support his established premise" (S. 39). "Under the guise of an 'information test' items were presented with alternate choices for answers, both choices being incorrect, either equidistant from the truth or truth being indeterminable. The subject was forced into error." (S. 42)

Interessant ist es nun, die tatsächlichen Fragen und Antworten der (erreichbaren) "error-choice tests" mit den oben gemachten Aussagen zu konfrontieren. Sowohl bei WESCHLER als auch bei HAMMOND finden sich die so bezeichneten "factual questions", bei denen die beiden möglichen Antworten gleichweit von der "Wahrheit" entfernt liegen. Hier handelt es sich ausschließlich um Zahlenangaben. Als Beispiele seien genannt: "Average weekly wage of the worker in 1945 was (1) \$ 37; (2) \$ 57"; (HAMMOND, 1948) und "During April of 1948, the coal and meat strikes increased the number of work days lost through voluntary stoppage to (a) 10 million work days (b) 6 million work days" (WESCHLER, 1950).

Ohne an dieser Stelle auf die methodischen und theoretischen Implikationen dieser indirekten Attitüden-Meßmethode eingehen zu können, soll hier im Hinblick auf unsere Fragestellung festgehalten werden: Zum einen ist das operationalisierte politische Wissen im wesentlichen zu vergleichen mit den oben dargestellten Informationstests und dem dahinterstehenden Wissensbegriff: Es wird gefragt nach Fakten und Details der politischen "Szene"; wenn auch hier nach Fakten, die weniger die 'hohe Politik' betreffen, als vielmehr nach Fakten, die politische Themen ansprechen, die die Bevölkerung unmittelbar angehen (siehe unten). Zum zweiten muß festgestellt werden, daß in den 'error choice te

bei Fragen dieser Art nicht etwa nach dem Zusammenhang von Informiertheit und Einstellungsrichtung gefragt wird (ein solcher Zusammenhang ließe sich nicht einmal erfassen mit diesen Instrumenten). Vielmehr wird von vornherein von einem gewissen Gegensatz von politischem Wissen und politischer Einstellung ausgegangen. Zugrunde liegt ja die Annahme eines systematischen Erinnerungsfehlers auf Grund von Einstellungen, der hier auf methodischem Wege erzwungen wird. Einstellung wird hier nicht über politische Informiertheit operationalisiert, um die Bedeutung von politischem Wissen für die Einstellung zu untersuchen, sondern um den irrationalen Effekt der Einstellung als Maß ihrer Stärke und Richtung zu benutzen.

Ähnlich sieht unter diesem Aspekt der Fragen - Antwort Komplex der "error-choice-tests" aus, der "indeterminable facts" thematisiert. Hier wird eine Fragestellung nach dem Zusammenhang von Wissen und Einstellung jedoch schon von daher unmöglich, als von einer prinzipiellen Unmöglichkeit ausgegangen wird, die gestellten Fragen entsprechend der Wahrheit zu beantworten. Es handelt sich hier nicht um Faktenfragen, die mit Zahlen und Daten zu beantworten wären, sondern um politische Zusammenhänge, die nach Meinung der Autoren nicht eindeutig geklärt werden können. Wie die Beispiele zeigen, handelt es sich hier um einen Fall, den wir bereits ähnlich an der Skala von FORM and RYTINA (1969; "Beliefs about the Distribution of Power") behandelt haben: So formuliert HAMMOND: "In most countries surrounding Russia where Communists are now in the Government, they have been 1. duly elected, 2. appointed by Moscow" oder "There is (is not) freedom of religion in Russia" (HAMMOND, 1948, S. 39; vergleiche ROBINSON et al, 1972).

Tatsächlich handelt es sich hier um Sachverhalte, die sehr wohl entscheidbar wären, die aber entweder Wissen um komplexere politische Zusammenhänge voraussetzen (z. B. auch Wissen um Sachverhalte, das als solches innerhalb der USA nur unter Schwierigkeiten erreichbar ist). Oder aber es gehen Werte (z. B. Freiheit) und Wertvorstellungen in die Aussagen ein. Im Unter-

schied zu den oben genannten error-choice-Fragen, die tatsächlich zur falschen Antwort zwingen, erscheinen diese Fragen auch für die Intention der Forscher selbst als äußerst unbrauchbar. Interessant ist nur die sich hier deutlich abzeichnende Vorstellung von Sachverhalten, die man wissen könne und von solchen, die prinzipiell unentscheidbar seien. Gesellschaftswissenschaftliche Zusammenhänge - und nichts anderes sind politische Sachverhalte - erscheinen auch hier wieder einmal als wissenschaftlich nicht angebar, als 'Meinungssache'.

Ein anderer Bereich der Operationalisierungsansätze von Einstellungen berührt ebenfalls das Problem der "Rationalität" von Einstellungen: die 'Vorurteilsforschung'. Von Vorurteil wird dabei vornehmlich im Zusammenhang mit Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten und anderen sozialen Gruppen gesprochen (vergleiche FÜLGRAFF, 1970). Im Unterschied zu anderen Einstellungsobjektbereichen scheint hier festzustehen, welche Einstellungsrichtung 'rational' ist, welche als 'Vorurteil' anzusehen ist. Als 'Vorurteil' wird dabei eine Einstellungsäußerung bezeichnet, in der die geäußerte Wertung in irgendeiner Weise den Tatsachen nicht gerecht wird. So gehen z. B. SCHUMAN and HARDING (1964) in ihrem Test "Prejudice and Rationality" (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 210) von dem 'Vorurteilsbegriff' des 'falschen Urteils' aus: Aufgrund vorhandener Einstellungen werden entscheidbare Fakten verzerrt oder falsch gesehen. Die Irrationalität erscheint in Form von falschen, kognitiven Urteilen. Ähnlich wie bei WESCHLER und HAMMOND wird hier von der wahrnehmungsverzerrenden Wirkung emotionaler Einstellungen auf kognitive Urteile ausgegangen. Im Unterschied zu dem 'error-choice-tests' besteht hier jedoch kein Zwang zum Vorurteil. Ein bestehendes Vorurteil äußert sich in solchen verzerrten Urteilen (in positiver oder negativer Richtung). Ein Mensch ohne Vorurteile (bezüglich des spezifischen Gegenstandes) dagegen urteilt hier 'richtig', 'rational'. Und das heißt hier scheinbar tatsächlich: der Realität entsprechend.

Sieht man sich die zu beurteilenden Sachverhalte an, so handelt es sich etwa zur Hälfte um 'echte Fakten', die als solche relativ einfach entschieden werden können, die den Befragten aber nicht etwa genau parat sein dürften, z. B. "The percentage of Negroes convicted of murder is higher than the percentage of white people convicted of murder". Die andere Hälfte der Sachverhalte setzt sich aus psychologischen und naturwissenschaftlichen 'Fakten' (z. B. "Scientists have shown that there is no difference in intelligence between american Indians and white people in this country") sowie solchen Fragen zusammen, die sicherlich in keiner Statistik aufgeführt sind und die z. T. komplexere Sachverhalte thematisieren, die aber prinzipiell ebenfalls untersuchbar wären (z. B. "It is likely that there are many Puerto-Ricans, who live up to American ideals better than the average white American who has been here much longer"). Wahrscheinlich auf Grund der letztgenannten komplexeren Sachverhalte scheint den Autoren ein Item nicht prinzipiell als rational oder irrational bestimmbar. Vielmehr wurde die Rationalität der Items von Experten (Sozialwissenschaftlern) geschätzt. Es bleibt also die Frage offen: Welches Rationalitätskonzept lag hier zugrunde?

Bei der weiteren Betrachtung der 'Vorurteilsforschung' fällt nun auf, daß 'Vorurteil' recht selten als in diesem Sinne falsches Urteil gesehen wird. Kriterium des Vorurteils ist meist nicht die Frage der Richtigkeit des Urteils bzw. der kognitiven Aspekte der Einstellung (vergleiche den 3. Band der Schriftenreihe 'Politische Psychologie'). So findet sich in der Literatur zum einen die Auffassung vom Vorurteil als "vorschnelles Urteil", als "eine verbindliche Stellungnahme über einen Gegenstand, ohne das dem Stellungnehmenden die empirische Sachstruktur ausreichend objektiv bekannt ist oder von ihm berücksichtigt wird", wie es z. B. Barbara FÜLGRAFF (1970, S. 452) definiert. Hier wird also die Einstellung als 'Vorurteil' bezeichnet, die sich zunächst oder ausschließlich von Gefühlen leiten läßt, die sich also nicht auf Wissen stützt, sondern auf Emotionen. Nach

- 516 -

einer solchen Definition müßte man nach den oben dargestellten Ergebnissen des politischen Bildungsniveaus die meisten politischen Einstellungen der amerikanischen und westdeutschen Bevölkerung als 'Vorurteile' bezeichnen. Nun schließt sich die Frage an, ob solche 'vorurteilhaften Einstellungen' nach Auffassung der amerikanischen und westdeutschen Autoren deshalb irrational sind, weil sie nicht genügend die objektive Sachstruktur kennen und einbeziehen und von daher zu falschen Urteilen neigen, oder aber, ob hier Irrationalität weniger inhaltlich gefaßt wird. Tatsächlich legt die recht geläufige Auffassung vom 'Vorurteil' als 'betont gefühlsmäßigem Urteil', das 'versachlicht, entemotionalisiert' werden muß (vergleiche Z. B. KRAAK, 1964) eine solche Vermutung nah. Hier wird Emotion der Sachlichkeit entgegengesetzt und Emotion folglich als Kriterium der Irrationalität einer Einstellung gesehen. Auf den hier anklingenden Emotionsbegriff werden wir weiter unten, sowieso vor allem im nächsten Kapitel näher eingehen. Im Zusammenhang mit der Frage des Rationalitätsbegriffs in der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung kann hier zunächst vermerkt werden, daß also nicht das Ausmaß der Richtigkeit eines Urteils (oder der 'Adäquatheit einer Einstellung'; siehe unten) als Maß der Rationalität gesehen wird, sondern vielmehr das Maß an zugrundeliegender 'Sachlichkeit' als solcher.

Die Rolle des kognitiven Aspekts innerhalb der Einstellung für deren 'Rationalität' wird somit gesehen, jedoch gleichzeitig rein formal gefaßt: Kognitionen bilden nicht etwa deshalb die Grundlage für die Rationalität einer Einstellung, weil sie eine richtige Erkenntnisgrundlage des Sachverhaltes selbst und seiner persönlichen und gesellschaftlichen Bedeutung darstellen können, sondern weil sie überhaupt da sind.

Ähnlich formal oder wenigstens tendenziell formal erscheint die Konzeption des Vorurteils als "Klischee-Denken", als "stereotypes Denken". Auch hier ist das Kriterium nicht der Inhalt, die Übereinstimmung bestehender realer Zusammenhänge mit dem entsprechend

Vorstellungssystem als vielmehr zunächst die Art und Weise des Denkens etwa als verein-fachende, kategorische Urteile, als schematisches Denken, als Denken im 'Schwarz-Weiß-Kontrast', als Festhalten an einmal festgelegten Urteilen und so weiter (vergleiche etwa auch JONES and GERALD, 1967).

Weitere Ansätze zur Beurteilung politischer Einstellungen hinsichtlich ihrer 'Rationalität' finden sich ferner z. B. auch bei JAIDE (1970). So unterscheidet JAIDE zwischen "unpolitisch/naivem" versus "politisch/problembewußtem" Politikverständnis. JAIDE kommentiert seine Begriffe: "Als 'unpolitisch-naiv' werden dabei Meinungen verstanden, die landläufigen Konventionen, Tendenzen zu 'good-will', 'fair-play', 'common sense' oder Ängsten, Resentiments entspringen, als 'politisch problembewußt' dagegen solche Meinungen, die wahrscheinlich ein höheres Maß von kritischer Distanz und spezifisch politischen Einsichten implizieren" (JAIDE, 1970, S. 58). Auch hier zeigt sich zum einen eine Gleichsetzung von Rationalität (im weiteren Sinne) mit Distanz und eine Entgegensetzung von Gefühlen und Rationalität. Weiterhin zeigt sich die oben auch festgestellte formale Tendenz, nicht nach der Übereinstimmung der kognitiven Urteile mit der Realität zu fragen, sondern sich mit der Frage zu begnügen, ob überhaupt 'gedacht wurde'. Die Unsicherheit JAIDEs hinsichtlich seiner Kategorien, seiner Unfähigkeit, diese zu operationalisieren (die einzelnen Items werden nur global eingeschätzt), äußert sich in gleicher Weise bei den unmittelbaren Aussagen JAIDEs hinsichtlich des Problems der 'Rationalität' der Einstellungen bzw. der von ihm isolierten politischen Einstellungsfaktoren (vergleiche S. 47 ff). Noch viel weniger als bei den bereits dargestellten Ansätzen wird hier versucht, 'Rationalität' zu definieren und zu operationalisieren. JAIDE schöpft aus seinem Vorverständnis. Und so kommt schließlich das heraus, was man landläufig als 'Realpolitik' kennzeichnet: Rational ist in der Politik das, was unter den gegebenen Verhältnissen (!) hier und heute (vielleicht auch morgen) tatsächlich erreicht werden

kann (vergleiche S. 47 ff). Der Rationalitätsbegriff JAIDES lehnt sich dabei an die Vorstellungen ALMONDs und VERBAS (1963, "The civic culture") an, die unter Rationalität "instrumental orientation" in der Politik verstehen und auch von "pragmatism" sprechen (vergleiche S. 488). Rationalität erscheint hier als Kalkül, als Abwägen von Interessen und Möglichkeiten. Die scharfe Abgrenzung der Rationalität von dem emotionalen Aspekt ("affective orientation"; "involvement"; "passion"; S. 488) der Einstellung und die Betonung der Gefahr der Dominanz der emotionalen Komponente eröffnet hier zusätzlich den Blick für einen Kontext der 'Rationalitätsfrage', die gar nichts mehr mit der Frage der objektiven Realität, der richtigen Wissensgrundlage etc. einer Einstellung zu tun hat: Zu starke Emotionen in der Politik gefährden nach Meinung der Autoren das Gesellschaftssystem (vergleiche S. 488 f). Rationalität, und das heißt hier die relativ geringe Emotionalität, stellt sich als Bedingung einer funktionierenden, pragmatischen Realpolitik dar. Grund der Gefahr, die dem System durch zu starke Emotionalität erwachsen soll, ist aber nicht etwa, wie man vermuten könnte, die mögliche Irrationalität in politischen Entscheidungen im Sinne falscher Entscheidungen. Gefahr droht, weil bei zu starker Emotionalität z. B. die Möglichkeit besteht, daß "an intense emotional involvement in politics endangers the balance between activity and passivity, for that balance depends on the low salience of politics" (S. 488). Diese erstaunliche Auffassung von politischem Interesse und politischer Partizipation sowie der zugrundeliegende Politik- und Demokratiebegriff der Autoren wird uns noch öfter beschäftigen.

Kommen wir zur Frage: Wie sieht die amerikanische und westdeutsche Attitüden-Forschung das Problem der 'Rationalität' politischer Einstellungen? zurück. Eine ausdrückliche Thematisierung dieses Problems findet sich bei LANE und SEARS (1964) im Kapitel "The Problem of Rationality" (S. 72 ff). Hinsichtlich der Informationsrezeption ist 'Rationalität' hier gekennzeichnet

als: "open to new information, no matter whether it comforts or pains ...", "actively seek information", "attempts to formulate an opinion on the basis of the best information available" (S. 73). Ferner bedarf ein politisch rational denkender Mensch der Fähigkeit, dem Druck zur Minimalisierung der Inkonsistenz zu widerstehen, der Fähigkeit, Inkonsistenzen ins Auge zu sehen und sie zu ertragen (vergleiche S. 73). Gleichzeitig bedarf es aber nach LANE und SEARS ebenso der Fähigkeit "to assess the plausibility of the information he receives" (S. 73). Hinsichtlich des Verhältnisses von Kognition und Emotion innerhalb der Einstellung vermerken die Autoren, daß ferner die "awareness of one's own motives" als Komponente rationalen Denkens und Urteilens gesehen werden muß (S. 74): " ... the rational citizen must in fact be able to relate incoming information to personal interests about which he feels deeply". Es gehört nach SEARS und LANE somit auch zur Rationalität, daß man sich über seine eigenen Gefühle, Interessen etc. und deren mögliche Wirkung auf das eigene Verhalten und Urteilen im klaren ist.

Wie ist nun dieser 'Rationalitätsbegriff' im Zusammenhang mit den bereits vorgestellten Konzeptionen einzuschätzen?

Rationalität erscheint hier zunächst als Dominanz des Denkens insofern, als im Falle der Rationalität der Inhalt des kognitiven Urteils oder der Information nicht durch Bedürfnisse oder Gefühle verändert oder beeinträchtigt wird. Das möglichst 'beste' Wissen gilt hier als Grundlage der Einstellung. Was aber heißt "best information available" für die Autoren? Sie sprechen von "reliability" und "relevance" (S. 73). Ferner schließen sie in die Wissensinhalte auch die eigenen Interessen ein (S. 74). Insofern muß die hier dargelegte Rationalitätskonzeption von LANE und SEARS als bisher weitest entwickeltste angesehen werden, was die Einbeziehung des objektiven Einstellungsverhältnisses in das Attitüden-Konzept betrifft. Möglichst gute Informationen heißt hier nicht nur möglichst viele, möglichst um-

fangreiche Informationen: Hier gilt vielmehr auch die inhaltliche Aussagepotenz einer Information als Kriterium ihrer Güte. Andererseits ist aber auch der Ansatz von SEARS und LANE keineswegs frei von formalen Tendenzen: Auch hier liegt der Schwerpunkt auf einer Beschreibung der Art und Weise des Denkens (vergleiche S. 73 f). Und vor allem zeigt sich auch hier in der Gegenüberstellung von Rationalität und Emotionalität eine Entgegensetzung von Interesse und Wissen. So erscheint den Autoren das Wissen um die eigenen Emotionen augenscheinlich nur deshalb als Voraussetzung rationaler Einstellungen, als so deren Wirksamkeit einkalkuliert werden kann; nicht aber deshalb, weil von den eigenen Interessen bzw. ihrer Kenntnis die Richtigkeit der Bewertung eines Sachverhaltes selbst abhinge. Wenn Rationalität hier mehr als in den vorigen Ansätzen inhaltsbezogen verstanden wird, insofern sie u. a. auf die objektive Realität des politischen Sachverhaltes ausgerichtet ist, so gilt dies nur hinsichtlich des Objektes und nicht etwa auch hinsichtlich dessen Bedeutung für das Subjekt. 'Rationale Einstellung' ist hier eine Einstellung, die sich von der Kenntnis des betreffenden Objektes leiten läßt. Die Kenntnis der Bedeutung dieses Objektes hinsichtlich der eigenen Interessen und eine entsprechend emotionale engagierte Bewertung aber ist auch für diese Autoren keine Bedingung der Rationalität, sondern eher ein Zeichen von Irrationalität. Dies zeigt sich deutlich in dem Kommentar zur Frage, ob die amerikanische Bevölkerung vornehmlich rationale oder aber irrationale Einstellungen habe: "In short, the most citizens are not, by these standards, notably 'rational' in their political thinking. Their main interest lies in defending emotionally derived and poorly considered opinions - opinions based on early imitation of parental beliefs, partisan adherence to the norms of various groups and selfish economic or personal interests" (S. 75).

Zusammenfassend kann also festgestellt werden: Der Begriff der 'Rationalität politischer Einstellungen' in der amerikanischen

und westdeutschen Attitüden-Forschung muß hinsichtlich zweier zentraler Aspekte kritisiert werden: Zum einen bedeutet in fast allen einschlägigen Ansätzen 'Rationalität' des Denkens und auch der Einstellung nicht "Richtigkeit des Denkens, bzw. der erzielten Urteile und Widerspiegelungen", sondern Denken überhaupt. Kriterium der Rationalität sind somit quantitative Momente (Menge, Ausmaß und Umfang der Informationen) oder formale Merkmale des Denkens bzw. Informationsgewinns etc. (z. B. "Offen-Sein", "Dissonanz-Ertragen-Können"), nicht aber die inhaltliche Frage nach der Richtigkeit der Informationen, also nach ihrer qualitativen Güte.

Der andere zu kritisierende Aspekt ist die mehr oder weniger krasse Entgegensetzung von Rationalität und Emotionalität. Rationalität wird als durch Emotionalität inhaltlich beeinflusbar aufgefaßt. Emotionalität ist demnach hier nicht eine Qualität, die beides sein kann: rational begründet oder unbegründet; sie erscheint vielmehr als Gegenteil, zumindest als Alternative zur Rationalität.

6. Die Konzeption der "potentiellen Adäquatheit politischer Einstellungen"

Die Rolle und Bedeutung des politischen Wissens (bzw. der kognitiven Komponente der politischen Einstellung) innerhalb des Einstellungskonzeptes der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung konnte unter verschiedensten Aspekten untersucht werden: Es zeigte sich zunächst, daß das politische Informationsniveau der amerikanischen Bevölkerung sehr niedrig ist. Der für diese Untersuchungen verwendete Informations- bzw. Wissensbegriff beinhaltete nur das "Kennen von Fakten": Es wurden weder politische Sachverhalte in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen aufgenommen, noch stellte sich die Frage des Wissens um die Bedeutung dieser Sachverhalte für die Person des

Einstellungssubjektes.

Im Zusammenhang mit der Frage nach den Veränderungsbedingungen politischer Einstellung im Kommunikationsprozeß zeichnete sich zwar deutlich ein Bedürfnis der Menschen nach einer möglichst begründeten Informationsgrundlage ihrer politischen Einstellung ab. Untersucht wurde aber nicht die mögliche Bedeutung des politischen Wissens, sondern vielmehr die Bedeutung des Glaubens an die Begründetheit der Einstellungen. Die kognitive Komponente wird als solche keineswegs mit politischem Wissen als mehr oder weniger richtiger Einsicht in objektive Zusammenhänge identifiziert, sondern erscheint in den Ansätzen als rein subjektive Überzeugung oder Struktur. Es fanden sich aber im Gesamtrahmen der Psychologie auch materialistische Ansätze zur Funktion, Entstehung und Bedeutung von Kognitionen. Besonders in allgemein-psychologischen Ansätzen werden die subjektiven Kognitionen als mehr oder weniger adäquate Abbildung der Realität (bzw. ihrer relevanten Aspekte) gesehen, die für das erfolgreiche menschliche Handeln notwendig sind. Im Rahmen der Attitüdenforschung jedoch findet sich kaum ein vergleichbarer Ansatz. Zwar taucht in gewissen Zusammenhängen die Frage der 'Rationalität' politischer Einstellungen auf; jedoch wird Rationalität hier durchweg aufgefaßt als formale Kategorie und als Dominanz der Kognition vor der Emotion.

Wir haben nun oben (Abschnitt 4) die Frage aufgeworfen, warum die Ansätze der allgemeinen Psychologie, wie sie dort dargestellt wurden, nicht für das Problem der politischen Einstellung fruchtbar gemacht worden sind. Die an dieser Stelle entsprechend dem allgemeinspsychologischen kognitiven Ansatz aufgestellten Hypothesen hinsichtlich der Bedeutung adäquaten politischen Wissens für die Einstellung (srichtung) und damit für ein erfolgreiches Handeln im sozial-politischen Bereich werden nicht einmal ansatzweise hergeleitet.

Dies hat u. E. verschiedene wissenschaftstheoretische, erkenntnistheoretische und gesellschaftstheoretische Gründe. Auf einen

sei hier bereits näher eingegangen (ansonsten vergleiche Kapitel 8 III).

Wie wir zeigen konnten, werden der Objektbereich Politik und entsprechend die einzelnen politischen Sachverhalte innerhalb der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung überhaupt nicht als Gegenstände aufgefaßt, die wissenschaftlich analysiert, erkannt und strukturiert werden können. Was Politik ist und was man unter verschiedensten Aspekten der politischen Realität versteht, 'wie man sie sieht' etc. ist für diese Forscher keine Frage des Wissens, sondern eine 'Meinungssache'. Gesellschaft erscheint hier also als prinzipiell anderer Gegenstand als etwa die Natur. Es ist begreiflich, daß bei einer solchen Konzeption gesellschaftlicher Realität die Frage nach ihrer adäquaten Erkenntnis überhaupt nicht auftaucht.

Ansichts der geleisteten Analyse stellen wir nun die These von der prinzipiellen Erkennbarkeit politischer Sachverhalte auf:

D. h. es besteht die prinzipielle Möglichkeit, die Struktur, die Zusammenhänge, kurz das Wesen aller Gegenstände des politischen Bereiches adäquat zu erkennen und eine inhaltlich optimale Wissensgrundlage für die politische Einstellung zu erlangen. Dabei gehen wir von der objektiven Realität dieser politischen Sachverhalte aus, also von der Voraussetzung, daß politische Sachverhalte außerhalb des Bewußtseins der Menschen als gesellschaftliche Bedingungen, Verhältnisse, Zustände etc. existieren. Außerdem besteht etwa nicht nur die Möglichkeit adäquater Erkenntnisse des Gegenstandes als solchen, sondern ebenso die Möglichkeit der adäquaten Erkenntnis der Bedeutung dieses Gegenstandes für das Subjekt, für die Ziele, Werte, Interessen der eigenen Person bzw. Personengruppe. Eben diese Einsicht in die objektive Beziehung zwischen dem Gegenstand und einem selber liefert die kognitive Voraussetzung für eine Bewertung dieses Gegenstandes. Damit ist eine politische Einstellung insofern als 'potentiell adäquat' zu bezeichnen, als die wertende Stellungnahme auf einer mehr oder weniger adäquaten Widerspiegelung der objektiven Realität des Gegenstandes (in seinen beiden Aspekten) aufbaut.

Um nun diese These und ihre praktische Relevanz zu verdeutlichen soll an Hand von einigen zufällig ausgewählten politischen "issues" der oben dargestellten Einstellungsfragebögen die für eine adäquate wertende Stellungnahme notwendige Wissensgrundlage in Form von zu beantwortenden Fragen illustriert werden. Selbstverständlich stellt dieser Versuch keine vollständige wissenschaftliche Analyse der einzelnen Aspekte der Gegenstände dar. Er soll nur demonstrieren, welche Vorannahmen kognitiver Art in eine Einstellungsäußerung eingehen und gleichzeitig bereits einen ersten Einblick in die Problematik der Schaffung einer solchen Wissensgrundlage vermitteln. Wir werden dabei versuchen, die "issues" möglichst weit thematisch zu streuen, um die Allgemeingültigkeit der These zu demonstrieren und gleichzeitig bedeutende Unterschiede hinsichtlich Inhalt, Niveau und Umfang der notwendigen Wissensgrundlage aufzuzeigen.

Beispiel 1:

"The Government must play an even greater Part in the economic and business life of the nation after the war than it has before" (ADORNO, 1950).

Um diese Frage einigermaßen adäquat beantworten zu können, müßten hinsichtlich des Einstellungsgegenstandes: "Rolle und Einfluß der Regierung in der Wirtschaft der USA nach dem 2. Weltkrieg" dem Subjekt etwa folgende Aspekte bekannt und klar sein:

Wie sieht der Einfluß der Regierung auf die Wirtschaft aus? Wie sieht er heute aus? wie könnte er ausssehen? Auf welchen Ebenen könnte dieser Einfluß ausgeübt werden? Welche wirtschaftlichen Folgen wären unter welchen Umständen denkbar? Wie würde sich eine stärkere bzw. schwächere Einflußnahme auf mein Leben auswirken? Welche Folge hätte dies z. B. auf die Preisentwicklung, welche auf die Lohnpolitik? welche weitergehenden ökonomischen und auch politischen Folgen dürften veränderte Bedingungen für mein Leben (das meiner Familie, meiner sozialen Gruppe etc.) bringen? Wie stehen diese möglichen Folgen zu meinen kurz mittel- und langfristigen Interessen?

Wenn das Subjekt diese Fragen für sich tatsächlich und gesichert beantworten könnte, hätte es eine optimale Wertungsgrundlage geschaffen. Wie es den politischen Sachverhalt bewerten wird, ist jetzt keine Frage des Zufalls, Glaubens, der Unsicherheit etc. mehr, sondern eine begründete Wertung.

Beispiel 2:

"All military training should be abolished" (LUTZKER, 1960)

Um diesen politischen Gegenstand: "Abschaffung der Militärübungen" adäquat beurteilen zu können, bedarf es einer mindestens ebenso breiten Wissensgrundlage:

Zunächst müßte das Subjekt über Inhalt und Umfang des militärischen Trainings der USA informiert sein. Weiterhin bedürfte es der Kenntnis der internationalen Lage, um beurteilen zu können, ob militärische Maßnahmen z. B. dieser Art notwendig sind, welche Ziele sie verfolgen, welche internationalen aber auch nationalen (z. B. ökonomischen) Bedingungen die gegenwärtige Militärsituation ermöglichen bzw. bedingen. Andererseits bedürfte es einer Einsicht in die Folgen z. B. der Abrüstung.

Angesichts der Kenntnis der wesentlichsten Aspekte des Problems könnte vom Subjekt die Frage beantwortet werden, welche Folgen eine Abschaffung, Verminderung oder aber Steigerung des Militärtrainings für das eigene Leben und das Leben der Menschen mit gleichen oder ähnlichen Interessen haben würde. Auch hier müßten wieder Konsequenzen auf verschiedenen Ebenen (z. B. Entspannung und Zurückgang der Rüstungsindustrie) mit langfristigen und kurzfristigen Interessen in Beziehung gesetzt werden.

Ist eine solche umfassende Wissensgrundlage gegeben und adäquat gegeben, stellt sich die Bewertung des Gegenstandes nicht mehr als beliebig dar.

Beispiel 3:

"Communists should be allowed to hold jobs in government service" (SCHONBAR, 1949).

Um den hier angesprochenen Gegenstand "Berufsverbot für Kommunisten

im Staatsdienst" adäquat bewerten zu können, bedarf es ebenfalls einer recht beachtlichen Wissensgrundlage.

Diese schließt insbesondere Kenntnisse ein über "communists": Was wollen Kommunisten? Was ist ihre Zielsetzung? Wie wollen sie sie erreichen? Eine zweite Frage ist die: Welche Aufgaben haben Beamte oder Angestellte im Staatsdienst zu leisten? Wie würden diese Aufgaben von Kommunisten entsprechend ihrer Ziele und Strategien erfüllt werden? Sodann stellt sich die Frage: Welche Auswirkungen hätte das auf das öffentliche Interesse, speziell auf die eigene Person? Machte es z. B. für das Subjekt keinen Unterschied, brächte es ihm Nachteile oder aber entsprächen die Auswirkungen den eigenen Interessen?

Nur von einer adäquaten Beantwortung dieser Fragen aus, kann dieses Problem adäquat bewertet werden. Je konkreter der angesprochene Fall sein wird, desto leichter wird für das Subjekt eine optimale Wissensgrundlage erreichbar sein, besonders dann, wenn z. B. eigene Erfahrungen gemacht worden sind oder gemacht werden können.

Beispiel 4:

"The government ought to help people get doctors and hospital care at low cost" (CAMPBELL et al, 1960).

Bei dieser Frage nach der Bewertung des Gegenstandes "gesundheitliche politische Sozialmaßnahmen der Regierung" scheint auf den ersten Blick die Bewertung über die Wissensgrundlage zu dominieren. Tatsächlich liegt hier auf der Hand, daß besonders diejenigen, solche sozialen Maßnahmen befürworten werden, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage das größte Interesse daran haben. Tatsächlich ist die Objektstruktur und die Beziehung des Sachverhaltes bei diesem "issue" äußerst übersichtlich:

Hier bedarf es nur einer Einsicht in die Wichtigkeit medizinischer Betreuung, eine Kenntnis der damit u. U. verbundenen ökonomischen Belastung und der Einsicht in den Vorteil einer sozialen Gesundheitsvorsorge für eigene Person und Gruppe. Eine Wissensgrundlage ist für die Individuen mehr oder weniger unmittelbar erfahrbar.

Hier bedarf es weder eines besonderen Faktenwissens, noch der Fähigkeit zu abstraktem Denken, noch gesellschaftlicher Theorien oder Konzepte.

Nicht umsonst spielen diese "welfare issues" innerhalb der amerikanischen Attitüden-Forschung eine zentrale Rolle: Wie wir zeigen konnten, zeigen sich hier die größten Korrelationen mit dem sozio-ökonomischen Status der Befragten sowie deutliche Abweichungen hinsichtlich des sonst relativ durchgängigen empirischen Zusammenhanges zwischen Bildung und 'Progressivität'.

Angesichts dieser Beispiele werden verschiedene Aspekte hinsichtlich der Bedingungen für eine adäquate politische Orientierungsgrundlage deutlich, auf die hier kurz eingegangen werden soll:

Zunächst zeigte sich deutlich, daß die notwendige Wissensgrundlage hinsichtlich verschiedener Aspekte variiert: Hinsichtlich ihres Umfangs, der Anzahl der einzubeziehenden politischen Sachverhalte, hinsichtlich der Abstraktheit der notwendigen Schlußfolgerungen, der Konzepte und Theorien, sowie hinsichtlich der Leichtigkeit für ein Subjekt, an die adäquate Wissensgrundlage zu gelangen. Dabei kann diese mehr oder weniger große Kompliziertheit und Komplexität jeweils am Sachverhalt selbst, aber ebenso an der - unter Umständen äußerst vermittelten - Beziehung zwischen Subjekt und Objekt liegen.

Daraus muß geschlossen werden, daß das Subjekt kaum in der Lage sein dürfte, diese politische Wissensgrundlage selbst mehr oder weniger spontan herauszubilden. Sie ist Ergebnis sozialer Vermittlung im weitesten Sinne: hierzu gehören sowohl die frühkindliche Sozialisation wie die gezielte schulische Bildung, die Massenkommunikation, die gesellschaftlichen Erfahrungen am Arbeitsplatz und im kommunalen Leben als auch z. B. die 'politische Werbung' der Parteien.

Es ist eine Frage der auf diese Weise vermittelten Inhalte und Methoden, wie die politische Wissensgrundlage des Individuums beschaffen sein wird. Im Hinblick auf ein sich hier anschließendes

Konzept zur politischen Bildung seien im Zusammenhang mit den oben angeführten Beispielen noch zwei weitere Aspekte genannt: In jeder Hinsicht 'einfachere' politische Sachverhalte sind diejenigen, die an die persönlichen Erfahrungen und relativ unmittelbaren Einsichten anknüpfen (vergleiche 4. Beispiel).

Da es unökonomisch wäre, politische Sachverhalte isoliert als Einzelfälle zu thematisieren, wird eine zentrale Rolle den zu vermittelnden politischen Konzepten zukommen: ihrer Brauchbarkeit und Adäquatheit. Die Funktion politischer Konzepte im Sinne von Einstellungsstrukturen und Ideologien soll uns im folgenden Kapitel beschäftigen.

Nun stellt uns das Problem der Notwendigkeit der Schaffung einer optimalen und adäquaten politischen Orientierungsgrundlage aber nicht nur vor die Aufgabe, umfassende, inhaltlich adäquate, methodisch-psychologisch erfolgreiche politische Lernkonzepte zu entwickeln. Tatsächlich steckt hinter dem so niedrigen politischen Bildungsniveau der amerikanischen und westdeutschen Bevölkerung mehr als nur eine schlechte politische Bildung. Vielmehr sind gesellschaftliche Bedingungen zu berücksichtigen, die eine adäquate Erkenntnis politischer Sachverhalte für das einzelne Individuum erschweren und z. T. verhindern.

Hier wären zum einen die gesellschaftlichen Bedingungen zu nennen, die als solche verschleiерnde Wirkung haben, wie etwa 'die Versachlichung gesellschaftlicher Beziehungen im Kapitalismus'. Ebenso wichtig ist die Tatsache, daß im politischen Bereich unterschiedliche Interessen vertreten sind und damit z. T. entgegengesetzte Bewertungen ein und desselben politischen Gegenstandes innerhalb der amerikanischen und westdeutschen Gesellschaft an der Tagesordnung sind. Beide Wertungen sind dabei insofern adäquat, als sie von den jeweils objektiven Interessen hinsichtlich des politischen Gegenstandes ausgehen. Der mehr oder weniger gezielte und methodisch raffinierte Versuch, die eigenen bzw. bestimmte Interessen und politische Werte solchen Individuen und Gruppen als ihre eigenen 'zu verkaufen',

die in der Tat entgegengesetzte objektive Interessen haben, ist eine weitere wesentliche Ursache der unzureichenden und oft inadäquaten Wissensgrundlage der Bevölkerung z. B. dieser beiden Staaten.

e. Die Strukturiertheit politischer Einstellungen in der Sicht
der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung

Bei der Aufschlüsselung eines politischen Sachverhaltes hinsichtlich seiner objektiven Aspekte, Zusammenhänge und seiner Struktur zeigt sich eine solche Vielfalt und Komplexität, daß man wohl kaum davon ausgehen kann, daß ein durchschnittlicher Bürger diese Fragen jeweils tatsächlich umfassend und korrekt beantworten könnte. Wie wir gesehen haben, bilden sich politische Einstellungen nicht auf der Basis solch umfassender Informationen, sondern es werden entweder Einstellungen unmittelbar als solche übernommen, oder aber, es werden Einstellungen herausgebildet, wenn die entsprechenden Sachverhalte in einen übergeordneten Zusammenhang eingeordnet werden können. Tatsächlich kann auch bei einem weit höheren politischen Bildungsniveau (als es in der amerikanischen und westdeutschen durchschnittlichen Bevölkerung nachgewiesen wurde) keineswegs erwartet werden, daß das Individuum jede seiner Einstellungen singulär und nur bei genauer Kenntnis des Sachverhaltes herausbildet.

Wir haben bereits im Zusammenhang mit einer der Konzeption von der 'potentiellen Adäquatheit politischer Einstellungen' entsprechenden Bildungsstrategie auf die Notwendigkeit verwiesen, politische Konzepte und Theorien, Wertn hierarchien und -Strukturen zu vermitteln, die eine schnellere und sicherere Beurteilung spezieller politischer Sachverhalte ermöglicht. Die notwendige politische Orientierungsgrundlage, die wir als Voraussetzung für eine adäquate Einstellungsbildung herausstellten, muß also Zusammenhänge aufzeigen, muß im Sinne einer wissenschaftlichen Theorie, z. B. Schlüsse vom Allgemeinen auf das Einzelne zulassen, und Voraussagen ermöglichen.

Gehen wir also von der objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses und von der potentiellen Adäquatheit politischer Einstellungen aus, so muß diese These im Hinblick auf die Einstellungsstruktur erweitert werden: Als optimale Orientierungsgrundlage im politischen Bereich würden wir dann eine Einstellungsstruktur

bezeichnen, wenn sie der objektiven Struktur des Gegenstandes bzw. der Gegenstände möglichst adäquat ist.

Wie sähe eine solche Struktur aus und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen dürfte sich beim Individuum eine entsprechende Struktur herausbilden?

Wie bisher, möchten wir diesen Problemaspekt politischer Einstellungen in Auseinandersetzung mit den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen erarbeiten. Hier stellt sich zunächst die Frage, ob und wie das Problem der Strukturiertheit politischer Einstellungen aufgenommen wird, welches Verhältnis gesehen wird zwischen der subjektiven Einstellungsstruktur und der objektiven Realität der Gegenstandsstruktur, sowie die Fragen nach der psychologischen Funktion der subjektiven Einstellungsstruktur und nach ihrem Strukturcharakter selbst.

1. Operationalisierungen, Ergebnisse und Interpretationen in den Untersuchungen zur Strukturiertheit politischer Einstellungen

Die Untersuchungen, in denen nach der Strukturiertheit politischer Einstellungen bei den Menschen gefragt wird, thematisieren relativ unterschiedliche Aspekte dieses Einstellungsphänomens.

Zunächst wollen wir uns mit den Versuchen beschäftigen, die nach dem Vorhandensein inhaltlich bzw. richtungsmäßig bestimmter Einstellungsideologien bzw. -Dimensionen fragen.

Zu Beginn sollte vermerkt werden, daß die immer wieder geäußerte Hypothese von der einheitlichen politischen Einstellungsdimension, die sich in verschiedensten politischen Objektbereichen in gleicher Weise zeigt, für den weitaus größten Teil der Bevölkerung nicht bestätigt werden konnte. Dies zeigte besonders deutlich die Untersuchung JAIDEs. Die 'objektunabhängige'

Operationalisierung führte bei JAIDE zu fast ausschließlich formalen Einstellungsfaktoren. Die Ladungen auf den Items waren keineswegs hoch und schon gar nicht 'rein'. Wer hinsichtlich eines bestimmten Objektes oder Objektbereiches in einer bestimmten inhaltlichen Wertrichtung urteilt, tut dies keineswegs notwendig hinsichtlich anderer Objekte in gleicher Weise (vergleiche JAIDE, 1970).

Dasselbe stellten z. B. auch CAMPBELL et al (1960) fest, als sie zwischen den beiden Einstellungsdimensionen "pro-and contra social welfare" und "isolationism-internationalism" keinen Zusammenhang fanden. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, untersuchte man in diesem Zusammenhang relativ häufig, wie verbreitet die "traditionellen politischen Positionen" 'links' und 'rechts' in der Bevölkerung sind. Die diesbezüglichen Ergebnisse erscheinen uns eindeutig: Mit Ausnahme 'politischer Eliten' konnte eine ideologische Orientierung im Sinne der geläufigen 'rechts-links'- oder 'Konservatismus-Liberalismus'-Dimension nicht festgestellt werden (vergleiche CAMPBELL et al, 1960, S. 193; ROBINSON et al, 1972, S. 79).

Interessant ist hier auch ein Ergebnis der Untersuchung von CONVERSE (1964). Es konnte gezeigt werden, daß nur 17 % einer 'nationwide' Stichprobe ein halbwegs hinreichendes Verständnis der Begriffe "liberal" und "conservative" aufweisen konnten. 48 % waren überhaupt nicht in der Lage, diese Begriffe einzuordnen.

Die politischen Einstellungsdimensionen, die in der Attitüden-Forschung gefunden wurden, decken sich nur z. T. mit diesen Ideologie-Vorstellungen. Entweder, sie stellen eher formale Faktoren dar und können kaum als inhaltliche politische Einstellungsdimensionen angesehen werden, wie z. B. der Faktor "immobil, konservativ," von JAIDE (1970).

Oder eine derartige 'rechts-links'-Orientierung beschränkt sich auf bestimmte abgrenzbare Objektbereiche. Eine solche begrenzte 'rechts-links'-Dimension stellt z. B. die oben erwähnte "social

welfare structure" dar, die in der "Survey Research Study" von 1956 anhand von 10 innenpolitischen Items nachgewiesen worden ist. Hinsichtlich der politischen Objektbereiche "education", "medical care", "employment guaranties", "negro housing" und "public versus private production of electricity and housing" (vergleiche CAMPBELL et al, 1960, S. 194/5) ergab sich eine "satisfactory Guttman scale", die eine relativ hohe Korrelation mit der "party preference" (mit der demokratischen Partei) aufwies. So stellen die Autoren fest, daß "this structure is one which has clearest relevance for traditional discussions of the 'left' and the 'right' political ideology" (S. 202). Jedoch zeigen sich auch innerhalb dieses begrenzten Objektbereiches Abweichungen, die nach der "traditional ideology of politics" noch lange nicht zu erwarten gewesen wären: So hatten die Forscher z. B. vermutet, daß das Interesse an Steuersenkungen bei Leuten mit höherem Einkommen am größten sei. Tatsächlich jedoch zeigte sich, daß Leute mit niedrigerem Einkommen einerseits für soziale staatliche Maßnahmen, andererseits aber für eine Steuersenkung eintreten. Die Autoren sehen hierin einen logischen Widerspruch und führen diesen auf die Wirksamkeit des "simple desire for improvement of one's economic lot" (S. 196) als einstellungsbildende Variable zurück.

Hier schließt sich eine äußerst interessante Diskussion um das Verhältnis von Ideologie und Interesse an, die wir im letzten Abschnitt des vorliegenden Kapitels aufnehmen werden.

An dieser Stelle kann zunächst festgehalten werden, daß die "logical or traditional ideological positions" (CAMPBELL et al, 1960, S. 196) innerhalb der amerikanischen Bevölkerung als generelle Einstellungsdimensionen sozusagen gar nicht und selbst auf bestimmte Objektbereiche begrenzt auch da nicht durchgehend und den Erwartungen entsprechend vorzufinden sind.

Eine andere Reihe von Untersuchungen formulierte die Frage nach der Verbreitung ideologischen politischen Denkens in der Bevölkerung unabhängig von bestimmten inhaltlichen Dimensionen.

So formuliert z. B. SEARS: "How widespread are abstract political ideologies or coherent and integrated attitude structures in the general public?" (SEARS, 1969, S. 329).

Hier wird also gefragt nach dem bloßen Vornhandensein beliebiger, abstrakter politischer Konzeptionen. Ideologie wird dabei aufgefaßt als kognitives abstraktes Konzept bzw. als Theorie über politische Sachverhalte, die gekennzeichnet ist durch folgende Merkmale:

"... the presence or absence of certain abstractions that have to do with ideology";

"degree to which the individual's political world is differentiated";

"nature of the degree of 'connectedness' between elements that are successfully discriminable" (CAMPBELL et al, 1960, S. 222).

Nach Unterschieden zwischen den beiden amerikanischen Parteien befragt, konnten nach CAMPBELL et al (1960; S. 216 ff) nur 11 % der Befragten "ideologische" Unterscheidungsbegründungen nennen. Beeindruckend sind in diesem Zusammenhang die von CAMPBELL aufgezeigten Zusammenhänge mit dem jeweiligen Bildungsgrad: 32 % der College-Absolventen, 10 % der High-School-Absolventen und nur 5 % der Grade-School-Absolventen verfügen über eine entsprechende "political sophistication" (S. 226).

besonders aufschlußreich erscheint uns in diesem Zusammenhang auch die Untersuchung CAMPBELLS: "The formation of political concepts at the mass level" (S. 216 ff). Hier versucht CAMPBELL anhand von relativ umfangreichen Interviews und Fallbeschreibungen eine 'Typologie' politisch kognitiven Niveaus zu entwickeln. Er geht dabei von einem Verständnis aus, das Ideologie faßt als "highly differentiated attitude structure but its parts are organized in a coherent fashion" (S. 192 f), und unterscheidet die verschiedenen "Level" seiner Typologie 1. nach dem Grad der Abstraktheit der Konzepte und 2. nach der Nähe dieser Konzepte zum politischen Inhalt. Diese Typologie und ihre Verteilungsquoten innerhalb der amerikanischen Bevölkerung (nach CAMPBELL et al, 1960) soll hier kurz dargestellt werden:

- Level A: Ist gekennzeichnet durch "any suggestion of the abstract conception one would associate with ideology" (S. 227 ff.). Zu diesem 1. Level gehören 2 Gruppen. Gruppe a ("ideologues"; hierzu gehören 3 1/2 % der amerikanischen Wähler des Jahres 1956) weist tatsächlich Erklärungskonzepte für Politik auf, die als Ideologien im oben angegebenen Sinne zu bezeichnen sind. In der Gruppe b ("near-ideologues"; hierzu gehören weitere 15 % der amerikanischen Wähler des Jahres 1956) finden sich "concepts with some ideological flavour". Diese "near-ideologues" waren "laden with information but showed no tendency to distill such detail to a higher level of abstraction".
- Level B: Genannt "ideology by proxy", zu dem 45 % der amerikanischen Bevölkerung des Jahres 1956 gerechnet wurden, zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: "little comprehension of 'long-range plans for social betterment' und keine 'basic philosophies'". Die politischen Vorstellungen befinden sich durchweg auf einem einfachen und konkreten Niveau. Ausschlaggebend sind hier die relativ kurzfristigen Gruppeninteressen (S. 234 ff.).
- Level C: Bei 23 % der amerikanischen Wähler aus dem Jahre 1956 fanden sich weder die Wahrnehmung von Gruppeninteressen noch irgendwelche inhaltlichen Strukturen. Vorhanden waren ausschließlich einige nebulöse Vorstellungen über "goodness" und "badness" in der Politik, oder die Kenntnis der Regierungspartei bzw. einiger äußerst isolierter politischer Sachverhalte, (S. 240 ff.).
- Level D: Bei 17 % der amerikanischen Wähler von 1956 war nur "absence of issue-content" zu verzeichnen. Diese Leute waren zwar "party oriented", jedoch unfähig, dies zu begründen (S. 244 ff.).

Wichtig ist nun, daß das Ausmaß an Ideologie, in dem formalen Sinne, wie hier verstanden, eindeutig mit dem Bildungsgrad korreliert (vergleiche CAMPBELL et al, 1960, S. 250 f). Hier zeigt sich der gleiche Zusammenhang zwischen Bildung und politischer

Einstellung, wie wir ihn bereits an anderer Stelle anführen konnten.

Hinsichtlich formaler Aspekte der politischen Einstellungen, hier hinsichtlich des Niveaus der Abstraktheit, unterscheiden sich Gebildete und Ungebildete also deutlich. So bemerken die Autoren: "Since we feel that our judgement of levels of conceptualization captures a sophistication about political content dependent in some measure on a more general capacity to cope with the abstract, it is likely that education leads to differences in political concept formation by a number of routes" (S. 251).

Jedoch zeigt sich auch hier, daß die abstrakte politische Denkfähigkeit als solche nicht die einzige Bedingung darstellt für eine entsprechende Ideologiebildung. Der Faktor des "involvement" (operationalisiert als "interest in following the campaign and concern about its outcome" (S. 251)) stellt nach CAMPBELL et al eine vom Bildungsgrad unabhängige Determinante dar, die in gewissem Sinne als Kompensator der Bildungsvariablen bei der 'Konzept-Bildung' in der politischen Wahrnehmung wirken kann. Dennoch stellt mangelnde Bildung auch für das politische Interesse u. U. eine Schranke dar, die durch noch so hohes Interesse nicht ausgeglichen werden kann.

Der hier untersuchte formale Aspekt der Ideologie ist sicherlich ein wichtiger, aber u. U. keineswegs der einzige oder wesentlichste Aspekt in diesem Zusammenhang. CAMPBELL geht in seinem Ansatz über das Ideologie-Konzept als reines Vorhandensein oder Nichtvorhandensein abstrakter politischer Konzepte jedoch nur insofern hinaus, als er als Kriterium die 'Nähe zum politischen Sachverhalt' mit einbezieht. Auf diese Weise zeigen Einstellungen vom "Level B" für CAMPBELL et al mehr "conceptualization" als die vom "Level C", die ihrerseits völlig 'abstrakte Konzepte' (z. B. "goodness in politics") aufweisen. Das Wahrnehmen von Gruppeninteressen und -Zielen hinsichtlich des Sachverhaltes halten CAMPBELL et al also für eine not-

wendigere Bedingung als reine formale Abstraktheit (vergleiche S. 241).

Insgesamt muß hier die Frage jedoch offenbleiben, ob bei einer so formalen Ideologiekonzeption die Adäquatheit der Widerspiegelung tatsächlich notwendig mit dem Ausprägungsgrad des Abstraktheitsgrades korreliert. Diese Frage werden wir weiter unten aufgreifen.

Eine 3. Gruppe von Untersuchungen hinsichtlich der Einstellungsstruktur der Bevölkerung ist am besten durch SEARS' Hypothese: "Even if policy attitudes are not usually bound together by underlying abstractions, they may covary together in politically meaningful clusters" zu kennzeichnen (SEARS, 1969, S. 330).

Hier wird nicht mehr nach dem Abstraktionsniveau und anderen formalen Gütekriterien einer Theoriebildung gefragt, und es geht auch nicht um den Nachweis bestimmter inhaltlich bestimmbarer Einstellungsdimensionen. Vielmehr geht man von der Hypothese aus, daß Einstellungen bezüglich zusammenhängender politischer Objekte ebenfalls in gewissem Übereinstimmungs- oder Konsonanzverhältnis stehen.

Auch hier ist das Ergebnis einschlägiger Untersuchungen relativ enttäuschend. Die "political meaningful cluster" finden sich in den Einstellungen der meisten Individuen höchstens als schwache Zusammenhänge (vergleiche z. B. HERO, 1966; CONVERSE, 1964). Es wurden andererseits auch "logisch widersprüchliche" Einstellungen gefunden (vergleiche z. B. KEY, 1961). In diesem Zusammenhang werden von SEARS die oben bereits erwähnten Ergebnisse angeführt, daß sich - abweichend von der als logisch angesehenen 'Rechts-Links-Dimension' eine "populism dimension" herausstellt: "The complete populist favours welfare issue but opposes taxes, foreign involvement, and civil liberties" (S. 230).

Hier stellen sich die Fragen: Sind diese "populist clusters" unlogisch oder die sind die erwarteten Zusammenhänge selbst unlogisch? Sind die Abweichungen von der erwarteten 'logischen Struktur' zufällige, unsystematische Abweichungen oder aber liegt

ihnen ein systematischer Faktor zugrunde?

Angesichts des eben dargestellten niedrigen formalen Abstraktionsniveaus im politischen Denken und z. B. auch angesichts der großen Instabilität der Einstellungen der meisten Leute (vergleiche SEARS, 1969, S. 331) müßte man tatsächlich vermuten, daß hier mangelnde Einsicht in objektive Zusammenhänge vorliegt. So vermutet etwa auch CAMPBELL: "As long as a structure of political attitudes is loose and specific evaluations have little cognitive contact, potential contradictions will not be confronted" (S. 196). Andererseits bestünde die Möglichkeit, daß das, was die Forscher als "politically meaningful cluster" auffassen, psychologisch weniger bedeutungsvoll ist als bestimmte andere objektive Zusammenhänge. In diesem Falle wären nicht die Strukturen der Menschen unlogisch zu nennen, sondern man müßte das Konzept der logischen Struktur als objektive Einstellungsstruktur zugunsten eines Konzeptes der adäquaten Widerspiegelung aufgeben. (Dies wird uns im weiteren Verlauf der Diskussion noch beschäftigen).

Hier kann jedoch zunächst festgehalten werden, daß die dargestellten Ansätze von einer logischen (vergleiche z. B. bei SEARS) z. T. auch von einer funktionalen Struktur der politischen Einstellungen ausgehen (vergleiche z. B. CAMPBELL et al). Eine besonders große Rolle spielt insgesamt die Annahme, daß Attitüden-Strukturen Hierarchien darstellen "in which more specific attitudes interact with attitudes toward more general class of objects in which the specific object is seen to belong" (CAMPBELL et al, 1960, S. 170). Auf einer solchen Annahme beruht die Vorstellung, einer "meaningful congruence with the basic values" (S. 190). Die Herstellung einer solchen Kongruenz zwischen Einstellungen (bzw. ihren Aspekten), ihre Aufrechterhaltung sowie die Vermeidung von Dissonanzen, spielen sowohl innerhalb der Einstellungstheorien als auch in den empirischen Ansätzen zur Erforschung der Einstellungsveränderung eine zentrale Rolle. Im Zusammenhang mit der Herstellung stabiler Einstellungen hatten wir an anderer Stelle z. B. zwei Ergebnisse genannt, die auf

dieser Konsonanz-Hypothese beruhten und als solche bestätigt werden konnten ("anchoring" und "commitment"; vergleiche McGUIRE, 1968). Die umfangreiche empirische Forschung der kognitiven Theorien im Zusammenhang mit der Frage der Einstellungsänderung, insbesondere der Dissonanztheorie Festingers haben als gesichertes Ergebnis erbracht, daß es tatsächlich eine Tendenz beim Menschen gibt, innerhalb seiner Einstellungen eine widerspruchsfreie Struktur aufrechtzuerhalten.

Dabei geht z. B. FESTINGER davon aus, daß das Bewußtsein aus 'kognitiven Elementen' zusammengesetzt ist, die in drei verschiedenen Beziehungsarten zueinander stehen können: Diese Beziehungen sind 'konsonant', wenn jeweils aus Y X folgt. Diese Beziehungen sind 'dissonant', wenn aus Y nicht X folgt bzw. das Gegenteil von X.

Die Stärke der Dissonanz ist dabei eine Funktion der gesamten Bedeutung der dissonanten Kognitionen (die sich ergibt aus der Anzahl und dem jeweiligen Gewicht der dissonanten Kognitionen) (vergleiche FESTINGER, 1957, S. 18). Als dritte mögliche Beziehung zwischen zwei Kognitionen nennt FESTINGER die "Irrelevanz", die dann besteht, "wenn zwischen den in Frage kommenden Elementen keine Relationen auszumachen sind" (eben da).

Auch bei der hier z. B. innerhalb der Dissonanztheorie zugrunde liegenden Strukturauffassung läßt sich also feststellen, daß als relevante Beziehung logische Zusammenhänge zwischen kognitiven Elementen angenommen werden. Andererseits kommt mit dem Begriff der Bedeutung ein Aspekt in die Dissonanztheorie, der über die Betrachtung der Sachstruktur politischer Objekte hinaus, deren Bedeutsamkeit für das Subjekt einbezieht.

Die Ergebnisse hinsichtlich der Art und Verbreitetheit von Einstellungsstrukturen können wie folgt zusammengefaßt werden:

Das Niveau politischen Denkens bleibt bei den meisten Leuten der amerikanischen Bevölkerung weit hinter einer kognitiven Theoriebildung zurück, die man mit den Autoren als "Ideologie" bezeichnen könnte. Dies zeigt sich inhaltlich gesehen zum einen

im fast völligen Fehlen durchgehender Einstellungsdimensionen sowie in der nur sehr schwach auftretenden "Clusterbildung" von Einstellungen, die (nach Auffassung der Forscher) in einer logischen Einstellungshierarchie zusammenhängen.

Dabei kann jedoch bei solchen "Einstellungsclustern" oder Strukturen, die die Autoren als widersprüchlich oder unlogisch bezeichnen, nicht etwa grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß dies auf die geringe "sophistication" der Leute zurückzuführen ist. Es stellt sich hier vielmehr die Frage, ob die Annahme einer logischen Einstellungsstruktur als psychologisch sinnvolle kognitive Struktur aufrechterhalten werden kann oder aber, ob diese kognitive Struktur in ihrer Funktion als Orientierungsgrundlage für politisches Handeln einen anderen Charakter haben muß; und d. h., ob sie nicht einen anderen Gegenstand widerspiegelt bzw. widerspiegeln müßte, als die bloße objektive formal-logische Struktur der betreffenden Einstellungsobjekte. Dieser Frage werden wir in den nächsten Abschnitten nachgehen.

Die Tendenz, innerhalb der eigenen Einstellung einen "Harmoniezustand" aufrechtzuerhalten, muß als gesichert angesehen werden. Im Zusammenhang mit der Frage nach der psychologischen Funktion dieser Tendenz werden wir im folgenden Abschnitt näher auf diesen Aspekt der Einstellungsstruktur eingehen.

2. Das Verhältnis der Einstellungsstruktur zur objektiven Realität in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung

Um unserer Ausgangsfrage nach der adäquaten Einstellungsstruktur und ihren Bedingungen näher zu kommen, greifen wir nun die Aspekte der amerikanischen und westdeutschen Ansätze und Ergebnisse auf, die implizit oder evtl. auch explizit die psychologischen Einstellungsstrukturen in Beziehung setzen zu Fragen der objektiven

Realität im weitesten Sinne.

2.1 Die Sicht der objektiven Realität in den oben dargestellten Ansätzen

In den oben dargestellten Untersuchungen und Konzepten stellt sich diese Relation wie folgt dar: Die Versuche, Einstellungsdimensionen bzw. die 'Rechts-Links-Dimension' zu erfassen, gingen ganz offensichtlich von der gesellschaftlichen Tradition dieser Ideologie-Alternativen und nicht etwa von der Annahme aus, daß sich eine solche Einstellungsstruktur aus irgendwelchen objektiven, gesellschaftlichen, gegebenen Relationen ableiten ließe. Dies zeigt sich besonders an der deutlichen Orientierung an den Parteien. Eine Ausnahme machten in diesem Zusammenhang übrigens die oben dargestellten Einstellungsoperationalisierungen, die 'Rechts-Links' gleichzusetzen versuchten mit 'Pro- bzw. Contra-kapitalistisches-Gesellschaftssystem'.

Die Ideologiedefinitionen als 'Abstraktionslevel' des politischen Denkens stellt zunächst einmal eine formale Operationalisierung dar. Hier wird nicht nach dem Grad der Adäquatheit der Einstellungsstruktur (wie weit die vorhandene Struktur die realen Zusammenhänge und Beziehungen widerspiegelt) gefragt und beurteilt, sondern nur nach dem Aspekt der Abstraktheit und Integriertheit des "politischen Theoriegebäudes". Es soll hier nicht etwa bestritten werden, daß der Integrationsgrad und auch das formal kognitive Niveau einer politischen Theorie bzw. Ideologie unwichtig sei. Wie wir unten nachweisen werden, erhöht sich auch gerade mit diesen formalen Charakteristika einer Ideologie ihre Fähigkeit, die objektiven Beziehungen möglichst adäquat widerzuspiegeln. Andererseits sind diese formalen Kriterien allein nicht etwa Kriterien, die das Maß der Adäquatheit einer Ideologie bestimmen könnten.

Tatsächlich übersieht CAMPBELL in seinem Ansatz die Rolle des Einstellungsgegenstandes nicht etwa ganz. Er definiert den 'Ideologielevel' neben den erwähnten formalen Merkmalen auch nach der Nähe zum politischen Sachverhalt. Wie wir bereits erwähnten,

erklärt sich so, daß CAMPBELL das Interessenbewußtsein des "Level B" als 'höher veranschlagt' als das abstrakte, aber inhaltslose Bewußtsein des "Level C". CAMPBELL sieht also, daß zur Ideologie zwei Aspekte gehören: der Inhalt und das Niveau der "politischen Theorie". Er schafft es jedoch nicht, beide Aspekte in einem dialektischen Verhältnis zu sehen: der formale Aspekt steht schließlich doch auf der Ideologie-Dimension - unabhängig von der Nähe zum Gegenstand - an der Spitze. Es stellt sich jedoch die Frage, ob nicht unter Umständen ein zwar wenig theoretisches und vielleicht auch konkretistisches Wahrnehmen der Gruppeninteressen am politischen Sachverhalt eine adäquater Widerspiegelung der objektiven Struktur politischer Sachverhalte darstellt, als eine fein ausdifferenzierte Ideologie auf abstraktestem Niveau, die den Gegenstand selbst oder z. B. auch seine Beziehung zu den Interessen in-adäquat widerspiegelt oder negiert.

Tatsächlich lassen sich die beiden Aspekte der Ideologie: Inhalt und formales Niveau nicht trennen oder als Alternativen gegenüberstellen. Eine tatsächliche 'adäquate Einstellungsstruktur' wäre - um diese These voranzustellen - eine Widerspiegelung des politischen Sachverhaltes und seiner Struktur, die das Wesen des Sachverhaltes und alle seine Bewegungsformen inhaltlich erfaßt und die die entsprechenden formalen kognitiven Voraussetzungen aufweist (siehe unten).

Beim dritten der dargestellten Ansätze zur Einstellungsstruktur zeigt sich durchweg die Annahme einer Einstellungshierarchie, die logisch strukturiert sei. Mehr oder weniger explizit wird diese Struktur als entsprechend der Struktur der Objekte selbst angesehen: Wenn zwei politische Objekte augenscheinlich unter denselben Oberbegriff zu bringen sind oder wenn z. B. das eine Objekt zur Gruppe der Objekte gehört, die das andere Objekt bezeichnet, gehen diese Ansätze von der Hypothese aus, daß die Einstellungen gegenüber diesen Objekten in eben diesem logischen Verhältnis zu stehen hätten. Andererseits seien sie widersprüchlich. Es scheint hier also die Tendenz zu bestehen, Einstellung

als Widerspiegelungen der objektiven politischen Sachverhalte zu sehen: Die Logik der Sachverhalte selbst wird in der Einstellungsstruktur erwartet.

Wir werden unten zeigen, daß diese Annahme bei vielen der Forscher nicht ausgesprochen wird, daß es aber einige explizit materialistische Ansätze gibt, die z. B. das psychologische Bedürfnis nach Konsonanz nicht "binnenpsychologisch" ableiten, sondern aus der Dialektik vom menschlichen Subjekt und objektiver Realität.

In diesem Zusammenhang kommen wir an einem oben bereits vermerkten Ergebnis und seiner Diskussion nicht vorbei: Wie erklärt sich die von der angenommenen logischen Struktur abweichende "cluster-Bildung" politischer Einstellungen in der Bevölkerung? Da es sich nicht etwa nur um das Phänomen handelt, daß die erwarteten "Cluster" nicht oder nur schwach ausgeprägt anzutreffen sind, sondern da relativ stabile 'nicht-logische' Einstellungsstrukturen, wie etwa die "populist cluster" auftreten, muß die Frage nach der Erklärung dieser Phänomene gestellt werden: Geht man davon aus, daß die Einstellungsstruktur eine mehr oder weniger adäquate Widerspiegelung der objektiven Struktur der politischen Sachverhalte ist, so lassen sich zwei Hypothesen aufstellen: Entweder beinhalten die von den Forschern als logisch angesehenen Strukturen und Hierarchien gar nicht die tatsächlichen objektiven Sachverhalte und Zusammenhänge. Oder aber, die psychologische Einstellungsstruktur ist nicht Widerspiegelung dieser sachlichen Zusammenhänge, sondern hat einen anderen Gegenstand. Beide Hypothesen werden wir weiter unten im Zusammenhang mit der Diskussion eben dieser Phänomene überprüfen.

2.2 Die Einstellungsstruktur und ihre psychologische Funktion

Wie wir oben ausführlich entwickelten, stellt das politische Wissen, d. h. die kognitive Einstellungskomponente die Wissens- und damit Orientierungsgrundlage dar für das politische Handeln und die politische Stellungnahme (siehe unten).

Wenn nun die Struktur der politischen Einstellungen ein wesentliches Merkmal eben dieser Wissensgrundlage darstellt, läßt sich aus dieser ihrer Orientierungsfunktion das Kriterium ihrer Adäquatheit ableiten:

Eine Einstellungsstruktur oder 'Ideologie' kann dann als 'adäquat' bezeichnet werden, wenn sie eine optimale Orientierung für das Handeln der Menschen im politisch-sozialen Lebensbereich ermöglicht. Daraus ergeben sich zunächst zwei Voraussetzungen:

Zum einen muß die Einstellungsstruktur den politischen Gegenstand in den Aspekten adäquat erfassen, deren Erkenntnis für das menschliche Handeln notwendig ist. Das bedeutet vor allem, daß es weniger um eine adäquate Widerspiegelung des Gegenstandes als solchen geht. Ebenso wichtig ist vielmehr die Widerspiegelung der Beziehung des Gegenstandes zum handelnden Menschen selbst bzw. die Struktur eben der Aspekte, die für das Individuum von Bedeutung sind. Ideologie hat somit nicht etwa wie z. B. eine Einzelwissenschaft ein Erkenntnisinteresse an objektiven Zusammenhängen des Gegenstandes (O) ohne Einbeziehung seines Verhältnisses zum Subjekt. Vielmehr richtet sich das Erkenntnisinteresse einer Ideologie auf eben diese objektive Beziehung bzw. die Struktur dieser Beziehungen. Der Sachverhalt selbst ist dabei wichtig für eben diese Beziehung, nicht aber als solcher. Eine adäquate Einstellungsstruktur stellt somit - dies ist die erste Voraussetzung - eine möglichst zutreffende Widerspiegelung des objektiven Systems von Beziehungen zwischen O und S dar. In diesem Sinne ergibt sich hinsichtlich der oben aufgeführten Hypothesen bezüglich der "populist-duster"-Phänomene: Es wäre denkbar, daß diese "populist-cluster" die objektive Struktur der Beziehungen zu den politischen Sachverhalten widerspiegeln und nicht die formal-logische Beziehung zwischen den Objekten an sich:

Die zweite Voraussetzung für die Adäquatheit einer Einstellungsstruktur als optimale politische Handlungsorientierung ist die, daß die Ideologie (als politische Theorie) als Denkkonzept er-

kenntnisfördernd und nicht erkenntnisnehmend funktioniert.

Das bedeutet zum einen, daß sie in ihren inhaltlichen Aspekten (degriffen, Gesetzen, Aussagen) dem Gegenstand entsprechen muß. Weiterhin bedeutet dies vor allem auch, daß dieses Denkkonzept als solches gehandhabt werden kann, also nicht etwa als Schulsystem dient, sondern als Analyseinstrument der gesellschaftlichen politischen Realität angeeignet ist.

Auf die Sicht der Funktion der Einstellungsstruktur in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen soll nun kurz eingegangen werden. Bereits bei der Darstellung der allgemeinen psychologischen Konzepte zur Funktion der Kognition überhaupt, konnten wir zwei Ansätze unterscheiden, die von einer grundsätzlich unterschiedlichen Sicht der Bedeutung der Realität für den Menschen ausgehen. Die einen sehen in den menschlichen Kognitionen und kognitiven Strukturen die Funktion, Ordnung in die prinzipiell unübersehbare Fülle der Umwelt zu bringen. Diese Ordnung ist somit zwar für den Menschen wichtig, z. T. wird auch hier der Zusammennang solcher kognitiver Strukturen mit der Lebens-tätigkeit des Individuums gesehen (vergleiche z. B. die Aussagen CANTRILs, 1965). Dabei ist aber diese kognitive Struktur im Hinblick auf die 'Realität' (etwa die "reality world"; CANTRIL, 1965) ein beliebiger Ausschnitt. Die kognitive Funktion wird von der Erkenntnis der objektiven Realität getrennt. Kognitionen erscheinen hier als "Vereinfachungen", "Übersimplifikationen", als "Verzerrungen" und als beliebige Konstrukte. Mit einer solchen Konzeption ist natürlich die Beliebigkeit dieser kognitiven Strukturen behauptet und gegeben.

Hinsichtlich der kognitiven Einstellungsstruktur oder gar politischen Ideologie finden sich entsprechende Ansätze in Hülle und Fülle: Sowohl in den entsprechenden Gesellschaftswissenschaften, als auch im öffentlichen Verständnis. Ideologie wird oft gesehen als mehr oder weniger notwendige, aber als solche beliebige Sicht politischer Sachverhalte, die zu einer sachlich objektiven Erkenntnis derselben Sachverhalte diametral entgegengesetzt ist. Dabei sind zwei verschiedene Varianten solcher An-

sätze zu unterscheiden. Die eine Variante führt die Beliebigkeit und "Unwissenschaftlichkeit" auf die durch Interessen bedingte "Einseitigkeit" politischer Ideologien zurück. Auf diese Behauptung werden wir im folgenden Abschnitt noch eingehen. Die zweite, hier interessantere Variante ist die, die in politischen Theorien solcher Art 'festgefahrene Auffassungen', 'Dogmatismus' (im formalen Sinne), 'Schematisierung', 'unzulässige Vereinfachung' oder auch 'Verallgemeinerung' sieht. Wir wollen hier nicht in eine allgemeine und umfassende Diskussion etwa des Dogmatismusbegriffes einsteigen, Sinnvoller erscheint es, eine bereits angedeutete Konzeption (vergleiche LANE und SEARS, 1964) hier noch einmal aufzugreifen. So definieren diese Autoren "Rationalität" in erster Linie durch Abwesenheit dogmatischen Denkens und Herangehens an Informationen, (vergleiche LANE und SEARS, 1964, S. 73 f). Die "Offenheit" ist für sie dabei das wichtigste Kriterium (neben der Dominanz der Verstandestätigkeit über die Emotionen). Mit Offenheit ist hier gemeint, daß die Erkenntnis der Sachlage durch nichts beschränkt werden darf: durch keine kognitiven Erwartungen, durch keine Selektion d. Informationen, durch keine Interpretationen. Zunächst können wir einer solchen Ablehnung dessen, was hier als 'dogmatisches Denken' bezeichnet wird, ohne weiteres zustimmen. Wenn es um adäquate Erkenntnis geht, können Barrieren solcher Art diese adäquate Erkenntnis und somit die Schaffung der optimalen Handlungsgrundlage verhindern.

Andererseits gilt es zu bedenken, daß hier ein Widerspruch zwischen 'Konzept-Denken' und der Forderung nach 'Offenheit' zu bestehen scheint. Es stellt sich die sehr zentrale Frage: Wann (das heißt unter welchen Bedingungen) ist ein Konzept, eine Theorie in diesem Sinne erkenntnisthemmend? Wann aber ermöglicht gerade sie die anzustrebende Offenheit für adäquate Widerspiegelung?

Daß eine politische Einstellungsstruktur im Sinne einer ideologischen Konzeption nicht notwendig erkenntnisthemmend ist, bzw. so gesehen wird, läßt sich zunächst an den z. T. schon dargestellten Ansätzen und Ergebnissen besonders auch der amerikanischen

Attitüden-Forschung selbst aufzeigen. Um bei den oben zitierten Autoren zu bleiben; gerade SEARS und LANE zeigen die Bedeutung politischer Konzepte (verschiedenster Ebenen) auf. Sie betonen, daß ohne entsprechende Konzepte politische Informationen nutzlos seien (vergleiche S. 66 ff). Besonders auch bei CAMPBELL et al. (60) zeigt sich eine Wertschätzung und Funktionsbestimmung der Ideologie als theoretischer Kognition. So ordnet er z. B. der 'politischen Ideologie' zwei Charakteristika zu: Zunächst müsse Ideologie als 'Theorie' aufgefaßt werden, als "cognitive structure that subsumes content of wide scope and diversity must be capped by concepts of a high order of abstraction" (S. 193). Ihre Funktion wird im 2. Charakteristikum angesprochen: "ideology supplies a manageable number of ordering dimensions that permit the person to make sense of a broad range of events" (ebenda).

Die funktionale Bedeutung der politischen Theorie oder Ideologie wird in verschiedenen Untersuchungen nachgewiesen: So stellen z. B. GAMSON and MODIGLIANI (1966) fest, daß Individuen mit niedrigem politischen Kognitionsniveau, selbst wenn sie unterschiedliche ideologische Standpunkte vertraten, große Schwierigkeiten damit hatten, bestimmte politische Sachverhalte mit ihrer Orientierung in Verbindung zu bringen. Ganz anders sah dies bei den "sophisticated" Individuen aus. Im Zusammenhang mit der Hypothese, je niedriger das Informationsniveau desto instabiler das Wahlverhalten, berichtet CONVERSE (1962), daß - bei allgemeiner Bestätigung dieser Hypothese - bei Personen mit besonders hohem Abstraktionsgrad in ihren politischen Einstellungen eine Umkehrung dieses Zusammenhanges auftrat. Hier wird deutlich, daß ein hohes Niveau an abstrakter Durchdringung politischer Sachverhalte zu einer relativen Unabhängigkeit von politischen Parteien führen kann.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen CAMPBELL et al. So zeigt sich die größte Instabilität hinsichtlich der "party preference" bei "Level B", die größte Stabilität bei "Level A, Gruppe b". Bei "Level A, Gruppe a" dagegen ist die "partisan change" wieder

größer. CAMPBELL führen dies darauf zurück, daß diese "echten Ideologien", auf Grund ihres übergeordneten Standpunktes in der Lage sind, z. B. Veränderungen der Parteien tatsächlich auch wahrzunehmen (vergleiche S. 256 ; 1960). Einer politischen Ideologie wird in den amerikanischen Ansätzen also sehr wohl eine sinnvolle und erkenntnisfördernde Rolle zugesprochen.

Im Unterschied zu den weiter oben erwähnten allgemeinen psychologischen Ansätzen zur psychologischen Funktion kognitiver Strukturen wird jedoch im Bereich politischer Kognitionen dabei die Beziehung zur objektiven Realität und damit die Frage nach ihrer Adäquatheit aus den Überlegungen ausgeschlossen. Entweder bleibt es bei einer rein oder relativ formalen Auffassung der 'Ideologie' oder aber, ihre inhaltliche Beliebigkeit wird als selbstverständlich hingenommen. So sehr z. B. SEARS und LANE die Bedeutung politisch abstrakter theoretischer Konzepte betonen, so wenig wird die Beliebigkeit ihrer inhaltlichen Ausrichtung in Frage gestellt (vergleiche SEARS and LANE, 1964, S. 69).

Wenn wir oben die Frage stellten, unter welchen Bedingungen eine politische Ideologie erkenntnisfördernd sei, so muß festgehalten werden, daß die amerikanischen Ansätze mit diesem Problem letztlich nicht fertig werden. So wird einerseits ein möglichst hohes politisches Abstraktionsniveau als sinnvoll eingeschätzt, andererseits wird betont, daß "a rational man must be able to tolerate a moderate degree of inconsistency in his opinions and in his values" (SEARS and LANE, 1964, S. 74). Eine Ideologie in der "all opinions and 'facts' entirely consistent with one another" (S. 74) sind, bezeichnen die Autoren als "extreme ideology". Ein gewisses Maß an Widerspruch, an Ungereimtheit ist offensichtlich notwendig. Ideologien, die 'aufgehen' geraten in den Verdacht, die Sache mit der Theorie eben doch zu starr, zu dogmatisch geknüpft zu haben.

Da es kein Adäquatheitskriterium gibt und offensichtlich - im politischen Bereich - auch keine Notwendigkeit zum möglichst er-

folgreichen Handeln (siehe unten) gibt, bleiben die hier vorgestellten Ansätze zu Funktion und Inhalt von politischen Kognitionen in der Beliebigkeit der Einstellungen stecken. Würde man die entsprechenden allgemeinpsychologischen Ansätze von der Funktion der Kognition als Orientierungsgrundlage für das Handeln auf den gesellschafts-politischen Bereich übertragen, könnte dieser scheinbare Widerspruch gelöst werden. Wir haben gesehen, daß das Individuum dann bereit ist, seine Kognitionen unter Umständen zu korrigieren, zu erweitern und zu vervollständigen, wenn es eine optimale Handlungsorientierung braucht (vergleiche JONES and GERALD, 1967). Eine Ideologie wird u. E. nur dann dogmatisch und rigide gehandhabt, nicht in Frage gestellt und erweitert, und so ebenso wenig theoretisch-methodisch verfeinert, wenn keine Notwendigkeit besteht, politisch zu handeln, bzw. wenn eine erfolgreiche Handlung nicht von der Adäquatheit der Orientierungsgrundlage abhängt oder als abhängig wahrgenommen werden kann. Bestehen jedoch entsprechende gesellschaftliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten, so ist das Individuum innerhalb seines gesellschaftlichen Kontextes um eine fortschreitende Einsicht in die realen gesellschaftlichen Zusammenhänge bemüht. Auf diese gesellschaftlichen Voraussetzungen und psychologischen Bedingungen werden wir noch später eingehen.

2.3. Die psychologische Funktion der Konsonanztendenz

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Sicht der Beziehung 'Einstellungsstruktur und objektive Realität' sei nun noch kurz auf die kognitiven Einstellungstheorien eingegangen, die von der einstellungsändernden Tendenz des Menschen ausgehen, innerhalb seiner Kognitionen im weitesten Sinne eine Harmonie, d. h. Widerspruchsfreiheit aufrechtzuerhalten.

Das, was hier als Widerspruch aufgefaßt wird, sind scheinbar logische Widersprüche zwischen den Einstellungsobjekten selbst (siehe oben). Wenn FESTINGER etwa von 'irrelevanten und relevanten Beziehungen zwischen Einstellungen' spricht, so wird unmittelbar deutlich, daß hier tatsächlich - wenn auch unausge-

sprochen - von einer Widerspiegelung objektiver Strukturen in den Einstellungsstrukturen ausgegangen wird. An der Einbeziehung der Bedeutung eines dissonanten kognitiven Elementes in die Theorie zeigt sich, daß hier sogar der gesamte tatsächlich Einstellungsgegenstand berücksichtigt wird: nicht etwa nur O, sondern ebenso die Beziehung S-O.

Diese letztlich materialistische Tendenz zeigt sich nun besonders deutlich in einigen Erklärungsansätzen kognitiver Theoretiker hinsichtlich des psychologischen Ursprungs dieses Bedürfnisses nach "maximaler Konsonanz". So geht beispielsweise FESTINGER von der Dissonanz als "an antecedent condition which leads to activity orientation toward dissonance reduction" (FESTINGER, 1957, S. 3) aus und betrachtet diese als gelernte psychologische Verhaltensreaktion. Das Individuum lernt bei seinem aktiven Verhalten in seiner Umwelt, daß es in ihr bestimmte Zusammenhänge und Konsonanzen gibt. Ein in sich konsonantes kognitives System wird somit quasi zu einer Garantie für ein erfolgreiches und d. h. den realen Bedingungen entsprechendes Handeln (vergleiche FESTINGER, 1957, S. 10, 11).

Eine ebenfalls 'spontan-materialistische' Herleitung der Konsonanztendenz bzw. der Dissonanzvermeidungstendenz, die besonders auf die gesellschaftliche Vermittlung und Kommunikation als Träger von Informationen über die objektive Realität eingeht, bringt NEWCOMB. So besteht nach NEWCOMB (1957) die Notwendigkeit für die Menschen, sich an der Haltung der Kommunikationspartner zu orientieren, weil sich beide in der gemeinsamen natürlichen und gesellschaftlichen Realität befinden. "In short, it is almost constant human necessity to orient oneself toward objects in the environment and also toward other persons oriented toward those same objects" (S. 294). Da der Kommunikationspartner über die gleiche Realität 'redet', erhält das Individuum so Informationen und Korrekturhinweise für seine eigenen Kognitionen. Hinsichtlich der relativ stabilen Tendenz zur Symmetrie innerhalb der Kommunikation folgert NEWCOMB: "If these advantages are commonly experienced as such communicative acts

resulting in increased symmetry are likely to be rewarded, and symmetry is likely to acquire secondary reward value. This is the basis of our assumptions of a persistent 'strain toward symmetry' under the conditions noted" (NEWCOMB, 1953, S. 295).

Als am deutlichsten und umfassendsten ist jedoch in dieser Hinsicht der Ansatz von WOLF (1971) zu werten. So formuliert die Autorin: "Wir gehen davon aus, daß man die Motive des menschlichen Handelns aus den objektiven Erfordernissen des Lebens ableiten muß" (WOLF, 1971, S. 37) ...". Man darf also annehmen, daß der Mensch eine innerlich konsistente und äußerlich gültige Serie von Erwartungen bezüglich der Umwelt anstrebt. Alles, was dieses Modell der Außenwelt vervollkommenet oder validiert, hat Anpassungswert und ist mit erfolgreichen Reaktionen verbunden, müßte also auch selbst bekräftigend wirken" (S. 39). WOLF wendet sich entschieden gegen die z. T. in den amerikanischen und westdeutschen Kognitionsansätzen vertretene Auffassung, Dissonanz trete bei widersprüchlichen Kognitionen auf, führe dann zu einem emotionalen Spannungszustand. Das Dissonanzreduktionsbedürfnis beruhe auf eben diesem emotionalen Zustand, der als unangenehm empfunden werde (vergleiche WOLF, 1971, S. 36 f). WOLF verweist in diesem Zusammenhang auf Fakten, die die Bedeutung der objektiven Realität hinsichtlich des 'Konsonanzstrebens' über den 'Lernursprung' hinaus für die aktuelle Konsonanz - bzw. Dissonanz-Situation verdeutlichen: Zum einen gibt es Situationen, in denen dissonante Information vom Individuum gesucht wird (vergleiche WOLF, 1971, S. 37). Diese Aussage bestätigt einmal mehr die oben dargestellte Theorie (z. B. JONES and GERALD, 1967), daß u. U. das Informationsbedürfnis das Bedürfnis nach Beharrung, Bestätigung etc. überwiegt. Daß solche Umstände im allgemeinen psychologischen Bereich sehr viel eher und häufiger auftreten als eben z. B. im politischen Lebensbereich, haben wir bereits mehrfach erwähnt.

Zum zweiten verweist WOLF wiederholt auf die Tatsache, daß Dissonanz ein subjektives Erlebnis ist und als solches mehr oder weniger adäquate Widerspiegelung (vergleiche S. 49 f). Daraus er-

gibt sich die Möglichkeit des Auseinanderfallens subjektiv erlebter Dissonanz und objektiver Widersprüchlichkeit. Mit PEISE-SEITHE (1974) sind in Anlehnung an WOLF folgende Varianten möglich: Zum einen kann das bedeuten, daß ein objektiver Widerspruch nicht wahrgenommen und so nicht als Dissonanz erlebt wird. Ein Beispiel wäre hier z. B., daß jemand zwischen dem Bekenntnis zum 'Weltfrieden' und zur 'Entspannung' einerseits und der Forderung nach Erhöhung des Rüstungsetats andererseits keinen Widerspruch wahrnimmt. Konsonanz und Dissonanz sind also nicht bloß innere Zustände des kognitiven Systems. Sie stehen in Wechselwirkung mit den objektiven Widersprüchen, mit denen sie konfrontiert werden, und ebenso mit der Fähigkeit, diese objektiven Widersprüche wahrzunehmen.

Ebenso besteht die Möglichkeit, daß jemand 'Dissonanz erlebt' und glaubt, Widersprüche wahrzunehmen, wo objektiv gar keine vorliegen. Konkret hieße dies z. B., daß jemand in dem Ausdruck "Kampf um den Frieden" einen 'logischen' Widerspruch zu entdecken meint. Tatsächlich aber ist das 'Kämpfen um Frieden' und der Wert 'Frieden' keineswegs widersprüchlich, da beide funktionell zusammenhängen.

Die Tatsache also, daß ein Mensch bestimmte Sachverhalte als widersprüchlich, als dissonant erlebt, ist noch lange kein Beweis dafür, daß er tatsächliche objektive Widersprüche wahrnimmt. Andersherum kann das Erleben von Konsonanz keineswegs als hinreichender Beleg dafür gesehen werden, daß das Subjekt objektiv nicht widersprüchliche Sachverhalte widerspiegelt.

In diesem Zusammenhang ist sicherlich zu bedenken, daß ein wesentlicher Aspekt der notwendigen politischen Bildung darin bestehen dürfte, daß gelernt werden muß, objektive Widersprüche als solche zu erkennen und sie in ihrer Wesentlichkeit jeweils untereinander unterscheiden zu können.

3. Das Verhältnis von Interesse und Ideologie

Die zu Anfang dieses Kapitels aufgestellte Frage nach Wesen und Bedingungen adäquater politischer Einstellungs-Strukturen bzw. Ideologien scheint somit hinreichend beantwortet. Die theoretische Konzeption ist eines der wichtigsten Merkmale der Wissensgrundlage für politische Einstellungen und politisches Handeln. Ohne politische Theorie sind Einzelinformationen relativ nutzlos. Die Bedeutung und Funktion solcher politischen Konzepte besteht in der Möglichkeit, mit Hilfe von Theorien, Begriffen, Gesetzen etc. die objektive Struktur politischer Sachverhalte, Verhältnisse etc. widerzuspiegeln, fehlende Einzelinformationen durch theoretisch ableitbare Voraussagen zu ersetzen und größere und kompliziertere Zusammenhänge zu verstehen. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich, daß entsprechende Konzepte nicht etwa nur gekannt sein dürfen, sondern vom Subjekt tatsächlich angeeignet und damit anwendbar sind. Eine solche kognitive politische Theorie wirkt dann jedoch als erkenntnisthemmendes Dogma, wenn die Begriffe und Zusammenhangsaussagen nicht mehr korrigierbar und entwickelbar sind. Dies ist immer dann der Fall, wenn für das betreffende Individuum mehr psychologischer Grund dafür vorhanden ist, an bestehenden Kognitionen prinzipiell festzuhalten, als sich im Hinblick auf eine Handlung möglichst optimal zu orientieren. Dies ist z. B. der Fall, wenn keine Handlungskonsequenzen erfahrbar oder steuerbar sind. Aber auch bei noch nicht hinreichend angeeigneten Konzepten reagiert das Subjekt u. U. mit Unsicherheit und Angst.

Inadäquat kann eine politische Konzeption in vielerlei Hinsicht sein. Zum einen besteht die Möglichkeit, daß auf Grund von falschen Informationen, verzerrte einseitige oder widersprüchliche Strukturannahmen in das Konzept aufgenommen werden. Zum zweiten kann ein sehr geringes kognitives Niveau zu falschen Schlußfolgerungen und unbegründbaren 'cluster'-Bildungen führen. Schließlich besteht die Möglichkeit, daß der Gegenstand selbst falsch aufgefaßt wird. Hier sind z. B. Konzepte politischer

Ideologie zu erwähnen, die den Gegenstand überhaupt nicht oder unwesentlich treffen (z. B. 'Personalisierungskonzepte' oder die oben bereits erwähnten "goodness in politics"-Vorstellungen). Eine andere Möglichkeit solcher inadäquaten Ideologien sind die Kognitionen über "Politik an sich", die die zu den politischen Sachverhalten wesensmäßig dazu gehörenden Beziehungen zu den Interessen der Menschen außer acht lassen.

Wir haben hier die These aufgestellt, daß die Struktur politischer Einstellungen - im Falle ihrer Adäquatheit - die objektive Struktur dieser Beziehungen widerspiegelt. Diese These wollen wir nun in einem letzten Abschnitt zum 'Strukturkapitel' mit der bereits oben erwähnten Diskussion um das Verhältnis von Interesse und Ideologie bei CAMPBELL et al (1960) konfrontieren:

Wir hatten bereits festgestellt, daß die Autoren die von ihnen empirisch festgestellten Abweichungen von der erwarteten logischen Struktur darauf zurückführten, daß hier eben nicht eine theoretische politische Konzeption den Ausschlag gegeben hätte, sondern ein mit dieser widersprüchliches, ökonomisches, kurzfristiges Interesse (vergleiche z. B. auch SEARS, 1969).

Bevor wir den konkreten Fall näher betrachten, möchten wir zunächst auf das Konzept der Autoren hinsichtlich des Verhältnisses von Interesse und Ideologie näher eingehen. Es scheint, daß die Sichtweise der Forscher mit der von uns oben entwickelten Konzeption übereinstimmt. So bemerken CAMPBELL et al: "We have no quarrel with the view that ideological position is largely determined by self-interest. But we do maintain that it matters whether self-interest proceeds in a simple and naked sense, or has indeed become imbedded in some broader ideological structure (S. 203/4). Es kann also eine zunächst vermutete einseitige Sichtweise des politischen Gegenstandes (als vom Interesse der Subjekte losgelöst) in den theoretischen Aussagen der Autoren scheinbar nicht nachgewiesen werden. So erläutern z. B. die Autoren die Funktion einer Ideologie wie folgt: "...the possession

of ideology equips the individual to perceive the connectedness of many superficially diverse events and relate them to another coherently. One important implication of such understanding is that the person is sensitized to the existence of 'roundabout' routes that, despite a superficial detour, will better secure ultimate gratification. Political action is in itself, a round about route to the fulfillment of most forms of self-interest ... Frequently shorter paths are less effectual than the longer. One function of ideology is to maintain the perspective of time and roundabout routes that permit the most effective long-range political evaluations" (S. 204).

Auch das politische Interesse als solches wird hier in einer Weise hergeleitet, wie es nicht gerade häufig in amerikanischen oder westdeutschen Ansätzen anzutreffen ist: So wird angenommen, Leute, denen es unter einem bestimmten System gut geht, haben kein Interesse an Veränderungen. Leute "of low status" dagegen sind radikal, um ihre Situation zu verbessern.

Auch den Aussagen, die die Autoren bezüglich des Verhältnisses zwischen dem sozio-ökonomischen Status und der Einstellungsstruktur machen, kann zugestimmt werden. Die häufig empirisch belegte Beziehung: "1. 'low status' 2. liberal, left (social welfare attitude) 3. liberal party", die ihrerseits im augenscheinlichen Widerspruch stehen zur konservativen Tendenz z. B. gegenüber Minoritäten oder gegenüber 'Veränderungen an sich' erklären CAMPBELL et al etwa wie folgt:

- Niedriger sozio-ökonomischer Status bedingt politische Interessen besonders ökonomischer Art, die auf eine Veränderung des unterprivilegierten Status abzielen.
 - Das geringe Bildungsniveau, das andererseits mit dem niedrigen sozio-ökonomischen Status einhergeht, führt zu geringer politischer Begrifflichkeit, Abstraktheit und Weitsichtigkeit.
- Bei einer Unterscheidung politischer "Ideologie-Level" in
1. "behaviour impelled by self-interest in a primitive and short sighted sense" (S. 203) und
 2. "operation of self-interest within

a structure that might reasonably be labeled an ideology" (S. 203) trifft ein niedriger sozio-ökonomischer Status mit dem zuerst beschriebenen "Level" zusammen. Bei einem solchen "Level", ergibt sich nun nach CAMPBELL eine tatsächlich logische Einstellungsstruktur nur dann, wenn das unmittelbare "self-interest" angesprochen wird und die objektiven Zusammenhänge unmittelbar einsichtig sind. Ein solcher Fall, so argumentieren die Autoren, liegt bei den fünf Items vor, die die "social welfare scale" bilden. Items, in denen zu viele Vermittlungsschritte zum unmittelbaren Interesse nachzuvollziehen wären, werden entsprechend nicht oder nur äußerst lose im Zusammenhang miteinander als "cluster" gewertet. ^{Bei} Items, in denen gar ein scheinbarer Widerspruch zwischen direkten Zielen und Interessen und langfristigen Zielen erscheint (der dann nicht durchschaut wird) tauchen folglich bei Leuten des unteren sozio-ökonomischen Status Einstellungen auf, die den Erwartungen sogar entgegengesetzt sein können.

Soweit es also um die theoretischen Erörterungen zum Problem geht, erscheint uns die Problemsicht der Autoren CAMPBELL et al zu überzeugen. Wie sieht aber nun die praktische Seite aus?

Im Falle des aus dem "social-welfare structure"-Rahmen fallenden 'Steuer-Items', vermuten nun CAMPBELL et al, daß es sich eben hier um die 3. der oben genannten Möglichkeiten handelt. Sie sprechen davon, daß hier die "demands of ideology rein-counter to the demands of short-term self-interest" (S. 204).

Betrachten wir den Fall genauer, muß gefragt werden, ob diese Behauptung tatsächlich zutreffen kann. Folgende Erörterung der Autoren ermöglicht einen Einblick in ihr Verständnis des angesprochenen Sachzusammenhanges: "For obvious reasons, immediate self-interest rebels against the payment of taxes. And with all other things equal, it is the rational course to advocate lighter rather than heavier tax loads. But within a progressive tax system reduction of taxes and elimination of government service is not presumed to be in the self-interest of lower-status segments of the populations" (S. 204).

Welche der oben aufgestellten Hypothesen treffen hier zu? Sind die Erwartungen der Autoren "unlogisch", und das hieße, geben sie die objektiven Zusammenhänge falsch oder einseitig wieder? oder aber spiegeln sie nur die Struktur der Sachverhalte ohne Berücksichtigung der Beziehung zu den Subjekten wieder?

Mit der Annahme, soziale Reformen sind nur durchzuführen, wenn die Steuern erhöht werden, wird u. E. ein gesellschaftlich üblicherweise praktizierter Zusammenhang als ökonomisch-gesellschaftliches Gesetz festgeschrieben. Tatsächlich gäbe es diverse Möglichkeiten für z. B. die amerikanische Regierung, Geld für soziale Reformen 'locker zu machen'. Das, was hier als 'logisch' ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit eine beschränkte Sicht der realen Möglichkeiten. Die durch das ökonomische Interesse der "lower-status"-Leute gebildete Einstellungsstruktur steht hier keineswegs ihrem langfristigen Interesse notwendig im Wege. Für diesen Fall muß also die Annahme der Autoren, daß hier kurzfristige Interessen mit langfristiger, weitsichtiger Ideologie kollidieren, zurückgewiesen werden.

So sehr wir den obigen allgemeinen Erläuterungen über das Verhältnis zwischen Ideologie und Interesse zustimmen konnten, so sehr muß hier darauf verwiesen werden, daß eben diese Erläuterungen nur zutreffend sind, wenn die zugrunde gelegte Ideologie eine tatsächlich adäquate Widerspiegelung des Zusammenhangsystems zwischen politischen Sachverhalten und den betroffenen Menschen darstellt. Wenn die kurzfristigen Interessen der Unterschicht dem entgegenstehen, was die gesellschaftlich herrschende Schicht für sinnvoll, möglich oder machbar hält, ist dies kein Zeichen dafür, daß kurzfristige Interessen mit "sophistication" kollidieren. Wir geben zu, daß eine Ideologie als politische Theorie dann die beste Handlungsgrundlage darstellt, wenn sie in der Lage ist, politische Zusammenhänge in ihrer Komplexität adäquat widerzuspiegeln. Insofern dürfte eine Ideologie als theoretische Widerspiegelung des Zusammenhangsystems S-U immer adäquater sein, als eine vereinfachte, kurzfristige und mechanische Widerspiegelung eben dieser Beziehung (vergleiche etwa

"Level B").

Auf der anderen Seite ist der Inhalt dieser Widerspiegelung das erste Kriterium der Adäquatheit einer Ideologie: Je richtiger die tatsächliche Beziehung gesehen wird, um so wertvoller die Handlungsgrundlage. Eine Ideologie, die von falschen Interessen ausgeht oder von der Illusion der Interessenunabhängigkeit ist somit weniger geeignet adäquate Orientierungsgrundlage zu sein, als eine zu einfache und konkrete Konzeption, die die tatsächlichen, aber als solche richtigen Interessen wahrnimmt.

Hier zeichnet sich nun das eigentliche Dilemma der Attitüden-Forschung im Hinblick auf das Verhältnis Ideologie und Interesse ab. Zwar wird der Zusammenhang zwischen beiden als solcher nicht bestritten und auch nicht etwa als prinzipieller Widerspruch gesehen. Was aber nicht gesehen wird ist, daß es eben verschiedene gesellschaftliche Interessen in der Gesellschaft gibt: Einstellungsmäßige bzw. ideologische Widersprüche zwischen z. B. der "Ober"- und der "Unterschicht" sind nicht aus der mangelnden intellektuellen Bildung der zuletztgenannten herzuleiten, sondern zumindest zum großen Teil aus ihren tatsächlichen Interessen. Höhere Bildung, theoretische Denkfähigkeiten verändern die Sicht, das Niveau der widerspiegelung und damit auch den Grad der möglichen Adäquatheit. Sie ändern jedoch nicht den Inhalt, die objektiven Zusammenhänge und Interessen. In diesem Sinne muß folgende Bemerkung der Autoren CAMPBELL et al als erster möglicher Ansatz zur Einsicht gewertet werden: "The fact that an issue reaction fails to fit into a larger organisation of attitude that seems appropriate for it, does not mean that the response is random or in any other sense 'uncaused'. The problem is rather that the structure imposed on the situation by the analyst turns out in such instances to be inadequate" (CAMPBELL et al, 1960, S. 197).

Wie weit die amerikanische und westdeutsche Attitüden-Forschung jedoch in der Lage ist, das politische Interesse in diesem Sinne als objektiv durch gesellschaftliche Verhältnisse bedingtes Interesse zu sehen, soll uns u.a. im folgenden Kapitel beschäftigen.

f. Das politische Interesse und die Emotion in den Ansätzen
der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung

1. Zusammenfassung der bereits entwickelten Thesen zum objektiven
und subjektiven Interesse

Da hinsichtlich dieses Problemaspektes in den vorausgegangenen Kapiteln bereits zahlreiche Aussagen gemacht worden sind, möchten wir, bevor wir mit der Darstellung und Kritik der einschlägigen amerikanischen und westdeutschen Ansätze beginnen, die bereits hergeleiteten Thesen an dieser Stelle noch einmal zusammenfassen und auf diesen Problemaspekt hin konkretisieren. Die Auseinandersetzung mit der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung wird im Anschluß daran in Konfrontation mit diesen vorgegebenen Thesen zu entwickeln sein.

Die zentralste These, die bereits hinsichtlich des Einstellungsaspektes 'Interesse' entwickelt wurde, ist die 'von der objektiven Realität der Beziehung zwischen Einstellungssubjekt und Einstellungsobjekt', also der objektiven Betroffenheit von S durch O. Wir gingen davon aus, daß die objektive Realität und damit auch eben diese Beziehung zum Subjekt in den Aspekten mehr oder weniger adäquat widergespiegelt werden kann, die im Zusammenhang mit seiner gesellschaftlichen Tätigkeit wesentlich sind.

Die objektive Beziehung zwischen den politischen Sachverhalten und dem Einstellungssubjekt hat zwei Seiten, die voneinander nicht zu trennen sind: Der politische Sachverhalt kann auf Grund seiner objektiven 'Gegenstandsstruktur' unterschiedliche Wirkungen, Bedeutungen und Konsequenzen für ein Subjekt haben. Das Subjekt wiederum hat bestimmte Bedürfnisse, die es in seiner gesellschaft-

lichen Tätigkeit zu befriedigen sucht und die in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit die Interessenlage eines Subjektes bzw. einer Subjektgruppe bestimmt. Die Beziehung zwischen dem politischen Objekt und dem Subjekt kann somit als positive, negative oder neutrale 'Nützlichkeitsfunktion' des Objektes hinsichtlich der objektiven Interessen des Subjektes beschrieben werden.

Diese objektive Beziehung stellt die reale Grundlage für das Handeln und Werten des Subjektes hinsichtlich des Objektes dar. Jedoch wird das Handeln und Werten nicht unmittelbar durch diese objektiven Bedingungen allein determiniert. Tatsächlich hängt Wertungsrichtung und Handlungsintension von der subjektiven Widerspiegelung dieser objektiven Verhältnisse ab. Diese subjektive Widerspiegelung haben wir oben als 'kognitive Orientierungsgrundlage' bezeichnet und die Hypothese ihrer 'potentiellen Adäquatheit' aufgestellt: Alle Aspekte des objektiven Einstellungsverhältnisses können demnach vom Subjekt mehr oder weniger adäquat widergespiegelt werden. Sowohl auf die Bedingungen der Schaffung einer adäquaten Orientierungsgrundlage als auch auf die Ursachen der Entstehung und Aufrechterhaltung einer inadäquaten Grundlage sind wir bereits eingegangen und werden wir im folgenden Kapitel noch weiter eingehen.

Im Hinblick auf das hier anzuschneidende Einstellungsproblem des 'Interesses' und der 'emotionalen Einstellungskomponente' strukturiert sich als objektiver Gegenstand, der vom Subjekt mehr oder weniger adäquat erkannt wird, die 'objektive Betroffenheit durch den spezifischen Sachverhalt' heraus: Das Subjekt muß 1. die reale Bedeutung des Objektes für sein eigenes Leben erkennen (und zwar adäquat erkennen) und 2. die eigene objektive Interessen- und Bedürfnislage kennen. Ist dies gegeben, so wird die Einstellung und Wertung den realen Gegebenheiten 'adäquat' sein.

Aus den hier dargestellten Zusammenhängen lassen sich folgende Hypothesen ableiten, die uns im Zusammenhang mit der Sicht dieser Problematik in der Attitüden-Forschung weiter beschäftigen sollen.

1. Die adäquate subjektive Widerspiegelung der eigenen objektiven Betroffenheit ist Voraussetzung für jede Art politischen Engagements. Bleibt der politische Sachverhalt etwas die eigene Person nicht weiter Betreffendes, so entsteht politische Apathie einerseits und Einstellungsbeliebigkeit andererseits.

2. Die adäquate subjektive Widerspiegelung der eigenen objektiven Betroffenheit ist Voraussetzung dafür, daß die im Zusammenhang mit der subjektiven Betroffenheit entwickelten Emotionen als solche rational sind, d. h. den objektiven Einsichten nicht entgegenwirken. Entstehen Emotionen, die sachlich unbegründet sind, die auf einer falschen Widerspiegelung oder auf einer inhaltsfreien Emotionalisierung beruhen, so kann von Irrationalität gesprochen werden. Irrationalität und Emotion können jedoch nicht identisch gesetzt werden. Eine Emotion kann sehr wohl objektiv adäquat begründet sein: dann ist sie als 'rational' anzusehen.

Es sei bereits hier angedeutet, daß die subjektive Betroffenheit, also die emotionale bzw. motivationale Einstellungskomponente nicht etwa auf ihre kognitive Grundlage reduziert werden kann. Wir werden am Ende dieses Kapitels auf dieses Problem der Motivation und Emotion in der politischen Einstellung besonders im Hinblick auf das politische Handeln noch eingehen. Es scheint jedoch überaus wichtig, daß die Bedeutung der Adäquatheit der kognitiven Orientierungsgrundlage für den emotionalen Aspekt betont wird. Es handelt sich keineswegs um zwei relativ voneinander unabhängige Einstellungsbedingungen. Wir werden zeigen, daß die Adäquatheit der kognitiven Orientierungsgrundlage die notwendige allerdings noch nicht hinreichende Bedingung für eine adäquate Einstellung und eine 'adäquate Handlung' darstellt.

Doch zunächst sei im folgenden auf die entsprechenden Ansätze und Aussagen der Attitüden-Forschung eingegangen. Dies soll unter drei Hauptfragestellungen geschehen:

1. Stellt die 'objektive Betroffenheit' in der Attitüden-Forschung

einen Gegenstand der Kognition bzw. des politischen Wissens dar (hier kann im Wesentlichen zurückgegriffen werden auf die Kapitel d und e der vorliegenden Arbeit)?

2. Wie wird das politische Interesse (als subjektives Interesse verstanden, untersucht und interpretiert?

3. Welche Rolle spielt die subjektive Betroffenheit in Form der emotionalen bzw. motivationalen Komponente der Einstellung in den Ansätzen zur Einstellungsänderung und Einstellungsfunktion und wie wird Emotionalität dort gefaßt?

2. Die 'objektive Betroffenheit' und ihre kognitive Widerspiegelung in den Ansätzen der Attitüden-Forschung

Zu dem sich hier zunächst stellenden Problem ist in den vorausgegangenen Kapiteln bereits viel gesagt worden. Wir möchten deshalb zunächst obige Ergebnisse noch einmal konzentriert zusammenstellen und dann nur noch kurz auf einige Beispiele verweisen.

Im allgemeinen muß festgehalten werden, daß die 'objektive Betroffenheit' in den entsprechenden Ansätzen der Attitüden-Forschung kaum als möglicher Gegenstand politischen Wissens auftaucht.

In den Operationalisierungsansätzen des politischen Informationsniveaus zeigte sich deutlich eine Beschränkung in zweierlei Hinsicht: 1. wurde der Gegenstand (O) selbst auf reine Fakten reduziert. Seine Struktur, seine gesellschaftlichen Zusammenhänge wurden fast immer ausgeschlossen. 2. fehlten durchweg Fragen nach der Bedeutung des Sachverhaltes für die eigene Person- oder Personengruppe (vergleiche Kapitel d 2).

Besonders kennzeichnend für die Auffassung des Einstellungsinhaltes S-O erscheint uns die Entgegensetzung von 'Aussage' und 'Wert' z. B. in dem Syllogismus-Konzept der Autoren JONES and GERALD (1967). Hier wurde der Wert bzw. die Wertaussage in ihrem wesentlichem Aspekt, nämlich als Aussage über die Bedeutung (z. B. die Nützlichkeit) des Gegenstandes O für S als rational unbegründbar, als inhaltlich beliebig begriffen (vergleiche

Kapitel d 4.). Daß ein Einstellungsinhalt, der in der Attitüden-Forschung nicht einmal als Gegenstand des Wissens, als Kognition auftaucht, schon gar nicht als potentiell adäquat erkennbar angesehen wird, ergibt sich von selbst. Wenn schon die politischen Sachverhalte selbst - sobald es um gesellschaftliche Zusammenhänge und nicht um Fakten oder Namen geht - kaum als objektive und erkennbare, als wissenschaftlich analysierbare Gegenstände angesehen werden, wie viel schwieriger ist für die amerikanische und westdeutsche Attitüden-Forschung die Einsicht in eine objektive Realität der Beziehung S-O. Die Einsicht darein, daß es objektive Interessen gibt, die zu einer entsprechenden Einschätzung bestimmter politischer Sachverhalte führen, die diesen Interessen und der objektiven Struktur des Gegenstandes in adäquater Weise entsprechen bzw. entsprechen können, wird sicherlich dadurch erschwert, daß es gesellschaftlich bedingt unterschiedliche objektive Interessen gibt - je nach der Stellung des Individuums innerhalb der wesentlichen gesellschaftlichen Verhältnisse. Der ideologisch aufrechterhaltene Glaube vom Einheitssubjekt (vergleiche Kapitel c), vom Allgemeinwohl etc., wie er sich im gesellschaftlichen Leben z. B. in der 'Sozialpartnerschaftsideologie' äußert, stellt für die Wissenschaft von den politischen Einstellungen hier eine empfindliche Erkenntnisschranke dar.

Die kognitive Bedeutung des Einstellungsinhaltes 'Betroffenheit durch das Objekt' wird innerhalb der Attitüden-Forschung größtenteils auf die Notwendigkeit der Existenz eines 'Bedeutungsbewußtseins'²¹ reduziert. Dabei braucht sich dieses 'Bedeutungsbewußtsein' nicht etwa auf das tatsächliche Objekt zu beziehen, es kann ebenso gut durch objektunabhängige Faktoren und Variablen (z. B. Attraktivität der Quelle oder objektunabhängige positive Verstärker) ausgelöst und gebunden werden. So nennen CAMPBELL et al (1960) z. B. drei Voraussetzungen dafür, daß ein "political issue" einen Einfluß auf das Wahlverhalten eines Subjektes bekommt:

- "1. The issue must be cognized in some form. 2. It must arouse some minimal intensity of feeling. 3. It must be accompanied by

some perception that one party represents the person's own position better than do the other parties" (CAMPBELL et al, 1960, S. 170).

Die erste Voraussetzung haben wir oben bereits erwähnt, die dritte können wir hier außer acht lassen. Die zweite Voraussetzung erläutert CAMPBELL weiter: "The second condition requires that there be some sense of the importance of an issue for involvement cannot be assumed on the basis of familiarity alone" (S. 170). Das heißt also: nur dann wird ein politisches Objekt zum Objekt einer Einstellung, wenn es vom Subjekt als wichtig, relevant etc. eingeschätzt wird. Und nur dann wird ein politisches Verhalten (z. B. das Wahlverhalten) oder aber auch eine politische Einstellung (z. B. die Einstellung gegenüber einer Partei) in seiner Richtung vom Objekt (issue) her bestimmt (und nicht z. B. von unpolitischen, vom Objekt unabhängigen Motiven), wenn dieses Objekt für das Subjekt eine Bedeutung hat bzw., wenn diese Bedeutung erlebt wird. Der bloßen Existenz des Bedeutungsbewußtseins wird also eine Rolle eingeräumt. Dabei bleibt der Inhalt und vor allem die Frage der Adäquatheit dieses Inhaltes aus der Diskussion. Z. B. nennen CAMPBELL et al als Voraussetzung für einen wahlbestimmenden Einfluß eines "Ereignisses", daß für das Subjekt zwei "perceptual and cognitive changes" (CAMPBELL et al, 1960, S. 29 ff) abgeschlossen sein müssen: Das Ereignis muß erstens als politisches wahrgenommen werden ("political translation") und zweitens als persönlich betreffend erkannt werden (durch Kommunikation). Beide Prozesse erscheinen notwendig nur ihrer Existenz. Was diese neuen Kognitionen tatsächlich beinhalten und ob sie den realen Gegebenheiten entsprechen, interessiert hier nicht. Politik ist das, was als Politisch angesehen wird (vergleiche oben). Ebenso betrifft, was als betreffend wahrgenommen wird. Über diesen subjektivistischen Standpunkt zum Problem der objektiven Betroffenheit gehen die Autoren fast an keiner Stelle hinaus.

Ein gewisser Fortschritt im Unterschied zu diesen Aussagen zeigt sich bei den Autoren im Zusammenhang mit der Frage nach

der Einstellungsstruktur (vergleiche Kapitel e). Hier wird z. B. die Wahrnehmung von Gruppeninteressen als kognitiv relativ 'hochstehend' zu veranschlagende Strukturkomponente politischer Einstellungen gewertet, (vergleiche hierzu die Diskussion zum "Level B"). Auch sehen die Autoren scheinbar keinen Widerspruch zwischen Interesse und 'logischer Einstellungsstruktur'. Interesse erscheint ihnen als etwas, was sich aus der gesellschaftlichen Situation ergibt. Dennoch neigen die Autoren im konkreten Fall doch wieder zu einer Entgegensetzung von Interesse und Ideologie, da sie eben auch hier von einem "Einheitsinteresse" ausgehen, daß man aber nur erkennt, wenn man kurzfristige Interessen zugunsten langfristiger Interessen zurückstellt. Auch hier konnten wir die ideologischen Erkenntnis-schranken der Attitüden-Forschung deutlich aufzeigen.

In einem anderen Zusammenhang nämlich dann, wenn es um die kognitive Funktion der Einstellung als Orientierung geht, zeigten sich z. T. Ansätze, die weniger von einer Trennung in Kognition und Wertung ausgingen. Bei den Ansätzen, die die Orientierungsfunktion der menschlichen Kognition als mögliche adäquate Widerspiegelung der relevanten Aspekte der objektiven Realität auf-faßten, fand sich mehr oder weniger explizit auch die Annahme, daß die objektive Bedeutung eben dieser Realitätsaspekte wider-gespiegelt werden könnte. Zu erwähnen wäre hier u. a. vor allem die Fragestellung CANTRILs: "how human beings learn what is significant to pay attention to anyway and how they do this more, or less, effectively in order to carry out their purposes?" (CANTRIL, 1965, S. 10). CANTRIL kommt zu dem Schluß: "The significances and meanings a person assigns to all aspects of the environment within the attempts to carry out his purposes are learned in the course of experience. Essentially a person tries from infancy on to construct for himself a pattern of assumptions that will increase the correspondence between what he perceives in the environment around him and what this environment turns out to be when he acts within it to experience some intended consequences"

(S. 11).

CANTRIL wendet sich also ab von Modellen der Reiz-Reaktions-Muster ("concept of interaction between an environment out there and an insulated reacting individual"). Er betrachtet vielmehr den lernenden Menschen als ein aktives Wesen, das die Umwelt nicht an sich begreift und erfährt, sondern im Hinblick auf seine Absichten, um besser in dieser Umwelt erfolgreich tätig sein zu können. Im Verlaufe seiner Tätigkeit bildet der Mensch nach CANTRIL Annahmen heraus, die als Ganzes das Konzept "of what is significant" ergeben. Zu diesen Annahmen zählen als erste die "assumptions concerning the significance of objects". Hier wird der Zusammenhang zwischen subjektiver Tätigkeit innerhalb der "objects of the world around" (S. 11) und dem Lernen der Bedeutung dieser Objekte betont. Ein weiterer Annahmenkomplex besteht in den "assumptions concerning the significance of the people" (S. 11). Die Absichten, gesellschaftlichen Rollen etc. der anderen Menschen erscheinen hier ebenfalls als bedeutend für die eigenen Ziele des Individuums. Weitere Annahmen sind die hinsichtlich der "significance of sequential happenings", "significance of actions", "temporal and special significance" sowie der "significance of value standards" (S. 12 f). Das menschliche Nervensystem ist nun laut CANTRIL in der Lage, diese gelernten Bedeutungen, d. h. diese 'Annahmen' zu speichern, und somit sein eigenes Verhalten 'selbst-verstärkend' zu steuern und zu regulieren.

Hinsichtlich der Sichtweise der Rolle der Tätigkeit bei der Herausbildung der Annahme eines Individuums über die Bedeutung von Objekten und hinsichtlich der Zurückführung dieser Bedeutung auf die "world around" stellt dieser Ansatz CANTRILs zweifellos einen bedeutenden Fortschritt gegenüber den meisten vergleichbaren Ansätzen dar.

Wie wir aber oben bereits gesehen haben, geht CANTRIL dabei nicht von einer möglichen adäquaten Erkenntnis der Realität aus, sondern betrachtet die Kognitionen als mehr oder weniger zufällige Ausschnitte, als subjektive Welt, die mit der objektiven Welt nur

Aspekte gemein hat, die im Hinblick auf die objektive Realität u. U. unwesentlich sein können. Auch hier wird also der Frage, gibt es eine adäquate Widerspiegelung der objektiven Betroffenheit? ausgewichen.

Anders stellt sich innerhalb der marxistischen Ansätze zur politischen Einstellung und politischen Bildung die Frage nach der politischen Adäquatheit der Wissensgrundlage politischer Einstellungen dar:

So stellt z. B. JOHNE fest, daß Einstellungen immer Kenntnisse gleich welchen Niveaus über ihren Gegenstand voraussetzen.

"Je näher organisiert und komplizierter der Umweltbereich ist, auf den sich die Einstellungen richten, umso notwendiger sind für ihre Ausbildung entsprechende Kenntnisse. Da politische Einstellungen einen außerordentlich widersprüchlichen und komplexen Objektbezug haben, sind politische Kenntnisse (politische Informiertheit) der Persönlichkeit für die Ausprägung ihrer politischen Einstellungen unerlässlich" (JOHNE, 1968, S. 59).

Dabei erscheinen der Gegenstand selbst und ebenso die objektive Beschaffenheit des Subjektes durch diesen Gegenstand als gleichgewichtige Aspekte einer adäquaten Wissensgrundlage für politische Einstellungen. So sprechen z. B. die Autoren STIEHL und SACHSE als Kernfrage der politischen Bewußtseinsentwicklung von der Notwendigkeit "1. Im Ergebnis der Überwindung überlebter und illusionärer Ansichten über die Gesellschaft bei allen Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft richtige, der Wirklichkeit entsprechende Auffassungen über die gesellschaftlichen Erscheinungen, Beziehungen und Prozesse zu entwickeln. 2. Ihnen Klarheit über ihre Stellung und Rolle im gesellschaftlichen Leben und über ihre wirklichen Interessen zu vermitteln" (STIEHL und SACHSE, 1969, S. 50).

Vergleiche z. B. auch BISKY, 1971; STOLZ, HERRMANN und MÜLLER, 1971, SCHEDLICH, 1968 sowie die Diskussion in der Zeitschrift "Pädagogik", 1965 und folgende Jahrgänge).

Insgesamt muß festgehalten werden: es gibt wenige Hinweise in der amerikanischen Attitüden-Forschung, daß die 'objektive Betroffenheit' Gegenstand der kognitiven Orientierungsgrundlage ist.

Im weiteren wollen wir uns deshalb mit der subjektiven Betroffenheit ('subjektives Interesse' und emotionale Einstellungs-komponente) und ihrer Sicht in den Ansätzen der Attitüden-Forschung beschäftigen.

3. Das politische Interesse als Gegenstand empirischer Ansätze der Attitüden-Forschung

Zum ersten handelt es sich hier um die Ansätze, die versuchen, das politische Interesse der Bevölkerung quantitativ und qualitativ zu erfassen.

Zur Untersuchung des politischen Interesses wurden keine Skalen in Form etwa der Einstellungs- oder Wissensoperationalisierung entwickelt, die über gewichtete Items das Konstrukt 'politisches Interesse' erfassen würden. Die häufigste Variante der Untersuchungen zum politischen Interesse ist die der mehr oder weniger direkten Befragung in Fragebögen oder Interviews. Ein Beispiel diesen Untersuchungstyps soll hier vorgestellt werden:

So wurde in der Untersuchung "Fernsehen und Demokratie" (BURICHTER, 1970) z. B. gefragt: "Interessieren Sie sich für politische Probleme?" Eine andere Frage bat um die Einordnung des eigenen Vermögensverhältnisses zur Politik in vorgegebene Kategorien und eine weitere Frage erkundigte sich nach der Betroffenheit der Befragten durch eine möglicherweise eintretende Diktatur.

Die auf Grund dieser Fragen erzielten Ergebnisse bei BURICHTER erscheinen auf den ersten Blick aufschlußreich: So zeigt sich z. B. deutlich bei den Männern eine bedeutend stärkere Tendenz, sich für politische Probleme interessiert zu halten. Bei der Frage nach der Betroffen-

heit durch eine mögliche Diktatur zeigte sich die Tendenz, daß ältere Menschen (über 40) sowie Frauen und Leute mit Volksschulbildung weit weniger Betroffenheit für sich erwarten als jüngere Menschen, als Männer und als Akademiker. Das am weitesten verbreitetste Verhältnis zur Politik drückt sich nach den Ergebnissen der 2. der oben erwähnten Fragen in dem Statement aus: "Ich informiere mich, mehr kann ich nicht tun". Dem Statement "kein Interesse" stimmen ebenso viele zu wie dem Statement "das ganze Leben wird durch die Politik bestimmt - da muß man mitmachen" (13,5 %).

Nun spiegeln aber solche direkt erfragten Ergebnisse keineswegs das tatsächliche Interesse der Befragten wider. Vielmehr kommt hier zum Ausdruck, was die Befragten von sich meinen, was sie - unter Berücksichtigung des Wertes "politisch interessiert zu sein" über sich zu sagen bereit sind. Vorhandenes subjektives Interesse an politischen Sachverhalten, wie es sich im Verhalten, besonders im Informationsverhalten ausdrückt (vergleiche nächstes Kapitel) und vor allem, wie es subjektiv als Betroffenheit erlebt wird, läßt sich so also kaum erfassen.

Wir müssen auf die Untersuchungen orientieren, die tatsächlich in der Lage sind, direkten - nicht über die Selbstbeurteilung vermittelten - Aufschluß über die subjektive Betroffenheit durch politische Sachverhalte der Bevölkerung zu geben. Hinweise in dieser Richtung geben z. B. die Ergebnisse, die HEFNER und ROBINSON (1964) in den USA mit der Skala "Problems and Goals of the US Government" erzielten, die messen sollte: "whether a respondent gives higher priority to national or international governmental goals and problems" (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 316). In "terms of importance" konnte bezüglich der vorgegebenen Probleme eine Rangreihe aufgestellt werden, je nach der Wichtigkeit, die diesen politischen Zielen von der Bevölkerung zugeordnet wurden. Es zeigte sich, daß Krieg, Arbeitslosigkeit und die Rassenprobleme die politischen 'Themen' sind, die die Befragten am ehesten betreffen bzw. die als wichtigste genannt werden.

Es handelt sich dabei um Sachverhalte, deren Auswirkungen auf den persönlichen, privaten und alltäglichen Lebensbereich offensichtlich bekannt sind. Nun sind bei diesem Ansatz von HEFNER und ROBINSON die Probleme und Ziele vorgegeben gewesen. Von daher kann die Aussage nur auf eben diese vorgegebenen Alternativen bezogen werden.

Umfassender ~~und~~ methodisch fruchtbarer geht CANTRIL (1965, "The Pattern of human concern") die Frage an, welches die Probleme, Ziele und Angelegenheiten seien, die die Menschen (unterschiedlicher Gesellschaften und überhaupt) in bezug auf ihre eigene Person einerseits und in bezug auf ihre Nation andererseits am meisten betreffen. Dabei gibt er keine Beispiele und Alternativen vor, sondern fragt nach dem, was die Befragten jeweils am meisten erhoffen und befürchten.

Wir wollen an dieser Stelle auf eine Betrachtung und Kritik der Gesamtuntersuchung sowie zunächst auch der Interpretation verzichten. Für uns ist hier wichtig, daß Daten erzielt wurden, die die subjektive Bedeutung verschiedener Lebensbereiche, Probleme und Sachverhalte für z. B. die amerikanische Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

CANTRIL faßt die genannten Sachverhalte bzw. 'Gegenstände' zu Bereichen zusammen und kommt zu folgender 'Bedeutungsangabe' (Über alle Gesellschaften hinweg):

1. "Economic conditions".
2. "Family references".
3. "Values and character".
4. "Health of self and family".
5. "Job and work situation".
6. "Social references".
7. + 8. "Political and International References".

Diese Zusammenfassung CANTRILs legt die Frage nahe, was sich im einzelnen z. B. hinter den "Economic conditions" und den im subjektiven Erleben der Bevölkerung für die eigene Person so ungleich unwichtigeren "Political and International References"

verbirgt.

Eine Ableitung oder wenigstens Darstellung der Zusammenfassung der Nennungen in die oben dargestellten Bereiche gibt CANTRIL nicht an. Unter "economic conditions" werden von ihm z. B. folgende Nennungen der Befragten gefaßt:

"Hoping for improved or decent standart of living";

"Hoping for welfare and opportunities for children";

"Hoping for good job, congenial work" (CANTRIL, 1965, S. 276).

Dem Bereich "political and international references" gehören folgende Nennungen nach CANTRIL an:

"Fearful of war";

"Hoping for peace in international situation";

"Fearful of aggression or domination by Communist power" (CANTRIL, 1965, S. 276 f).

Tatsächlich wird unter den Themen, die für das eigene Leben als erhoffenswert oder zu befürchten angesehen werden, nicht eines der "political issues" genannt, die als solche innerhalb der Attitüden-Forschung immer wieder auftauchen (anders sieht es bei den "Wünschen und Befürchtungen für die eigene Nation" aus. Hier folgen nach den ökonomischen Bedingungen des Landes "politische Probleme im üblichen Sinne.)

Man kann also zunächst festhalten: Ein Bewußtsein um die Betroffenheit des eigenen persönlichen Lebens durch politische Objekte bzw. durch Politik überhaupt scheint es in den von CANTRIL untersuchten Gesellschaften gar nicht zu geben.

Tatsächlich - so konnten wir an anderer Stelle bereits mehrfach aufweisen - ist das Interesse an Politik, z. B. auch in der amerikanischen und westdeutschen Gesellschaft gesamtgesellschaftlich minimal (vergleiche vor allen Dingen z. B. auch SEARS, 1969).

Es wundert deshalb nicht, daß Politik nicht bzw. kaum genannt wird, wenn es um persönliche Hoffnungen und Befürchtungen geht. Betrachtet man jedoch die oben wiedergegebene Rangfolge der Nennungen, so muß das Ergebnis korrigiert werden: Politik als solche wird kaum genannt. Jedoch stellen fast sämtliche der zentral interessierenden Probleme Aspekte des politisch-gesell-

schaftlichen Lebensbereiches dar. Politik interessiert also doch. Aber es ist den Befragten nicht klar, daß diese Aspekte ihres Lebens politische Probleme sind bzw. sein können. Das methodische Vorgehen und ebenso die Interpretation der Ergebnisse bei CANTRIL zeigen nun, daß der Forscher diesen vom Subjekt losgelösten Politikbegriff übernimmt. CANTRIL steht damit nicht alleine. So kommentiert SEARS die Ergebnisse, die CANTRIL in seiner Untersuchung erreichte, wie folgt: Maximal 5 % erwähnten politische Themen. Maximal 24 % erwähnten die internationale Lage. Aber 65 % hofften auf "better economic status" und 48 % äußerten die Hoffnung auf "better health". "Thus personal lives are far more salient in the average person's thinking than political matters; this implies not only, that political matters are generally of low salience, but also that they can become of great salience, when they have direct personal relevance" (SEARS, 1969, S. 324).

Diese Einschätzung von SEARS macht - ebenso wie die oben erläuterte Behandlung der Ergebnisse durch CANTRIL selbst - deutlich, welches Konzept politischer Sachverhalte in der Attitüden-forschung zugrunde liegt: Politik ist hier etwas, was außerhalb des persönlichen Lebens der Menschen liegt, was sie wenig angeht, was sie kaum betrifft. Hoffnungen, Befürchtungen im privaten Bereich erscheinen als absolut private Angelegenheiten ohne politische Implikationen. "Political matters" und "personal lives" sind zwei scheinbar voneinander unabhängige Ebenen. Die 'wirklichen Interessen' (bei CANTRIL als Hoffnungen und Befürchtungen operationalisiert und somit als subjektive bewußte Interessen erfaßt) werden als "better economic status" und "better health" genannt, aber vermutlich mit Glück, Chancen, Beziehungen, Schicksal etc. eher in Zusammenhang gebracht als mit ökonomischem System, Arbeitslosenrate, freier Marktwirtschaft, Gesundheitswesen, Umweltverschmutzung etc.

SEARS' oben zitierter Kommentar bringt neben einer solchen hier erläuterten Auffassung von Politik aber gleichzeitig auch das

Wissen darum zum Ausdruck, daß bei politischen Angelegenheiten mit offensichtlicher persönlicher Relevanz für den einzelnen, die Bedeutung, also die wahrgenommene Wichtigkeit und damit auch die Engagiertheit, Interessiertheit sehr groß sein kann. In dieser Aussage steckt eine Einsicht, die - wenn sie konsequent durchdacht würde - zur Erkenntnis der Tatsache führen müßte, daß das mangelnde Interesse der Amerikaner an Politik nicht etwa die Folge einer tatsächlichen Irrelevanz der politischen Angelegenheiten für das Leben der Betroffenen ist, als vielmehr eine Folge der mangelnden Wahrnehmung der realen Relevanz.

Wenn also die einschlägige Attitüden-Forschung zu dem Ergebnis kommt, der Durchschnittsbürger interessiert sich für sein privates Glück und Wohlergehen und wenig für Politik, so ist dies Ergebnis auf zwei miteinander in gewisser Beziehung stehende Ursachen zurückzuführen. Zum einen wird das persönliche Interesse in Form von Hoffnungen und Befürchtungen konstatiert und als solche unhinterfragt hingenommen. Es wird hier weder gefragt, wie es zu den Nennungen kommt, noch was sie bedeuten. Wenn so der Befragte z. B. äußert: das Wichtigste für ihn sei sein privates Glück und für Politik interessiere er sich nicht; und wenn dieser Befragte das von ihm erstrebte Glück als 'gutes Einkommen, angenehme und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie gute Gesundheit' umreißt, so scheint ihm offensichtlich die Attitüden-Forschung sein angeblich politisches Desinteresse ohne weiteres zu glauben.

Dies ist zum einen auf den subjektivistischen Ansatz der Attitüden-Forschung zurückzuführen, dem es nicht um ein Hinterfragen, sondern ausschließlich um ein Konstatieren der subjektiven Widerspiegelungen geht.

Andererseits dürfte die Tatsache, daß hier als politisches Desinteresse interpretiert wird, was ganz offensichtlich auf eine inadäquate, unzureichende Widerspiegelung der Beziehung zwischen politischem Sachverhalt und eigenen Interessen zurückzuführen ist, an dem Politikbegriff der Forscher selbst zu liegen: Erst wenn ein

Mensch antworten würde, daß sein Lebensglück von einer bestimmten Gesetzesvorlage, von der Wahl eines bestimmten Kandidaten etc. abhinge, glaubte man wohl, daß dieser Mann von politischen Angelegenheiten persönlich betroffen sei. Mit solch einem vom menschlichen Subjekt abstrahierten psychologisch Politikbegriff, wie er sich schon in der erfahrungsfernen Wahl der Objekte politischer Einstellungen und Items zeigte und wie er sich ausdrückt in den Fragen, die das politische Informations Niveau ausloten sollen, kann man eben eine reale Betroffenheit durch politische Sachverhalte unter den gegebenen Umständen nicht erfassen.

Dies Dilemma wäre nur zu beheben, wenn diese Trennung der privaten existenziellen Lebensbedürfnisse der Bürger von den Aufgaben und Wirkungen des politischen Lebens in den Untersuchungen aufgehoben würde. Es gälte so z. B. nicht zu fragen, 'interessieren Sie sich für die Gesetzesvorlage X? sondern: 'Interessieren Sie sich für dieses ihr private Bedürfnis, das von den möglichen Auswirkungen dieser Gesetzesvorlage X in der und der Weise erheblich betroffen werden würde?'.

ganz

Für die weitere Auseinandersetzung können folgende Ergebnisse festgehalten werden. Die Aussage der Attitüden-Forschung, das Gros der Bevölkerung sei politisch desinteressiert, kann nur insofern als tatsächlich gegeben angesehen werden, als es um Interesse an politischen Erscheinungsformen, die als solche politische Sachverhalte erkannt werden. Es besteht jedoch bei den Menschen ein starkes existenzielles Interesse an gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen, die sie als unmittelbar in ihr Leben eingreifend erkennen, die sie aber nicht als 'politische Sachverhalte' ansehen. Es fehlt also nicht etwa an der objektiven Bedeutung politischer Sachverhalte und es fehlt ebenso wenig an subjektiver Betroffenheit. Was aber fehlt, ist das Wissen darum, daß eben diese Lebensaspekte politisch sind und daß andererseits die 'hohe Politik' über eben diese Aspekte auf das eigene Leben wirkt.

Hier zeichnet sich ein Aspekt des niedrigen politischen Niveaus am deutlichsten und folgenschwersten ab: das Nicht-Wissen um die Bedeutung der Politik für das eigene Leben führt nämlich nicht etwa bloß zu falsch orientierten, inadäquaten Einstellungen, sondern überhaupt zu Desinteresse und Apathie. Wo die Einsicht in eine tatsächliche Betroffenheit fehlt, spielen die politischen Inhalte und die vermittelten Einstellungen für das Subjekt keine Rolle. Dies äußert sich einerseits in dem Rückzug aufs 'Privatleben': Es ist dann nicht weiter verwunderlich, daß politisches Desinteresse, politisches Unwissen, politische Passivität bei großen Bevölkerungsteilen vorherrscht. Wenn sie nicht sehen, daß Politik ihr eigenes Leben bestimmt, wenn sie nicht sehen, daß sie Einfluß ausüben können auf das politische Leben, wenn sie sehen, daß alles eben doch so läuft, "wie die da oben wollen", besteht kein Anlaß und kein Bedürfnis, sich irgendwie zu engagieren.

Der zweite, speziell hier im Zusammenhang mit der politischen Einstellung wichtige Aspekt der psychologischen Folgeerscheinungen politischen Unwissens hinsichtlich der eigenen Betroffenheit ist folgender: Wo die Bedeutung des Inhaltes nicht wahrgenommen wird, wo eine Orientierungsgrundlage hinsichtlich des Gegenstandes nicht als notwendig erfahren wird, gibt sich das Subjekt mit seinen Einstellungen 'keine Mühe'. Es ist nicht daran interessiert, adäquate, am Objekt orientierte Einstellungen zu entwickeln. Es läßt sich mehr oder weniger beliebig und objekt-unabhängig beeinflussen. All die in der Attitüden-Forschung aufgestellten Hypothesen und Fragestellungen selbst sind Ausdruck eben diesen subjektiven Desinteresses an eigenen Einstellungen. Es wird in der Attitüden-Forschung nach Zusammenhängen und Gesetzmäßigkeiten geforscht - und z. T. werden diese auch bestätigt - die unter diesen Bedingungen einer 'Disfunktionalität' politischer Einstellungen für das Subjekt wirksam sind. Diese 'Disfunktionalität' einer Orientierungsgrundlage für das eigene politische Handeln hat dabei zwei wesentliche Ursachen: die eine besteht in der Illusion des Subjektes, diese seine Einstellungen und vor allem

die sie betreffenden Sachverhalte seien für sein eigenes Leben unwichtig. Die zweite Ursache ist bereits mehrfach angedeutet worden und wird uns im nächsten Kapitel noch beschäftigen. Es besteht für das Subjekt keine Möglichkeiten, so politisch zu handeln, daß für dieses Handeln eine adäquate Orientierungsgrundlage notwendig und ausschlaggebend wäre. Dies ist also eine unmittelbar gesellschaftliche Bedingung.

4. Die Bedeutung des emotionalen Einstellungsaspektes in den Ansätzen zur Veränderung politischer Einstellungen und zur Einstellungsfunktion

Wir haben oben dargestellt, wie in der einschlägigen Forschung die Frage nach dem politischen Interesse allgemein behandelt und beantwortet wird. Wir definieren das politische Interesse als subjektive Betroffenheit durch einen politischen Sachverhalt bzw. politische Sachverhalte im allgemeinen. Innerhalb einer Einstellung äußert sich die subjektive Betroffenheit als emotionale bzw. motivationale Reaktion des "Mögens" bzw. "Nicht-Mögens", des "Zugetan-Seins" oder "Nicht-Zugetan-Seins". Die Existenz einer solchen emotionalen Einstellungskomponente wird allgemein als Tatsache angesehen (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 155). Ähnlich wie das politische Interesse im allgemeinen, stellt nun diese emotionale Einstellungskomponente den Ausdruck des subjektiven Interesses am Sachverhalt dar. Je nachdem die persönliche Betroffenheit überhaupt und als positiv oder negativ erlebt wird, fällt diese emotionale Reaktion positiv oder negativ für das Einstellungsobjekt aus. Die emotionale Reaktion, die mit dem Erleben der eigenen Betroffenheit notwendig einhergeht und bereits eine bestimmte zielgerichtete Motivation im Hinblick auf das Objekt enthält, ist eine wertende, stellungnehmende Handlung, die ihrerseits auf einer Informationsgrundlage stattfindet. Die Wissensgrundlage über die objektive Beziehung zwischen dem politischen Sachverhalt und der eigenen Person stellt

somit die inhaltlich ausschlaggebende Orientierungsgrundlage dieser emotionalen und motivationalen Äußerung dar. Die kognitive Widerspiegelung dieser Beziehung kann - wie wir ausführlich erläuterten - falsch bzw. inadäquat, aber auch mehr oder weniger adäquat sein. Die Emotion hat eine objektive Grundlage und ist somit nicht als von den Einstellungskognitionen losgelöst oder unabhängig anzusehen.

Wir möchten nun die Ansätze der Attitüden-Forschung auf die Fragen hin untersuchen, 1. wie die Rolle der Emotionalität politischer Einstellungen hinsichtlich der Einstellungsänderung gesehen wird und 2. welche Funktionen politischen Einstellungen im emotionalen Bereich zugeordnet werden. In beiden Fällen stellt sich als Kernfrage, ob hier die Emotionalität der Einstellung, d. h. die subjektive Betroffenheit oder auch die durch die politische Einstellung befriedigten Bedürfnisse in einem Zusammenhang gesehen werden mit der objektiven Bedeutungsrelation S-O. Ist Emotion in diesen Ansätzen eine spezifische Reaktion auf bestimmte kognitive Vorstellungen und Widerspiegelungen politischer Sachverhalte? Oder ist Emotion etwas inhaltsunabhängiges und von der kognitiven Seite der Einstellung gänzlich Verschiedenes und Losgelöstes?

Hinsichtlich der Einstellungsänderungs-Ansätze kann gleich vorweg gesagt werden, daß die explizite Fragestellung etwa nach der Bedeutung der subjektiven Betroffenheit durch das Einstellungsobjekt innerhalb dieser Ansätze nicht auftaucht. Es lassen sich jedoch drei Ansatztypen unterscheiden, in denen die Bedeutung der Emotion oder der subjektiven Betroffenheit mehr oder weniger explizit untersucht werden soll.

Einen relativ großen Raum nehmen in der Attitüden-Forschung die "Quellen-Variablen" ein. Interessant im Hinblick auf unsere Fragestellung sind dabei die Merkmale einer "Quelle", die nach den Vorstellungen der Autoren die "Attraktivität" der Quelle erhöhen. Im Unterschied zur Variable "Glaubwürdigkeit" wird hier

die einstellungsändernde Wirkung nicht auf das Bedürfnis des Rezipienten nach möglichst 'richtigen, begründeten Einstellungen' zurückführt, sondern auf das Bedürfnis, sich mit einer Quelle bzw. ihren Einstellungen zu identifizieren, die das eigene Selbstgefühl stärken kann (vergleiche z. B. McGUIRE, 1969, S. 187 f). Dabei werden drei Untervariablen genannt, die eben diese "Attraktivität" bedingen können: "Similiarity between source and receiver" (vergleiche S. 187 ff); "Familiarity" (vergleiche S. 191) und "Liking" (vergleiche S. 192 ff). Die einstellungsändernde Bedeutung aller drei Variablen, die außerdem untereinander z. T. stark korrelieren (vergleiche S. 191), konnte empirisch wiederholt bestätigt werden.

Nun stellt sich die Frage, wie diese Ergebnisse zu interpretieren und einzuschätzen sind. Die gesamte Fragestellung und ebenso die oben erwähnte Interpretation läuft auf die Bedeutung emotionaler Variablen hinaus. Anlaß und Ursache dieser emotionalen Reaktion ist dabei die Quelle der Kommunikation bzw. die Beziehung der Quelle zu der Person des Rezipienten. Der Inhalt der Mitteilung oder der betreffende politische Sachverhalt selbst erscheint dabei als beliebig. Wie bereits bei dem Ansatz zur "Glaubwürdigkeit" konzentriert sich die Fragestellung und Interpretation auf das Verhältnis 'Rezipient-Quelle', wobei die Quelle nicht als Informationsträger bezüglich des Einstellungsobjektes gesehen wird, sondern quasi als 'Objekt-Ersatz'.

Ist nun aus der Tatsache, daß diese Zusammenhänge empirisch bestätigt werden konnten, zu schließen, daß sich hier ein Bedürfnis nach Befriedigung des Selbstwertgefühles äußert? Wir möchten die Ergebnisse in zweierlei Richtung interpretieren: Zum einen haben wir in anderem Zusammenhang bereits festgestellt, daß verschiedene von den einschlägigen Untersuchungen anders interpretierte Variablen weniger die Identifikationsbereitschaft erhöhen dürften, als die Glaubwürdigkeit der Quelle und die Informationshaltigkeit ihrer Mitteilung hinsichtlich des S-O-Aspektes des angesprochenen politischen Sachverhaltes. So beein-

haltet die wahrgenommene Ähnlichkeit mit einer Quelle u. U. die Annahme, daß diese Quelle von der gleichen Sicht des Problems (also von gleichen Interessen) ausgeht. Ein anderer in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreicher Tatbestand ist das Ergebnis der Attitüden-Forschung, das die Hypothese "werden die Beeinflussungsabsichten des Kommunikators von dem Rezipienten wahrgenommen, so mindert dies ihren Einfluß" keineswegs bestätigt werden konnte. Allgemein hatte die Warnung vor den Überzeugungsabsichten einer Quelle kaum eine Wirkung entsprechend den Erwartungen oder aber sie erhöhte sogar deren Einfluß (vergleiche etwa SEARS, 1969). Es zeigte sich insgesamt, daß die an der Quelle wahrgenommene "competence" (expertness, status, intelligence etc.) (S. 187) mehr zur Glaubwürdigkeit dieser Quelle und damit mehr zur Effektivität der Beeinflussung beiträgt als das, was die Forscher als "trustworthiness" bezeichnen. Betrachtet man die Definition dieser Variable als "perceived disinterestedness, objectivity and lack of persuasive intent" (McGUIRE, 1968, S. 187), wird u. E. deutlich, welches Konzept hinter diesen Untersuchungen zum Problem "forwarning" und "recognizing the persuasive intent" steht. Wenn hier Objektivität mit Desinteresse gleichgesetzt wird, wenn also zwischen Objektivität und Interesse und damit dem Engagement ein Widerspruch gesehen wird, so gehen McGUIRE und die von ihm zitierten Forscher von der Annahme aus, daß eine engagierte, interessegeleitete Stellungnahme zu einer Sache (d. H. kurz gesagt eine 'Einstellung') nicht den objektiven Verhältnissen gerecht werden kann. So wird postuliert, gezeigtes Interesse führt beim Rezipienten zwangsläufig zum Mißtrauen. Die Ergebnisse widerlegen diese Annahme. Gezeigtes Interesse eines Kommunikators hinsichtlich eines Sachverhaltes und gezeigtes Interesse daran, daß die Zuhörer diese seine Einstellung teilen, bringt nur dann Mißtrauen im erwarteten Sinn hervor, wenn das Interesse des Kommunikators offensichtlich mit dem Interesse des oder der Zuhörer nicht übereinstimmt. So läßt sich u. E. die eine Einstellungsänderung z. T. eher fördernde Wirkung des Wissens um die Beeinflussungsabsichten nicht

damit erklären, daß "such awareness clarifies for the subject what he must do to ingratiate the source, and hence causes increased opinion change where the source is powerful ... or attractive" (McGUIRE, 1968, S. 185), sondern daß hier dem Subjekt neben den Argumenten selbst das Interesse, die Betroffenheit in gewisser Weise mitvermittelt wurde und es dieses Interesse für sich akzeptiert hat.

Selbstverständlich lassen sich nicht etwa alle im Zusammenhang mit der Variablen "Attraktivität der Quelle" erzielten Ergebnisse in dieser Weise erklären. Eine ebenso große Rolle für die erzielten Einstellungsänderungen dürfte neben der größeren Wahrnehmung der Betroffenheit auch der tatsächliche Anstieg an aktueller gefühlsmäßiger Betroffenheit spielen, der aber nicht durch das politische Objekt, sondern durch die Kommunikations-Quelle ausgelöst wird. Daß Untersuchungen dieser Art den Weg in Richtung einer zunehmenden Personalisierung politischer Kommunikation ebnen können, dürfte unmittelbar einsichtig sein. Wir wollen uns deshalb den Untersuchungen zuwenden, die die Variable 'Emotionalität' unmittelbar im Zusammenhang mit der "Message-Variable" operationalisieren.

Erwartet man hier jedoch, daß z. B. die durch eine Mitteilung hervorgerufene Emotion in Beziehung gesetzt wird zur subjektiven Betroffenheit des Subjektes durch den jeweiligen Sachverhalt, so müssen auch diese Ansätze enttäuschen. In den hier zu erwähnenden Ansätzen geht es um die Rolle der (oder einer bestimmten) Emotion hinsichtlich der Einstellungsänderung - unabhängig von bestimmten Inhalten. So stellt sich - ähnlich wie bei den bereits an anderer Stelle berichteten Untersuchungen zur "Message-Variable" das Problem des möglichst großen Effektes. Es werden beispielsweise folgende Fragen formuliert: Wirkt ein emotionaler Stil effektiver als ein sachlicher? (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 200 ff). Welches ist die optimale Intensität eines "fear-appeal"? (S. 203) Die Unklarheit und Widersprüchlichkeit der hier erzielten Ergebnisse disqualifiziert eine allgemeine inhaltsunabhängige Frage.

stellung nach der Bedeutung induzierter Emotionalität. Offensichtlich steht die jeweilige 'Wirkung' dieser Variablen in engem inhaltlichen Zusammenhang mit den jeweils gegebenen Objekten und der realen Bedeutung dieser Objekte für die Rezipienten.

Hier zeigt sich im Ansatz eine Parallele zu dem 5. Einstellungsfaktor JAIDEs (1970), der "Befürchtungen" als inhaltsunabhängigen Faktor politischen Bewußtseins annimmt.

Tatsächlich müßte u. E. hinsichtlich einer Wirkung der Einstellungsänderung von zwei grundsätzlich unterschiedlichen Arten der Emotionalität gesprochen werden. Zum einen gibt es inhaltsunabhängige Befürchtungen (z. B.) im Sinne von allgemeinem Persönlichkeitsmerkmal. Die Wirkungsweise dieser Persönlichkeitsmerkmale innerhalb einer Einstellungsänderung induzierenden Kommunikation (vergleiche auch McGUIRE, 1968, S. 263 f und 247 ff) ist an **anderer** Stelle erwähnt worden. Zum zweiten können sich Befürchtungen auf konkrete Sachverhalte beziehen und damit sind sie entweder inadäquate oder mehr oder weniger adäquate Widerspiegelungen der objektiv bedrohenden oder nicht bedrohenden Bedeutung des Objektes für das Subjekt.

Bezieht man also das objektive Einstellungsverhältnis in die Frage nach der Bedeutung der Emotionalität mit ein, so kann man die These oder Annahme einer prinzipiell Inhaltsunabhängigkeit einer emotionalitätserregenden Mitteilung kaum aufrechterhalten. Geht es dem Forscher um die Entwicklung adäquater Einstellungen, muß er zwischen begründeter und unbegründeter Emotionalität unterscheiden. Geht es ihm um die Erforschung der Manipulationsmöglichkeiten des menschlichen Bewußtseins, so findet er innerhalb der erwähnten Ansätze der Personalisierung und inhaltsunabhängigen Emotionalisierung sicherlich hinreichend Anregung.

Dennoch gibt es auch innerhalb der Attitüden-Forschung Ansätze, die eine Einstellungsänderung durch die Schaffung einer realen, objektbezogenen subjektiven Betroffenheit des Rezipienten zu erreichen suchen. Es geht dabei um Versuche der Verdeutlichung oder Herstellung einer solchen inhaltlichen Beziehung. Zu den Ansätzen dieser Art gehören die bereits dargestellten Versuche

zum "commitment" (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 261 f), zur Bedeutung der aktiven versus bloßer passiver Rezeption (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 235 ff) sowie die Untersuchungen zum "Compliance"-Problem (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 237 ff).

In fast allen diesen Ansätze wird versucht, durch bestimmte experimentelle Bedingungen eine Beziehung zwischen dem Subjekt und einer bestimmten Einstellungsrichtung herzustellen: entweder durch "minimal reward", durch "forced compliance", durch aktive Beschäftigung mit den Argumenten, durch Rollenspiel, durch öffentliche Festlegung etc. In all diesen Ansätzen wird die Einstellungsänderung zwar auf eine reale subjektive Beziehung zwischen S und O zurückgeführt. Die Art und die Richtung dieser Beziehung bleiben jedoch manipulierbar und insofern beliebig.

Einstellungsänderung durch eine Verdeutlichung der tatsächlichen Beziehung S-O, also durch eine Bewußtmachung der objektiven Betroffenheit, findet sich höchstens in Ansätzen in den Versuchen zur aktiven Partizipation und zum 'commitment' (siehe oben). Insgesamt herrscht aber auch bei dieser Versuchsreihe die Hypothese vor, die Wirksamkeit einer emotional erfahrbaren Beziehung zum Sachverhalt bzw. zu einer bestimmten Einstellung sei unabhängig von der objektiven Betroffenheit des Subjektes. Emotionalität wird also auch hier als etwas angesehen, das losgelöst existiert von den kognitiven Elementen der Einstellung.

Wie stellt sich nun das Problem der Objektbeziehung der Emotionalität in den funktionalen Ansätzen der Attitüden-Forschung dar?

Wir hatten bereits weiter oben drei Funktionstypen unterschieden: Die kognitive Funktion, die "unmittelbar emotional wirkende Funktion" sowie die "means-end-function" (vergleiche McGUIRE, 1968). Auf die Problematik der erstgenannten Funktion brauchen wir an dieser Stelle nicht weiter einzugehen (vergleiche Kapitel B d). Hinsichtlich der "ego-defensive" und der "expression"-Funktion (2. der oben genannten Gruppen) ist zunächst festzustellen, daß

in beiden Fällen der Einstellung eine befriedigende Funktion für das Subjekt in einer gegebenen aktuellen Situation zukommt. Diese aktuellen Bedürfnisse haben mit dem gegenwärtigen Selbstwertgefühl zu tun. Wenig oder nichts verbindet sie dagegen mit dem Inhalt der Einstellung selbst. Im Falle der "expressive" bzw. "self-realizing functions" ermöglicht die Einstellungsäußerung als solche in Anlehnung etwa an die FREUD-sche Theorie "an opportunity for a cathartic acting-out of inner tensions" (vergleiche McGUIRE, 1968, S. 159) oder "a person creates an identity for himself by taking a stand on issues" (McGUIRE, 1968, S. 159). Hier dienen Einstellungen (und also auch politische Einstellungen) zur Befriedigung unmittelbar gegebener Bedürfnisse, sie haben einen hohen emotionalen Wert für das Subjekt. Dieser emotionale Wert der Einstellung für das Subjekt hat sozusagen aber nichts mit dem tatsächlichen Inhalt und der Einstellungsrichtung zu tun.

Ähnlich sieht der emotionale Einstellungswert hinsichtlich der "ego defensive function" aus: So formuliert McGUIRE: "Attitudes that thus derive from the person's inner needs and have only the most accidental relation to the object of the attitude ..." (S. 160). In diesen Funktionsansätzen, die zweifellos ihre reale Entsprechung in den Einstellungsbedingungen vieler Vorurteile, aber auch z. B. politischer Überzeugungen haben, verlaufen kognitive Inhalte und emotionale Betroffenheit völlig losgelöst nebeneinander her.

Wie sieht aber dieses Verhältnis in der "means-end-function" der Einstellung für das Subjekt aus? McGUIRE definiert: "The common sense means-end analysis of attitudes discussed above rests on the utilitarian notion that attitudes dispose us toward objects and paths that are instrumental in achieving our valued goals" (McGUIRE, 1968, S. 158). Der Wert einer Einstellung für das Subjekt besteht nach dieser Auffassung darin, daß die Einstellung zur Befriedigung wichtiger, für das Subjekt emotional und motivational hochgeschätzter Werte und Bedürfnisse verhilft. In welchem Verhältnis stehen nun diese Bedürfnisse und das jeweilige

Einstellungsobjekt? Handelt es sich um Bedürfnisse, die durch eine entsprechende adäquate Einstellung und Handlung bezüglich des Objektes befriedigt werden? Um diese Frage beantworten zu können, möchten wir kurz auf einen Ansatz der amerikanischen Attitüden-Forschung eingehen, der politische Einstellungen und 'Ideen' in eben diesem "need fulfilling character"- Funktionsverhältnis begründet sieht. LANE (1962) versucht an Hand von 24 Interviews mit jungen Männern der amerikanischen Mittelschicht eine Erklärung der Herausbildung bestimmter politischer Einstellungsrichtungen aufgrund der durch sie befriedigten Bedürfnisse. Allgemein geht LANE davon aus, daß Einstellungen (auch politische Einstellungen) dann gelernt werden, wenn sie nützlich sind, wenn sie für bestimmte, beim Subjekt vorhandene Werte, Ziele oder Bedürfnisse brauchbar erscheinen (LANE, 1962, S. 2). Welche politischen Einstellungen ein Mensch innehat ist somit eine Funktion seiner Bedürfnisse. "If one knows what ideas will be useful to a man in his time and situation, with his goals and needs, one knows how he will select from among the available alternatives ..." (S. 2). Die hier gemachten Aussagen gehen offensichtlich weit über das hinaus, was z. B. beim CAMPBELL et al (1960) oder aber auch in den Ansätzen zur Bedeutung der Emotionalität für die Einstellungsänderung etwa bei McGUIRE (1968) dargelegt wird. Politische Einstellungen sind nach LANE keine relativ unwichtigen und für das Leben der Menschen letztlich beliebigen Ideen, was z. B. richtig, moralisch etc. sein könnte. Politische Einstellungen ergeben sich mit Notwendigkeit aus der auf Bedürfnisbefriedigung ausgerichteten Lern- und Lebensgeschichte des Individuums. So formuliert LANE: "... an understanding of why a person rationalizes in this way must depend upon more than a knowledge of what he thinks is an ethnically better scheme. Beyond this is the complex of needs that shape his conscience and relate his conscience to his desires" (LANE, 1962, S. 22). Ob jemand 'liberal' oder 'konservativ' ist, erklärt LANE nicht durch Zufall, Beeinflussung oder ähnliches, sondern durch die psychologische Funktion eben

dieser Einstellungsrichtung für die Bedürfnisse des Subjektes. So zumindest scheint es auf den ersten Blick.

Nun stellt sich jedoch die Frage: welches sind die Bedürfnisse, denen bestimmte politische Einstellungen nach LANE dienen?

Und unmittelbar daran schließt sich die Frage an, wie kommt es dazu, daß bestimmte politische Einstellungen bestimmte Bedürfnisse befriedigen? Handelt es sich um den Zusammenhang zwischen den politischen Objekten und ihrer Bedeutung für bestimmte Interessen des Subjektes?

Zur Beantwortung dieser Frage wollen ^{wir} die Bedürfnisse betrachten, die nach LANE als Grundlage politischen Denkens anzusehen sind. So nennt LANE: "cognitive needs: learning, curiosity, understanding"; "consistency needs: emotional and logical and veridical, the kinds of needs satisfied by the reduction of dissonance"; "social needs: affiliation, approval, being liked"; "moral needs"; "esteem needs"; "needs for personality integration and identity clarification"; "needs on occasion for the expression of aggression"; "needs for autonomy, freedom"; "need for self-actualization"; "need for adequate instrumental guides to reality" (vergleiche LANE, 1962, S. 31 bis 47).

Wir wollen hier nicht etwa diese Zusammenstellung psychologischer Bedürfnisse als solche diskutieren. Uns interessiert an dieser Stelle nur, in welchen Zusammenhang diese allgemeinen objektunspezifischen Bedürfnisse mit bestimmten politischen Einstellungsrichtungen gebracht werden. Bei der näheren Betrachtung der Interpretationen, die LANE den einzelnen Interviews hinsichtlich der zugrundeliegenden, jeweils befriedigten Bedürfnisse zukommen läßt, wird der Charakter dieses Zusammenhanges offensichtlich. Wir möchten nur zwei Beispiele herausgreifen:

Einer der Interviewten jungen Männer, der sich selbst als liberal bezeichnet, wird von LANE als ein Beispiel vorgestellt. LANE fragt dabei nach "the ways in which (his) liberal and internationalist views are in their various ~~factes~~ gratifying to him (LANE, 1962, S. 3 f). Und er kommt zu dem Schluß: "There seem to

be four main ones, which have to do with his liberal orientation ...": 1. "The Need of Orientation"; 2. "Autonomy from the Past, a New Identity"; 3. "The Need for Affection" und 4. "The Need to dominate." Hier wird u. E. offensichtlich, daß die in der Entwicklungsgeschichte des politischen Bewußtseins nach LANE relevanten Bedürfnisse nichts oder wenig mit der spezifischen Einstellungsrichtung oder dem politischen Sachverhalt selbst zu tun haben. Es ist relativ beliebig, wodurch die Bedürfnisse befriedigt werden und es ist ebenso beliebig, welche Einstellungen dabei herauskommen.

Als zweites Beispiel möchten wir auf die Behandlung der "ökonomischen Bedürfnisse" bei LANE verweisen. Ökonomische Bedürfnisse spielen bei LANE für bestimmte politische Einstellungsrichtungen z. B. folgende Rolle: z. B. kann ökonomischer Mangel (besonders im Kindes- und Jugendalter) zu "lost of self-esteem" führen. So kommentiert LANE: "The sense of inadequacy arising from bodily deficiencies encourages for the most part, compensatory restitution in other value areas: wealth, achievement, status, friendship ..." (LANE, 1962, S. 246).

Politische Einstellungen dienen hier also der Wiederherstellung des Selbstwertgefühles, nicht aber etwa unmittelbar zur Erfüllung bestimmter ökonomischer Interessen, z. B. durch eine entsprechende politische Handlung. Die Bedürfnisse, die die politischen Einstellungen nach LANE befriedigen, sind losgelöst von den tatsächlichen realen politischen Objekten und ihrer Bedeutung für die Menschen.

Es zeigt sich also, daß selbst in den Annahmen einer "utilitarian function" der emotionale Wert, die persönliche Betroffenheit als unabhängig vom Einstellungsobjekt gesehen wird. Eine reale objektive Bedeutung des Inhaltes einer politischen Einstellung für Subjekt wird somit nicht thematisiert und für die Einstellungstheorie offensichtlich als irrelevant erachtet. Dem liegt u. E. z. B. gründe, daß hier Emotion und Kognition entgegengesetzt werden, da sie als gleichwertige, sozusagen alternative psychologische Reaktionen aufgefaßt werden. Wir haben bereits im Zusammenhang mit

der Frage nach der "Rationalität" politischer Einstellungen auf diese Gleichsetzung von Emotionalität und Irrationalität in vielen Ansätzen und Aspekten der Attitüden-Forschung hingewiesen. Da die Emotion und Motivation innerhalb einer Einstellung auf einer kognitiven Widerspiegelung der objektiven Betroffenheit 'aufbaut', kann sie u. E. aber keineswegs prinzipiell der Kognition oder der Rationalität entgegengesetzt werden. Sie kann - beruht sie auf einer adäquaten Widerspiegelung ihres objektiv-realen Gegenstandes - in demselben Maße rational sein, wie eine bloße kognitive Aussage.

Aber die emotional-motivationale Komponente der Einstellung ist mehr als ihre kognitive Orientierungsgrundlage. Auf diesen sicherlich auch sehr wichtigen Aspekt wollen wir nun noch kurz eingehen.

5. Das Verhältnis von Kognition und Motivation in der politischen Einstellung: ein Ausblick

Wenn wir nun die objektive Betroffenheit (S-O) als objektiven Gegenstand der subjektiven Widerspiegelung dargestellt haben, so ist sicherlich eine ganz wesentliche Aussage hinsichtlich der emotional-motivationalen Einstellungskomponente getroffen worden.

Jedoch ist die kognitive Orientierungsgrundlage für die Einstellung, also für die wertende Stellungnahme nur die eine wesentliche Komponente. So stellt z. B. JOHNE (1968) fest: "Kenntnisse sind weder identisch mit bestimmten Einstellungen noch schlagen sie automatisch in sie um. Die politische Informiertheit ist demzufolge eine notwendige Voraussetzung für die politischen Einstellungen ... ohne mit ihnen identisch zu sein" (S. 60). Und ähnlich formulieren die Autoren STIEHL und SACHSE (1969): "Zu beachten sind ... qualitative Unterschiede zwischen Wissen und Überzeugungen, auf die NEUNER hinweist. ... Überzeugungen bestimmen wesentlich das Handeln und Verhalten. Für die Verwandlung

von Wissen in Überzeugungen müssen zahlreiche zusätzliche Bedingungen geschaffen werden ... Das Wissen muß in ein System von Anschauungen und Überzeugungen verwandelt werden, d. h. es muß eine richtige Einstellung zu den Erscheinungen der Natur und Gesellschaft herausgearbeitet werden, die die Tätigkeit des Menschen lenkt und die Grundlage seines täglichen Vernaltens bildet" (S. 50).

Die hier vertretene These muß deutlich unterschieden werden von z. T. oben erläuterten Ansätzen, daß Einstellung zusammengesetzt sei aus Kognitionen und Wertungen (vergleiche z. B. JONES und GERALD, 1967). Hier wird nicht behauptet, daß in den politischen Einstellungen noch etwas 'Nicht-Kognitives' zu kognitiven und als solchen begründbaren Aspekten hinzutrete, sondern daß Einstellung über die kognitive Orientierungsgrundlage hinaus eine andere psychologische Qualität haben, nämlich eine Handlungsqualität. Sowohl in der Emotionalität der Einstellung als auch in ihrer motivationalen (steuernden und dynamisierenden) Komponente (vergleiche hierzu McGUIRE, 1968), stellt die Einstellung über die Widerspiegelung hinaus bereits Reaktion, Handlungsdisposition und Handlungsansatz dar.

Es wäre nun nicht möglich, im Rahmen der vorliegenden Arbeit auf diese Problematik von Emotion und Motivation näher einzugehen. Wir haben einen wesentlichen Aspekt der motivational-emotionalen Teilstruktur herausgearbeitet, nämlich ihre potentiell adäquate Orientierungsgrundlage, die prinzipielle Erkennbarkeit der objektiven Betroffenheit und d. h. die potentielle "Rationalität der Emotion".

Der 2. Aspekt, der sich hinter der Frage verbirgt: was muß nun zur adäquaten Widerspiegelung des Einstellungsgegenstandes hinzukommen, damit die objektive Betroffenheit nicht nur eingesehen, sondern erlebt wird, damit sie in Motivation und Handlungsbereitschaft 'umschlägt'?, kann hier nicht beantwortet werden, darf aber - z. B. auch im Hinblick auf ein Konzept der politischen Erziehung sicher nicht unterschätzt werden. Zweifellos bildet jedoch die

Einsicht in die objektive Betroffenheit eine wesentliche und optimale Voraussetzung für diesen notwendigen psychologischen Prozeß der 'inneren Einstellungshandlung'.

Einen ersten Einblick in die Bedingungen dieser Seite der Einstellungsbildung vermittelt darüber hinaus BISKY, in dem er die eigene praktische Tätigkeit des Subjektes als "Kriterium" nennt: 'Wissen, das richtig orientiert ist, das sich in der Lebenspraxis bewährt, wirkt indirekt einstellungsbildend. Wissen von einem bestimmten Objekt determiniert also nicht direkt die Einstellung zu diesem Objekt. Es determiniert über die Bewährung in der Lebenspraxis. Damit wird klar: Die Praxis ist ein entscheidendes Kriterium der Einstellungsbildung' (BISKY, 1971, S. 164).

Mit dieser "Praxis", d. h. mit ihrer Sicht in der Attitüden-Forschung und der gesellschaftlichen Bedingtheit ihres Inhaltes, ihrer Formen und ihrer realen gesellschaftlichen Auswirkungen in der amerikanischen und westdeutschen Gesellschaft, möchten wir uns nun abschließend beschäftigen.

g. Politische Einstellungen und politisches Handeln in den
amerikanischen und westdeutschen Ansätzen der Attitüden-Forschung

Bevor auf die Sicht politischen Handelns in den amerikanischen und westdeutschen Ansätzen eingegangen werden soll, möchten wir die zahlreichen theoretischen Aussagen hinsichtlich der politischen Handlung bzw. Tätigkeit, die im Verlauf der Diskussion bereits entwickelt wurden, strukturiert zusammenfassen. Im Anschluß daran können die Ansätze der Attitüden-Forschung mit diesen Thesen konfrontiert werden.

1. Zusammenfassende Darstellung der theoretischen Konzeption zur Rolle der politischen Handlung im Verhältnis zur politischen Einstellung

Analog zu den Ansätzen zur Orientierungsfunktion der Kognition im allgemeinen für ein erfolgreiches Handeln des Menschen in der ihn umgebenden Umwelt haben wir die politische Einstellung und besonders ihre kognitive Wissensgrundlage als Orientierungsgrundlage für politisches Handeln im gesellschaftlichen Lebensbereich definiert.

Dies bedeutet zum einen, daß diese Orientierungsgrundlage dem Subjekt möglichst adäquat die Aspekte, Zusammenhänge, Gesetzmäßigkeiten etc. des betreffenden politischen Sachverhaltes vermitteln müßte, damit das Subjekt in seiner, auf diesen Sachverhalt ausgerichteten Handlung diese objektiven Bedingungen berücksichtigt und so zum angestrebten Handlungsziel gelangen kann. Insofern haben politische Einstellungen ihre Funktion in der Schaffung der Orientierungsgrundlage.

Andererseits spielt die politische Handlung selbst die zentrale Rolle bei der Herausbildung eben dieser Orientierungsgrundlage: Sie macht sie nicht nur notwendig, vielmehr bildet sich durch

die Handlung immer wieder die Orientierungsgrundlage heraus. Sie bestimmt den Aspekt der politisch gesellschaftlichen Realität, der widerspiegelt wird und sie vermittelt dem Subjekt die Adäquatheit oder aber auch Korrekturbedürftigkeit der kognitiven Struktur.

Gehen wir von so einem Verhältnis zwischen politischer Einstellung und politischem Handeln aus, so postulieren wir gleichzeitig, daß für das Individuum das politische Handeln ebenso lebensnotwendig und selbstverständlich ist, wie beispielsweise die wahrnehmende Tätigkeit oder auch die Kommunikationstätigkeit (z. B. das Erlernen der gesellschaftlichen verbindlichen Sprache). Nun möchten wir zwar behaupten, daß es sozusagen nichts gibt im Leben eines Individuums, das nicht in irgendeiner Weise politische, und das heißt hier vor allem erst einmal gesellschaftliche Aspekte aufweist. Es gibt so verstanden nichts, was nicht politisch wäre. Aber gleichzeitig wird dieser politische Aspekt der Lebensbereiche keineswegs notwendig vom Individuum als solcher erkannt. Politisches Handeln setzt insofern diese Erkenntnis im Prinzip keineswegs voraus. Ist diese Erkenntnis jedoch gegeben, so wird das Handeln der gesellschaftlichen Individuen zum bewußt politischen Handeln. Je nach Qualität, Umfang und Inhalt dieser Erkenntnis besteht nun für das Individuum die Möglichkeit, gezielt politisch zu handeln.

Hier zeichnen sich einige Bedingungen dafür ab, daß - wie oben entwickelt - politische Einstellungen die Orientierungsgrundlage für politisches Handeln darstellen und sich im Zusammenhang mit dem wahrgenommenen Erfolg der politischen Handlung entwickeln und verändern.

Zum einen - dies ist im Laufe der Diskussion hinreichend entwickelt worden - bedarf das Subjekt der Einsicht in seine prinzipielle Betroffenheit durch politische Sachverhalte, so daß es überhaupt sein Interesse auf diesen Lebensbereich ausrichten und sein Wissen und seine Handlungsmöglichkeiten erweitern kann.

Zum zweiten bedarf es der Fähigkeit und Möglichkeit, die notwendigen Informationen für eine adäquate politische Orientierungs-

grundlage erhalten, verstehen, aufnehmen, verarbeiten, speichern und anwenden zu können.

Zum dritten muß dem Individuum einsichtig sein, wie es in dem sich ihm anbietenden politischen Lebensraum handeln kann, welches Ziel seine Handlungen verfolgen könnten und wie diese erreichbar wären.

Schließlich muß für das Individuum die Möglichkeit bestehen, die Auswirkungen seiner Handlung wahrzunehmen und zu beurteilen. Bei diesen Bedingungen dafür, daß ein Individuum bereit und in der Lage ist, seine politischen Einstellungen als möglichst optimale Orientierungsgrundlage für sein politisches Handeln zu entwickeln, handelt es sich um psychologische Bedingungen: Es handelt sich um kognitive und ähnliche Fähigkeiten, Kapazitäten, Erfahrungsbereiche etc. Die psychologischen Bedingungen hängen ihrerseits von den gesellschaftlichen Bedingungen der politischen Sozialisation im weitesten Sinne ab: vom vermittelten Politikverständnis, von der politischen Bildung, von der Vermittlung politischer Konzepte, Begriffe, Zusammenhänge etc., von der Vermittlung und Einübung politischer Handlungsebenen, -arten und -richtungen sowie von der Vermittlung gesellschaftlicher und politischer Veränderungen und ihrer Erscheinungsformen.

Angesichts dieser Bedingungen können wir bereits jetzt - also bevor wir die Sicht der politischen Handlung in der Attitüden-Forschung und die entsprechenden empirischen Ergebnisse selbst besprochen haben - folgende Feststellungen treffen: Daß die politischen Einstellungen innerhalb der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung nicht als 'potentiell adäquate Orientierungsgrundlage politischer Handlung' begriffen werden und daß die politischen Einstellungen hinsichtlich der objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses als mehr oder weniger beliebig gefaßt werden, ist eine Widerspiegelung der psychologischen Realität politischer Einstellungen in der amerikanischen und westdeutschen Gesellschaft. Keine der oben angeführten Bedingungen kann z. B. für die durchschnittliche amerikanische Bevölkerung

als gegeben angesehen werden. Es besteht subjektiv für die Individuen weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit einer adäquaten politischen Handlungsorientierung. Angesichts des politischen Bildungsniveaus darf also die Tatsache, daß die politischen Einstellungen nicht an der objektiven Realität orientiert sind, nicht verwundern. Die Attitüden-Forschung, wie sie dargestellt wurde und noch weiter darzustellen sein wird, untersucht die politischen Einstellungen unter diesen 'psychologisch unterentwickelten Existenzbedingungen' und gibt sich damit zufrieden.

Diese psychologischen Bedingungen sind aber nicht die einzigen Voraussetzungen dafür, daß sich in einer Bevölkerung die politische Einstellung im Sinne einer politischen Handlungsorientierung entwickeln kann. Hinzu kommen gesellschaftliche Bedingungen, die gewissermaßen die ersten Voraussetzungen darstellen.²² Die politische Bildung kann diese allgemeineren gesellschaftlichen Bedingungen nicht ersetzen. Sind diese nicht gegeben, so nutzt politische Bildung u. E. wenig.

Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen wird hier vor allem der gesellschaftlich mögliche politische Handlungsraum für die Individuen verstanden. Dabei sind z. B. Umfang, Alternativmöglichkeiten, Unmittelbarkeit Dimensionen dieses politischen Handlungsraumes. Es muß also, einfach ausgedrückt, überhaupt eine Möglichkeit bestehen, politisch zu handeln. Doch dies allein reicht noch nicht: Erst wenn es je nach Einstellungsrichtung entsprechende Handlungsmöglichkeiten gibt, besteht eine tatsächliche Möglichkeit, die Handlung nach der Orientierungsgrundlage einer politischen Einstellung auszurichten.

Hinzukommen muß ferner, daß die politische Handlung einen Effekt zeigt, eine gesellschaftliche Veränderung hervorruft, daß sie also nicht wirkungslos bleibt. Dabei ist es ebenso wichtig, daß diese Wirkung in funktionalem Zusammenhang mit der sie induzierenden Handlung steht. Politisches Handeln muß also - natürlich

im gesellschaftlichen Maßstab - in der Lage sein, bestimmte gesellschaftliche Bedingungen in der angestrebten Richtung zu verändern.

Eine letzte gesellschaftliche Bedingung wäre weiterhin, daß eben diese Veränderungen und Wirkungen gesellschaftlich offensichtlich werden und daß sie von den handelnden Individuen wahrgenommen werden können als Wirkungen ihrer eigenen Handlung. In einem Gesellschaftssystem, in dem für jedes Individuum sowohl in seinem unmittelbaren Lebensbereich wie auch gesamtpolitisch eine solche Möglichkeit politischen Handelns besteht und in dem ferner durch eine entsprechende Sozialisation auch die psychologischen Bedingungen zur Ausübung eben solchen Handelns gegeben wären, bestände eine gesellschaftlich wie individuelle Notwendigkeit, eben dieses Handeln an einer möglichst optimalen möglichst adäquaten Orientierungsgrundlage auszurichten.

Die nun folgende Darstellung und Auseinandersetzung mit der Sicht politischen Handelns in der amerikanischen und westdeutschen politischen Psychologie wird die Beantwortung der Frage ermöglichen, ob und wie weit eben diese gesellschaftlichen Bedingungen in der amerikanischen und bundesrepublikanischen Gesellschaft gegeben sind.

2. Das politische Handeln in den Laborexperimenten der Attitüden-Forschung

Wie wir in den folgenden Abschnitten noch eingehend zeigen werden, werden unter politischem Handeln 'im sozialen Feld' fast ausschließlich die Wahl und die damit verbundenen Tätigkeiten verstanden.

Anders sieht das politische Handeln in den Laboruntersuchungen der Attitüden-Forschung aus. Wir werden deshalb kurz auf diese spezifische Problematik eingehen, die mit dem Stichwort "political participation" angeschnitten ist.

Diese Ansätze wurden bereits oben im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Einstellungsänderung erwähnt. Tatsächlich geht es in den hier zu besprechenden Versuchen um die Frage, ob aktive Teilnahme am Kommunikationsprozeß - sei es das selbstständige Ziehen der impliziten Schlußfolgerungen, sei es eine Beteiligung durch Rollenspiel, durch "counter-attitudinal advocacy" etc. - die durch diese Kommunikation angestrebte Einstellungsänderung begünstigt oder nicht begünstigt. McGUIRE (1968) berichtet in diesem Zusammenhang, daß in Analogie zu entsprechenden Ergebnissen der nicht-direktiven Psychotherapie¹ und der jüngeren Lerntheorie erwartet worden sei, daß der "degree to which the person actively participates in the persuasive communication" (S. 235) das Ausmaß der Einstellungsänderung bestimme. Tatsächlich konnte jedoch diese Hypothese nicht nur nicht bestätigt werden. Vielmehr zeigte sich in den meisten Untersuchungen ein gegenteiliger Effekt: passive Rezeption der beeinflussenden Mitteilung führte fast immer zu einem höheren Grad an Einstellungsänderung als aktive Partizipation (vergleiche auch die Untersuchungen von McGUIRE, 1961; JANSEN und STOLUDOW, 1962 und GREENBAUM, 1963). Selbst bei sehr günstigen Bedingungen, nämlich wenn "an extrinsic threat is added to motivate the believer or that sufficient time is allowed ..." erreichte die aktive Partizipation höchstens den gleichen Effekt wie passive Rezeption, nicht aber mehr.

Zur Erklärung dieser von der Hypothese abweichenden Ergebnisse führt McGUIRE folgende Begründung an: "The therapeutic patient is usually highly motivated to utilize adequately the participation opportunity afforded to him. Usually he is in the therapeutic situation by his own choice, having been convinced that there is something wrong with him that might be corrected by his cooperation with the therapist. Also, he is being asked to improvise actively on an issue that he finds highly interesting-himself- and he is kept at the task for a period that is extra-

ordinarily long in comparison with the usual attitude-change situations. By contrast the receiver in a laboratory experiment on persuasion ... is typically a "captative audience" whose main motivation with respect to the persuasive induction is to get through with it. He has little interest in or acquaintance with the topic under discussion and has little motivation to utilize effectively the participation opportunities afforded to him" (S. 236). Der hier von McGUIRE dargestellte Unterschied der Therapiesituation zur typischen Laborsituation der Einstellungsänderung erscheint uns höchst interessant. Denn das, was hier als Therapiesituation definiert wird, ist eine Situation, wie wir sie oben selbst beschrieben haben: Ein Individuum hat das Bedürfnis, die Orientierungsgrundlage seines eigenen Handelns zu korrigieren. Das Handeln selbst ist für ihn unumgänglich und er ist existenziell auf möglichst erfolgreiche Handeln angewiesen. Von daher bemüht er sich um eine Korrektur seiner Handlungsgrundlagen und ist sowohl am Gegenstand als auch an der Veränderung selbst, ihrer Ausrichtung auf größere Adäquatheit seiner Handlungsgrundlage und schließlich auch an den Bedingungen der Veränderung und Korrektur stark interessiert und motiviert. Die dagegen dargestellte typische Laborsituation erfüllt - das sieht McGUIRE deutlich - eben diese Bedingungen sämtlich nicht. Die maximale Einstellungsänderung erfolgt hier vielmehr, wenn das desinteressiert und unmotivierte Individuum möglichst passiv bleiben kann, wenn die Situation als solche - unabhängig vom Inhalt der Beeinflussung - bequem, angenehm, u. i. allgemein und prinzipiell verstärkend wirkt.

Es stellt sich die Frage, ob die politische Beeinflussungssituation im sozialen Feld, z. B. ein Wahlkampf oder auch eine normale politische Sozialisation in der BRD oder der USA der Therapiesituation oder aber der 'aufgepfropften Laborsituation' mehr gleicht.

3. Das Verhältnis von politischer Einstellung und 'politischem Verhalten' in der Sicht der Attitüden-Forschung

24

Was die amerikanische und heute auch die westdeutsche Psychologie am politischen Handeln der Menschen am meisten interessiert und beschäftigt, das ist das Wahlverhalten des Bürgers (vergleiche hierzu vor allem SEARS, 1969, S. 316 ff). Die Frage, die den diesbezüglichen Untersuchungen meistens zugrunde liegt, ist die nach der Vorhersagbarkeit des individuellen Wahlverhaltens (vergleiche auch CAMPBELL et al, 1960). So wird vor allem versucht, die Variablen zu isolieren und ihre Bedeutung einzuschätzen, die für das Wahlverhalten ausschlaggebend sind. Das scheinen zunächst Variablen, die in der individuellen Sozialisation, in sozialer Herkunft, sozialem Milieu, persönlicher Identifikation und Einstellungen begründet sind. Zum anderen handelt es sich um Variablen, die außerhalb der Wählerpersönlichkeit selbst liegen, wie Attraktivität und Überzeugungskraft von Parteien oder einzelnen Kandidaten.

Als Beispiele seien hier nur die von SEARS besprochene "Survey Research Center election Study von 1956 (CAMPBELL et al, 1960), der Versuch GOLDBERGS (1966), ein Modell der "causal relationships" zwischen den verschiedenen Variablen aufzustellen (vergleiche hierzu SEARS, 1969, S. 323), sowie die zahlreichen Ansätze und Untersuchungen zum IPP (Index of Political Predisposition) (vergleiche SEARS, 1969, S. 316 ff) genannt.

In diesen Ansätzen wird gefragt: Wer ändert wodurch innerhalb welchen Zeitraumes seine politischen Einstellungen (hier fast ausschließlich als "partisan attitudes", also als Einstellungen gegenüber den Parteien verstanden) und damit sein "political behaviour", nämlich das aktuelle Wahlverhalten.

Unter Berücksichtigung dieser inhaltlichen Eingeschränktheit des Problems 'politische Einstellungen und politisches Handeln' auf das Wahlverhalten und die dieses Wahlverhalten bedingenden und beeinflussenden Einstellungsvariablen bleiben in der Betrachtung

folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche politischen Einstellungen werden im Zusammenhang mit dem politischen Verhalten untersucht.
2. Welche Art von Einstellungen (welcher Gegenstand) hat sich als für das Wahlverhalten relevant erwiesen?
3. Wie weit kann das politische (Wahl)-Verhalten z. B. der amerikanischen Bevölkerung als durch Einstellungen gegenüber tatsächlich politischen Sachverhalten orientiert angesehen werden?

Zur Beantwortung dieser Frage eignet sich zunächst eine Betrachtung der zahlreichen Untersuchungsergebnisse von CAMPBELL et al im Zusammenhang der groß angelegten Wahluntersuchung der Survey Research Center Electorate Study (1952 - 1964). Obwohl fast alle der erwähnten politischen Einstellungen neben der "Party Identification" erfaßt wurden, zeigen sich kaum signifikante Korrelationen zwischen dieser Variablen und den zahlreichen politischen Einstellungen (bis auf $r = .57$ mit der Liberalism-Conservatism-Variable). Die "Actual Vote" korreliert dagegen in jedem der Wahljahre recht hoch mit der "Party Identification" (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 468, 490).

1954 wurden die drei wahlbeeinflussenden Variablen "Party Identification", "Issue Orientation" und "Candidate Orientation" zum ersten Mal gegenübergestellt, operationalisiert und in ihrer Wirkung untereinander abgewogen.

Unter "Party identification" wurde das Maß der persönlichen Verbundenheit, daß das Individuum gegenüber der Partei seiner Wahl fühlt, verstanden.

"Candidate orientation" wurde definiert 1. als Bevorzugung eines Kandidaten und 2. als Anzahl der positiven oder negativen Argumente bezüglich der Kandidaten.

Die Variable "Issue orientation" drückt die Relevanz politischer Sachverhalte für die Wahlentscheidung in zwei Dimensionen aus:

1. "Issue partisanship", operationalisiert als Ausmaß, in dem zwischen den Stellungnahmen der Parteien zu bestimmten po-

litischen Angelegenheiten Unterschiede gesehen werden, bei gleichzeitiger Parteinahme für eine der beiden Parteien;

2. "Extent of issue orientation", operationalisiert als Sensitivität gegenüber den Parteidifferenzen und Anzahl der politischen Angelegenheiten, denen gegenüber Stellung genommen wird.

Die erste Untersuchung brachte noch keine eindeutigen Ergebnisse. Das Ergebnis späterer ähnlicher Untersuchungen (z. B. CAMPBELL and STOKES, 1959) gibt SEARS wie folgt wider: "Party identification ... appears to account for the lion's share of variance in individual vote decision" (SEARS, 1969, S. 321).

"Party identification" gehört nach SEARS neben den "group-related attitudes" und den "attitudes toward specific persons" zu den in früher Kindheit bereits erworbenen, relativ stabilen und grundlegenden politischen Einstellungen (vergleiche SEARS, 1969, S. 339 f). Sie stellen Predispositionen dar, die die aktuelle Einschätzung von politischen Kandidaten sowie politischen Sachverhalten stark beeinflussen. Die aktuellen Einstellungen sind somit nach SEARS bloß "simply creatures of a momentary association with a strong predisposition" (eben da).

Die Beurteilung und Bewertung der eigentlichen politischen Sachverhalte, der "Issues", müßte u. E. - sollte die Wahl einer Partei oder eines Kandidaten politisch am Objekt orientiert sein - den Ausschlag geben für die Wahlentscheidung - je nachdem, wie die Parteien oder Kandidaten zu diesen "issues" stehen, sie zu behandeln bzw. zu lösen gedenken. Tatsächlich sieht - zumindest für die amerikanische Bevölkerung - die Sache ganz anders aus: "... many people simply are not familiar with the main political issues or events of the day. Hence, it is unrealistic to expect them to have stable opinions about such matters. When they are asked to express an opinion, they use whatever cues are available. Often party preference is the handiest cue" (SEARS, 1969, S. 341; vergleiche auch KEY, 1961).

Die entscheidende Rolle der Variablen "party identification"

gegenüber der Variablen "issue orientation" bedeutet konkret: Nicht die Einschätzung und Behandlung von politischen Problemen durch eine Partei etc. ist ausschlaggebend dafür, ob diese Partei gewählt wird, sondern genau umgekehrt: Die bevorzugende oder ablehnende Einstellung gegenüber der Partei etc. wird entsprechend deren Behandlung bestimmter politischer Sachverhalte auf diese Sachverhalte übertragen.

Wie wir bereits bemerkt haben, interessieren politische Einstellungen die amerikanischen Attitüden-Forscher schwerpunktmäßig im Hinblick auf das Wahlverhalten. Für dieses konnte jedoch keine Relevanz politischer Einstellungen im Sinne von Einstellungen zu bestimmten politischen "issues" nachgewiesen werden. Nur die Einstellung zu den Parteien selbst spielt für das Wahlverhalten eine ausschlaggebende Rolle. Von daher muß gefolgert werden, daß das Wahlverhalten z. B. der amerikanischen Bürger sich überhaupt nicht an den politischen Sachverhalten orientiert und eine Orientierungsgrundlage für dieses Verhalten weder vorhanden noch psychologisch oder allgemein gesellschaftlich erforderlich ist. Es muß u. E. deshalb vermutet werden, daß eben diese gesellschaftliche Handlungsalternative der Individuen, das Wahlverhalten, die oben aufgeführten Bedingungen für politische Handlungen, die eine optimale adäquate Handlungsorientierung erfordern und ermöglichen, nicht erfüllt. wir werden im weiteren untersuchen, wie die psychologische Forschung die politische Aktivität als solche definiert, operationalisiert und wie sie selbst die Ergebnisse ihrer Untersuchungen interpretiert.

4. Politisches Handeln in der Sicht der amerikanischen und westdeutschen Psychologie

An den Beginn dieser Betrachtungen möchten wir die Untersuchung des BRD-Forschers JAIDE (1970) stellen, der in den Vordergrund seiner Untersuchung "Jugend und Demokratie" eine handlungsrelevante Variable gestellt hat, die "politische Engagementbereitschaft". JAIDE definiert dieses Konstrukt als "Verbale Zustimmung zu Formen persönlicher Mitwirkung mittelbarer oder unmittelbarer Art an den vorerwähnten Maßnahmen" (JAIDE, 1970, S. 12) und versteht sie als Gegenbegriff zur "politischen Apathie". Dabei ist sie nicht als offene Verhaltensdimension, sondern 'nur' als verbal geäußerte hypothetische Vorstufe zum politischen Engagement aufzufassen, das eine werthaltige, absichtsvoll motivierende, systembezogene Einstellung höherer Art darstellt, der eine gewisse Dauer und Zuverlässigkeit unterstellt wird, ..." (S. 12).

Nun zeigt jedoch die Operationalisierung dieser Variablen methodische Mängel, wie wir sie bereits ausführlich bei den Operationalisierungsansätzen politischer Gegenstände durch JAIDE, aber auch bei den meisten amerikanischen Forschern aufgezeigt haben. Die hiermit verbundene Problematik möchten wir kurz darstellen (stellvertretend auch für die meisten amerikanischen Ansätze zur Operationalisierung 'politischen Verhaltens').

Da keine theoretische Ableitung der Items aus einer wissenschaftlichen Theorie politischen Handelns erfolgte, zeigen die von JAIDE erstellten Skalen ein Nebeneinander von Aktivitäten verschiedenster Inhalte und verschiedenster Formen. Neben inhaltlich neutral formulierten Items (z. B. 'Plakatmalen', 'politische Zeitungen lesen') tauchen inhaltlich und ihrer politischen Richtung nach eindeutige Aktivitäten auf (z. B. 'Zonengrenzbesuch', 'fürs Arbeitsrecht demonstrieren'). Neben relativ unverbindlichen und wenig Aufwand sowie wenig Einsatz bedeutenden Aktivitäten (z. B. 'über Menschenrechte diskutieren')

stehen Aktivitäten, die ein sehr hohes Ausmaß an Einsatz und Aufwand fordern (wie z. B. 'wir arbeiten in einem Jugendparlament mit'). In die Beurteilung des 'enthaltene Grades an politischem Engagement' gehen sowohl die inhaltlichen als auch diese formalen Aktivitätsunterschiede zweifellos unbewußt mit ein.

Ein weiteres - mindestens ebenso wichtiges inhaltliches wie methodisches Problem als Folge mangelnder Theoriegeleitetheit der Itemkonstruktion ergibt sich bei JAIDE aus der so entstandenen inhaltlichen Mehrdeutigkeit der einzelnen Items. So besteht z. B. eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß verschiedene Aktivitäten von bestimmten Versuchspersonen abgelehnt werden - nicht etwa aus mangelnder Engagementbereitschaft, sondern aus Ablehnung der politischen Intension dieses Items.

Trotz dieser methodischen Mängel seien kurz die Ergebnisse JAIDEs dargestellt und diskutiert (soweit sie trotzdem brauchbar sind). Als Ergebnis konnte JAIDE feststellen: Es "... ergibt sich zur Vorhersage von politischer Engagementbereitschaft folgende Reihenfolge der Variablen hinsichtlich ihrer prognostischen Valenz: 1. informatorische Aktivität, 2. Meinungsfaktor 2 (progressiv/liberal/demokratisch), 3. Persönlichkeitsfaktor 2 (Extraversion), 4. politisch-historisches Wissen, 5. politische Aktivität.

Das bedeutet: Je höher die Meßwerte dieser fünf Variablen bei einer bestimmten Versuchsperson ausfallen, desto sicherer kann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf die Engagementbereitschaft dieses Jugendlichen geschlossen werden.

Schließlich ergeben sich für politische Einstellungen signifikante Unterschiede in den verschiedenen Sozialgruppen (...). PSE ist relativ höher vertreten bei

- der sozialen Mittel- bzw. Oberschicht,
- den Realschülern und Gymnasiasten,
- den männlichen Jugendlichen" (JAIDE, 1973, S. 84 f).

Diese Ergebnisse sind repräsentativ für die Untersuchungsergebnisse zum Problembereich der politischen Aktivität allgemein. Wie wir sehen werden, tauchen besonders ähnliche Sozialgruppenunterschiede immer wieder auf.

Die prognostische Valenz der beiden Aktivitätsskalen JAIDEs für die "Engagementbereitschaft" verwundert wenig: Beide Skalen zeigen ähnliche Items wie die verbale Engagementbereitschaftsskala. Im Unterschied zu dieser wird hier jedoch nicht mehr die bloße Bereitschaft zu bestimmten politischen Aktivitäten erfaßt, sondern die Frage nach den tatsächlichen Aktivitäten gestellt. Inhaltlich werden bei JAIDE genannt: Wahlen auf allen Ebenen, das Sich-zur-Wahl-Stellen, die Mitgliedschaft und mögliche Funktion innerhalb einer politischen Organisation sowie die Teilnahme an politischen Aktivitäten unterschiedlichster Art. Auf der Skala "Informatorische Aktivitäten" sind einfach die Informationsquellen vom Befragten anzukreuzen, die er benützt.

Diese Skalen stellen - noch deutlicher als die oben genannte Skala zur "Engagementbereitschaft" - ein unabgeleitetes, unstrukturiertes Nebeneinander, eine bloße Aufzählung von Aktivitätsmöglichkeiten dar, die dem Forscher offensichtlich 'so eingefallen sind'.

Unter den amerikanischen Ansätzen zur Operationalisierung "politischer Aktivität" etc. finden sich z. T. vergleichbar unstrukturierte Ansätze:

Unter dem "Political Participation" benannten Kapitel ihrer Sammlung nennen ROBINSON et al (1972) vier Skalen, die jeweils mit kleinen Bedeutungsunterschieden die "general political activity" des Befragten zu erfassen suchen.

Die älteste dieser Skalen der "Political Activity Index" (WOODWARD und ROPER, 1950) mißt "political activity in channels of possible influence on legislators and government officials" (ROBINSON et al, 1972, S. 431) und kommt zu dem Ergebnis, daß nur 10 % der Befragten als "eher aktiv" eingestuft werden können.

Die Skala "Political Participation" aus dem Jahre 1952 von ROBINSON kommt aufgrund einer Faktorenanalyse zur Unterscheidung von drei verschiedenen Typen der "involvement in a political campaign" (ROBINSON et al, 1972, S. 434): "1. role of spectator, 2. role of citizen (primary concern being how to vote), 3. role of partisan (primary concern being the election of his candidate)" (ROBINSON et al, 1972, S. 434).

Der "Participation Index" von CAMPBELL et al (1954) versucht ebenfalls drei Aktivitätsgrade im Hinblick auf die Wahl zu unterscheiden: "1. High (voting and other participation), 2. Medium (voting only), 3. Low (did not vote; even though involved in other participation)" ROBINSON et al, 1972, S. 434.

Ähnliche "Aktivitätstypen" unterscheiden auch MATTHEWS und PROTHRO (1966) mit der "Political Participation Scale".

Auch bei den amerikanischen Skalen zur politischen Aktivität handelt es sich also in weiten Teilen um Fragen nach realen Aktivitäten: Inhaltlich als Aktivitätsmöglichkeiten werden genannt: in erster Linie das Wählen und andere, meist im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stehende Aktivitäten. Trotz der z. T. relativ systematischen Operationalisierungsversuche erscheinen auch alle diese Skalen ähnlich theorielos und spontan erstellt. Weder der inhaltliche Aktivitätsraum politischen Handelns noch die Gewichtung verschiedener Aktivitäten erfolgt anhand einer entsprechenden Theorie. Vielmehr orientieren sich die Forscher jeweils am praktischen bzw. am gesellschaftlich geläufigen Problem (z. B. der Wahl) und den üblichen damit verbundenen Verhaltensweisen. Deren Aufzählung unterscheidet sich höchstens hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Differenziiertheit und ihrer logischen Systematik (die aber eine Theorie politischen Handelns nicht etwa ersetzen kann).

Ganz ähnlich scheint uns auch ELLWEIN ("Politische Verhaltenslehre", 1964) bei seinem Versuch, eine "Lehre von den verschiedenen Möglichkeiten, sich politisch zu verhalten" vorgegangen zu sein.

Unter der Überschrift "Von der Unbegrenztheit und der Unberechenbarkeit politischen Verhaltens" führt ELLWEIN eine Unzahl von Aktivitäten politischer Art an. Unter den Überschriften: "Bemühung um das eigene Urteil", "Teilnahme an der politischen Willensbildung", "Kontrolle des Vollzuges politischer Entscheidungen" und "Abwehrrecht und Widerstand" werden hier quasi 'Tips, was man alles machen kann als normaler Bürger' aufgeführt. Das reicht von "Flüsterpropaganda" über 'Mit einem Plakat an einem verkehrsreichen Platz demonstrieren; ggf. mit anderen zusammen' (S. 185) bis zu Mitgliedschaften, Kandidaturen und Verfassungsbeschwerden. Auch hier findet sich eine weder sinnvoll abgeleitete noch in irgendeiner Weise gewichtete (allerdings sehr fleißige) Aufreihung von den Möglichkeiten, 'die es so gibt'.

Ein etwas differenzierterer und theoretisch besser durchdachter Ansatz zur Operationalisierung politischer Aktivitäten bzw. politischer Partizipation findet sich bei MILBRATH (1972). Dieser Ansatz soll hier etwas eingehender dargestellt werden, da er uns auch noch unter anderen Perspektiven interessieren wird.

MILBRATH entwirft eine psychologische Dimension politischer Aktivität, die er für quantitativ erfaßbar hält auf einer einpoligen Skala der I n t e n s i t ä t der Aktivität (wobei der Nullpunkt 'Inaktivität' bedeutet). Neben diesem Aspekt der Intensität unterscheidet MILBRATH sieben Unterdimensionen der "political action", die an Hand verschiedener psychologisch-struktureller Aspekte spezifische Charakterisierungen bestimmter Aktivitätstypen und -formen sowie eine differenzierte individuelle Analyse und Diagnose ermöglichen und erste Ansätze im Hinblick auf eine psychologische Theoriebildung politischer Aktivität darstellen. Als Unterdimensionen werden dabei genannt: 'Verbal/nonverbal; sozial/nonsozial; episodisch/kontinuierlich; Annäherungsverhalten/Vermeidungsverhalten; autonom/unter sozialem Druck; öffentlich/privat; expressiv/instrumentell sowie "inputs"/

"outputs" (vergleiche MILBRATH, 1972, S. 10 ff).

Neben diesen strukturellen Unterdimensionen stellt MILBRATH eine "inhaltliche Struktur politischer Aktivitäten" fest (wobei diese Struktur dennoch richtungsneutral bleibt und außerdem (siehe unten) nur einen bestimmten begrenzten inhaltlichen Bereich politischer Aktivität einschließt (siehe unten)). Bezüglich dieser inhaltlichen Struktur stellt MILBRATH fest:

"Variables that correlate with a specific political act tend to correlate ... " (MILBRATH, 1972, S. 16). Als zweite Feststellung bemerkt MILBRATH: "There seems to be a hierarchy of political involvement, in that persons at a given level of involvement tend to perform many of the same acts, including those performed by persons of lower levels of involvement" (MILBRATH, 1972, S. 16).

Diese "Hierarchy of Political Involvement" umfaßt nach MILBRATH "most, but not all common political activities that characterise the normal process of democracy" (MILBRATH, 1972, S. 18). Auf die Bedeutung dieser inhaltlichen Einschränkung werden wir im nächsten Abschnitt noch eingehen. Hier sei die inhaltliche Hierarchie MILBRATHs zunächst selbst vorgestellt.

Auf der untersten Stufe der Hierarchie werden folgende Aktivitäten in der entsprechenden Reihenfolge aufgeführt:

- Sich selbst einem politischen Reiz aussetzen; wählen; eine politische Diskussion beginnen; versuchen, einen anderen dazu zu bringen, in einer bestimmten Richtung zu wählen; einen Meinungsknopf tragen oder eine Plakette ans Auto kleben.

Auf der mittleren Aktivitätsstufe der Hierarchie werden folgende Handlungsmöglichkeiten genannt:

- Kontakt aufnehmen mit einem Abgeordneten; eine Geldspende an eine Partei oder einen Kandidaten abführen; an einer politischen Versammlung teilnehmen.

Auf der obersten Hierarchie der politischen Aktivitäten nennt MILBRATH folgende Handlungsmöglichkeiten:

- Zeit in einen Wahlkampf investieren; aktives Mitglied einer politischen Partei werden, an einer Strategiediskussion teil-

nehmen, Wahlbüro-Kandidat sein und "holding public and party office" (vergleiche MILBRATH, 1972, S. 16).

Die in der Hierarchie obersten (also zuletzt genannten) zwei oder drei Aktivitäten finden sich nach MILBRATH nur bei 1 % der amerikanischen Bevölkerung. 4 % bis 5 % arbeiten aktiv in einer Partei mit, nehmen aktiv an der Wahlkampagne teil etc. 10 % der Bevölkerung spendet Geld für solche Belange; nur 13 % hat Kontakt zu "public officials"; 15 % tragen einen Meinungsknopf oder ähnliches. 25 % bis 30 % versuchen im Gespräch, andere von ihrer Meinung (ihrer "party preference") zu überzeugen. 40 % bis 70 % (je nach Art der Wahl) informieren sich und wählen (vergleiche MILBRATH, 1972, S. 19).

Entlang der "aktiv-inaktiv-Dimension" verteilt sich die amerikanische Bevölkerung also keineswegs gleich oder normal, sondern nicht einmal kontinuierlich. Vielmehr sind deutlich drei Aktivitätsgruppen oder -typen zu unterscheiden:

1. diejenigen, die ausschließlich passiv partizipieren,
2. diejenigen, die "minimal involved" sind, die also wählen, ein bißchen informiert sind und vielleicht im Gespräch ihre Meinung sagen,
3. die Aktiven, denen alle anderen Aktivitäten der Hierarchie (in abgestuftem Maße) zukommen.

MILBRATH bezeichnet die 5 % Aktivsten als "a small band of gladiators, battle fiercely to please the spectators who have the power to decide their fate" (MILBRATH, 1972, S. 20) in Analogie zu den Gladiatorenkämpfen in Rom, wo die Masse der relativ passiven Zuschauer über Leben und Tod der in der Arena kämpfenden Gladiatoren bestimmen konnten. Diese Analogie bezieht sich darauf, daß der politisch Aktive (z. B. der gewählte Abgeordnete, der Parteivorsitzende etc.) angeblich völlig von der Unterstützung der Bevölkerung abhinge. Wir halten diese Analogie für sehr fragwürdig, um nicht zu sagen demagogisch. Offensichtlich soll hier - bewußt oder unbewußt sei dahingestellt - die Illusion einer echten Demokratie in dem Sinne geweckt werden, daß die Masse der Bevölkerung (offensichtlich durch ihre Wahl-

stimme) über zentrale politische Entscheidungen¹² stimmen kann; und das noch quasi als unbeteiligter, ungefährdeter Zuschauer, während die paar Aktiven Kopf und Kragen riskieren, damit das Volk seinen Spaß hat. Daß diese Interpretation nicht etwa Übertrieben ist oder an MILBRATHs Beispielabsichten vorübergeht, wird an späterer Stelle im Zusammenhang mit MILBRATHs Demokratiebegriff deutlich werden. Im folgenden wollen wir uns intensiv mit einem anderen Aspekt der MILBRATHschen Vorstellung vom politischen Handeln auseinandersetzen.

5. Die inhaltliche Begrenztheit des politischen Handlungsraumes: in den Ansätzen der amerikanischen Psychologie

MILBRATH stellt an den Beginn seiner Überlegungen die Frage: "How and why do people get involved in politics?" (MILBRATH, 1972, S. 5), schränkt jedoch seine wissenschaftliche Fragestellung von vorneherein explizit auf die Frage nach der politischen Aktivität "an sich", d. h. unabhängig von ihrer politischen Richtung ein (S. 5 f). Er läßt den Aspekt der Richtung politischen Verhaltens mit dem Hinweis weg, daß "decisions about the direction of political action are properly another topic, and the book would be unduly expanded and complicated if an attempt were made to cover them here" (S. 6). Er verweist auf die Fülle entsprechender Untersuchungen und ihrer Spezifität, die ohnehin eine Generalisierung erschweren würde. Die übliche abstrakte Richtungs-Dimension "konservativ-liberal" bringt MILBRATH im Übrigen in Zusammenhang mit den beiden großen amerikanischen Parteien. Grundsätzlichere, inhaltliche Richtungsunterschiede sieht er offensichtlich nicht. Jedoch taucht genau dieses Problem später in seiner Systematik politischer Aktivität auf (siehe unten). Aber weder dort, noch bei der Betrachtung "konservativer" und "liberaler" politischer Richtungen sieht

MILBRATH einen möglichen Zusammenhang zwischen Richtung der Aktivität und den formalen Aspekten politischer Aktivität. Inhaltliche und formale Aspekte dieser Aktivität erscheinen ihm als unabhängig voneinander. So schließt er die Begründung seiner Beschränkung auf die formalen, richtungsneutralen Aspekte politischer Aktivitäten mit den Worten: "The reader need only be aware that a choice to take action nearly always requires a second choice about direction. Most of the findings to be discussed in this book are valid, no matter what directional choice the political actor makes" (MILBRATH, 1972, S. 8 f).

Die weiter oben bereits angedeutete inhaltliche Einschränkung politischer Aktivität bei MILBRATH auf "common political activities", die den "normalen Prozeß der Demokratie" charakterisieren sollen, kann durch folgende Begründung MILBRATHs, warum er bestimmte Aktivitäten hier bewußt weglassen hat, näher beleuchtet werden: "Although political demonstrations are considered a legitimate expression of political feeling in a democracy and are widely held, it is a behaviour used by only certain sectors of society. Many other sectors look upon demonstrations as undignified and refuse to use them. Thus, this type of behaviour does not fit into the hierarchy of political involvement in the United States. The hierarchy also does not apply to behaviour designed to disrupt the normal operation of democratic political process or to dislodge a regime from office by violent means; a general strike is an example of the former, and a palace revolt or coup d'etat are examples of the latter" (MILBRATH, 1972, S. 18). Kriterium für solche "common activities" ist also bei MILBRATH zum einen, ob alle Gruppen diese Aktivität als 'würdig' erachten. Zum zweiten stellt sich ihm die Frage, ob diese Aktivitäten legal sind. Hierauf spielt er an, wenn er solche Aktivitäten als un-demokratisch abstempeln möchte, die 'Gewalt' in passiver oder aktiver Form auch großer Bevölkerungsgruppen einschließen.

Tatsächlich lassen sich solche Formen politischer Aktivität - die zum einen weniger auf informieren, mitmachen und unterstützen hinauslaufen, als vielmehr auf die mit Nachdruck gestellte kämpferische Forderung nach bestimmten Rechten und die zum zweiten viel weniger die isolierte Aktivität eines einzelnen als vielmehr solidarische, massenhafte undorganisierte Aktivität beinhalten - in der von MILBRATH aufgestellten Hierarchie nicht einordnen. Schließlich würden sie auch der nach der Auffassung von MILBRATH normalen Aktivitätsverteilung innerhalb einer Demokratie widersprechen, wo die Massen bestenfalls Zuschaueraktivitäten ausüben. Sie stellen u. E. politische Aktivitäten anderer Qualität dar. Es handelt sich dabei vor allem um Aktivitäten, die sehr viel weniger inhalts- bzw. richtungsunabhängig sind. Vielmehr stellen Demonstration, Streik und ähnliche Aktivitätsformen fordernde, mit der herrschenden politischen, sozialen und ökonomischen Ordnung bzw. ihrer Erscheinungsform nicht einverständene, auf Veränderung drängende Aktivitäten dar. Die politische Richtung einer Aktivität, die MILBRATH eingangs als von den formalen Aspekten politischer Aktivität unabhängige Dimension aufgefaßt wissen wollte, läßt sich hier nicht mehr nivellieren: Die Aktivität selbst, ihre Form ist gebunden an ihre Intension. MILBRATH kann nur deshalb seine Vorstellung von der relativen Unabhängigkeit von Richtungsentscheidung und den formalen Aspekten einer politischen Handlung empirisch stützen, weil er in seinen Untersuchungen von der existenten Richtungsvariabilität und den existenten Alternativmöglichkeiten der beiden großen Parteien der USA ausgeht: Die inhaltlichen Vorstellungen dieser beiden Parteien sind - vor allem was die Frage der grundsätzlichen Einstellung gegenüber der sozialen, politischen und ökonomischen Gesellschaftsordnung angeht so ähnlich, so verwechselbar, daß ihre Richtung für eine Aktivität offensichtlich tatsächlich beliebig wird. Ob man der republikanischen Partei Geld gibt oder der demokratischen, ob man eine demokratische oder eine republikanische wahlversammlung

besucht, ob man so oder so wählt - das ist nicht nur formal gleich bedeutend, sondern diese formale Gleichheit ist ein Ausdruck der inhaltlichen Nähe der Richtungen. Bezüglich der gegebenen Gesellschaftsordnung bedeutet dies alles auf jeden Fall eine systemkonforme, zufriedene Unterstützung der gegebenen Verhältnisse.

Der Formalismus bei MILBRATH ist somit nicht etwa nur als wissenschaftstheoretische Verkürzung eines Problems zu sehen, sondern als eine Widerspiegelung politisch formaler, wenig inhaltlich polarisierter Richtungen innerhalb der bürgerlichen pluralistischen 'Parteienlandschaft'. Sowohl MILBRATH selbst als auch die von ihm untersuchte Bevölkerung scheinen sozusagen nichts anderes zu kennen.

Gegenüber diesem hier auseinandergelegten Ansatz MILBRATHs aus dem Jahre 1965 (MILBRATH, 1972⁶) stellt die Untersuchung MILBRATHs von 1968 "Inputs to the Political System" u. E. einen bedeutenden Fortschritt dar. Hier konfrontiert er jeweils den realen Aktivitätsgrad und die politische Aktivitätsbereitschaft des Befragten (inputs) mit dem Zufriedenheitsgrad bezüglich der politischen "outtakes". Hier wird also die Frage der Partizipation, des "political involvement" in einen Zusammenhang gebracht mit der Einstellung gegenüber dem gegebenen Gesellschaftssystem.

Zur Operationalisierung der politischen Aktivität unterscheidet MILBRATH hier drei inhaltliche Bereiche:

1. "Party and Campaign Participation",
2. "Protest and Question",
3. "Teach Children".

Bei jedem Item setzt er die reale Aktivität des Befragten in Beziehung zu dessen Meinung, was notwendig sei zu tun.

Seine eigenen Ergebnisse kommentiert MILBRATH dahingehend, daß die meisten Leute in ausgesprochen geringem Maße politisch aktiv sind. Sie zahlen Steuern, sie versuchen informiert zu bleiben, sie

versuchen zu wählen und sie versuchen, ihre Kinder so zu erziehen, daß sie gute Bürger werden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung glaubt nach MILBRATH, daß damit ihre Pflichten als Bürger beendet seien. Interessant sei hierbei, so bemerkt MILBRATH weiter, daß gerade die Leute, die sich wenig um ihre "political inputs" kümmern, den Wunsch haben, die "governmental outputs" auf die traditionellen Pflichten der Regierung zu beschränken. Eine Minderheit der Bevölkerung fühlt sich im Gegensatz dazu verantwortlich und bemüht sich um eine aktive Rolle in der Politik, und ein noch weit geringerer Prozentsatz füllt diese Rolle tatsächlich aus. Wichtig ist vor allem, daß MILBRATH konstatieren muß, daß bezüglich 'nicht-konventioneller Partizipation' (wie z. B. Demonstrationen) Neger aktiver sind als Weiße (Vergleiche MILBRATH, 1968; vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 396 ff).

Was MILBRATH im Jahre 1965 in seinen Betrachtungen außer acht ließ, taucht hier bei ihm als "non conventional participation" auf. Es wird deutlich, welche konkrete politische und soziale Entwicklung den Forscher veranlaßte, solche Art von Aktivitäten nunmehr ernst zu nehmen: So muß MILBRATH feststellen, daß Neger in den USA politisch aktiver sind als Weiße, und zwar sowohl wenn es um konventionelle als auch wenn es um "nicht-konventionelle" politische Partizipationsformen geht. Gleichzeitig stellt er in seiner Untersuchung fest, daß Neger sehr viel weniger glücklich sind mit dem gesellschaftlichen System der USA als die Weißen und außerdem der Meinung sind, daß das vorhandene System eine größere Verantwortung gegenüber seinen Bürgern hat als die Weißen es vom System erwarten. (Vergleiche MILBRATH, 1968; vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 396 ff).

Es wird hier bei MILBRATH also ein empirischer Zusammenhang festgestellt zwischen Systemunzufriedenheit, d. h. zwischen der Forderung an die Gesellschaft, mehr für bestimmte unterprivilegierte Gruppen zu tun einerseits und der Bereitschaft zu politischer Aktivität andererseits. Diese Bereitschaft zu politischer Aktivi-

umfaßt dabei gleichzeitig die Bereitschaft zu solchen Aktivitätsformen, die Interesse und konstruktives Mitmachen beinhalten sowie fordernde und kämpferische Aktivitätsformen.

Diese Ergebnisse und ihre methodische Ermöglichung durch die entsprechenden Untersuchungsvariablen geht weit über alle anderen von uns dargestellten und uns bekannten Ansätze zur politischen Aktivität in der amerikanischen und westdeutschen Psychologie hinaus. Wie weit diese Erkenntnisse sich inzwischen in der Attitüden-Forschung weiter entwickelt und durchgesetzt haben, sei noch dahingestellt. Ein Demokratiebegriff, wie ihn MILBRATH noch 1965 herleitete (vergleiche unten) wäre unter Berücksichtigung solcher Einsichten allerdings kaum mehr möglich.

Uns erscheint vorläufig der ideologische Stand, wie er sich z. B. in der Einstellungsskala von DUMBRÖSE und LEVINSON (1950; "Ideological Militancy-Pazifism Scale") zeigt, die ROBINSON et al interessanterweise unter die Einstellungen 'gegenüber Krieg' eingeordnet haben, bis heute typisch für die entsprechenden Forschungsansätze zu sein: Zur Erfassung der "Preference of pacific or militant modes of realization of democratic values" formulieren die Autoren u. a. folgende "militante Items": "One can be democratic and believe in free speech and still deny fascists the right to speak and hold meeting." ... "Every possible means, including laws, should be used now to give equal social status and rights to Negroes and other groups." ... "The present difference between the Republicans and the Democrats is very minor and we need a party which will really represent the people." ... "More government controls over business are needed as a first step in preventing an economic crisis". (zitiert nach: ROBINSON et al, 1972, S. 370 f). Was hier als "militante Aktivitäten zur Durchsetzung demokratischer Werte" verstanden wird, sind Aktivitätsformen, die sich zweifellos nicht etwa nur formal bestimmen lassen, sondern die sich daran bestimmen lassen, was geschieht und ob dies im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung

geschieht. Hier geht es ganz offensichtlich den Autoren um eine Verteufelung von solchen Aktivitätsformen, wie sie bei MILBRATH im Jahre 1965 ebenfalls noch als praktisch Tabu abgelehnt wurden, wie sie aber bei demselben Autor im Jahre 1968 - jetzt bezeichnet als "nicht-konventionelle Partizipationsformen" durchaus als gesellschaftliche politische Aktivitäten der Bevölkerung ernst genommen werden müssen. U. E. weisen gerade diese "militanten Items" den Weg zu politischer Aktivität und politischer Partizipation, die die Bevölkerung in die Lage versetzt, die Demokratie in einer Gesellschaft wiederherzustellen oder wirklich zu verwirklichen. Es ist u. E. an der Zeit, daß die psychologische Forschung sich gerade auch diesen Aktivitätsformen und -inhalten zuwendet, wie es z. B. ansatzweise bei MILBRATH (1968) der Fall ist.

h. Systemzufriedenheit und Systemkritik in der Sicht der Attitüden-Forschung

Als letztes wollen wir uns noch kurz mit der Frage beschäftigen, wie sich in der Attitüden-Forschung die Einstellung der Bevölkerung zu dem vorhandenen Gesellschaftssystem und inrer Rolle innerhalb dieses Systems darstellt.

Unmittelbar im Anschluß an die Frage der Sicht des politischen Handelns möchten wir zunächst die Frage aufwerfen: Wie sieht der 'einfache Bürger' seine eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten innerhalb der ihm vorgegebenen Gesellschaft? Die amerikanischen Untersuchungen zur "civic competence" fordern die Befragten jeweils auf, die Effektivität und die Einflußmöglichkeit ihres eigenen politischen Handelns auf den politischen Prozeß bzw. das politische System einzuschätzen. So mißt die 1960 im "Survey Research Center" von CAMPBELL et al erstellte Skala "Political Efficacy" das "feeling that political and social change is possible and that the individual citizen can play a part in bringing about this change" (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 459).

The "subjective political competence scale" von ALMOND and VERBA (1963) versucht dagegen speziell, "the belief in the efficiency of one's own political action in the local government" zu erfassen (vergleiche ROBINSON et al, 1972, S. 446).

Die Autoren MATTHEWS and PROTHRO (1966) gehen in ihrem "Sense of Civic Competence Index" von der Voraussetzung aus, das subjektiv eingeschätzte Kompetenz folgende drei Annahmen einschließt: "1. public officials can be and are influenced by ordinary citizens; 2. some knowledge about how to proceed in making this influence felt; 3. sufficiency self-confidence to try to put this knowledge to work ..." (zitiert nach ROBINSON et al, 1972, S. 471).

Eine etwas andere Fragestellung zeigt sich bei den Autoren HORTON and THOMPSON ("political alienation, 1962), die "alienation" definieren als "powerlessness". Machtlosigkeit

ist allerdings auch hier verstanden als bloße subjektive Annahme.

Bei CLARK ("alienation within a social system", 1959) wird gleichzeitig nach der Einschätzung der eigenen Machtlosigkeit und der Einschätzung des Gesellschaftssystems gefragt. (Eine ähnliche Fragestellung fanden wir auch bereits bei MILBRATH, 1968).

CLARK operationalisiert "alienation" als: "The degree to which a man feels powerless to achieve the role he has determined to be rightfully his in specific situations ..." or "discrepancy between the power a man has and what he believes he should have" (zitiert nach ROBINSON et al, 1972, S. 209).

Ähnliche Items wie hier im Zusammenhang mit der "Powerlessness" und "Kompetenz" tauchen bei der Operationalisierung dessen auf, was als "Political Cynism" bezeichnet wird. So geben z. B. AGGER, GOLDSTEIN und PEARL (1961) zwar vor, ihre Skala "Political Cynism and Personal Cynism" würde "measure the extent to which one is contemptuously distrustful of politicians and the political process". Tatsächlich scheinen uns jedoch die sechs Items, die diese zynische Haltung zum Ausdruck bringen sollen, eine kritische und mißtrauische Haltung gegenüber dem sich demokratisch gebärdenden politischen System der USA auszudrücken. Als Beispiele seien hier genannt: "Money is the most important factor influencing public policies"; "In order to get nominated, most candidates for political office have to make basic compromises and undesirable commitments". (Zitiert nach ROBINSON et al, 1972, S. 481).

Es scheint uns recht verwegen, eine sich so artikulierende Meinung, die im Übrigen mit geringer subjektiv wahrgenommener politischer Macht und Kompetenz korreliert, als "Zynismus" abzutun. Immernin spricht die Tatsache, daß Einkommen, Beruf und Bildung z. B. hoch positiv mit der "Political Efficacy" korreliert (vergleiche z. B. ROBINSON et al, 1972, S. 459), dafür, daß in erster Linie die Menschen eine solche mißtrauische Haltung gegenüber dem politischen System und gegenüber ihrer eigenen politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf dieses System haben,

die von ihren materiellen, geistigen und persönlichkeitsrelevanten Interessen her vom gegebenen politischen System tatsächlich am meisten benachteiligt sind.

OLSEN geht 1959 in der Skala "Political alienation" direkt von einem Zusammenhang des Gefühls der persönlichen Nutzlosigkeit und der Unzufriedenheit aus. Er unterscheidet zwischen zwei Arten der "Alienation": "Included under feelings of incapability (where alienation is imposed involuntarily upon the person by the social system) are such attitudes as guidelessness, powerlessness and normlessness" (zitiert nach ROBINSON et al, 1972, S. 181, Appendix B). Auf der anderen Seite zeigt sich "Alienation" nach OLSEN im Gefühl der "discontentment, whereby alienation is voluntary chosen by the individual as an attitude toward the system" (eben da). Die Items der Skala "Political incapability/futility" gleichen fast wörtlich denen der "Political Efficacy"-Skala CAMPBELLS (siehe oben). Die Skala "discontentment or cynism with politics" problematisiert dagegen ähnliche Aspekte wie die oben zitierte Skala von AGGER, GOLDSTEIN und PEARL (1961).

Die Ergebnisse OLSENS sind sehr aufschlußreich im Hinblick auf den Zusammenhang beider Einstellungs-Aspekte sowie im Hinblick auf die Frage nach den Ursachen solcher Einstellungen: Die Skalen korrelieren miteinander (.46). Dabei korreliert das Gefühl der "Incapacity" negativ mit "political media exposure", "political discussion", "voting participation" und "political involvement". Bei der Variablen "discontentment" gelten diese Beziehungen bis auf "voting participation" auch, wenn auch weniger ausgeprägt. Eindeutig dagegen ist der Zusammenhang bei den Variablen mit dem Bildungsgrad: mit zunehmender Bildung steigen Zufriedenheit und Kompetenzgefühl deutlich an.

Es gibt nicht wenige Versuche in der amerikanischen Attitüden-Forschung, die Frage aufzuwerfen: Wie sieht der amerikanische Bürger sich als politischen Teil des gesamten politischen Systems?

Meint er, daß er selbst (z. B. durch seine Wahlmöglichkeit) wesentlichen Einfluß auf das politische Geschehen nehmen kann und nimmt? Daß das Parlament das ausführende Gremium des Wählerwillens darstellt? Oder meint er, daß weder er als einfacher Bürger Einfluß auf das politische Geschehen hat noch daß die Politiker 'sich einen Dreck um die Interessen der Wähler kümmern'?

Die hier skizzierten Skalen bzw. Konstrukte der amerikanischen Attitüden-Forschung in diesem Zusammenhang (seien sie als "competence", als "powerlessness", als "Systemunzufriedenheit" oder aber als "politischer Zynismus" bezeichnet) gaben alle an, subjektive Vorstellungen, eben Einstellungen, Einschätzungen zu messen. Die Frage objektiver realer Einflußmöglichkeiten, objektiver Machtlosigkeit, die Frage, ob das politische System tatsächlich die Interessen der Bevölkerung vertritt und verwaltet, blieb meistens unberücksichtigt. Nur OLSEN spricht davon, daß das soziale System objektiv Grundlagen für dieses subjektive Gefühl der "incapacity" liefert.

Der deutliche Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und dem Gefühl, in der jeweiligen Gesellschaft, Macht, politischen Einfluß zu haben einerseits und der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Zufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen andererseits, wird von den Forschern nicht weiter interpretiert. Tatsächlich bietet sich hier ein Einblick in die realen Ursachen und Zusammenhänge; im Zusammenhang mit den weiter oben berichteten Ergebnissen zur ausschlaggebenden Bedeutung des Bildungsniveaus z. B. auch für Interesse und Informiertheit im politischen Bereich einerseits und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Bildungsgrad und sozio-ökonomischer Status hoch zu korrelieren pflegen, könnte hier die Behauptung aufgestellt werden: Nicht, oder zumindest nicht nur, weil sie zu wenig über ihr politisches System wissen, halten die Leute aus der 'Unterschicht' nichts von diesem System und glauben diese Leute nicht an einen mög-

lichen politischen Einfluß des 'einfachen Bürgers'. Vielmehr haben sie diese Einstellungen und Einschätzungen auf Grund der Tatsache gewonnen, daß sie trotz der demokratischen Gesellschaft, in der sie leben, ungebildet, schlecht bezahlt und benachteiligt geblieben sind.

III. Zusammenfassung und Kritik der erkenntnistheoretischen, wissenschaftstheoretischen und gesellschaftswissenschaftlichen Implikationen der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung

Am Ende der hier geleisteten umfassenden Analyse der konkreten empirischen Ansätze und ihrer Interpretationen in der Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung stellt sich die Frage, ob diese Analyse das gebracht hat, was von ihr erwartet worden ist. Die Funktion dieser Analyse mit der konkreten Fragestellung nach der wissenschaftlichen Berücksichtigung der objektiven Seite des Einstellungsverhältnisses sollte es sein:

1. nachzuweisen, daß in die Ansätze der Attitüden-Forschung implizite Vorentscheidungen und Vorstellungen erkenntnistheoretischer, wissenschaftstheoretischer und gesellschaftswissenschaftlicher Art eingehen;
2. nachzuweisen, daß der Inhalt und die theoretische Konzeption dieser 'außerpsychologischen' Vorstellungen und Vorentscheidungen von großer Bedeutung sind für den einzelwissenschaftlichen, methodischen wie theoretischen Ansatz sowie für die Art, den Umfang und die 'Tiefe' der gewonnenen Erkenntnisse und damit auch für den praktischen Wert der wissenschaftlichen Ergebnisse;
3. aufzuzeigen, welcher Art diese 'außerpsychologischen' Vorstellungen und Vorentscheidungen in der Attitüden-Forschung sind.

Daß diese drei Fragestellungen nicht jeweils getrennt voneinander analysiert werden konnten, liegt in der Natur der Sache. Wir haben versucht, an Hand von sieben Aspekten (die Rolle des Objektes, die Rolle des Subjektes, die Bedeutung des politischen Wissens, die Bedeutung der Strukturiertheit politischer Einstellungen, das Verhältnis von Emotion und Interesse gegenüber

der Kognition, die Rolle der politischen Handlung im Zusammenhang mit der politischen Einstellung und die Frage der Systemzufriedenheit als politische Einstellung), auf jede dieser Fragestellungen einzugehen und sie - soweit dies jeweils an Hand des zur Verfügung stehenden empirischen Materials möglich war - zu beantworten.

Im folgenden möchten wir noch einmal zusammenfassend und über diese sieben einzelnen Aspekte hinweg die allgemeinen und zentralen Merkmale dieser 'außerpsychologischen Implikationen' sowie deren Konsequenzen für das wissenschaftliche Vorgehen und die Struktur und Qualität der erreichten bzw. erreichbaren Aussagen herausstellen.

a. Das Verhältnis von Theorie und Empirie in der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung

Es konnte aufgezeigt werden, daß das Forschungsinteresse der Attitüden-Forschung an den bestehenden aktuellen Problemen des politischen Lebens der amerikanischen und westdeutschen Gesellschaft anknüpft. Sowohl was die Wahl der Objektbereiche selbst betrifft als auch hinsichtlich der Definition, Herleitung und Strukturierung politischer Sachverhalte, politischer Aktivität etc. orientierte sich die einschlägige Forschung ganz offensichtlich an den Konventionen und Inhalten des herrschenden gesellschaftlichen Politikverständnisses.

Besonders deutlich tritt diese Tatsache in der starken Konzentration der politischen Attitüden-Forschung auf die Wahlpropaganda hervor: "act of voting as a datum to be explained" (CAMPBELL et al, 1960, S. 6) steht im Mittelpunkt des gesamten Erkenntnisinteresses.

Daß hier offensichtlich ein reales praktisches Problem als Hauptproblem angesehen wird für die Erforschung politischen Bewußtseins und Handelns, erscheint uns zunächst als legitimes wissenschaftliches Vorgehen und als ein Fortschritt gegenüber spekulativen Konzeptionen. Anlaß zur Kritik jedoch ist u. E. das spezifische Verhältnis zwischen diesem empirischen Vorgehen und der theoretischen Verarbeitung: Es wird zunächst an die sich darstellenden Probleme unmittelbar empirisch herangegangen. Eine Theorie ist dazu anscheinend gar nicht nötig. Die Theorie wird erst - wenn überhaupt - bemüht, wenn die Menge der empirischen Detailergebnisse unübersichtlich geworden ist.

Die folgende Aussage CAMPBELLs (1960, S. 19) bringt eine solche Einschätzung der Rolle der Theorie deutlich zum Ausdruck: "In the earliest phase of empirical effort, a concept may come in use as much because of its amenability to measurement as its relevance to the problem at hand. Theoretical contributions are small and piecemeal. But as empirical access broadens, the question becomes less what can be measured than what is most strategic to measure".

Wenn hier davon die Rede ist, daß die Theorie die Strategie, was man sinnvollerweise messen soll, liefern kann, so ist damit gemeint, daß sie Schwerpunkte setzen kann innerhalb des vorliegenden empirischen Materials. Eine Erkenntnis der zu erforschenden Sachverhalte über die in den empirischen Ergebnissen unmittelbar enthaltenen Informationen hinaus (im Sinne von Erkenntnissen der allgemeinen und wesentlichen Gesetzmäßigkeiten, die durch Abstraktion vom Konkreten gewonnen werden) dürfte bei solch einem Herangehen an die theoretische Erarbeitung des Problems wohl kaum zu erwarten sein. So werden Erkenntnisse, Einsichten etc. ausschließlich von den empirischen Untersuchungen erhofft und offensichtlich auch als befriedigend eingeschätzt. So bemerkt SEARS zu diesem Problem: "Today, the empirical information available on political behaviour is extensive, while social psychology is in general rather modest about theories.

Exotic interpretations of commonplace political phenomena should not, therefore, be expected. However, the context furnished by contemporary experimental social psychology should deepen the understanding of these phenomena" (SEARS, 1969, S. 315 f).

Die Implikationen und Konsequenzen eines solchen empiristischen Herangehens an das Problem der politischen Einstellungen sollen noch einmal verdeutlicht werden. Es ist uns in dieser Zusammenfassung nicht möglich, auf die sieben oben erwähnten und im Rahmen der Analyse behandelten Aspekte der politischen Einstellung jeweils im einzelnen einzugehen. Es sei jedoch hier noch einmal daran erinnert, daß dieses empiristische Vorgehen, wie wir es noch einmal in wesentlichen Aspekten charakterisieren wollen, sich sowohl in der Behandlung des Objektes politischer Einstellungen als auch in der Behandlung des Subjektes zeigte; Daß dieses Vorgehen außerdem aber auch wesentlich in den Ansätzen auftrat, wo es um die Fragen des politischen Wissens, der Struktur politischer Einstellungen, des Interesses und der Emotionalität sowie des politischen Handelns ging.

Zunächst stellt sich u. E. die Absicht, von der die Attitüden-Forschung ausging, einfach nur empirische Daten über reale Sachverhalte zu sammeln, ohne diese theoretisch oder ideologisch bewerten und erklären zu brauchen, als eine Illusion heraus. Wie gezeigt worden ist, gehen ideologische und vorwissenschaftliche Theorien und Sichtweisen der Realität in doppelter Weise auch und gerade in solche 'einfachen empirischen Ansätze' ein:

Zum ersten hängt die Wahl des Problems, was man z. B. als relevant erachtet oder was man überhaupt als mögliches wissenschaftliches Problem erkennt, ab vom Vorverständnis der Sachlage. Im Zusammenhang mit unserem Gegenstand dürfte hier in erster Linie das beim Forscher vorhandene Politikverständnis ausschlaggebend sein (siehe unten).

Zum zweiten gehen in jede empirische Untersuchung eines Sachverhaltes die Vorstellungen über Art, Wesen, Charakter und Struktur

dieses Sachverhaltes ein. So ist es z. B. nicht möglich, die Einstellungen gegenüber einem politischen Sachverhalt zu messen, ohne Vorstellungen über die Struktur und den Inhalt dieses Sachverhaltes zu entwickeln und ohne diese Vorstellungen in die Untersuchung einzubringen. Das gleiche gilt z. B. für den Begriff der politischen Aktivität oder der politischen Information.

Neben der Illusion, Empirie gänzlich ohne theoretische Voraussetzungen betreiben zu können und den damit verbundenen unkontrollierbaren ideologischen und z. T. unwissenschaftlichen Einflüssen auf die Ergebnisse, stellt sich die konkret-historische Gebundenheit der empirisch erfaßten und erfaßbaren Erscheinungen als Erkenntnisbeschränkung dar. Bei einer Beschränkung auf die Aussagemöglichkeit empirischer Ergebnisse ist diese Aussagemöglichkeit an die konkreten Bedingungen gebunden, unter denen die untersuchten Erscheinungsformen stehen.

Andererseits besteht auch die Gefahr der 'Übergeneralisation', d. h. Verallgemeinerung dieser spezifischen Ergebnisse auf allgemeinen Bedingungen, ohne daß das Zutreffen für diese allgemeinen oder auch anders spezifischen Bedingungen überhaupt überprüft werden könnte.

Noch kritischer - besonders im Hinblick auf die Konsequenzen solchen Vorgehens - als das Konzentrieren auf und ausgehen vom unmittelbar empirisch Erfaßbaren ist die Tatsache zu beurteilen, daß nicht einmal nachträglich versucht wird, die Ergebnisse theoretisch zu hinterfragen und zu erklären. So zeigt sich zum einen, daß weder die in den empirischen Ansatz eingegangenen Theorien, Konventionen und Ideologien nachträglich als solche gekennzeichnet werden, noch daß das Problem der konkret-historischen Gebundenheit der Erscheinungen und damit der Ergebnisse gesehen und berücksichtigt wird. Tatsächlich werden die gewonnenen empirischen Ergebnisse konstatiert, korrelative Zusammenhänge werden aufgezeigt und zusammengetragen. Aber eine theoretische

Erklärung wird in den seltensten Fällen versucht. Selbst bei sich aufdrängenden empirischen Zusammenhängen (wie z. B. bei dem Zusammenhang zwischen der Variable 'sozio-ökonomischer Status' und den verschiedenen Aspekten der politischen Einstellung) erfolgt keine theoretische Diskussion im Anschluß an die empirischen Ergebnisse. Geraten die konstatierten Ergebnisse in Widerspruch zu bestehenden gesellschaftlichen Normen (wie dies z. B. bei dem geringen politischen Wissensniveau der amerikanischen Bevölkerung der Fall ist), so ist nicht einmal dies Anstoß zu einer Hinterfragung der Bedingungen dieser Ergebnisse - vielmehr wird auch hier versucht, die bestehende Realität zu rechtfertigen (siehe unten).

Diese drei Implikationen und Aspekte des empiristischen Vorgehens der gängigen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung und zum politischen Handeln lassen sich zusammenfassend wie folgt einschätzen:

Die Erforschung der konkreten, sich als Problem darstellenden und beobachtbaren Sachverhalte, ohne daß der Versuch unternommen würde, diese Sachverhalte in ihrem theoretischen Zusammenhang zu erfassen und zu erklären, führt zu einer wissenschaftlichen Verkürzung in zweierlei Hinsicht: Zum einen wird das gesamte, allgemeine Problem auf einen relativ begrenzten Ausschnitt reduziert. Wahlverhalten steht z. B. für politisches Handeln. Gleichzeitig aber wird dieser kleine Problemausschnitt von seinen konkret-historischen, gesellschaftlichen Bedingungen losgelöst betrachtet und verabsolutiert.

Zum einen wird hier statt den Fragen: "Was ist politisches Handeln?, was sind politische Einstellungen?, welche Dimensionen, Funktionen, Entwicklungsbedingungen und vor allem welche Beziehung zur individuellen und gesellschaftlichen Realität weisen sie auf?" die simple Frage gestellt: 'Wie und z. B. durch welche Einstellungen ist ein bestimmtes Wahlverhalten 'erklärbar' und somit vorhersagbar?'.

Aber gleichzeitig wird dieses konkrete Wahlverhalten, die konkrete politische Einstellung des Bürgers der vorgegebenen Gesellschaft hier und heute als das Wahlverhalten, als das politische Verhalten und das politische Bewußtsein schlechthin ausgegeben und festgeschrieben.

Ausgehend von den konkreten, beobachteten politischen Erscheinungsformen und vom Forschungsinteresse her beschränkt auf die spezifische Vorhersage z. B. von Wahlentscheidungen, ohne theoretische Hinterfragung der Vorentscheidungen und der konkret-historischen Bedingungen der Ergebnisse, wird eine Psychologie zur politischen Einstellung nichts beitragen können zum In-Frage-Stellen, zur Verbesserung, Veränderung der bestehenden Strukturen politischen Bewußtseins und politischen Handelns der Bevölkerung. Eine Wissenschaft, die sich ausschließlich für das unmittelbar Bestehende interessiert und engagiert, wird keine Ansätze für ein Durchschaubarmachen des Gegenwärtigen liefern, zur unentwegten Reproduktion des Bestehenden führen und einer Veränderung des Gegenwärtigen direkt oder indirekt entgegenwirken. Solange kein amerikanischer Forscher danach fragt, was eigentlich politisches Handeln und politisches Bewußtsein sind, - nicht nur wie sie sich in den USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt äußern, sondern welche psychologischen und natürlich soziologischen, gesellschaftlichen Funktionen, Bedingungen und Zusammenhänge die Inhalte, Formen und überhaupt die Existenz des politischen Handelns und Bewußtseins bedingen - solange wird diese Psychologie nicht dazu beitragen können, eben dieses Bewußtsein und Handeln über die bestehenden Grenzen hinaus zu entwickeln. In diesem Sinne dürfte die Attitüden-forschung im Hinblick auf die Ansätze zur politischen Bildung wenig brauchbares wissenschaftliches Material liefern.

b. Das Verhältnis von objektiver Realität und subjektiver Widerspiegelung in der Sicht der amerikanischen und west-deutschen Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung

Zunächst muß festgehalten werden, daß dieses Verhältnis unseres Wissens nach an keiner Stelle und unter keinem Aspekt explizit problematisiert wird. Das Interesse konzentriert sich ganz und fast ausschließlich auf die subjektive Seite des Einstellungsverhältnisses: auf die Einstellungen selber, auf das vorhandene Wissen, das subjektive Interesse und das unmittelbare Verhalten.

So wie sich dieses Verhältnis subjektiv im Bewußtsein und Verhalten darstellt, interessiert es und ist es Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung. Weder die objektive, außerhalb der Einstellungen als reale gesellschaftliche Sachverhalte be-
stehende Existenz politischer Gegenstände, noch deren tatsächliche Bedeutung für die Individuen und ebensowenig die außerhalb und unabhängig vom Bewußtsein gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, Beziehungen und Erforderlichkeiten für die Individuen werden innerhalb dieser Ansätze reflektiert und mit den subjektiven Einstellungen, Kognitionen und Emotionen in eine Beziehung gebracht.

Zum ersten zeigt sich dieser Aspekt der Attitüden-Forschung, der die idealistische Stellung zur Grundfrage der Philosophie beinhaltet in der mehr oder weniger explizit ausgesprochenen Ausrichtung des Erkenntnisinteresses ausschließlich auf die subjektive Seite des Einstellungsverhältnisses.

Besonders deutlich wurde diese Einschränkung z. B. bei JAIDE, der ganz bewußt ausschließlich subjektive Inhalte und Strukturen politischer Einstellungen aufdecken will. Aber auch bei fast allen anderen Ansätzen wird ebenso, z. B. bei der Itemkonstruktion, von den subjektiven, bei einer Population bestehenden und empirisch auffindbaren Einstellungsäußerungen ausgegangen. Besonders deutlich zeigt sich diese Beschränkung der Sichtweise bei der Be-

trachtung dessen, was jeweils von den Autoren unter Politik bzw. unter politischen Gegenständen verstanden wird. Eine objektive Definition der politischen Situation wird zwar meist für möglich gehalten. Jedoch - und soweit muß den Autoren sicherlich recht gegeben werden - wird jeweils festgestellt: Nur wenn diese objektive Situation vom Subjekt wahrgenommen wird, wenn sie auch subjektiv existiert, hat sie eine reale psychologische Bedeutung (vergleiche hierzu z. B. CAMPBELL et al, 1960 und SEARS, 1969). Es wird gesehen, daß die Analyse der objektiven politischen Situation für die Analyse der politischen Einstellungen, also der subjektiven Widerspiegelung dieser objektiven Sachverhalte noch nicht ausreicht. Die Analyse der objektiven Sachverhalte alleine kann also die subjektiven Widerspiegelungen noch nicht erklären. So stellen CAMPBELL et al fest: "We want to understand the individual's response to politics by exploring the way in which he perceives the objects and events of the political world. Our approach is in the main dependent on the point of view of the actor. We assume that most events or conditions that bear directly upon behaviour are perceived in some form or another by the individual prior to the determined behaviour, and that much of behaviour consists of reactions to this perceptions" (CAMPBELL et al, 1960, S. 27).

Die zweifellos psychologisch richtige Einsicht, daß psychologische Sachverhalte immer subjektive Sachverhalte, nämlich Widerspiegelungen sind, führt bei diesen Autoren jedoch zu einer Verabsolutierung der subjektiven Seite. Man übersieht, daß Subjektives als Widerspiegelung nicht vom Objektiven losgelöst betrachtet werden kann. Man verfällt offensichtlich in die Illusion, Subjektives aus sich heraus und nur aus sich heraus erklären und wissenschaftlich betrachten zu können.

So zeigen die Autoren CAMPBELL et al z. B. hinsichtlich ihrer Frage: "When is a specified condition political, and when is it not?" (S. 29) die Möglichkeiten sowohl alltagsgebräuchlicher wie objektiv-wissenschaftlicher Klärungsversuche auf. Sie halten

aber die 'phänomenologische Erklärungsbasis' für die für psychologische Fragestellungen einzig relevante: 'But whatever the objective definition of the situation, some individuals affected may link the shutdown with political objects such as parties, issues, and candidates, where as others will not. Thus we may depend on a phenomenological definition of the degree to which an event, state or factor is political. If the object or event is not cognized at all (an external condition), then no such determination can be made. But as soon as a condition is made personal, then determination of its political or non-political status can rest upon the individual's particular perceptions. Wherever possible, we shall treat this distinction here as it occurs phenomenologically" (S. 29 f).

was eine solche Beschränkung auf die subjektive Seite des Einstellungsverhältnisses bedeutet, konnte z. B. gut an der wissenschaftlichen Operationalisierung der persönlichen bzw. politischen Interessen, der Hoffnungen und Befürchtungen aufgezeigt werden. So versucht auch CANTRIL ganz bewußt, die subjektiven Interessen empirisch zu erforschen. Und er bleibt bei der subjektiven Seite dieser Interessen stehen, da er z. B. die subjektiven Strukturen und Kognitionen der wahrgenommenen Interessen als solche übernimmt, nicht weiter hinterfragt, sondern einfach nur konstatiert. Subjektive Interessen bleiben ausschließlich subjektive Interessen: Sie werden nicht als Widerspiegelungen objektiver Sachverhalte, objektiver natürlicher und gesellschaftlicher Bedingungen angesehen und mit diesen in Beziehung gebracht. Wenn ein hoher Prozentsatz der Befragten großes Interesse an den eigenen ökonomischen Lebensbedingungen zeigt, von sich selbst aber behauptet, sich nicht für Politik zu interessieren, so akzeptierten die einschlägigen Ansätze durchweg diese Aussage. Es existierte nur das Subjektive, und zwar das aktuelle, subjektiv im Bewußtsein Vorhandene. Da dies nicht als mehr oder weniger adäquate Widerspiegelung objektiver, wissenschaftlich analysierbarer Bedingungen angesehen wird, kann keine Aussage ge-

macht werden über die Möglichkeiten, Ursachen und Bedingungen der Veränderung des subjektiv im Bewußtsein Gegebenen. Dies ist die eine Seite der idealistischen Tendenz der dargestellten Ansätze zur Attitüden-Forschung der politischen Einstellung.

Ein weiterer Aspekt des idealistischen Vorgehens ist der, daß - da eben die objektive Seite des Einstellungsverhältnisses nicht als solche ernst genommen wird und einbezogen wird in die psychologische Forschung - an Stelle der wissenschaftlichen Berücksichtigung beispielsweise der objektiven Sachstruktur der politischen Sachverhalte vorwissenschaftliche, ideologie- und konventionsgebundene Vorstellungen in die Ansätze mit eingehen.

Es konnte z. B. ausführlich aufgezeigt werden, welche Bedeutung die Art und Weise der Strukturierung der politischen Einstellungsgegenstände für die Ergebnisse der Attitüden-Forschung hat. Und es konnte nachgewiesen werden, daß in kaum einem der Strukturierungsversuche und Operationalisierungsansätze bewußt und gezielt von der realen, objektiven Sachstruktur des politischen Sachverhaltes ausgegangen wurde. Vielmehr lag den meisten dieser Ansätze die Annahme zugrunde, daß die eigenen, mehr oder weniger spontanen und reflektierten subjektiven Vorstellungen über den Einstellungsgegenstand voll hinreichen würden diesen sinnvoll zu gliedern und zu operationalisieren. Aber nicht nur hinsichtlich des Objektes wurde die objektive Realität des Einstellungsverhältnisses, also die Sachverhalte und Bedingungen, die außerhalb und unabhängig von der subjektiven Widerspiegelung z. B. in den Einstellungen selbst oder auch im subjektiven Interesse bestehen, übersehen und in ihrer psychologischen Bedeutungsrelevanz negiert. Dies zeigte sich sehr deutlich an dem verwendeten abstrakten Menschenbild, an der Vorstellung von einem allgemeinen Subjekt, dem alle Möglichkeiten in gleicher Weise offenstehen, dessen psychologische Differenzierung in Interessen, Sichtweisen und

Einstellungen ausschließlich psychologisch begründet sind und erklärt werden können. 'Interesse' ist z. B. in diesen Ansätzen nur das, was das Individuum aktuell und subjektiv betrifft, wofür es sich gerade interessiert. 'Aktivität' ist z. d. das, was das Individuum aktuell als Subjekt tut. 'Einstellung' ist hier eben genau das, was das Individuum aktuell von einem bestimmten Objekt hält. Mehr wird hier nicht ausgesagt.

Objektive Bedingungen dieses 'Interesses', dieser 'Aktivität' und schließlich der 'Einstellungen' - wie z. B. die tatsächlichen Erfordernisse für die realen Bedürfnisse des Subjektes, die tatsächliche Bedeutung eines Objektes hinsichtlich dieser Bedürfnisse oder auch die objektiv gegebenen Handlungsmöglichkeiten eines Subjektes in einer bestimmten gesellschaftlichen und natürlichen Situation - werden nicht in die wissenschaftliche Behandlung einbezogen. Und selbst da, wo ihre Bedeutung unmittelbar einsichtig wird (z. B. der Zusammenhang verschiedenster Variablen mit dem 'sozio-ökonomischen Status') begnügt sich die Attitüden-Forschung mit einer Konstatierung solcher Zusammenhänge ohne eine wissenschaftliche Begründung zu suchen und ohne ihre praktischen Konsequenzen zu bedenken.

c. Das Verhältnis zwischen Politik und Individuum in der
Sicht der Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung

Da die dargestellten Ansätze der Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung zum einen ausschließlich von den empirisch erfaßbaren Erscheinungsformen des politischen subjektiven Bewußtseins ausgehen und zum anderen dieses subjektive Bewußtsein von seinen gesellschaftlichen, außerpsychologischen Bedingungen abschneiden, stellt sich die Beziehung zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und der Politik in diesen Ansätzen als eine lose, unwesentliche Beziehung für die Menschen dar. Wie wir weiter unten zeigen werden, stellt die gesellschaftliche Realität einer 'entpolitisierten Bevölkerung' für die Gesellschaft z. B. der USA oder der BRD einerseits ein Problem dar, andererseits paßt sowohl die Tatsache der verbreiteten politischen Apathie, als auch das sich von hier aus anbietende Konzept der 'Natürlichkeit apolitischen Bewußtseins und Handelns großer Teile der Bevölkerung' offensichtlich zumindest z. T. in die ideologischen Vorstellungen und Strategien 'bürgerlicher Demokratie einer kapitalistischen Gesellschaft' hinein.

Die Wirksamkeit solcher ideologischer Konventionen bezüglich des Politik- und Demokratieverständnisses zeigt sich jedoch nicht nur in dem Versuch, die Ergebnisse der Forschung zu verteidigen und systemkonform zu erklären (siehe unten). Der 'entpolitisierte Politikbegriff', der eine Trennung macht zwischen dem Subjekt und der Politik, läßt sich auch unmittelbar in den Ansätzen zur Erforschung politischer Einstellungen selbst aufzeigen: Zum ersten konnten wir feststellen, daß bei der Wahl der Einstellungsobjekte, bei ihrer Formulierung und Operationalisierung sowohl inhaltlich als auch formal eine große 'Erfahrungsferne' der Objekte für die Subjekte vorhanden war. Dies zeigte sich nicht nur unmittelbar an den Einstellungen bzw. den Einstellungsskalen selbst. Z. B. auch bei der Operationalisierung politischen Wissens

standen unpersönliche, abstrakte, vom Individuum scheinbar losgelöste Fakten des politischen Lebensbereiches im Vordergrund des Forschungsinteresses. Besonders deutlich zeigte sich dieses spezifische Politikverständnis der Attitüden-Forschung auch in den Auffassungen darüber, was als politische Aktivität anzusehen sei und in der Auffassung von politischen bzw. persönlichen Interessen der Bevölkerung.

Politik und politische Angelegenheiten, das sind für die Attitüden-Forscher zunächst Personen, Institutionen, Gesetze, Verträge etc. Von einer realen Bedeutung politischer Entscheidungen für das persönliche Leben des einzelnen wird nicht nur nicht ausgegangen. Vielmehr wird, wie z. B. bei CANTRIL oder auch in der Interpretation, dessen Ergebnisse durch SEARS (siehe oben), die bei den Befragten bestehende Trennung von 'hoher Politik' und ihren persönlichen Interessen einfach übernommen: Die 'economic conditions' gehören so nach CANTRIL nicht zu den politischen Sachverhalten; ebensowenig wird die Frage des sicheren Arbeitsplatzes oder die der Gesundheit als eine politische Frage aufgefaßt. Was hier vollzogen wird, ist eine Trennung der Erscheinungsformen der Politik z. B. in den USA von ihrer tatsächlichen Bedeutung für die in dieser Gesellschaft lebenden Menschen. Und eben diese Trennung - reproduziert im Bewußtsein der Betroffenen selbst - führt zu politischem Desinteresse, zu politischer Apathie, zum subjektiven entpolitisierten Bewußtsein, wie es bei der Mehrheit der Bevölkerung nachgewiesenermaßen existiert. Aber - dies erscheint uns sehr wesentlich - diese angeblich politisch uninteressierte Bevölkerungsmehrheit, die andererseits sehr wohl an den sie betreffenden ökonomischen und sozialen Angelegenheiten starkes Interesse zeigt, wird eigentlich nur dadurch 'politisch uninteressiert', daß sie den Zusammenhang zwischen den erlebten, erfahrenen eigenen Interessen und den politischen Angelegenheiten nicht sieht.

Eine Psychologie, die eben diesen entpolitisierten Politikbegriff übernimmt und reproduziert, dürfte wenig dazu beitragen, dieses Bewußtsein zu entwickeln und zu verändern. Sie dürfte auch wenig

wissenschaftliche Voraussetzungen und Inhalte dafür bieten, die Ansätze zur politischen Bildung so zu verbessern, daß die demokratische Zielsetzung politischer Bildung verwirklicht werden kann.

Neben dem Niederschlag dieses Politikverständnisses in der Wahl, Operationalisierung, Interpretation und Formulierung politischer Sachverhalte in der Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung, zeigt sich dieses spezifische Vorverständnis auch darin, daß den Inhalten politischer Einstellungen (im Verhältnis zu ihren formalen Aspekten) keineswegs immer die Bedeutung eingeräumt wird, die ihnen - geht man von der realen Bedeutung der Politik für das Individuum aus - zusteht.

Die Unterschätzung des Inhaltes der politischen Sachverhalte für die Einstellung zeigte sich zum einen z. B. in der verbreiteten Annahme, daß politische Einstellungen relativ inhaltsunabhängige Verhaltenstendenzen im politisch-sozialen Lebensbereich seien. Der Art und Weise eines Verhaltens, der Intensität einer Einstellung wurde andererseits meist größere Beachtung geschenkt als dem Ziel des Verhaltens, der Richtung der Einstellung und dem Inhalt des Einstellungsobjektes.

Diese insgesamt tendenziell formalistische Betrachtung politischer Einstellungen und der Emotionen, Kognitionen und Handlungen, die mit politischen Einstellungen im Zusammenhang stehen, läßt den Schluß auf ein Politikverständnis zu, das der objektiven Bedeutung bestimmter Inhalte für die Einstellung bestimmter Subjekte weniger psychologische Relevanz einräumt als bestimmten, mehr oder weniger persönlichkeitspezifischen Verhaltenstendenzen. Das heißt konkret, für das Entstehen und Beibehalten einer Einstellung bei einem Subjekt erscheint der Attitüden-Forschung letztlich wichtiger, ob dieses Subjekt bestimmte allgemeinere formale Verhaltenstendenzen (wie z. B. dynamisch, beharrend, mißtrauisch) aufweist, als wenn und ob eine bestimmte inhaltliche Bedeutung des Einstellungsobjektes für das Subjekt existiert.

Nicht zuletzt drückt sich in der Attitüden-Forschung die Übernahme des dargestellten entpolitisierten Politikverständnisses der herrschenden Ideologie z. B. in den USA durch die Wissenschaftler darin aus, daß das, was als Politik, als politischer Sachverhalt, was als möglicher Aktivitätsraum politischen Verhaltens definiert wird, den gesellschaftlichen politischen Verhältnissen und Vorstellungen eben dieser Gesellschaft durchaus entspricht.

d. Demokratie und politisches Bewußtsein in der Sicht der
Attitüden-Forschung und der bürgerlichen Ideologie

Wie wir gesehen haben, ist das Niveau politischen Wissens selbst, wenn es um das Wissen um die bloße Existenz einfacher politischer Sachverhalte geht, bei der Mehrheit z. B. der amerikanischen Bevölkerung äußerst niedrig. Das gleiche gilt bezüglich der politischen Partizipation, der Aktivität und der Engagementbereitschaft.

SEARS konfrontiert diese Ergebnisse mit den Vorstellungen des geläufigen Demokratieverständnisses in seinem Lande: So bestehen nach HENNESSEY (1965) in einer funktionierenden Demokratie drei zentrale Eigenschaften des Wählers: zum einen ist der Wähler in einer solchen Demokratie informiert über die wichtigen Personen und politischen Sachverhalte im öffentlichen Leben. Zum zweiten kann er die Alternativpositionen der politischen Parteien bezüglich der wichtigen politischen Sachverhalte differenzieren und zum dritten verfügt er über eine gewisse persönliche Ideologie, die ihn in die Lage versetzt, politische Alternativen in sein ideologisches System einzubauen (vergleiche ROBINSON et al, 1972).

Es muß insgesamt - gemessen an den hier aufgestellten Merkmalen eines Bürgers in einer Demokratie - der Schluß gezogen werden, daß der Durchschnittswähler z. B. der USA keine der hier geforderten Wählerqualitäten in hinreichendem Maße aufweisen kann. Vor dieser Tatsache können z. B. auch die Wissenschaftler in den USA ihre Augen nicht verschließen. So sieht z. B. SEARS den Widerspruch zwischen dem relativ hohen allgemeinen Bildungsniveau der amerikanischen Bevölkerung und dem - weitaus niedrigeren - politischen Niveau. Sein Hinweis, es könne sich um eine normale Erscheinung in "relatively peaceful mass democracies" handeln (SEARS, 1968, S. 329), erscheint ihm jedoch selbst als "unsatisfactory".

Auch MILBRATH wird mit dieser Diskrepanz von Realität und

demokratischem Ideal konfrontiert. So stellt sich ihm die Frage: 'Is there a reason, then, to fear for the future of democracy?' (MILBRATH, 1972, S. 142).

MILBRATH versucht nun, dieses Problem auf folgende Weise zu lösen: "In reconciling the fact of low participation with the fact of adequately functioning democracies, political scientists have enlarged their understanding of the political process and of the roll of the average citizen in that process" (MILBRATH, 1962, S. 143). Im Unterschied zu den Demokratievorstellungen klassischer Prägung (z. B. John LÜCKE), wo von einer kleinen homogenen Gesellschaft ausgegangen wird, hätten sich - so MILBRATH - im Zusammenhang mit der hochdifferenzierten Arbeitsteilung der modernen Gesellschaft politische Rollen von unterschiedlicher Aktivität etc. im politischen Lebensbereich herausgebildet: "This enables some men (elected and appointed officials) to devote their full attention to the complex public issue facing modern society. Thus division of labour allows other men (most of the citizens) to pay relatively little attention to public affairs. Politics and government are a peripheral rather than a central concern in the lives of most citizens in modern western societies. As long as a public officials perform their tasks well, most citizens seem content not to become involved in politics" (MILBRATH 1972, S. 143).

Hier wird also versucht, den offensichtlichen Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit in der amerikanischen Gesellschaft zu rechtfertigen. Aus der sicher richtigen Tatsache, daß in einer modernen großen Gesellschaft nicht jeder alle politischen Funktionen erfüllen kann, wird - u. E. vollkommen willkürlich - hier der Schluß gezogen, daß es deswegen auch 'ganz natürlich sei', daß die Mehrheit der Bevölkerung, die keine politischen Ämter bekleidet etc., deswegen keine Ahnung und kein Interesse an politischen Sachverhalten und Zusammenhängen hat. MILBRATH geht sogar noch weiter: Das politische Bildungsniveau der amerikanischen Wählerbevölkerung scheint MILBRATH nicht nur 'natürlich'. Vielmehr

scheint MILBRATH diese Tatsache, daß der Bürger der amerikanischen Gesellschaft keine andere politische Macht hat, als seine Stimme einer der vorhandenen Alternativen zu geben, und daß entsprechend geringe Notwendigkeit für den Bürger besteht, eine adäquate Orientierungsgrundlage für politisches Handeln herauszubilden, als einen Vorteil gerade auch für den Bürger einzuschätzen:

"The burden upon the citizen is much less if he is called upon only to select who his rulers will be than if he is asked to decide the pros and cons of an abstract policy. Furthermore, choices of public officials confront the citizen only at periodic elections, thus taking very little of his time" (MILBRATH, 1972, S. 144). Diese Äußerungen erscheinen uns als geradezu 'massenfeindlich'. Angesichts einer politisch unmündigen Bevölkerung - wie die Bevölkerung z. B. der USA nach den einschlägigen Untersuchungen der Attitüden-Forschung bezeichnet werden muß - wird nichts unternommen, diesen Zustand zu ändern. Stattdessen wird der unmündige Bürger für sein Unwissen und Desinteresse entschuldigt. Es wird behauptet, dies sei normal und nicht etwa nur nicht schlimm, sondern sogar verständlich. Man stellt dem Bürger scheinbare Vorteile politischen Desinteresses und politischer Ahnungslosigkeit vor Augen und - man beruhigt ihn.

Angesichts der durchgehenden, eindeutig festgestellten Korrelationen zwischen politischem Desinteresse, politischem Unwissen, Inaktivität etc. mit dem 'sozio-ökonomischen Status' erscheint eine solche Rechtfertigung politischer Unmündigkeit als zynischer Hohn. MILBRATH steht mit solchen Rechtfertigungstendenzen jedoch keineswegs alleine (vergleiche z. B. LANE, 1965; CNUDDI und NEUBAUER⁶⁹; CAMPBELL et al, 1960; KIESELBACH, 1973).

Aber nicht genug damit, daß die politische Unmündigkeit gerechtfertigt, als harmlos, normal und nicht störend hingestellt wird. Eine politisch apathische Bevölkerung hat, wie wir bei MILBRATH weiter hören, auch Vorteile für die Demokratie und die Gesellschaft.

selber: "moderate levels of a participation help societies find another type of balance, that between consensies and cleavage... societies having large numbers of people who are intensely interested and active in politics ... tend to have wide and deep cleavages that are very difficult to bridge" (MILBRATH, 1972, S. 140). Es geht MILBRATH hier also um die 'Ruhe im Staat', und zwar um die Ruhe zwischen konträren Interessengruppen. Wenn man bedenkt, welche der sozialen Gruppen sich durch besondere politische Unmündigkeit auszeichnet, so wird recht deutlich, wo MILBRATH hier die Vorteile sieht: Eine Demokratie des von ihm gepriesenen Typs verhindert Streiks, Klassenkämpfe und die Möglichkeit der Veränderung der Gesellschaft in eine u. E. tatsächlich funktionierende Demokratie, in der nämlich das Volk die politische Macht ausübt, so wie es im Grundgesetz der BRD z. B. verankert ist. Aber gerade in einer solchen wirklichen Demokratie, die - um im Beschreibungssystem zu bleiben - auch gekennzeichnet wäre durch hohes politisches Bildungsniveau, großes politisches Interesse der Bevölkerung und tatsächliches Wissen um die eigene Betroffenheit durch die Politik sowie durch eine allgemeine Bereitschaft zu politischer Aktivität, gerade in einer solchen Verwirklichung von Demokratie sieht MILBRATH eine weitere Gefahr: 'We would expect to find, in a society where most adults are intensely interested and involved in politics, that political concerns have moved from the periphery to the center of life interests for most persons. Probably most social relationships, in such a society, would become politicized... In a highly politicized society, political considerations determine a person's opportunities for education, for a job, for advancement on the job, for a place to live, for goods to enjoy. Furthermore, politics determines the thoughts a citizen can express, the religion he follows, his chances for justice. Such a permeation of politics into all aspects of life is antithetical to the basic principle of limited government in a constitutional democracy. There is a consensus in limited constitutional democracies that all the relationships (areas of

life) mentioned above are out of bounds to politics" (MILBRATH, 1972, S. 147). Mit diesem u. E. nicht besonders geglückten 'Schachzug' malt MILBRATH hier ein Gespenst des totalitären Staates an die Wand: aus der Politisierung aller Lebensbereiche, die ja nichts anderes bedeutet, als daß die gesamte Bevölkerung politische Entscheidungen fällt, die Relevanz der Politik für ihr Leben voll erkennt und die Politik in allen Lebensbereichen wahrnimmt, wird hier flugs die 'Unterdrückung des Privatlebens' gemacht. Hier steht es also deutlich: politische Unmündigkeit schadet der Demokratie der USA nicht nur keineswegs, sie ist sogar notwendig für ihren Bestand.

An dieser Stelle kann das hier angeschnittene Problem der Rolle politischer Partizipation der Mehrheit der Bevölkerung innerhalb der Gesellschaft weder umfassend dargestellt noch ausdiskutiert werden. Wir verweisen auf die Arbeit von KIESELBACH, wo diesem Aspekt besonders auch in seinen politischen aktuellen Beziehungen weiter nachgegangen worden ist (KIESELBACH, 1973).

Es bleibt für uns noch zu erwähnen, daß eine solche Haltung gegenüber der politischen Apathie der Bevölkerung nicht etwa von allen Attitüden-Forschern in Sachen politischer Einstellungen geteilt wird. So muß gerade an dieser Stelle stellvertretend die Untersuchung JAIDEs hervorgehoben werden, der - bei aller subjektivistischen Tendenz und allen theoretischen wie empirischen Mängeln seines Ansatzes - mehr erreichen wollte als eine systemimmanente, systemkonforme Konstatierung des bestehenden politischen Bewußtseinsniveaus bzw. seiner Struktur. Am Anfang seiner Untersuchung steht die Skepsis, 'ob unser System, so wie es seine Voraussetzungen - d. h. demokratisch teilnehmende, 'mündige' Staatsbürger - hinreichend reproduziert oder ermöglicht' (JAIDE, 1970, S. 11). Angesichts seiner Ergebnisse, daß nämlich einem hohen Anteil Jugendlicher in der BRD konservative und faschistoide Meinungsdimensionen zukommen, 'zuckt JAIDE keineswegs die Achseln. Vielmehr schätzt er "politische Trägheit, Phantasielosigkeit und

Rückwärtsfixierung" als "Gefahr für die westdeutsche Demokratie
ein (SAIDE, 1970).

e. Die Attitüden-Forschung zur politischen Einstellung als
Ausdruck ihrer Verwertungsbedingungen

Die wesentlichsten Merkmale des oben analysierten wissenschaftlichen Vorgehens sind zum einen das relativ theorielose, eher empiristische Herangehen, die vorwissenschaftliche Orientierung an ideologischen Konventionen, die Nicht-Berücksichtigung der objektiven Realität der außerpsychologischen Gegebenheiten und Bedingungen sowie die Tendenz zum Formalismus. Zum weiteren ist dieses wissenschaftliche Vorgehen gekennzeichnet durch ein ahistorisches Menschenbild, das auf der einen Seite die konkrete gesellschaftlichen, historisch bestimmten Bedingungen unberücksichtigt läßt und auf der anderen Seite zu einer Verabsolutierung der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen neigt.

Ausgangspunkt und Ziel der Untersuchungen sind dabei relativ eingeschränkte Ausschnitte des politischen Verhaltens und des politischen Bewußtseins: So tritt der politische Gegenstand in nur wenigen seiner möglichen Erscheinungsweisen (z. B. Parteien, Institutionen, politische Ereignisse, Gesetze etc.) auf, nämlich in denen, die dem von der bürgerlichen Ideologie geprägten durchschnittlichen Bewußtsein der amerikanischen bzw. auch westdeutschen Bevölkerung am geläufigsten ist. Ebenso auf spezifische historische und gesellschaftlich bedingte Erscheinungsweisen ist das politische Handeln selbst reduziert.

Die Frage nach der objektiven, außerhalb des Bewußtseins und Handelns der Menschen existierenden Realität des politischen Gegenstandes, seiner tatsächlichen Bedeutung für das Subjekt, seiner tatsächlichen Struktur etc. wird nicht gestellt.

Nun läßt sich das hier skizzierte wissenschaftliche Vorgehen der Attitüden-Forschung in den USA und der BRD weder in seinem Begründungszusammenhang noch in seinem Wirkungszusammenhang von den gesellschaftlichen Zusammenhängen, innerhalb derer es entsteht und wirkt, trennen: Eine Einbeziehung der objektiven Realität

des Einstellungsverhältnisses, der tatsächlichen Bedeutung und objektiven Betroffenheit, in die Betrachtung der politischen Einstellung würde die Wege öffnen zur Hinterfragung des scheinbar unvermeidbaren unmündigen, politisch unwissenden und desinteressierten Bewußtseins der Mehrheit der Bevölkerung. wenn sie dagegen in der Lage wäre, ihren Gegenstand allgemein, d. h. nicht nur gebunden an die konkret gegebene Erscheinungsform zu erkennen, verlöre die Psychologie von den politischen Einstellungen ihren systemimmanenten und systemstabilisierenden Charakter.

Aber ein Erkenntnisinteresse am psychologischen Komplex des politischen Handelns und der politischen Einstellung über hinaust nun gebrauchte und im gegebenen gesellschaftlichen System verwertbare Ergebnisse hinaus besteht innerhalb der amerikanischen und westdeutschen Attitüden-Forschung offensichtlich nicht. Zum einen haben die gesellschaftlichen Bereiche, die die Ergebnisse der Attitüden-Forschung verwerten, keinen Bedarf an Theorien, Methoden und Ergebnissen, die die psychologische Einstellung als subjektive Widerspiegelung einer objektiven politischen Realität behandeln. In keinem der relevanten Praxisbereiche stellt sich offensichtlich die Frage danach, wie man Einstellungen schafft oder verstärkt, die dem tatsächlichen Verhältnis zum politischen Sachverhalt, der tatsächlichen Bedeutung politischer Fragen für das eigene Leben entsprechen. Sowohl in der Konsumwerbung als auch in der politischen und ideologischen Propaganda scheint es um das Hervorbringen bestimmter, gewünschter Einstellungen zu gehen, deren Inhalt und Richtung nicht von den objektiven Interessen des Subjektes am gegebenen Objekt abgeleitet, sondern als Zielvorstellungen vorgegeben werden.

Aber es besteht nicht nur kein Interesse und kein Verwertungszusammenhang für eine weitergehende Hinterfragung des Einstellungsverhältnisses über seine subjektive Seite hinaus. Vielmehr scheint es uns, als würde eine solche Möglichkeit in der Attitüden-Forschung und in der entsprechenden Gesellschaft als Bedrohung gesehen, nämlich dann, wenn sie die Illusion von der

'großen, funktionierenden, glücklichen bürgerlichen Gesellschaft' in Frage stellte. Die erstaunlichen Versuche von SEARS, LANE, MILLBATH und anderen Attitüden-Forschern, die von ihnen selbst erbrachten Ergebnisse von der politisch unmündigen Bevölkerung der USA dennoch und gerade als Beweis der Intaktheit der amerikanischen Demokratie hinzustellen, zeigen sehr deutlich diese ideologischen Erkenntnisschranken.

Es stehen also in der amerikanischen Psychologie (und z. T. auch in der westdeutschen Psychologie) keineswegs nur innerwissenschaftliche, durch eine bestimmte, wissenschaftstheoretische Tradition eingefahrene reduktive Vorgehensweise einer umfassenderen psychologischen integrativeren Theorie der politischen Einstellung entgegen. Vielmehr gibt es offensichtlich (und letztlich ausschlaggebend) außerwissenschaftliche Erkenntnisschranken.

Hier schließt sich unmittelbar die Frage an, in welchem Maße und ob überhaupt die Attitüden-Forschung zu einem Konzept politischer Bildung beitragen kann, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Demokratisierung des politischen Bewußtseins und des politischen Handelns der Mehrheit der Bevölkerung voranzutreiben. Es stellt sich die Frage, ob die geläufigen hier skizzierten Verwertungsinteressen in der Attitüden-Forschung mit einer solchen Demokratisierungsabsicht überhaupt in Übereinstimmung gebracht werden können.

Auf diese allgemeinere Problematik möchten wir im Schlußkapitel der vorliegenden Arbeit noch kurz eingehen.

3. Schlußbemerkungen:

Thesen zu einer alternativen Einstellungskonzeption unter dem Aspekt ihrer Relevanz für das praktische Problem der politischen Bildung

Nach der ausführlichen Analyse der Attitüden-Forschung der geläufigen amerikanischen und westdeutschen Ansätze bleibt uns nun - im Rahmen der vorliegenden Arbeit - nur noch, einige Schlußfolgerungen zur Konzeption politischer Einstellungen zusammenzufassen und zu konkretisieren. Diese Schlußfolgerungen können also nur die Funktion und den Charakter von thesenhaft formulierten Hinweisen und Vorschlägen haben. Eine ausführliche, und das hieße auch eine umfassend hergeleitete, begründete und erläuterte Theorie oder Forschungskonzeption kann deshalb nicht erwartet werden. Wir hielten es allerdings für durchaus möglich und recht sinnvoll, die folgenden thesenhaften Hinweise in weiterer Forschungsarbeit aufzugreifen und zum Ausgangspunkt gründlicherer empirischer und theoretischer Arbeit zu machen..

I Thesen zu einem alternativen wissenschaftlichen Vorgehen in der Attitüden-Forschung

Zu diesem Punkt möchten wir uns auf einige Aspekte beschränken, die uns im Laufe der Analyse der Ansätze und Ergebnisse der Attitüden-Forschung aufgefallen und als kritikbedürftig erschienen sind.

Zum Verhältnis: Theorie/Empirie

es genügt u. E. keineswegs, nur die bestehenden Erscheinungsformen der Einstellungen zu analysieren bzw. zu messen. Vielmehr muß versucht werden, ausgehend von den empirisch feststellbaren Phänomenen politischen Bewußtseins, durch Abstraktion und unter Einbeziehung

wissenschaftlicher Erkenntnisse und theoretischer Aussagen der eigenen sowie gegenstandsverwandter Wissenschaften zum Wesen, also zu den zentralen, die Erscheinungsform notwendig bedingenden Bewegungsgesetzen des Gegenstandes vorzudringen.

Ein solches Vorgehen würde zum einen die Gefahr der Orientierung des Ansatzes an vorwissenschaftlichen Vorstellungen, an Konventionen und Ideologien vermeiden.

Ferner ermöglichte es Aussagen über die spezifischen konkreten Bedingungen des gerade untersuchten Phänomens hinaus und liefert wissenschaftliche Kriterien für die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit einer solchen Generalisation. Damit wäre die Voraussetzung geschaffen zur wissenschaftlichen Hinterfragung des Bestehenden so zur wissenschaftlichen Herleitung der Bedingungen für eine Veränderung.

Feld- versus Laborforschung:

Wie wir gesehen haben, liefern die Laboruntersuchungen in der Attitüden-Forschung zum großen Teil sehr spezifizierte und meist auch 'künstliche Ergebnisse', da die hier bestehenden Bedingungen von dem realen gesellschaftlichen und situativen Kontext, innerhalb dessen sich z. B. ein politischer Bildungs- oder Einstellungsänderungsprozeß abspielt, zu stark abweichen. Dieser Kontext gehört u. E. zu dem Einstellungsänderungsprozeß jedoch wesentlich dazu, so daß im Experiment nicht 'zu reine' oder 'untypische' Bedingungen herrschen, sondern schlicht falsche Bedingungen. Abstraktion von den wesentlichen Bedingungen führt nicht zur Isolation wesentlicher Faktoren, sondern zur Untersuchung unter neuen, wesentlich anderen und praktisch unbrauchbaren Bedingungen.

Als Alternative zu den globalen, wenig aussagehaltigen Felduntersuchungen bietet sich u. E. nicht etwa das üblicherweise praktizierte Laborexperiment an, sondern eine empirische Sozialforschung, die ihren wissenschaftlichen Gegenstand im Feld kontrolliert, d. h. nicht etwa auf Zufälle angewiesen ist, sondern experimentelle Bedingungen und Variablen setzt; d. h. aber auch, die den Gegenstand nicht von seinen gesellschaftlichen Bedingungen

abstrahiert, sondern ihn in seiner 'natürlichen Umgebung' untersucht. Konkret wird das z. B. bedeuten: Die Wirkung eines politischen Aufklärungsfilmes kann nicht sinnvoll untersucht werden mit einer noch so repräsentativen Stichprobe im Labor, sondern nur, wenn dieser Film unter sozial existenten Bedingungen (etwa im Sozialkundeunterricht in der Schule; am Fernsehenabend der Familie; in der Gewerkschaftsversammlung), die wesentlich zu dem gegebenenfalls ausgelösten politischen Bildungsprozeß dazu gehören, gezeigt und wenn seine Wirkung auf das Bewußtsein und das Verhalten in diesem sozialen Kontext untersucht wird.

Statisch- globaler versus dynamisch-analytischer Untersuchungsansatz:

In allen dargestellten Untersuchungsansätzen ging es um eine Erfassung und Messung der Einstellung, wie sie hier und heute, d. h. zu dem bestimmten Zeitpunkt der Untersuchung bei einer Person bestand. Einstellungen werden hier als Momentaufnahme erhoben, der Prozeßcharakter interessiert nur indirekt, etwa, wenn es um die Reliabilität eines Fragebogens oder die Möglichkeit zur Einstellungsänderung geht. Es wäre u. E. gerade unter einer differentialdiagnostischen Fragestellung weit weniger wissenschaftlich interessant, wie die Einstellung eines Menschen ad hoc aussieht, als vielmehr, welche Entwicklung sie macht, wie stabil sie ist und unter welchen Bedingungen sie sich verändert. Noch wichtiger als diese Problematik des statischen Einstellungsmessungsansatzes erscheint uns das Problem des globalen Einstellungsmessungsansatzes, wie er in sämtlichen von uns dargestellten und uns bekannten Einstellungsuntersuchungen auftritt. Es wird immer einfach nur nach 'der Einstellung gegenüber X' erfragt, wobei kaum einmal ein Versuch unternommen wird, diese Einstellung nicht als ein unhinterfragbares und unzerlegbares 'Ganzes' zu betrachten. Sinnvoll erschien uns dagegen, wenn eine - gerade auch differentialdiagnostische - Einstellungsmessung nicht einfach 'die Einstellung gegenüber X' erfassen würde, sondern wenn dieser psychologischen Realität 'Einstellung' durch eine Auf-

lösung in ihre Bedingungen, Bestandteile und Aspekte analytisch 'zu Leibe gerückt werden könnte'.

Würde man beispielsweise statt der Fragestellung: "Wie stellen Sie sich zu X?" andere, differenziertere und differenzierendere Fragen stellen (etwa: Was wissen Sie über X? Sehen Sie, wie und wo Sie persönlich davon betroffen werden und werden könnten? Welche Zusammenhänge sehen Sie zu anderen gesellschaftlichen Problemen oder Bereichen? Wo sehen Sie Ursachen? Halten Sie das Problem für änderbar und wenn ja, wie? etc.), so könnte man nicht nur die Einstellung des Befragten zu X erfahren, sondern vor allem auch seine psychologischen Bedingungen dafür, daß er zu dieser Einstellung gelangt ist. Konkret gesagt: Es wäre eine Abschätzung der Adäquatheit der kognitiven Orientierungsgrundlage des Befragten für seine Einstellung möglich - sowohl was den Umfang und die Komplexität als auch, was die wesentlichen Inhalte dieser kognitiven Widerspiegelung betrifft.

Ein solcher Ansatz zur Einstellungsmessung wäre allerdings nur dann sinnvoll, wenn es innerhalb der Attitüden-Forschung gelte, z. B. den politischen Bildungsprozeß in seinen Bedingungen und Voraussetzungen zu untersuchen, wenn es darum ginge, Möglichkeiten zur Verbesserung des politischen Wissensniveaus, zur Veränderung des politischen Bewußtseins in Richtung eines demokratischen Bewußtseins zu ermitteln.

Geht es dagegen jedoch nur um Konstatierung von Einstellungen - gleichgültig, wie sie aussehen und wie sie begründet sind, wie etwa in der geläufigen Meinungsforschung -, oder geht es nur um die Konstatierung von Wirkungen auf Einstellungen - gleichgültig, wie diese aussehen und gleichgültig, wie die Einstellungen sich entwickeln, dann kommt man mit dem geläufigen, 'statisch-globalen' Einstellungsmessungsansatz recht gut aus.

Zum Problem der Interdisziplinarität:

Auf die Bedeutung philosophischer, speziell vor allem erkenntnistheoretischer Positionen und Grundlagen für die Attitüden-Forschung

müßten wir speziell im folgenden Kapitel im Zusammenhang mit der Einstellungskonzeption selber eingehen.

Die Bedeutung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse und Theorien innerhalb der Attitüden-Forschung konnte im Verlauf der Analyse deutlich gemacht werden. Wir halten es an dieser Stelle für einen wichtigen forschungspraktischen Aspekt, daß sich die Attitüden-Forschung als psychologische Teildisziplin vom Gegenstand 'politische Einstellungen' nicht anmaßen darf, alle in diesem Zusammenhang auftretenden Aspekte psychologisch erklären zu können. Das gilt in ganz besonderem Maße für das Verständnis von der Politik, für das wissenschaftliche Verständnis der politischen Gegenstände dieser Einstellungen.

Was politisches Bewußtsein und politisches Tun beinhaltet, wie es formal gestaltet ist, das sind psychologische Fragen. Und ebenso sind es psychologische Fragen, wie solche bestimmten Inhalte und Strukturen bei den Menschen entstehen, wie sie herausgebildet werden, wie sie sich verändern und wodurch sie sich entwickeln. Diese psychologischen Fragestellungen kann der Psychologie keine andere wissenschaftliche Disziplin abnehmen.

Aber - und hier kommen wir zu einem bereits mehrfach angerissenen Kernproblem: Diese psychologischen Fragen kann die Psychologie nur dann lösen, wenn sie sie interdisziplinär angeht. Mit dem Begriff 'interdisziplinär' meinen wir nicht ein Zusammenarbeiten mehrerer beliebiger wissenschaftlicher Disziplinen, sondern eine wissenschaftliche Gegenstandsbetrachtung, die nicht einen, z. B. den psychologischen Aspekt verabsolutiert und den Gegenstand somit von seinen anderen Aspekten ablöst, sondern die versucht, einen bestimmten Aspekt des Gegenstandes im Zusammenhang und Verhältnis mit den anderen Aspekten zu sehen. Für unser Problem politischer Psychologie heißt es zunächst: Vom Gegenstand 'Politik' ist unter dem Aspekt und mit den Erkenntnismitteln der Psychologie nur das zu betrachten, was wesentlich psychologischer Natur ist (wie etwa Vermittlungs- und Widerspiegelungsprobleme). Die politischen Sachverhalte selber jedoch, also die Objekte der

politischen Einstellungen oder auch das objektive Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt sind Gegenstand der Politikwissenschaft, der Soziologie oder Gesellschaftswissenschaft im allgemeinen.

Der Attitüden-Forscher, der sich zu theoriegeleiteter Forschung entschließt, der sich also auch nicht mit vorwissenschaftlichen Konzepten und Vorstellungen begnügen will, muß auch diesen zwei Schritt tun: nämlich die Theorien jeweils aus den Wissenschaftsbereichen entnehmen, die die entsprechenden Gegenstände bzw. die entsprechenden Aspekte der Gegenstände reflektieren und untersuchen.

Ein weiterer, u. E. sehr wesentlicher Aspekt des wissenschaftlichen Vorgehens in der Attitüden-Forschung ist die Frage, ob der Forscher sich mit der subjektiven Widerspiegelung, also der psychologischen Erscheinungsform des Einstellungsverhältnisses begnügt oder aber ob er die objektive, also außerpsychologische Seite des Einstellungsverhältnisses mit in sein Konzept einbezieht.

Im folgenden soll nun in kurzen Thesen eine Einstellungskonzeption angedeutet werden, die diese objektive Realität des Einstellungsverhältnisses berücksichtigt.

II Thesen zu einer alternativen Konzeption politischer Einstellung

Wir gehen zunächst davon aus, daß es sich bei dem, was wir bisher unter 'politischen Einstellungen' verstanden haben, um eine wertende Tätigkeit des Menschen handelt; d. h. es wird von einer Person (dem Subjekt) eine Wertung vorgenommen bezüglich eines Objektes. Diese Wertung ist mehr als bloße kognitive Widerspiegelung, da sie unmittelbar eine persönliche Stellungnahme beinhaltet und somit immanenter Aspekt einer Handlung ist oder aber eine Handlung nach sich zieht.

Die Orientierungsgrundlage dieser Handlung (im Sinne GALPERINS, 1967) besteht aus den kognitiven Aspekten der Einstellung, aus

der Wissensgrundlage, aus dem Kenntnis des Objektes sowie seiner Bedeutung für das eigene Subjekt bzw. für die eigenen Interessen.

Gehen wir von der objektiven Realität des Objektes (hier politischer Sachverhalte, Personen, Zusammenhänge, Ereignisse etc.) und des Subjektes (als gesellschaftliches Individuum) sowie von der objektiven Realität des Verhältnisses zwischen Subjekt und Objekt aus, so kann diese Erkenntnis- oder Wissensgrundlage der wertenden Stellungnahme eines Menschen dieser Realität mehr oder weniger adäquat oder auch inadäquat sein.

Das bedeutet gleichzeitig, daß dem mit der wertenden Stellungnahme verbundenen Gefühlsaspekt der Einstellung als solchem zwar nicht die Qualität der Adäquatheit zukommen kann, daß diese aber als Emotion insofern sehr wohl 'rational' und 'begründet' sein kann, nämlich wenn sie auf einer entsprechenden Orientierungsgrundlage aufbaut.

Die Wertung, die von einem Subjekt bezüglich eines Objektes 'vergeben' wird, ist dabei u. E. immer das Endresultat der vorhandenen Orientierungsgrundlage über den spezifischen Sachverhalt und seiner Beziehung zur eigenen Person, - gleichgültig, ob dies dem Subjekt bewußt ist oder nicht. Wir möchten diese Hypothese allgemein für jede Einstellung aufstellen und auch für solche, bei denen eine sachliche inadäquate Widerspiegelung oder auch für solche, bei denen kaum oder kein politisches Wissen vorhanden ist.

Im Falle einer inadäquaten Orientierungsgrundlage, wenn also sachlich falsche Annahmen über das politische Objekt und/oder über seine Bedeutung vorliegen, orientiert sich die Einstellung entgegengesetzt der objektiven Bedeutung des Objektes für das Subjekt (z. B. bei der Frau, die für die NSDAP war, weil sie glaubte, daß sich diese Partei für den Frieden einsetzt und sich um den Wohlstand der arbeitenden Menschen sorgte).

In den - wie wir gesehen haben keineswegs seltenen - Fällen, wo zwar eine Einstellung vorhanden ist, aber praktisch kein inhalt-

liches Wissen, sieht die Orientierungsgrundlage 'dürftig' aus: Es besteht höchstens eine gewisse Kenntnis über den Sachverhalt im Sinne von 'davon-gehört-haben'. Ansonsten existiert wenig Wissen, wohl aber existiert die Kenntnis anderer Stellungnahmen zu diesem Sachverhalt: Stellungnahmen der eigenen sozialen Gruppe, Stellungnahmen Bekannter, die offiziellen Stellungnahmen die z. B. per Tagesschau verbreitet werden etc. Diese Stellungnahmen bzw. deren Kenntnis und die Kenntnis und Einschätzung anderer, die diese Stellungnahmen abgeben, ergeben hinsichtlich der Orientierungsgrundlage der politischen Einstellungen die Annahme über die Bedeutung des Sachverhaltes für die eigene Person. Zu einem äußerst geringen Wissen um den Sachverhalt selbst kommt hier also (sicherlich stets vorhanden) die Kenntnis einer Fülle von fremden Stellungnahmen. Ohne eigene Einstellung bezüglich eines politischen Sachverhaltes wird ein Mensch kaum bleiben können bekanntlich haben Einstellungen z. B. auch gruppendifinitorische Funktion. Aber da die Orientierungsgrundlage nicht etwa sachlich-inhaltliche Informationen enthält, ist das Subjekt gezwungen, seine Wertungen auf andere Informationen zu beziehen, folglich auf formale, zufällige Aspekte, auf positive emotionale Beziehungen zu den Leuten, die bestimmte Stellungnahmen zum Sachverhalt äußern etc. Folglich wird eine Einstellung, die auf solchen 'dünnen Beinen' und solchen 'Krücken' steht, sehr wohl auch durch weitere formale personenspezifische und andere vom eigentlichen Objekt der Einstellung unabhängige Kommunikationsaspekte zu beeinflussen sein.

Diese formalen Einstellungsänderungsbedingungen, die - wie wir zeigen konnten innerhalb der untersuchten Bevölkerungen z. T. tatsächlich sehr wirksam sind - spiegeln, so möchten wir hier behaupten - aber nur dann die wichtigste und gegenüber inhaltlichen Aspekten die wichtigere Rolle, wenn kein einigermaßen adäquates Wissen um inhaltliche Zusammenhänge und Tatsachen bezüglich des Objektes vorhanden ist und wenn z. B. durch die beeinflussende Kommunikation nicht versucht wird, gerade diese inhaltliche

Orientierungsgrundlage anzubieten und zu vermitteln.

Dabei - und auf diesen wesentlichen und zentralen Aspekt wollen wir jetzt eingehen - wird eine solche inhaltliche Orientierung der Einstellungen und die Verbesserung der eigenen Wissensgrundlage vom Individuum nur dann angestrebt, und es werden vermittelte, besonders zu den bestehenden Vorstellungen dissonante Wissensinhalte nur dann aufgenommen und verarbeitet, wenn die politischen Einstellungen für das Individuum eine wesentliche und wichtige Funktion haben. Das heißt, nur wenn das politische Handeln, das nach diesen politischen Einstellungen ausgerichtet wird, für das Individuum wichtig ist, wenn von diesem Handeln etwas abhängt, das für das Subjekt bedeutend ist, dann hat das Subjekt Interesse an der Schaffung einer optimalen Orientierungsgrundlage seines Handelns.

Wir gehen hier von der allgemeinspsychologischen Hypothese aus, daß vom Menschen gelernt wird, damit er erfolgreich handeln kann, und daß in dieser Tätigkeit und an ihrem Erfolg gelernt wird. Wir gehen ferner davon aus, daß Kognitionen und Emotionen, also begriffliche und andere Widerspiegelungen der objektiven Realität, für den Menschen ihre Funktion darin haben, daß sie eine Orientierungsgrundlage bilden für die menschliche Tätigkeit, für das menschliche Handeln innerhalb der Gesellschaft (vergleiche z. B. LEONTJEV, 1966). Wir haben oben ausführlich (vergleiche S. 295 ff) die psychologischen und gesellschaftlichen Bedingungen dafür erläutert, daß das politische Handeln eines Menschen in diesem Sinne wichtig, funktional sein kann und daß somit für das Subjekt eine möglichst adäquate Orientierungsgrundlage eine Bedingung für den Erfolg der Handlung darstellt. Handelt es sich also um politisches Handeln, so ist diese Funktionalität der adäquaten Orientierungsgrundlage für das menschliche Individuum offensichtlich keineswegs so einsichtig und selbstverständlich, wie es ⁱⁿ anderen, weniger gesellschaftlich bedingten und vermittelten Bereichen menschlicher Widerspiegelung, wie etwa in der Wahrnehmung, zu sein scheint. Dort würde eine inadäquate Orientierungsgrundlage

zu lebensgefährdenden Handlungen führen. Dort kann andererseits der Erfolg der Handlung sehr viel direkter und meist unmittelbar vom Individuum als einzelner erfahren werden.

Es stellt sich die Frage nach der Spezifik des politischen Einstellungsgegenstandes gegenüber z. B. solchen allgemein-psychologischen Wahrnehmungen bzw. ihren Objekten.

Daß das Individuum u. U. die Einsicht in die Notwendigkeit einer optimalen Handlungsgrundlage für sein politisches Handeln nicht zeigt, hängt u. E. zweifellos damit zusammen, daß der Gegenstand der politischen Einstellung als Gegenstand der gesellschaftlichen Realität sehr komplex, widersprüchlich und in seinen Zusammenhängen und Beziehungen äußerst vermittelt ist. Hinzu kommt, daß dieser Gegenstand nicht etwa individuell erfahrbare und somit individuell relativ leicht durchschaubar ist, sondern daß er nur von der Gesellschaft als Ganzes, nicht aber von einem einzelnen Individuum, einigermaßen umfassend und adäquat erkannt werden kann. Der spezifische Gegenstand der politischen Einstellung bedingt als solcher also bereits die Notwendigkeit nach gesellschaftlich-wissenschaftlich-theoretisch verarbeiteter Erfahrung als möglicher und optimaler Orientierungsgrundlage für politisches Handeln. Ebenso ist politisches Handeln kein Handeln, das durch das Verhalten eines einzelnen bestimmt wird. Politisches Handeln ist vielmehr gesellschaftliches Handeln, das Handeln einer gesellschaftlichen Gruppe etc. Auch hier bedarf es also gesellschaftlicher Erfahrungen und Einsichten, z. B. in Handlungsmöglichkeiten und Handlungserfolge. Und hier bedarf es vor allen Dingen auch der Fähigkeit, nicht nur als einzelner, sondern als gesellschaftliche Gruppe zu handeln.

Zum ersten hängt die Orientierungsgrundlage politischer Einstellungen des einzelnen Individuums also davon ab, ob und inwieweit die Gesellschaft, in der er lebt, ihn zu diesen gesellschaftlichen Erfahrungen und Erkenntnissen verhilft und ihm dazu verhilft, diese zu erweitern und anzuwenden. Dies ist u. E. die eine Aufgabe der politischen Bildung. Ohne politische Bildung, also ohne die Vermittlung komplexer Erkenntnisse der gesellschaftlichen

lichen Erfahrung, ist der einzelne u. E. nicht in der Lage, adäquate Einstellungen zu entwickeln und adäquat politisch zu handeln.

Aber der Gegenstand der politischen Einstellung, also die Realität gesellschaftlicher Verhältnisse z. B., hat noch ein weiteres sehr wesentliches Merkmal, das ihn deutlich unterscheidet vom Gegenstand z. B. der Wahrnehmung oder auch des wissenschaftlichen Denkens: Gesellschaftliche Realität ist etwas, was hinsichtlich verschiedener gesellschaftlicher Interessen unterschiedlich widerspiegelt wird. Da zur Orientierungsgrundlage politischen Handelns notwendig die Widerspiegelung der Bedeutung des Objektes im Hinblick auf die eigenen Interessen gehört, gibt es also unterschiedliche gleich adäquate Widerspiegelungen ein und desselben formalen Seite des Gegenstandes.

Es ist u. E. eine weitere Aufgabe der politischen Bildung, im Zusammenhang mit der Einsicht in die eigenen objektiven Interessen, die diesen Interessen adäquate Bewertungsgrundlage der politischen Sachverhalte herauszuarbeiten.

Denn gerade diese Erkenntnis ist für das Individuum zusätzlich - neben der Komplexität und der nur gesellschaftlichen Erfahrbarkeit politischer Sachverhalte - dadurch erschwert, daß hier gesellschaftliche Konflikte dazu führen, nicht nur kein Wissen zu vermitteln, sondern das falsche Wissen: So wird z. B. - bei gleichzeitiger Leugnung unterschiedlicher objektiver gesellschaftlicher Interessen überhaupt - die Bedeutung eines Sachverhaltes für die eigenen Interessen als gesellschaftlich allgemein und verbindlich dargestellt.

Politische Bildung hätte demnach die gesellschaftliche Aufgabe, dem Individuum zu helfen, eine adäquate Orientierungsgrundlage in diesen drei Aspekten für sein politisches Handeln zu entwickeln.

Bezüglich der oben erwähnten psychologischen Bedingungen dafür, daß das Individuum seine Einstellungen auf eine adäquate Orientierungsgrundlage stellt und stellen kann, stellt sich hier ein weiterer Bereich von Möglichkeiten und Aufgaben für die po-

litische Bildung dar. Allerdings - und das sei noch einmal betont - die Schaffung der notwendigen gesellschaftlichen Bedingungen (daß es z. B. überhaupt eine Möglichkeit gibt, daß ein Individuum mit seiner gesellschaftlichen Gruppe zusammen effektiv und erfolgreich handeln kann) ist keine Frage der Reform politischer Bildung und überhaupt keine psychologische Frage. Andererseits - insofern sei aber gerade diese politische Bildung nicht zu gering eingeschätzt - liefert eine entsprechende politische Bildung die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, daß diese wichtigen und wesentlichen gesellschaftlichen Bedingungen erreicht und hergestellt werden können.

III Thesen zur Veränderbarkeit politischer Einstellung im Sinne eines politischen Bildungsprozesses

Kommen wir auf die Konzeption politischer Einstellung und ihrer Veränderbarkeit zurück, denn hier kann u. E. im Detail psychologisch aufgezeigt werden, was im Rahmen politischer Bildung geleistet werden muß, damit entsprechende Prozesse der politischen Bildung, d. h. - wie wir jetzt sagen können - also entsprechende Einstellungsveränderungen in Richtung adäquaterer Einstellungen zu den jeweiligen gesellschaftspolitischen Sachverhalten initiiert werden und stattfinden können.

Einstellungsveränderung ist das Ergebnis eines Lernprozesses. Die Einstellung wird geäußert oder im Verhalten gezeigt, und die Einstellung wird auch internalisiert, die positiven Konsequenzen erwarten läßt.

Das ist sicherlich eine sehr allgemeine und allgemeingültige Tatsache. Die für uns entscheidende Fragestellung ist nun aber die, welche positiven Konsequenzen auf politische Einstellungen folgen, woher diese positiven Konsequenzen kommen, wer oder was sie setzt und in welchem Verhältnis sie zu dem Erfolg politischen Handelns auf Grund adäquater Orientierung politischer Einstellungen (also

der sachlich begründeten und psychologisch-funktionalen positiven Konsequenz) stehen.

Zum einen stellen positive Konsequenzen hier willkürliche Verstärker dar, die von der sozialen Umwelt gesetzt werden und die vom Inhalt des Einstellungsgegenstandes und seinen objektiven Bedeutungen für das Subjekt unabhängig sind und ohne weiteres in ihrer Richtung der objektiven Bedeutung entgegengesetzt sein können. Solche Lernvorgänge finden sich in allen den Einstellungsänderungsprozessen, in denen die Attraktivität oder sonst eine Eigenschaft der Quelle, in denen soziale oder materielle Vorteile, in denen bloße Assoziationen (im Sinne klassischer Konditionierung) eingesetzt werden.

Eine weitere Art positiver Verstärkung im Einstellungslernprozeß sind Annahmen über die Bedeutung des Sachverhaltes, die dem Betroffenen vermittelt werden, die aber nicht zutreffend oder gar falsch sind. Hier sind die Verstärker also sehr wohl inhaltspezifisch, aber eben nicht adäquat.

Hier liegen also bereits zwei Möglichkeiten gesellschaftlich-politischer Beeinflussung, die zu inadäquaten Einstellungen oder auch (besonders im ersten Falle) zu der Annahme der Bedeutungslosigkeit politischer Sachverhalte selbst führen können.

Eine dritte Möglichkeit positiver Konsequenzen im Einstellungslernprozeß ist die Herstellung von Konsonanz innerhalb der eigenen Einstellungen. Aber auch hier - obwohl ein solcher Lernprozeß auf den ersten Blick gesellschaftlich relativ unbeeinflusst erscheint - stehen beim Individuum wesentliche Voraussetzungen und Aspekte, die durch gesellschaftliche Vermittlung falscher Prämissen und Annahmen über Zusammenhänge bestimmt werden können.

Es ist sicherlich kaum zu erwarten, wie oben bereits erläutert, daß sich im Bereich politischer Einstellung und politischen Handelns die positiven Konsequenzen der erfolgreichen Handlung für die adäquate Einstellung spontan für das Individuum psychologisch durchsetzen. Es ist schon deshalb nicht zu erwarten, weil innerhalb der uns hier interessierenden Gesellschaften der USA und der

BRD die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein entsprechend politisches Handeln sehr begrenzt und eingeschränkt sind. (Vergleiche hierzu Kapitel 8 III). Die Aufgaben politischer Bildung oder allgemeiner ausgedrückt, die gesellschaftliche Vermittlung von Informationen über politische Sachverhalte und über positive Konsequenzen im Zusammenhang mit diesen Sachverhalten, wäre es demnach, dafür Sorge zu tragen, daß sich die politischen Einstellungen auf einer möglichst adäquaten Orientierungsgrundlage herausbilden und weiter entwickeln können. Das bedeutete konkret: Was im psychologischen Lernprozeß, etwa der Wahrnehmung spontan geschieht, das die objektiven Eigenschaften der materiellen Realität, in der ein Individuum handelt, vom Individuum durch den Erfolg entsprechender adäquat orientierter Handlung gelernt werden - muß im Bereich der Widerspiegelung gesellschaftlicher Realität und deren Bedeutung für die eigenen objektiven Interessen gesellschaftlich vermittelt und unterstützt werden. Es gilt also, ein Konzept für die Lernbedingungen zu entwerfen, unter denen ein Individuum bereit und in der Lage wäre, seine politischen Einstellungen zunehmend auf eine adäquate Orientierungsgrundlage zu stellen und die Adäquatheit an den Erfolgen seiner Handlung zu überprüfen. Wir möchten deshalb unter einigen u. E. besonders wesentlichen Aspekten diesen notwendigen politischen Lernprozeß erläutern und konkretisieren.

Inessen bezüglich der optimalen Bedingungen eines politischen Einstellungslernprozesses:

a. Erkenntnis und Wissensvariable

Die objektive gesellschaftliche Realität des Einstellungsverhältnisses muß für das Subjekt in adäquater und umfassender Weise bekannt, durchschaubar und erkennbar gemacht werden.

Dazu gehören etwa folgende didaktische Schritte:

1. Schaffung einer entsprechenden motivationalen Ausgangsbedingung beim Lernenden; in diesem Zusammenhang sind z. B. zu nennen:

- Weckung des Interesses des Lernenden durch Anknüpfung an vorhandene Motive und Interessen;
- durch Setzen aufmerksamkeitsserweckender Reize im Zusammenhang z. B. mit der Kommunikation;
- durch Erweckung und Verstärkung von positiven Konsequenzen durch eine entsprechende Mitteilung oder Kommunikation;
- durch Schaffung eines entsprechenden allgemeinen Bildungsniveaus, so daß für den Lernenden die politische Auseinandersetzung möglich, erfolgsversprechend und verstärkend ist.

2. Vermittlung der notwendigen Erkenntnisse und Informationen;

z. B.

- über den politischen Sachverhalt selbst;
- über den gesellschaftlichen ursächlichen Zusammenhang, in dem er steht;
- über die objektive Bedeutung des Sachverhaltes und seiner möglichen Erscheinungsformen für die eigene Person und die eigenen gesellschaftlichen und persönlichen Interessen;
- über die Bedingungen der möglichen Veränderbarkeit dieses Sachverhaltes und seiner Beziehungen zum eigenen Subjekt.

3. Einsichten in die Möglichkeiten zu gesellschaftlich politischem Handeln und in deren gesellschaftliche Auswirkungen:

- Einsicht in die Notwendigkeit, nicht als einzelner, sondern als gesellschaftliche Gruppe zu handeln;
- Wahrnehmung der gesellschaftlich möglichen politischen Handlungen;
- Aneignung realitätsadäquater Zielvorstellungen und Differenzierung zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen hinsichtlich des eigenen politischen Handelns;
- Einsicht in gesellschaftliche Handlungserfolge und deren Erscheinungsweisen innerhalb des politischen Lebens.

4. Vermittlung und Aneignung der notwendigen kognitiven Fähigkeiten, die diese Erkenntnisse und Informationen erst handhabbar

und brauchbar machen; z. B.:

- Fähigkeit zum komplexen, ursächlichen und wissenschaftlich orientierten Denken im gesellschaftlichen Bereich;
- Fähigkeit zum Anwenden allgemeiner Erkenntnisse auf konkrete Situationen und Handlungen und umgekehrt;
- Fähigkeit zum Beurteilen und Kontrollieren von gesellschaftlichen Aussagen auf ihre theoretische Stimmigkeit;
- Fähigkeit, die politische Handlung auf die vorhandene Orientierungsgrundlage zu stellen und an ihrem Erfolg den Grad der Adäquatheit dieser Orientierungsgrundlage zu kontrollieren;
- Fähigkeit, die vorhandene Orientierungsgrundlage bei entsprechender Korrekturbedürftigkeit den Erfahrungen entsprechend zu verändern bzw. zu verbessern.

Diese sehr zentrale Wissens- und Erkenntnisvariable stellt sozusagen die Basis für die weiteren Lernaspekte dar. Sie stellt die Voraussetzung für alle anderen noch zu nennenden Aspekte dar insofern, daß die Qualität der Orientierungsgrundlage die handlungs- und emotionsspezifischen Aspekte hinsichtlich ihres Grades an Objektgeleitetheit und Begründetheit bedingt. Dabei ist selbstverständlich, daß keines der hier erwähnten didaktischen Ziele und psychologischen Prozesse isoliert voneinander und isoliert von den psychologischen Tätigkeits- und Erlebnisaspekten sowie dem gesellschaftlichen Handlungsaspekt (siehe unten) vermittelt werden kann.

b. Tätigkeits- und Erlebnisvariable

Das Subjekt der politischen Einstellung muß über die rein kognitive Seite des Einstellungsverhältnisses hinaus eben diese von ihr erkannte Bedeutung sachlicher Zusammenhänge für seine eigenen Interessen in einer psychologischen Tätigkeit erfahren.

Das heißt, die vermittelten Erkenntnisse, also die Orientierungsgrundlage, muß wenigstens in Ansätzen ihre psychologische funktionale Bedeutung realisieren können und somit zum einen für das Subjekt gefühlsmäßig erfahrbar werden, zum anderen durch die Tätigkeit angeeignet und überprüft werden können. Dies bedeutet zum einen, daß die persönliche, auch emotionale Erfahrung des Individuums durch die eigene Tätigkeit einen wesentlichen Aspekt politischer Einstellung und damit des politischen Handelns darstellt. Ohne persönliches Engagement bleiben u. U. alle noch so umfassenden Einsichten ohne Handlungsrelevanz. Ohne konkrete Umsetzung und Anwendung dieser Einsichten in der eigenen Tätigkeit bleiben diese Einsichten letztlich für das Individuum doch unwichtig und unbrauchbar. Das soll nun nicht bedeuten, daß es sich hier in psychologischer und didaktischer Hinsicht um etwas von der kognitiven Orientierungsgrundlage Unabhängiges handelt, das also zusätzlich zur und unabhängig von der Erkenntnis und Wissensvariablen vermittelt werden muß. Wir gehen hier (im Gegensatz z. B. auch zu den oben dargestellten Ansätzen zur politischen Bildung der Autoren JACOBSEN, 1970 und GIESSENKE, 1969) davon aus, daß die emotionale, motivationale Seite der politischen Einstellung nicht etwas von der Orientierungsgrundlage Unabhängiges ist. Vielmehr handelt es sich u. E. um eine andere psychologische Qualität der Widerspiegelung (nämlich um Aspekte der psychologischen Tätigkeit selbst; z. B. um emotionale dynamisierende und motivationale Aspekte), die im Falle persönlicher objektiver Betroffenheit des Subjektes dann unmittelbar zur Erkenntnis und Wissensvariablen hinzutritt, wenn das Subjekt diese objektive Betroffenheit als subjektive Betroffenheit erkennt und in seiner Tätigkeit erlebt. Dabei darf - und dies scheint uns wichtig - dieses Hinzutreten nicht etwa als automatischer Prozeß angesehen werden. Tatsächlich scheint die rein rationale Einsicht in die objektive persönliche Betroffenheit alleine noch nicht notwendig zu emotional nachvollzogener subjektiver Betroffenheit führen. Wir möchten die Vermutung aufstellen, daß - wenn es sich um Einsichten in die persönliche de-

troffenheit handelt - die emotionale Komponente ein notwendiger Aspekt dieser Einsicht ist, da sozusagen das Subjekt die persönliche Betroffenheit erst 'glaubt', wenn es sie in seiner Tätigkeit unmittelbar zu fühlen bekommen hat. Insofern möchten wir einige u. E. wichtige Schritte des politischen Einstellungs-lernprozesses im Zusammenhang mit diesem Aspekt konstatieren:

1. Vermittlung der persönlichen Betroffenheit durch Erfahrungsma-
der Betroffenheit auf Grund psychologischer Tätigkeit:

- Anknüpfen an vorhandene, bereits erkannte und repräsentierte Interessen, Motive und Bedürfnisse im Zusammenhang mit bestimmten bereits angeeigneten konkreten, gesellschaftlichen Erfahrungen;
- Initiierung und Ermöglichung einer Identifikationstätigkeit durch Konkretisierung der persönlichen Betroffenheit auf bestimmte persönliche Erfahrungen und auf die konkrete Lebenssituation, innerhalb der das Individuum tätig ist;
- Anregung zur Einnahme einer aktiven Stellung innerhalb des Beziehungsverhältnisses: 'Politischer Sachverhalt/eigenes Subjekt' durch aktive Aneignung der Erscheinungsformen, Auswirkungen und Bedingungen dieses Verhältnisses.

2. Vermittlung der persönlichen Betroffenheit durch die ent-
sprechenden möglichen Konsequenzen unterschiedlichen politischen Handelns; z. B. durch:

- Vermittlung und Konkretisierung der möglichen gesellschaftlichen Konsequenzen für das eigene Leben;
- Anregung und Befähigung zur aktiven Aneignung dieser Konsequenzen;
- Vermittlung emotionaler Verstärker im Vorfeld des politischen Handlungserfolges, wie z. B. die 'Solidarität';
- Vermittlung von positiven Verstärkungsmöglichkeiten durch politisches Handeln auf Grund einer inhaltlich orientierten Orientierungsgrundlage als solcher (zunächst unabhängig vom unmittelbaren Handlungserfolg): z. B. das Gefühl der po-

litischen Handlungsfähigkeit und Kompetenz; das Gefühl der politischen Macht (vergleiche Kapitel A III);

- Erfahrbarmachen der Wirkungen des eigenen realen politischen Handelns und Vermittlung der dabei sich ergebenden politischen Handlungserfolge.

3. Aktive Partizipation und politische Handlung initiieren; hierzu gehören sicherlich:

- Aktive Aneignung der Orientierungsgrundlage lehren;
- aktive Beteiligung bei der Vermittlung der Orientierungsgrundlage ermöglichen;
- Handlungsbereitschaft aufgreifen und so organisieren und leiten, daß sie von realistischen Zielen ausgeht und so zum Erfolg führen kann;
- und nicht zuletzt auch: Setzen von sozialen Verstärkern für politische Partizipation und politische Aktivität, um zunächst einmal auch ruhig ganz formal das Erlebnis der eigenen politischen Handlungsfähigkeit als ein positives Erlebnis zu vermitteln.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die sozialen Verstärkungen im allgemeinen im Rahmen politischer Bildung und im Rahmen politischer Erziehung überhaupt sicherlich eine große Rolle spielen, auch unter der Zielsetzung, wie sie unserem dargestellten Modell zu Grunde liegt. Diese sozialen Verstärkungen stehen hier jedoch eindeutig 'im Dienste' der pädagogischen Zielsetzung, das Individuum für eine Verstärkung aufnahmefähig zu machen, die auf Grund optimal orientierten politischen Handelns erfolgt.

c. Gesellschaftliche Handlungsvariable

Soweit diese Variable Thema politischer Bildung sein kann, ist sie in der Erkenntnis-Wissensvariable und in der Tätigkeits- und Erlebnisvariable bereits enthalten. Die von uns an anderer Stelle

bereits genannten psychologischen Bedingungen dafür, daß das Individuum sein politisches Handeln auf eine möglichst adäquate Orientierungsgrundlage stellt, hängen also in erster Linie von einer optimalen politischen Erziehung ab.

wie steht es aber mit den gesellschaftlichen Bedingungen für ein adäquat orientiertes politisches Handeln? Ob ein Individuum innerhalb einer Gesellschaft tatsächlich handeln kann, hängt zweifellos nicht etwa nur davon ab, ob es die psychologischen Voraussetzungen mitbringt, sondern ganz zweifellos von den gesellschaftlichen Bedingungen²⁶. Dies ist jedoch an dieser Stelle nicht unser Problem.

Uns ging es vielmehr darum, die psychologischen Aspekte eines politischen Bildungsprozesses aufzuzeigen, sowie die didaktischen Ziele einer politischen Bildung oder einer politischen Erziehung darzulegen, die sich um die Schaffung einer adäquaten politischen Orientierungsgrundlage bei den Auszubildenden bemüht und sie somit zum entsprechenden politischen Handeln befähigt. Dieses Konzept zur Veränderung politischer Einstellungen ist u. E. in vieler Hinsicht furchtbar:

So können zum einen für verschiedenste Bereiche und Situationen der politischen Bildung entsprechende notwendige psychologische Variablen hergeleitet werden. Dies bezieht sich zunächst ganz explizit auf den politischen Unterricht in den Schulen oder z. B. auch im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.²⁷

Ebenso lassen sich aus diesem dargestellten Konzept die Möglichkeiten z. B. von Kunst und Literatur zur Schaffung von adäquaten politischen Einstellungen mit den spezifischen ästhetischen Mitteln herleiten, psychologisch begründen und auf die semiotischen Aspekte dieser speziellen Vermittlungsmedien übertragen.²⁸

Besondere Bedeutung aber kommt u. E. dem dargestellten Ansatz für die gesellschaftlichen Bereiche politischer Beeinflussung zu, bei denen üblicherweise weder von einem politischen Bildungsan-

liegen gesprochen wird, noch politische Bildung im Sinne einer zielgerichteten psychologischen Entwicklung angestrebt wird. In diesen weiten Bereichen politischer Einstellungsbeflussung (z. B. im Rahmen der Massenmedien; oder auch z. B. im Rahmen politischer 'Werbefeldzüge'), erscheint gerade diese Konzeption zur Veränderung politischer Einstellungen ganz besonders wichtig. D bei unserem Konzept eben sehr wohl von einem Einstellungsprozeß im Sinne einer zielgerichteten psychologischen Entwicklung gesprochen wird und diese Konzeption es ermöglicht, politische Einstellungsbeflussung nicht beliebig und formal zu betrachten und damit jeder Art von Manipulation (im Sinne einer Vermittlung von politischen Einstellungen, die nicht an der objektiven Realität des Einstellungsverhältnisses orientiert sind²⁹⁾ Tür und Tor zu öffnen, besteht im Zusammenhang mit einer solchen Konzeption des politischen Einstellungsänderungs- bzw. Lernprozesses die Möglichkeit, politische Einstellungen im oben definierten Sinne demokratischer Zielsetzung zu beeinflussen und diese Beeinflussung bzw. diesen Lernprozeß psychologisch handhabbar zu machen.

Anmerkungen:

- 1 Unter dem Gegenstand einer Wissenschaft ist der Bereich der natürlichen oder gesellschaftlichen Realität verstanden, dessen Wesen und Gesetzmäßigkeiten die jeweilige Wissenschaft bzw. die jeweilige wissenschaftliche Teildisziplin erforscht.
- 2 Unter 'wesentlich' bzw. dem 'Wesen eines Gegenstandes' etc. ist hier und im weiteren Verlauf der Arbeit mit KLAUS und JÜHR (1964 S. 1157) die "Gesamtheit der allgemeinen, invarianten Bestimmungen eines Dinges, Prozesses usw. "verstanden, "die diesem notwendige Weise zukommen".
- 3 Wenn hier und im weiteren Verlauf der Arbeit von 'idealistisch' gesprochen wird, so ist dies verstanden als erkenntnistheoretische Kategorie. Idealismus ist demnach die erkenntnistheoretische Position, die von einem Primat des Subjektiven vor der objektiven Realität ausgeht, oder die die objektive Realität leugnet (evtl. auch nur in ihrer Bedeutung für die subjektive Erkenntnis).
Bezogen auf den hier speziell angesprochenen Tatbestand bedeutet Idealismus die erkenntnistheoretische Auffassung, daß das menschliche Individuum die gesellschaftlichen Verhältnisse von sich aus, durch sein persönliches Tun und Denken herstelle, und daß nicht etwa die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse das Denken und Verhalten der Menschen bedingen. Politik wäre demnach das, was man je nach Einsicht und Willen - unabhängig von den gegebenen gesellschaftlichen und besonders den materiell-ökonomischen Verhältnissen - herstellen kann.

- 4 Dabei wäre es vereinfacht gedacht und würde der Komplexität der Zusammenhänge nicht gerecht, stellte man sich die gesellschaftlichen Verhältnisse als total determinierend für die Individuen vor. Tatsächlich existieren die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht neben den Individuen und unabhängig von ihrem Tun und Denken, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse realisieren sich nur durch diese Individuen. Dabei handelt es sich um ein wechselseitiges, widersprüchliches, aber keineswegs gleichgewichtiges Verhältnis (vergleiche auch SÄVE, 1972).
- 5 Wir gehen von der Auffassung aus, daß das Wesen des Menschen nicht im Individuum liegt, sondern in seiner gesellschaftlichen Existenzweise. Ohne die Gesellschaftlichkeit ist das menschliche Individuum weder phylogenetisch noch ontogenetisch noch aktuel-genetisch denkbar. Das Wesen des Menschen liegt also nicht im einzelnen selbst, sondern in der Gesellschaft und ist somit also selbst auch nicht etwa Gegenstand der Psychologie.
- 6 Konkret bedeutet dies (im Zusammenhang mit Anmerkung 5), daß die Wissenschaft von der Politik, also etwa die Politologie oder auch die Soziologie die objektiven gesellschaftlichen politischen Verhältnisse und Zusammenhänge aufzudecken hat. Die Wissenschaft Psychologie kann ihr dies gewiß nicht abnehmen - auch und gerade dann nicht, wenn sie als politische Psychologie mit den menschlichen Erscheinungsformen und widerspiegelungen gesellschaftlich politischen Lebens operiert.
- 7 Siehe Kapitel A III; dort wird diese Diskussion in einigen wichtigen Aspekten angeschnitten.
- 8 Unter 'objektiver Realität eines Gegenstandes' allgemein wird in der vorliegenden Arbeit die außerpsychologische, reale Existenz eines Gegenstandes oder Sachverhaltes verstanden, die unabhängig davon besteht, ob das Subjekt den Sachverhalt oder

Gegenstand überhaupt kennt und wahrnimmt.

Bei Gegenständen, die vom Subjekt bewertet werden, wird in den Begriff der 'objektiven Realität', die reale, objektive Beziehung dieses Gegenstandes zum Subjekt hineingenommen, die ebenso unabhängig von der Wahrnehmung, Erkenntnis und Bewertung des Subjektes real besteht.

- 9 Unter 'mehr oder weniger adäquater Erkenntnis' ist hier eine subjektive Widerspiegelung objektiver Sachverhalte durch das Subjekt verstanden, die variieren kann bezüglich der Qualität der Abbildung. Diese kann wesentliche Aspekte des Objektes treffen, kann adäquat differenzieren und umfassend sein, kann aber auch mehr nebensächliche Aspekte oder nur Teilaspekte enthalten. Die adäquate Widerspiegelung ist somit keine alternative Größe, sondern eine quantitativ faßbare Qualität. Die objektive Realität beispielsweise einer Beziehung zwischen S und O wird auf die Einstellung des Subjektes nur dann einen Einfluß haben, wenn diese objektive Beziehung einigermaßen adäquat erkannt und erlebt wird.

- 10 Es erscheint uns schon recht entscheidend, ob eine politische Bildung in erster Linie die gesellschaftlichen Faktoren Ruhe und Ordnung betont, oder ob die Auszubildenden mit der Tatsache vertraut gemacht werden, daß es Konflikte gibt, daß es Interessen gegensätze gibt und daß es gilt, Kritik zu üben und zu diskutieren - gleichgültig, wie diese Konflikte erklärt und als lösbar erklärt werden. Und es dürfte praktisch gesehen auch ein bedeutender Unterschied sein, ob z. B. Jugendliche mit Wissensinhalten vollgestopft werden, mit denen sie für ihr eigenes Leben nichts anfangen können, oder ob sie lernen, wenigstens in Ansätzen (wenn auch nur in bestimmten und individualisierten politischen Bereichen) sich politisch zu verhalten.

- 11 EV = Einstellungsverhältnis.

- 11 a Die Rassen - und ethnischen Einstellungen (Kapitel 6) bilden einen relativ und in sich geschlossenen und großen Einstellungsbereich, der u. E. nicht unmittelbar politisch ist: Politische Einstellungen im eigentlichen Sinne haben zum Gegenstand politisch Sachverhalte. Der Einstellungsgegenstandsbereich "ethnische und rassische Gruppen" kann aus diesem Bereich ausgenommen werden, da es sich bei den Einstellungsgegenständen um natürliche, rassische und andere Merkmale handelt, die hier Gruppen bzw. einzelne kennzeichnen. Politische Gruppen, Menschen mit bestimmten politischen Merkmalen etc. dagegen wären sehr wohl als Gegenstände politischer Einstellung denkbar. Dabei übersehen wir an dieser Stelle keineswegs, daß ethnische und ähnliche Einstellungen indirekt sehr wohl auch politisch wirksam und politisch motiviert sein können. Um den Themenbereich "politische Objekte" möglichst überschaubar halten zu können, sei aber an dieser Stelle nicht auf die Rassenurteile etc. eingegangen. Im weiteren Verlauf der Diskussion - z. B. im Zusammenhang mit der Frage 'rationale' versus 'irrationale' Einstellungen - wird dieser Einstellungsbereich wieder aufgenommen werden.
- Aus Gründen der Konzentration auf die unmittelbaren und zentralsten Bereiche politischer Einstellungsgegenstände sollen die Einstellungen zu der Kommunalpolitik (Kapitel 9) ebenfalls unberücksichtigt bleiben.
- 12 Aus dem Jahre 1969 stammen die Daten der JAIDESchen Untersuchung, die 1970 veröffentlicht und 1971 zum zweiten Mal aufgelegt wurde.
- 13 Wenn hier diese drei Begriffe nebeneinandergestellt werden, so bezeichnen sie jeweils unterschiedliche Ebenen des gesellschaftlichen Bereiches, der insgesamt gesehen im Verlauf der Arbeit, aber auch im allgemeinen Verständnis als 'Politik' bezeichnet wird.
- Ökonomie bezeichnet dabei den politischen Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse, bei dem es um die materielle Produktion und die damit verbundenen gesellschaftlichen Beziehungen und Zusammenhänge im Sinne einer Basis der gesellschaft-

lichen Verhältnisse geht.

Politik in diesem spezifizierten Sinne bezeichnet konkret die Verteilung der Macht in einem Staat und die damit im Zusammenhang stehenden gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse.

Als Ideologie ist hier der gesellschaftliche Bereich politischen Lebens verstanden, in dem es um ideelle Widerspiegelungen dieser anderen gesellschaftlichen Bereiche in Form von Ideologien, Theorien, Normen etc. geht.

- 14 Unter 'Bewegungsgesetzen' sind hier die Gesetzmäßigkeiten verstanden, die eine Veränderung des Gegenstandes bedingen und erklären. Wir sind dabei davon ausgegangen, daß die Bewegung als "Daseinsweise und inhärentes Attribut" der Realität und aller ihrer Erscheinungsformen verstanden werden muß (vergleiche KLAUS und BUHR, 1964).
- 15 Unter 'Widerspruch' wird hier mit KLAUS und BUHR (1964, S. 1161) eine "Wechselwirkung zweier koexistenter Gegensätze" verstanden, "die einander bedingen, die gleichzeitig aber als Gegensätze einander ausschließen". Dabei sind die "den Dingen, Prozessen, Systemen usw. der materiellen Welt eigenen Widersprüche als die Ursache, die Triebkraft für deren Bewegung und Entwicklung" (ebenda, S. 1164) verstanden.
- 16 von CHRISTIE et al 1969.
- 17 Einen bedeutenden Fortschritt stellen in dieser Beziehung neuere Ansätze dar, wie etwa der von SCHMALRIEDE (1968), wo die Aussagen über Mißerfolg oder Erfolg einer Einstellungsbeeinflussung abgeleitet werden aus einem dynamischen System des Wirkungsreiches politischer Beeinflussung.
- 18 Als Literaturbeispiele seien hier z. B. genannt:
- Institut für Marxistische Studien und Forschung;
Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 - 1970; 1972;

- MAYER, K; Class and society; 1961;
- OSSOWSKI, S; Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein; 1972;
- SEMJENOW, W. S; Kapitalismus und Klassen; Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft; 1973.

- 19 Auf diesen Autoren und diese Veröffentlichung beziehen sich sämtliche im vorliegenden Abschnitt nicht näher bezeichnete Quellenangaben.
- 20 Wenn wir hier und im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit von einer "letztlich materialistischen Auffassung" sprechen, so verstehen wir darunter solche wissenschafts- oder erkenntnistheoretischen Ansätze, die explizit oder aber durchaus auch implizit von der Objektivität der Realität, vom Primat des Objektiven, Materiellen vor dem menschlichen Bewußtsein ausgehen.
- 21 im Sinne von Wissen um die Bedeutung eines Sachverhaltes, also also subjektive, bewußte psychologische Seite des Bedeutungsverhältnisses.
- 22 Wenn hier von 'ersten Voraussetzungen' gesprochen wird, so ist dies in dem Sinne gemeint, wie wir weiter oben (etwa auch in den Anmerkungen 3 bis 6) das Verhältnis von gesellschaftlichem Wesen des Menschen und menschlichem Individuum erklärt haben. Das Individuum kann nicht beliebig - das hieße losgelöst und unabhängig von den objektiven gegebenen gesellschaftlichen Möglichkeiten - handeln. Das Individuum kann nur im Rahmen der objektiven gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten handeln. Als zweite wesentliche, aber von dieser ersten abhängige Bedingung des Handelns stellen sich die psychologischen, kognitiven, kapazitätsmäßigen Voraussetzungen des Individuums dar, die sich in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Möglichkeiten bei den Individuen in unterschiedlichem Maße herausbilden.

- 23 Wobei wir hier sowohl die zuletztgenannten gesellschaftlichen Bedingungen als auch die gesellschaftlich vermittelten und bedingten psychologischen Voraussetzungen meinen.
- 24 vergleiche die Entwicklung der politischen Psychologie in der BRD; dargestellt im Kapitel A I a der vorliegenden Arbeit.
- 25 Als Ausnahmen müssen hier z. B. solche Einstellungsforschungsansätze genannt werden, die sich etwa um eine Behebung der Rassenproblematik etc. bemühen. Hier liegt ganz offensichtlich ein reales, humanes gesellschaftlich praktisches Bedürfnis vor. Hier spielt die Richtung der Einstellung sehr wohl eine konkrete bedeutende Rolle und hier dürften sehr wohl auch innerhalb der z. B. amerikanischen Gesellschaft Ergebnisse einer Attitüden-Forschung brauchbar sein, die die objektive Seite des Einstellungsverhältnisses berücksichtigen und einbeziehen.
- 26 Man könnte hier ausführen, daß es in den Gesellschaften, z. B. der USA und der BRD sehr wenig Möglichkeiten für einen durchschnittlichen Bürger gibt, politisch tatsächlich wirksam zu handeln, und daß von bürgerlichen Ideologen z. T. eine große Aktivität auf keinen Fall gewünscht wird (vergleiche Kapitel 3 III).
- Wir möchten an dieser Stelle nur kurz darauf verweisen, daß unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen politisches Handeln im Sinne der eigenen Interessen für die Mehrheit der Bevölkerung sicherlich erschwert, aber keineswegs unmöglich sein dürfte. Wichtigste gesellschaftliche Voraussetzung ist hier u. E. - neben einer demokratisch orientierten politischen Bildung, wie wir sie oben unter ihrem psychologischen Aspekt zu skizzieren versuchten - daß die gesellschaftlichen Kräfte und ihre Handlungsfähigkeiten organisiert werden als nach gesellschaftswissenschaftlichen Aspekten strukturierte, solidarische Zusammenarbeit, als gemeinsames Handeln einer gesellschaftlichen Gruppe mit gleichen objektiven und subjektiven Interessen.

- 27 Als Beispiel für einen Ansatz zur politischen Bildungsarbeit, der in wesentlichen Aspekten dem hier von uns skizzierten Konzept entspricht und somit auch von einer Einheit der kognitiven emotionalen und verhaltensspezifischen Aspekte politischer Bildung ausgeht, ist der Ansatz von DEPPE-WOLFFINGER (1971) zu nennen.
- 28 Es ist zu vermuten, daß die künstlerischen und ästhetischen Medien der politischen Bildung (es ließe sich hier sicherlich sinnvoll differenzieren zwischen solchen Medien und Inhalten, die politische Bildung explizit vermitteln möchten und solchen, bei denen diese Vermittlung implizit angestrebt wird und ggf. beim Rezipienten unbewußt bleibt) in besonderem Maße in der Lage sind, die oben erläuterte Tätigkeits- und Erlebnisvariable zu aktualisieren. Künstlerisch Darstellungen sind sehr an das Konkrete gebunden und bedienen sich weniger allgemeiner und wissenschaftlicher Aussagen. Von daher ermöglichen sie eine viel unmittelbarere Einsicht des Subjektes in Bedeutungszusammenhänge für die eigene Person, indem sie die Erlebnistätigkeit des Subjektes initiieren und somit z. B. auch Gefühlsaspekte betreffen können. Selbstverständlich ist gerade im Zusammenhang mit der Kunst die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Vermittlung einer möglichst optimalen kognitiven Orientierungsgrundlage sehr wesentlich, da sonst gerade hier die Gefahr besteht, inadäquate Einstellungen sehr wirkungsvoll zu vermitteln. Dieser Hinweis auf die speziellen Möglichkeiten künstlerischer Kommunikationsinhalte (die in ihrer Spezifität der z. B. unterrichtsmäßig organisierten politischen Bildung einiges voraus haben), erscheint uns deshalb besonders wichtig, weil zum einen gerade diese Möglichkeiten politischer Bildung von großer Bedeutung unter dem Aspekt sein dürften, daß hier eine Möglichkeit besteht, das angeeignete Wissen für das Individuum tatsächlich persönlich erfahrbar zu machen - auch in Bereichen, wo die eigene individuelle Erfahrung unter den gegebenen Situationen u. U. nicht ausreichen würde.
- Zum zweiten halten wir diesen Hinweis auf die Möglichkeiten künst-

lerischer Kommunikation im Zusammenhang mit politischer Bildung deshalb für besonders wichtig, weil u. E. gerade beim Erwachsenen der nicht besonders politisch interessiert und motiviert ist, und der außerdem u. U. relativ wenig politische und allgemeine Bildung mitbringt, die gesellschaftlichen Beeinflussungssituationen aus-schlaggebend sind, die durch meist unterhaltende künstlerische oder auch quasi künstlerische - Kommunikationsmerkmale ausge-stattet sind. Diese Beeinflussungssituationen entsprechen am enesten dem Erholungsbedürfnis und der relativ geringen Ausgangsmotivationslage der durchschnittlichen Bevölkerung (vergleiche Kapitel A II a). Und es liegt an den in diesen Kommunikations-ansätzen und Formen verwirklichten Konzepten zur Beeinflussung politischer Einstellungen, ob hier z. B. unterhaltende Fernseh-filme in der Lage sind, demokratische Einstellungen zu fördern und zu entwickeln oder aber, ob hier politisches 'Bewußtsein' ver-stärkt und gefördert wird, das sich durch politisches Desinteres-s und politisches Unwissen oder inadäquate Einstellungen auszeichn-

Wir halten gerade dieses Problem der Veränderung politischer Einstellungen z. B. durch Unterhaltungsliteratur und Unterhaltung-filme für ein ganz besonders praxisrelevantes Problemgebiet, in dem sowohl unter dem Aspekt der Attitüden-Forschung als auch unter dem Aspekt der politischen Bildung wissenschaftliche Forsch- unbedingt angebracht erscheint. Wir meinen mit dem hier skizzierten Konzept zur Veränderung politischer Einstellungen einige wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben.

29

Wenn wir unter Beeinflussung von politischen Einstellungen ganz allgemein die Fortsetzung der Erziehung am Erwachsenen vornehmlich mit den Mitteln der Massenkommunikation verstehen, so ist es ein-sichtig, daß ebenso wenig, wie die Entwicklung eines Kindes denk-bar ist, ohne daß das Kind von der Gesellschaft Wissen und Werte in bezug auf seine Umwelt vermittelt bekommt, das Leben eines Er-wachsenen nicht möglich ist, ohne die ständige Beeinflussung durch seine soziale Umwelt. Der Versuch, sich dieser Einflußnahme zu entziehen, wäre utopisch: Es ist für den Menschen unmöglich,

alleine aus sich heraus, ohne die Vermittlung gesellschaftlicher Erfahrung die notwendigen Kenntnisse über seine Umwelt zu erreichen. Und ebenso notwendig wie die Erkenntnisse selbst sind die Wertungen für erfolgreiches Handeln. Das wurde oben ausführlich nachgewiesen. Der Mensch ist nicht in der Lage, auf Grund eigener individueller Erfahrungen seine Werte gegenüber den Objekten seiner gesellschaftlichen Umwelt sämtlich selbst zu bestimmen. Die meisten Objekte sind ihm gar nicht oder nur in Teilaspekten überhaupt zugänglich. Prinzipiell geht es also bei der Beeinflussung des 'Massenbewußtseins' um die Herantragung von gesellschaftlichen Wertungen an die einzelnen Individuen, die auf Grund gesellschaftlicher Erfahrung gewonnen worden sind. Einflußnahme ist also nicht nur etwas Unumgängliches, sondern - unter der Voraussetzung der Vermittlung adäquater Werte und richtiger Erkenntnisse - auch etwas für den Menschen Existenznotwendiges. Einflußnahme in diesem allgemeinen Sinne abzuwenden oder vermeiden zu wollen, wäre eine sinnlose und idealistische Forderung. Für das erfolgreiche Handeln der Individuen einer Gesellschaft ist jedoch die Vermittlung adäquater Werte etc. notwendig, Werte, denen eine wahrheitsgemäße Widerspiegelung der objektiven Interessen dieser Individuen und der Bedeutung des Gegenstandes für diese Interessen zu Grunde liegt.

Hier liegt nun das Kriterium, wann eine gesellschaftliche Einflußnahme auf das Massenbewußtsein 'manipulativen Charakter' erhält: Nämlich, wenn inadäquate Wertungen vermittelt werden. In der Literatur verschiedenster ideologischer Richtungen findet sich nun eine u. E. fatale Gleichsetzung von Einstellungsbeeinflussung an sich und Manipulation: Eine logisch unhaltbare Identifizierung, wie wir behaupten möchten, die durch die rein formale Betrachtung des Suchverhaltes und die Unfähigkeit, die inhaltlichen Kriterien der Adäquatheit zu akzeptieren, ausgelöst wird. Folge solch einer Gleichsetzung ist entweder die Ablehnung jeglicher Beeinflussung des Bewußtseins als 'Eingriff in die persönliche Freiheit des Individuums' oder das Akzeptieren jeder Art der Einstellungsbeeinflussung und damit das Übersehen der Gefahr tatsächlicher politischer Manipulation im oben dargestellten Sinne.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- ABELSON, R.P. & M.J. ROSENBERG: Symbolic psychology: a model of attitudinal cognition in: Behav. Sci., 3, 1-13, 1958
- ADORNO, T.W. & E. FRENKEL-BRUNSWICK & D.J. LEVINSON & R.N. SANFORD: The Authoritarian Personality. New York: 1950
- AGGER, R.E. & M.N. GOLDSTEIN & S.A. PEARL: Political Cynism: Measurement and Meaning. in: J. of Pol. 1961, 23, 477-506
- ALMOND, G.A. & S. VERBA: The Civic Culture. Princeton: 1963
- ANDERSON, L.R.: Discrediting sources as a means of belief defense of cultural truisms. in: Amer. Psychologist. 1966, 21, 708
- ARONSON, E. & B.W. GOLDEN: The effect of relevant and irrelevant aspects of communicator credibility on attitude change. in: J. Pers. 1962, 30, 134-146
- BAUER, R.A.: A revised model of source effect. Presidential address to the Division of Consumer Psychology. American Psychological Association annual meeting: Chicago: 1965
- BENNETT, Edith: Discussion, decision, commitment and consensus in group decision. in: Hum. Relat., 1955, 8, 251-274
- BISKY, L. & W. FRIEDRICH: Massenkommunikation und Jugend. Berlin: 1971
- BOCHNER, S. & C.A. INSKO: Communicator discrepancy, source credibility and opinion change. in: J. Pers. soc. Psychol., 1966, 4, 614-621
- BURKE, K.: A grammar of motives and a rhetoric of motives. Cleveland: 1962
- BURICHTER, K.: Fernsehen und Demokratie. Bielefeld: 1970
- CAMPBELL, A. & D.E. STOKES: Partisan attitudes and the presidential vote. in: BURDICK, E. & A.J. BRODBECK (Eds): American voting behavior. Glencoe, Ill., 1959, 353-371
- CAMPBELL, A. & P.E. CONVERSE & W.E. MILLER & D.E. STOKES: The American Voter. New York, 1960

- CAMPBELL, A. &
S. GURIN & E. MILLER: The Voter Decides.
Evanston, Ill.: 1954
- CANTRELL, H.: The pattern of human concerns.
New Brunswick: 1965
- CARLSON, E. R.: Attitude change through modification of attitude
structure. in: J. abnorm. soc. Psychol., 1956, 52, 256-261
- CHRISTIANSEN, E.: Attitudes toward Foreign Affairs as a Function of
Personality. Oslo: 1959
- CHRISTIE, R. &
L. FRIEDMAN &
A. ROSS: The New Left and its Ideology.
unpublished paper; Department of Social Psychology,
Columbia University: 1969, zit. nach ROBINSON et al 1972
- CENTERS, R.: The Psychology of Social Classes.
Princeton, New York: 1949
- CLARK, J.: Measuring alienation within a social system.
in: Amer. Sociol. Rev. 1959, 24, (6), 848-860
- CNUDE, . &
. NEUBAUER : Empirical Democratic Theory.
Chicago: 1969
- COMREY, A. &
J. NEUMEYER : Measurement of radicalism-conservatism.
in: J. of Soc. Psychol. 1965, 67, 357-369
- CONVERSE, P. E.: The nature of belief systems in mass publics.
In: APTER, D. E. (Ed.): Ideology and discount.
New York: 1964, 206-261
- DAY, P. &
R. F. QUACKENBUSH : Attitudes toward Defensive, Cooperative and Aggressive
War. In: J. of Soc. Psychol. 1942, 15, 11-20
- DEPPE, F.: Das Bewußtsein der Arbeiter; Studien zur politischen
Soziologie des Arbeiterbewußtseins.
Köln: 1971
- DEPPE- WOLFINGER, H.: Gewerkschaftliche Jugendbildung und politisches
Bewußtsein. In: Deppe, F.: Das Bewußtsein der Arbeiter;
Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbe-
wußtseins. Köln: 1971
- DENBROSE, L. A. &
D. J. LEVINSKY : Ideological 'Militancy' and 'Pacifism' in Democratic
Individuals. In: J. of Soc. Psychol. 1950, 32, 101-113
- DEFF, L. .: The behavior of attitudes.
Psychol. Rev. 1947, 54, 135-156
- EKMAN, P. A.: A comparison of verbal and nonverbal behavior as
reinforcing stimuli of opinion responses
Doctoral dissertation; Adelphi University: 1958
- ELLMEIN, Th.: Politische Verhaltenslehre
Stuttgart: 1964

- ERSKINE, Hazel, D.: The polls: the informed public.
In: Pub. Opinion Quart. 1962, 26, 669-677
- EYSENCK, H. J.: The Psychology of Politics.
London: 1954
- EYSENCK, H. J.: Primary Social Attitudes.
In: Intern. J. of Opinion and Attitude Research.
1947, 1, 3
- FELDMAN, S.: Cognitive Consistency: a motivational antecedents
and behavioral consequences.
New York, London: 1966
- FERGUSON, L. W.: The Isolation and Measurement of Nationalism.
In: J. of Soc. Psychol. 1942, 16, 215-228
- FESTINGER, L.: A theory of cognitive dissonance. Stanford: 1957
- FORM, W. &
J. RYTINA: Ideological beliefs on the distribution of power in
United States. In: Amer. Sociol. Rev. 1969, 34, 19-3
- FÜLGRAFF, Barbara: Vorurteile. In: Handlexikon zur Politikwissenschaft.
München: 1970
- GALPERIN, P. Ja.: Die Psychologie des Denkens und die Lehre von der
etappenweisen Ausbildung geistiger Handlungen.
In: Untersuchungen des Denkens in der sowjetischen
Psychologie. Berlin: 1967
- GAMSON, W. A. &
A. MODIGLIANI: Knowledge and foreign policy opinions: some models f
consideration. In: Pub. Op. Quart., 1966, 30, 187-199
- GIESECKE, H.: Didaktik der politischen Bildung.
München: 1969
- GIRGENSOHN, J.: Politikunterricht in der Diskussion.
In: neue deutsche schule 1973, 21
- GIRGENSOHN, J.: Viel zu wissen ist zu wenig.
Dokumente und Meinungen 1973, Heft 9
- GOLDBERG, A. S.: Discerning a causal pattern among data on voting
behavior. In: Amer. Pol. Sc. Rev. 1966, 60, 913-922
- GRACE, H. A.: A Study of the Expression of Hostility in Everyday,
Professional and International Verbal Situations.
Columbia University: 1949
- GREENSTEIN, F. J.: The American Party System and the American People.
Englewood Cliffs, New York: 1963
- GREENBAUM, C. W.: The effects of choice and reinforcement on attitude
change in a role-playing situation.
Doctoral dissertation. New York: 1963

GRUNDGESETZ für die Bundesrepublik Deutschland
Stand: 1970 . Bonn: 1970

- GUILFORD, J.P.: Persönlichkeit.
Weinheim/Bergstraße: 1965
- HAMMOND, K.R.: Measuring Attitudes by Error-Choice: an indirect method.
In: J.of abnorm. Soc. Psychol. 1948, 43, 38-48
- HARTMANN, K.D.(Hrsg.): Politische Psychologie; eine Schriftenreihe.
Frankfurt/Main: 1963 ...
- HARTMANN, K.D.: Der Beitrag der politischen Psychologie zur politischen Bildung. In: Schriftenreihe Politische Psychologie 1966, 4, 14-44
- HARTMANN, K.D.: Psychologische Aspekte politischer Beeinflussung.
In: Schriftenreihe Politische Psychologie 1969, 8, 5-15
- HEFNER, &
ROBINSON, J.P.: Criteria for foreign aid.
"Data are as yet unpublished but were collected jointly by the Detroit Area Study and the Conflict Resolution Center of the University of Michigan" (1964); zitiert nach ROBINSON et al 1972
- HELFANT, K.: Parents' Attitudes Versus Adolescent Sociopolitical Attitudes. In: Psychological Monographs 1952, 66, 1-23
- HENNESSEY, B.: Public Opinion. Belmont: 1965
- HERO, A.O.Jr.: The American Public and the UN 1954-1966.
In: J.Confl. Resol. 1966, 10, 336-375
- HERRMANN, Th.: Lehrbuch der empirischen Persönlichkeitsforschung.
Göttingen: 1969
- HIEBSCH, H. &
M.VORWERG : Einführung in die marxistische Sozialpsychologie.
Berlin: 1969
- HILDUM, D.C. &
R.W.BROWN: Verbal reinforcement and interviewer bias.
In: J.abnorm. Soc. Psychol. 1956, 53, 108-111
- HORTON, J. &
W. THOMPSON : Powerlessness and political negativism: a study of repeated local referendums. In: Amer.J. of Sociol., 1962, 67, (5), 485-493
- HOVLAND, C.I.: Human learning and retention.
In: STEVENS, S.(Ed): Handbook of experimental psychology.
New York: 1951, 613-689
- HOVLAND, C.I. &
J.L. JANIS &
H.H. KELLEY : Communication and persuasion.
New Haven : 1953
- HOVLAND, C.I. &
J.L. JANIS : Personality and persuasibility.
New Haven: 1959
- HYMAN, H.H. &
P.B. SHEATSLY : The political appeal of President Eisenhower.
In: Pub. Op. Quart. 1953, 17, 443-460

- INSKO, C.A.: Verbal reinforcement of attitude.
In: J.Pers. soc. Psychol., 1965, 2, 621-623
- INSKO, C.A. & F. MURASHIMA & M. SAIYADAIN: Communicator discrepancy, stimulus ambiguity and influence.
In: J.Pers. 1966, 34, 262-274
- Institut für marxistische Studien und Forschung: Klassenstruktur und K^lassentheorie der BRD 1950-1970.
Frankfurt/M.: 1972
- JACOBSEN, W.: Zur Einführung: Was ist politische Psychologie?.
In: Schriftenreihe Politische Psychologie 1963, 1, 9-17
- JAIDE, W.: Jugend und Demokratie; Politische Einstellungen der westdeutschen Jugend.
München: 1970
- JAMIS, J.L. & D.KAYE & P.Kirschner: Facilitating effects of 'eating-while-reading' on responsiveness to persuasive communications.
In: J.Pers. soc. Psychol. 1965, 1, 181-186
- JANSEN, H.J. & L.M.STOLURCU: An experimental study in role playing. In: Psychological Monograph 1962, 76, No 31
- JOHNE, F.: Zum Entwicklungstand politischer Einstellungen von Studenten der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden als wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung.
Dresden: 1966
- JONES, E.E. & H.B. GERARD: Foundations of Social Psychology.
New York: 1967
- KAASE, H.: Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. In: Pol. Vierteljahresschrift 1970, 11, 1
- KALEMSKI, W.G. & R. MOCEK & B.P.LÖWE: Politologie in den USA.
Berlin: 1971
- KATZ, D. & E.STOTLAND: A preliminary statement of a theory of attitude structure and change. In: KOCH (Ed.): Psychology: study of science. Vol. 3, 423-474
New York: 1959
- KERR, W.A.: Manual of Instruction for Tulane Factors of Liberalism-Conservatism.
Chicago: 1955
- KEY, V.O.Jr.: Public opinion and American democracy.
New York: 1964
- KIESELBACH, Th.: Bürgerliche Sozialwissenschaft und Politische Sozialisation. Unveröffentlichte Diplom-Arbeit.
Münster: 1973
- KLAUS, G. & M.BUHR: Philosophisches Wörterbuch Bd. 1 und 2.
Berlin: 1964

- KRAAK,B: Vorurteile und rationale Urteilsbildung.
In: Schriftenreihe Politische Psychologie, 1964,3,90-95
- LANE,R: Political ideology: Why american common man believes what he does?. New York: 1962
- LANE,R & D.D.SEARS : Public Opinion. Prentice Hall: 1964
- LENTZ,Th.F.& Colleagues of the Attitudes Research Laboratory
Conservatism-Radicalism-Opinaire Test Manual.
St. Louis: 1935
- LEONTJEW,A.N.: Die Bedeutung des Widerspiegelungsbegriffs für die wissenschaftliche Psychologie. Vortrag auf dem XVIII. International Congress of Psychology, Moskau 1966 (englisch)
- LEVENTHAL,L.H.: Fear communications in the acceptance of preventative health practices. New Haven: 1965
- LEVINSON,D.J.: Authoritarian Personality and Foreign Policy.
In:J.of Conflict Resol. 1957,1,37-47
- LUTZKER,D.R.: Internationalism as a Predictor of Cooperative Behavior.
In: J.of Conflict Resol. 1960,4, 426-430
- MATTHEWS,D.R.& J.W.PROTHRO : Negroes and New Southern Politics.
New York: 1966
- MAUSNER,B.& J.MAUSNER : A Study of Anti-Scientific Attitude.
In: Sci. Amer. 1955, 192,No2,35-39
- MAYER,K.: Class and Society. New York: 1961
- McCLOSKY,H.: Conservatism and Personality.
In: Amer. Pol. Sc. Rev. 1958,52, 27-45
- McCLOSKY,H.: Consensus and Ideology in American Politics.
In: Amer. Pol. Sc. Rev. 1964,58, 361-382
- McCLOSKY,H.: Personality and Attitude Correlates of Foreign Policy Orientation. In: ROSENAU,J. (Ed.): Domestic Sources of Foreign Policy. New York: 1967
- McGINNIES,E.: Social Behavior: A Functional Analysis.
Boston: 1970
- McGUIRE,W.J.: Resistance to persuasion confirms by active and passive prior reflection of the same and alternative counterarguments, In: J. abnorm. soc. Psychol. 1961, 63,326-332
- McGUIRE,W.J.: The Nature of Attitudes and Attitude Change.
In: LINDZEY,G. & E.ARONSON (Eds.): The Handbook of Social Psychology, Volum III. Massachusetts: 1968
S. 136-314
- MERRIAM,Ch.: Systematic politics. University of Chicago press: 1966

- METZGER, W.: Zum Geleit. In: Schriftenreihe Politische Psychologie. 1963, 1, 5-6
- MILBRATH, L. U.: Political Participation: How and why do People get Involved in Politics?. Chicago: 1965 (1972⁵)
- MILBRATH, L. U.: The nature of political beliefs and the relationship of the individual to the government. In: The Amer. Behav. Scient. 1968, XII, 28-36
- MORGAN, J. & I. SIRAGELDIN & N. BAERWALD: Productive Americans. Survey Research Center, Michigan, Ann Arbor: 1960
- MÜHLHAUSEN, U. & P. BEULE: Einstellungsforschung - Geschichte einer Wissenschaft. unveröffentlichte Diplomarbeit. Münster: 1973
- NAASNER, W.: Die Beeinflussung von Bundeswehrsoldaten durch politischen Unterricht. In: Schriftenreihe Politische Bildung 1969, 8, 117-122
- NETTLER, S. & G. HUFFMAN: Political Opinion and personal Security. In: Sociometry, 1957, 20, 51-66
- NEUNER, G.: Sozialistische Bildungskonzeption und Einheit von Bildung und Erziehung. In: Pädagogik, 1965, 20, 305-320
- NEUGGAB, T. I.: The prediction of interpersonal attraction. In: Amer. Psychologist 1956, 11, 575-586
- NEUGGAB, T. H.: The acquaintance process. New York: 1961
- NEUGGAB, T. I.: An approach to the study of communicative acts. In: Psychol. Rev. 1953, 60, 393-404
- OLSEN, M.: Two categories of political alienation. In: Social Forces 1962, 41, 280-297
- OPINION RESEARCH CORPORATION: The Initiators. Princeton: 1960
- OSBOWSKI, J.: Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein. Neuwied: 1972
- PEISE-GEITHE, I.: Skript zur Sachübung: 'Internalisierung von Normen und Werten'. unveröffentlichtes Manuskript. Münster: 1972
- PEISE-GEITHE, I.: Skript zu dem Artikel von E. WOLF: Ein Beitrag zur Kritik der Dissonanztheorie. unveröffentlichtes Manuskript. Münster: 1974
- Politische Bildung in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen
Richtlinien - Leitsätze - Erlasse
Ratingen: 1957

- PRIESTER, Karin: Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der 'politischen Bildung'. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 3/1974
- PROTHRO, J.W. & Ch.M. GRIGG : Fundamental Principles of Democracy: Bases of Argument and Disargument.
In: J. of Pol. 1960, 22, 276-294
- PUTNEY, S.: Some Factors Associated with Student Acceptance or Rejection of war.
In: Amer. Sociol. Rev. 1962, 27, 655-667
- RIESMAN, D. & N. GLAZER : The Meaning of Opinion.
In: Pub. Op. Quart. Vol 12 (1948-49), 635
- ROBINSON, W.: The National Structure of political participation.
In: Amer. Sociol. Rev. 1952, 17, 151-156
- ROBINSON, J.P. & J.G. RUSK & K.B. HEAD : Measures of Political Attitudes.
Center for political studies, ISR.
Michigan 1972
- ROBINSON, J.P. & J.G. RUSK & K.B. HEAD : Measures of occupational Attitudes and occupational characteristics. Appendix A to: Measures of Political Attitudes. Michigan: 1972
- ROBINSON, J.P. & P.R. SHAVER: Measures of Social Psychological Attitudes. Appendix B to: Measures of Political Attitudes. Michigan 1973
- ROGERS, W.C. & B. STUHLER & D. KOENIG : A comparision of informed and general public opinion on U.S. foreign politics.
In: Pub. op. Quart. 1967, 31, 242-252
- ROKEACH, M.: Open and closed mind.
New York: 1960
- ROSENBERG, M.: Occupat#ons and Values.
Glencoe, Ill.: 1967
- SAMPSON, D.L. & H.P. SMITH : A Scale to Measure World-minded Attitudes.
In: J. soc. Psychol. 1957, 45, 99-106
- SCHEDLICH, H.: Über die Wirkung eines pädagogischen Maßnahmesystems zur Veränderung der politischen Einstellung von Schülern.
In: Jugendforschung 1968, 6, 41-49
- SCHULER, H.: Probleme des historischen Materialismus und der marxistischen Sozialforschung.
Berlin: 1958
- SCHMALRIEDE, S.: Politische Beeinflussung und Informationstheorie.
In: Schriftenreihe Politische Psychologie, 1968, 8
- SCHONBAR, R.A.: Students' Attitudes toward Communists: 1. The Relation between Intensity of Attitude and Amount of Information.
In: J. of Psychol. 1949, 27, 55-71

- SEARS, D.C.: Political Behavior. In: G.LINDZEY & E. ARONSON(Eds.)
The Handbook of Social Psychology, Vol. 5.
Massachusetts: 1969
- SCHUMAN, H. &
J. HARDING : Prejudice and the norm of rationality. In:
Sociometry 1964,27, 353-371
- SCORD, P.F.&
C.W. BACKMAN : Social Psychology.
New York: 1964
- SELZNICK, Gertr.&
St. STEINBERG : Class and Ideology in the 1964 Election: A National
Survey.
University of California: 1966
- SENJENOW, W.S.: Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der
modernen kapitalistischen Gesellschaft.
Köln: 1973
- SÈVE, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit.
Berlin 1972
- SHINBERG,B.: Information and Attitude toward world Affairs.
In: J.of Educa. Psychol. 1948,40, 206-222
- SMITH, M.B. &
J.S. BRUNER &
R.W. WHITE : Opinions and Personality.
New York:1956
- SPEICHERT, H &
L. SCHÜTZMAN : Politikunterricht - Erziehung zu welcher Wirklichkeit?
In: Materialien zur Politischen Bildung 1965
- STAGNER,R.: Some Factors Related to Attitude toward War, 1933.
In: J. of soc. Psychol. 1942,16, 131-142
- STAGNER,R.&
Ch.C. STAGNER : Impact of War on a Nationalistic Frame of Reference:
I. Changes in General Approval and Dislike of
of Certain Stereotypes.
In: J. of soc. Psychol. 1946, 24, 197-215
- STIEHL, U. &
Anita SACHSE : Einige Bedingungen und Voraussetzungen für die Herausbildung sozialistischer Überzeugungen und Verhaltensweisen der Schuljugend.
Berlin : 69
- STOLZ, H. &
A. HERRMANN &
U. MÜLLER (Hrsg.) : Beiträge zur Theorie der sozialistischen Erziehung .
Berlin:1971
- STOFFER,S.A. : Communism, Conformity and Civil Liberties.
New York:1955
- THOMAS U.I. &
F. IMATIECKI : The Polish peasant in Europe and America.
Boston: 1946
- VERBA, J. & A. BRODY & Public Opinion and the War in Vietnam.
E.A. PARKER & N.H. NIE & In: Amer. Pol. Sc. Rev. 1967, LXI, 317-333
N.W. POLSBY &
D. EKMAN & G.S. BLACK:

- VORWERG, M. (Hrsg.): Psychologische Probleme der Einstellungs- und Verhaltensänderung.
Berlin: 1971
- WEISS, R.F.: Persuasions and acquisition of attitudes. Modes from conditioning and selective learning.
In: Psychol. Reports 1962, 11, 709-732
- WEISS, W.: Effects of Mass Media of Communication.
In: G.LINDZEY & E.ARONSON: The Handbook of social psychology, Vol V, Massachusetts: 1969^c, S.77-195
- WESCHLER, I.R.: An Investigation of Attitudes toward labor and management by means of the error-choice method.
In: J. of soc. Psychol., 1950, 32, 51-62
- WOLF, Edith: Ein Beitrag zur Kritik der Dissonanztheorie und Versuch eines neuen Ansatzes zu einer psychologischen Verhaltenstheorie. In: VORWERG, M. (Hrsg.), 1971, Berlin: 1971
- WOODWARD, J.L. & E.ROPER : Political Activity of American Citizens.
In: Amer. Pol. Sc. Rev. 1950, 44, 872-885
- WRIGHT, J.: Construction and Validation of a Thurstone Scale of Liberalism-Conservatism.
In: J. of Applied Psychol. 1966, 50, 9-12

Lebenslauf und Bildungsgang:

Ich wurde am 21.9.1948 als zweite Tochter des Günter Seithe und seiner Ehefrau Margot Seithe, geb. Pilarsky in Hildesheim geboren.

Meine Einschulung erfolgte Ostern 1955 in Gelsenkirchen.

Ostern 1959 begann mein Besuch am Sophie-Scholl-Gymnasium in Oberhausen-Sterkrade, wo ich im Juli 1967 die Reifeprüfung ablegte.

Im Wintersemester 67/68 immatrikulierte ich mich an der Westf. Wilhelms-Universität Münster in den Fächern Psychologie (als Hauptfach), Philosophie und Kunstgeschichte. Später wechselte ich zu den Nebenfächern Publizistik und Soziologie.

Im Hauptfach Psychologie machte ich im Juni 1970 das Vordiplom und im April 1972 das Hauptdiplom jeweils mit der Note 'sehr gut'.

Seit dem 1. Juni 1972 promoviere ich am Psychologischen Institut der Universität Münster und wurde im Zeitraum vom 1.6.1972 bis zum 31.5.1974 nach dem Graduierten-Förderungsgesetz gefördert.

Am 1.6.1974 nahm ich meine jetzige Tätigkeit als hauptamtlich angestellte Diplom-Psychologin in der Ev. Beratungsstelle für Erziehungs-, Ehe- und Lebensfragen in Krefeld auf.

Seit meiner Eheschließung am 20.1.1970 mit dem Studenten der Erziehungswissenschaft, Peter Peise, führe ich den Doppelnamen Peise-Seithe.

Krefeld, den 1. 6. 1975

u. Peise-Seithe

